



LANDKREIS
BREISGAU-
HOCHSCHWARZWALD

Rechenschaftsbericht und Beteiligungsbericht

2025



LANDKREIS
BREISGAU-
HOCHSCHWARZWALD

Rechenschaftsbericht 2025

Impressum:

Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald

Fachbereich Finanzen

Stadtstraße 2

79104 Freiburg im Breisgau

Telefon: 0761 2187-1100

Telefax: 0761 2187-771100

poststelle@lkbh.de

www.lkbh.de

Hinweis:

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurde in der Regel die männliche Schreibweise verwendet. Es wird an dieser Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

Inhalt

Jahresabschluss 2025	Seite
I. Vorlage an den Kreistag	4
II. Rechenschaftsbericht	7
1. Gestaltung des Rechenschaftsberichts	7
2. Überblick über das Ergebnis 2025	7
3. Schwerpunkte der Ergebnisrechnung – Erläuterungen zu Teilbereichen	13
4. Gesamtfinanzzrechnung – Erläuterungen zu Teilbereichen	23
5. Kennzahlen zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage	28
III. Übersicht Jahresabschluss 2025	29
1. Gesamtergebnissrechnung	30
2. Gesamtfinanzzrechnung	31
3. Bilanz	34
IV. Teilhaushalte mit Teilergebnissrechnung, Teilfinanzzrechnung und Schlüsselprodukten	37
Teilhaushalt 1 Finanzen und Schulen	38
Teilhaushalt 2 Soziales und Jugend	76
Teilhaushalt 3 Gesundheit und Versorgung	94
Teilhaushalt 4 Bauen, Umwelt & ländlicher Raum	96
Teilhaushalt 6 Verkehr und öffentliche Ordnung	99
V. Anhang	111
1. Allgemeines	112
2. Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze	112
3. Erläuterung zu den einzelnen Bilanzpositionen	114
4. Sonstige Angaben	124
VI. Anlagen	133
1. Vermögensübersicht	134
2. Schuldenübersicht	135
3. Entwicklung der Liquidität zum Jahresabschluss	136
4. Übersicht über den Stand der Rücklagen	137
5. Kennzahlen zur Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit	138
6. Disponible Zuschüsse an Dritte („echte“ Freiwilligkeitsleistungen)	139
7. Beiträge, Verbandsumlagen u.ä.	140
8. EU-Berichtspflicht	142
Beteiligungsbericht 2025	
Allgemeines	5
Übersicht über die Beteiligungsunternehmen	7
Die Berichte im Einzelnen:	
1. HELIOS Kliniken Breisgau-Hochschwarzwald GmbH	9
2. Schwarzwald Tourismus GmbH	19
3. Rheinhafen Breisach GmbH	25
4. Photovoltaik GmbH	33
5. Regionales Rechenzentrum Südlicher Oberrhein GmbH	38
6. Naturgarten Kaiserstuhl GmbH	42
7. Regio-Verkehrsverbund Freiburg GmbH	47
8. Breisgau-Kompost GmbH	54
9. Gesellschaft Abfallwirtschaft Breisgau mbH	60
Anlagen	
Übersicht über die Beteiligungen an Zweckverbänden	66
Übersicht über die Mitgliedschaften in eingetragenen Vereinen und sonstigen Organisationen	67

I. VORLAGE AN DEN KREISTAG - FESTSETZUNGSBESCHLUSS

Auf Grund von § 95b der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg stellt der Kreistag am 20.07.2026 den Jahresabschluss für das Jahr 2025 mit folgenden Werten fest:

		EUR
1.	Ergebnisrechnung	
1.1	Summe der ordentlichen Erträge	499.082.935,38
1.2	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-523.643.179,36
1.3	Ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2)	-24.560.243,98
1.4	Außerordentliche Erträge	795.363,21
1.5	Außerordentliche Aufwendungen	-4.103,97
1.6	Sonderergebnis (Saldo aus 1.4 und 1.5)	791.259,24
1.7	Gesamtergebnis (Summe aus 1.3 und 1.6)	-23.768.984,74
2.	Finanzrechnung	
2.1	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	479.444.431,48
2.2	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-505.931.202,45
2.3	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf der Ergebnisrechnung (Saldo aus 2.1 und 2.2)	-26.486.770,97
2.4	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	11.897.647,01
2.5	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-28.334.324,81
2.6	Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5)	-16.436.677,80
2.7	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6)	-42.923.448,77
2.8	Summe der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	29.518.200,00
2.9	Summe der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	-13.227.195,64
2.10	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9)	16.291.004,36
2.11	Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des Haushaltsjahres (Saldo aus 2.7 und 2.10)	-26.632.444,41
2.12	Zahlungsmittelüberschuss aus haushaltsunwirksamen Einzahlungen und Auszahlungen	29.518.246,17
2.13	Anfangsbestand an Zahlungsmitteln	2.247.839,03
2.14	Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln (Saldo aus 2.11 und 2.12)	2.885.801,76
2.15	Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres (Saldo aus 2.13 und 2.14)	5.133.640,79

3.	Bilanz	
3.1	Immaterielles Vermögen	619.768,31
3.2	Sachvermögen	339.483.429,61
3.3	Finanzvermögen	63.521.416,72
3.4	Abgrenzungsposten	70.590.613,56
3.5	Nettoposition	0,00
3.6	Gesamtbetrag auf der Aktivseite (Summe aus 3.1 bis 3.5)	474.215.228,20
3.7	Basiskapital	128.827.003,38
3.8	Rücklagen	53.046.584,10
3.9	Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses	0,00
3.10	Sonderposten	83.916.666,59
3.11	Rückstellungen	2.119.485,96
3.12	Verbindlichkeiten	202.420.246,07
3.13	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	3.885.242,10
3.14	Gesamtbetrag auf der Passivseite (Summe aus 3.7 bis 3.13)	474.215.228,20

4. Behandlung von Überschüssen und Fehlbeträgen

(§ 49 Abs. 3 Satz 4 i. V. m. § 2 Abs. 1 Nr. 25 bis 36 GemHVO)

Detaillierte Darstellung der Behandlung von Überschüssen und Fehlbeträgen ²⁾		2020 ³⁾	2021 ³⁾	2022 ³⁾	2023	2024	2025
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6
1. beim ordentlichen Ergebnis							
1.2	Zuführung zur Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	21.799.666,92	4.815.252,71	1.857.376,68	-/-	-/-	-/-
1.4	Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	-/-	-/-	-/-	17.224.613,70	12.808.037,24	23.768.984,74
1.5	Verwendung des Überschusses des Sonderergebnisses zum Ausgleich des ordentlichen Ergebnisses	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-	791.259,24
2. beim Sonderergebnis							
2.1	Zuführung zur Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	33.114,79	-/-	-/-	-/-	-/-	-/-
2.2	Verrechnung eines Fehlbetrags beim Sonderergebnis mit der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	-/-	33.114,79	-/-	-/-	-/-	-/-
2.3	Verrechnung eines Fehlbetrags beim Sonderergebnis mit dem Basiskapital	-/-	260.759,13	46.824,58	219.121,52	289.382,84	-/-

²⁾ Es müssen nur die Zeilen abgedruckt werden, in denen ein Sachverhalt darzustellen ist.³⁾ optional

Freiburg, 29.05.2026



Dr. Christian Ante, Landrat

Der Kreistag hat in seiner Sitzung vom 20.07.2026 dem Antrag zugestimmt und ihn zum Beschluss erhoben.

II. RECHENSCHAFTSBERICHT

1. GESTALTUNG DES RECHENSCHAFTSBERICHTS

Der Rechenschaftsbericht 2025 enthält als Wirtschaftsbericht neben dem Lagebericht mit der Erläuterung der Schwerpunkte des Ergebnis- und Finanzhaushalts die Übersicht über den Jahresabschluss 2025 mit Gesamtergebnis- und Finanzrechnung, die Bilanz sowie Übersichten der Teilhaushalte und Erläuterungen zu den Schlüsselprodukten. Es folgen die Übersicht über die Freiwilligkeitsleistungen, und die Pflichtanlagen gem. § 95 Abs. 3 GemO und § 55 Abs.1 u. 2 GemHVO. Der Rechenschaftsbericht ist aus Gründen der Einheitlichkeit des Erscheinungsbildes und besseren Wiedererkennbarkeit in seiner Darstellung eng an das Layout des Haushaltsplans angelehnt.

2. ÜBERBLICK ÜBER DAS ERGEBNIS 2025

2.1. Rückblick auf die Haushaltsplanaufstellung / Entwicklung der Rahmenbedingungen

Bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2025 im Herbst 2024 dominierten die hohen Tarifabschlüsse sowie weiterhin hohe Zinsen. Für 2025 wurde ein leichtes Wachstum der Wirtschaftsleistung in Deutschland von 0,8 % prognostiziert und der Haushaltsplanung zugrunde gelegt, tatsächlich steht ein Wachstum von 0,2 % zu Buche. Die Steuereinnahmen der öffentlichen Hand sind im Vergleich zum Vorjahr zwar leicht gestiegen, konnten aber nicht die überproportional gestiegenen Sozialausgaben kompensieren. Ursache ist hier die bei weitem nicht auskömmliche Ausstattung der kommunalen Ebene mit Finanzmitteln durch Bund und Land, um deren Gesetze umzusetzen (Stichwort BTHG).

Der Arbeitsmarkt präsentierte sich das dritte Jahr in Folge etwas schwächer: die Arbeitslosenquote lag im Jahresdurchschnitt bei 6,3 %, nach 6,0 % in 2024. Die allgemeine Inflationsrate (Verbraucherpreisindex) lag in 2025 mit 2,2 % exakt auf Vorjahresniveau und in etwa im Zielkorridor der EZB, bei der Betrachtung der Sektoren ist jedoch festzustellen, dass die Dienstleistungen sozialer Einrichtungen sogar um 8,7 % gestiegen sind, was den Sozialhaushalt stark belastete. Die Zinsen für Kassenkredite waren in 2025 gegenüber 2024 hingegen moderat rückläufig – die Zinsen für Kommunaldarlehen hingegen leicht steigend. Die Zinskosten fallen aufgrund der schlechten Liquiditätslage des Landkreises mehr ins Gewicht.

2.2. Übersicht Ergebnis- und Finanzrechnung 2025

Die **Gesamtergebnisrechnung** 2025 schließt deutlich schlechter ab als im Haushalt 2025 veranschlagt. Unter dem Strich steht ein negatives Gesamtergebnis von -23,8 Mio. EUR zu Buche, Plan 2025: -19,0 Mio. EUR; Vorjahr 2024: -13,1 Mio. EUR).

Die für das Jahr 2025 wesentlichen Einflussfaktoren auf das Ergebnis sind nachfolgend aufgeführt:

- Im Ertragsbereich höhere Schlüsselzuweisungen (+2,4 Mio. EUR), höhere Grunderwerbsteuer (+1,8 Mio. EUR), niedrigere Baugebühren (-1,1 Mio. EUR)

- Per Saldo deutlich höherer Zuschussbedarf im Sozialbereich (ohne Spitzabrechnung): +7,6 Mio. EUR; davon Eingliederungshilfe (+8,5 Mio. EUR), Hilfe zur Pflege (+1,7 Mio. EUR), Krankenhilfe (+1,0 Mio. EUR), gegenläufig: Jugendhilfe (-3,6 Mio. EUR)
- Der globale Minderaufwand konnte nicht vollständig erwirtschaftet werden (+1,9 Mio. EUR).

In der **Gesamtfinanzrechnung** 2025 wird als Folge des hohen negativen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung ein gegenüber Plan ebenfalls deutlich schlechteres Ergebnis ausgewiesen. Der Zahlungsmittelbedarf aus der Ergebnisrechnung betrug per 31.12.2025 rund -26,5 Mio. EUR (Vorjahresstichtag: -8,6 Mio. EUR), geplant war ein Zahlungsmitteldefizit von lediglich -3,7 Mio. EUR.

Das Investitionsvolumen lag leicht unter Budget (-1,8 Mio. EUR) Investitionen, die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit ebenfalls (-0,7 Mio. EUR). Per Saldo resultierte ein Zahlungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit in Höhe von 16,4 Mio. EUR (Plan: 17,6 Mio. EUR).

Die Kreditermächtigung für 2025 betrug 28,7 Mio. EUR, die effektive Kreditaufnahme lag bei 26,5 Mio. EUR. Es werden 2,2 Mio. EUR an Kreditermächtigungen auf 2026 vorgetragen. Der Schuldenstand per Ende 2025 liegt mit 131,7 Mio. EUR entsprechend unter dem Planansatz. Die Liquidität zum Jahresende war mit -47,6 Mio. EUR negativ, d.h. es bestand ein Kassenkredit.

Die wesentlichen Finanzaufgaben des Haushaltsjahres 2025 im Überblick*:

Gesamtergebnisrechnung	Plan 2025 in Mio. EUR	Ergebnis 2025 in Mio. EUR	Abweichung in Mio. EUR
Ordentliche Erträge	501,0	499,1	-1,9
Ordentliche Aufwendungen	520,0	523,6	3,6
Ordentliches Ergebnis	-19,0	-24,6	-5,5
Sonderergebnis	0,0	0,8	0,8
Gesamtergebnis	-19,0	-23,8	-4,7
Kreisumlage-Aufkommen	165,9	165,9	0,0
Kreisumlage-Hebesatz in %	37,5%	37,5%	
FAG Schlüsselzuweisungen	68,1	70,5	2,4
Grunderwerbsteuer	17,0	18,8	1,8
Zuschussbedarf Soziale Sicherung	181,1	188,7	7,6

Gesamtfinanzrechnung	Plan 2025 in Mio. EUR	Ergebnis 2025 in Mio. EUR	Abweichung in Mio. EUR
Zahlungsmittelüberschuss aus Ergebnisrechnung	-3,7	-26,5	-22,8
Saldo aus Investitionstätigkeit	-17,6	-16,4	1,1
Netto Kreditaufnahme (Neuverschuldung)	21,3	16,3	-5,0
Schuldenstand (ohne Kassenkredite)	112,8	131,7	19,0
Liquidität per 31.12.		-47,6	-47,6

* Rundungsdifferenzen möglich

2.3. Ertragslage und wesentliche Veränderungen zum Planansatz

Die wesentlichen Abweichungen des Rechnungsergebnisses zum Haushaltsplan 2025 sind nachfolgend erläutert, wobei sich die Darstellung an der Gesamtergebnisrechnung orientiert:

lfd. Nr.	Bezeichnung	Plan 2025 in Mio. EUR	RE 2025 in Mio. EUR	Diff.* in Mio. EUR	Erläuterung wesentlicher Abweichungen zum Plan Beträge in Mio. EUR
a.	Erträge				
1	Steuern und ähnliche Abgaben	3,0	2,6	-0,4	Wohngeldentlastung durch das Land
2	Zuweisungen, Zuwendungen, Umlagen	402,3	411,8	9,5	FAG / Schlüsselzuweisungen etc. (+2,4)
					Grunderwerbsteuer (+1,8)
					Inklusionsausgleich vom Land (+3,0), Kleinkindbetreuung (+0,9)
					Kostenerstattung Geduldete (+3,3),
					Ukraineausgleich (-0,7) und Unterbringungsgebühren (-2,4)
					Zuweisungen Straßenbau (+1,3), höhere Bußgelder (+0,5)
					geringere Baugebühren (-1,1)
3	Aufgelöste Investitionszuwendungen	2,7	3,1	0,3	
4	sonstige Transfererträge	14,1	13,3	-0,8	geringere Transfererträge Sozialdezernat
5	öffentlich-rechtl. Entgelte	2,8	2,8	0,1	
6	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1,1	1,3	0,1	
7	Kostenerstattungen und -umlagen	73,5	62,2	-11,3	Hilfen und Einrichtungen für Flüchtlinge (-7,6), Eingliederungshilfe (-3,4)
8	Zinsen und ähnliche Erträge	0,2	0,1	0,0	
9	akt. Eigenleistungen	1,1	1,1	0,0	
10	Sonstige ordentliche Erträge	0,2	0,8	0,6	Auflösung von Wertberichtigungen
11	Summe ordentliche Erträge	501,0	499,1	-1,9	
b.	Aufwendungen				
12	Personal	118,3	117,7	-0,6	Stellenbesetzungen dauern länger
14	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	80,4	79,1	-1,3	Nachverkehrsplan und Schülerbeförderung (+3,1); Unterbringung von Flüchtlingen (-4,2); Schulen und Sportstätten (+0,8); geringere Soft- und Hardware (-1,3)
15	Abschreibungen	18,8	19,4	0,6	höhere Abschreibung auf Forderungen
16	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3,1	3,2	0,1	höhere Zinsen aufgrund schlechterer Liquiditätssituation
17	Transferaufwendungen	241,6	245,2	3,7	Eingliederungshilfe (+6,8), Hilfe zur Pflege, Krankenhilfe und Grundsicherung im Alter (+2,3); niedrigere Jugendhilfe, insbes. umA (-3,4); Leistungen für Flüchtlinge (-2,3)
18	sonstige ordentliche Aufwendungen	57,8	59,0	1,2	globale Minderausgabe konnte nicht vollständig erwirtschaftet werden (+2,4), geringerer Aufwand KdU (-0,8)
19	Summe ordentliche Aufwendungen	520,0	523,6	3,6	
20	ordentliches Ergebnis	-19,0	-24,6	-5,5	
21	außerordentliche Erträge	0,0	-0,8	-0,8	
22	außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0	
23	Sonderergebnis	0,0	0,8	0,8	
24	Gesamtergebnis	-19,0	-23,8	-4,7	

* Rundungsdifferenzen möglich

In der Position 2 Zuweisungen, Zuwendungen und Umlagen wirken höhere Schlüsselzuweisungen (+2,4 Mio. EUR), höhere Grunderwerbsteuer (+1,8 Mio. EUR) und der Inklusionsausgleich vom Land (+3,0 Mio. EUR) direkt positiv auf das Ergebnis. Der höheren Kostenerstattung für Geduldete (+3,3 Mio. EUR) stehen auch höhere Aufwendungen gegenüber. Geringeren Zuweisungen für Unterkunftsgebühren stehen jedoch auch niedrigere Aufwendungen gegenüber. Während höhere Zuweisungen im Straßenbau aufgrund höherer Aufwendungen erfolgen, wirken höhere Bußgelder und geringere Baugebühren direkt auf das Ergebnis.

Bei den Sonstigen Transfererträgen (Pos. 4) war ein niedrigerer Kostenersatz (-0,8 Mio. EUR) insbesondere im Rahmen der Hilfe zur Pflege zu verzeichnen.

In der Zeile 7 (Kostenerstattungen und -umlagen) sind im Wesentlichen Erstattungen vom Land für den Flüchtlingsbereich und die Eingliederungshilfe enthalten. Aufgrund der rückläufigen Zahl an Geflüchteten und umA waren die Erstattungen mit 7,6 Mio. EUR entsprechend geringer. Der geplante BTHG-bedingte Konnexitätsausgleich liegt 3,3 Mio.EUR unter Plan. Detailliertere Informationen sind im Abschnitt Teilhaushalt 2 Jugend & Soziales zu entnehmen.

Ergänzende Erläuterungen sowie ein mehrjähriger Vergleich der wesentlichen Erträge (Schlüsselzuweisungen, Grunderwerbsteuer, Kreisumlage und Gebühreneinnahmen) sind im Abschnitt 3.1 zu finden.

Für den Haushaltsplan 2025 erfolgte eine Umstellung der Kalkulationsmethodik bei den Personalkosten. Diese lagen um 0,6 Mio. EUR unter dem Planansatz, da die Besetzung offener Stellen bei Kündigung länger dauert als geplant (Fachkräftemangel).

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen liegen um 1,3 Mio. EUR unter dem Planansatz. Höheren Aufwendungen für die Umsetzung des Nahverkehrsplans und für die Schülerbeförderung stehen geringere Aufwendungen für die Unterbringung von Flüchtlingen gegenüber.

Bei den Abschreibungen waren höhere Abschreibungen auf Forderungen ursächlich (+0,6 Mio.).

Die Transferaufwendungen lagen in Summe 3,7 Mio. EUR über dem Planansatz. Insbesondere die Transferaufwendungen in der Eingliederungshilfe mit 6,8 Mio. EUR lagen deutlich über dem Planansatz, Leistungen für Flüchtlinge und umA lagen hingegen unter Plan (näheres siehe Erläuterungen zu den Schlüsselprodukten im THH 2).

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen liegen mit +1,2 Mio. EUR über Plan. Die globale Minder Ausgabe, deren Planansatz (2,4 Mio. EUR) in dieser Position vollständig ausgewiesen wird, konnte nicht vollständig erwirtschaftet werden. Unter Plan lagen der sonstige Sachaufwand sowie die Ausgaben für KdU.

2.4. Finanzlage

Die Finanzlage wird durch die Finanzrechnung dargestellt, in der sich die Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit, aus Investitionstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit niederschlagen und in der die Entwicklung des Finanzierungsmittelbestandes nachgewiesen wird. Allerdings wird die Finanzlage auch durch weitere Faktoren beeinflusst. Der tatsächlich freie Finanzierungsmittelbestand und damit die echte disponible Masse werden erst erkennbar, wenn zusätzliche Faktoren wie die Haushaltsübertragungen berücksichtigt werden, so wie nachfolgend dargestellt:

Gesamtfinanzrechnung	Plan 2025 in EUR	Ergebnis 2025 in EUR	Abweichung in EUR
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	497.155.800	479.444.431	-17.711.369
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	500.891.000	505.931.202	5.040.202
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-3.735.200	-26.486.771	-22.751.571
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	12.616.800	11.897.647	-719.153
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	30.179.500	28.334.325	-1.845.175
Saldo aus Investitionstätigkeit	-17.562.700	-16.436.678	1.126.022
Einzahlungen: Aufnahme von Krediten ¹⁾	28.718.200	29.518.200	800.000
Auszahlungen: Tilgung von Krediten ¹⁾	7.420.300	13.227.196	5.806.896
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	21.297.900	16.291.004	-5.006.896
* Änderung des Finanzierungsmittelbestandes		-26.632.444	
Saldo haushaltsunwirksame Ein- und Auszahlungen (v.a.: Veränderung Kassenkredite)	0	29.518.246	29.518.246
Verfügbare liquide Mittel zum 01.01.2025*	0	2.247.839	2.247.839
Veränderung Zahlungsmittelbestand	0	2.885.802	2.885.802
* Frei verfügbare Zahlungsmittel zum 31.12.2025²⁾	0	5.133.641	5.133.641
zuzüglich Geldanlagen / sonstige Anlagen		593.000	
zzgl. Forderungen aus Liquiditätsbeziehungen zu verbundenen Unternehmen		2.670.380	
abzüglich Kassenkredite und vergleichbare Liquiditätsbeziehungen am 31.12.		56.000.000	
Zahlungsmittel mit Geldanlagen / Kassenkrediten zum 31.12.2025		-47.602.979	
zuzüglich Budgetvorträge FinHH Einzahlung		7.688.400	
abzüglich Budgetvorträge ErgHH		1.142.600	
abzüglich Budgetvorträge FinHH Auszahlung		6.130.200	
abzüglich Rückstellungen u. zweckgeb. Rücklagen		2.724.344	
verfügbare Liquidität zum 31.12.³⁾		-49.911.724	
abzüglich erforderliche Mindestliquidität		8.584.996	
Ergibt Liquiditätsbestand (+) / -bedarf (-)		-58.496.720	

Die gesetzlich erforderliche Mindestliquidität wird per 31.12.2025 deutlich verfehlt.

1) In der Aufnahme und Tilgung von Krediten ist eine Umschuldung in Höhe von 3,0 Mio. EUR enthalten, d.h. die tatsächliche Kreditaufnahme beträgt 26,5 Mio. EUR und die Tilgung 7,6 Mio. EUR. Daraus folgt ein Schuldenaufbau von 19,0 Mio. EUR. Ferner ist ein Kassenkredit an den Eigenbetrieb Bau in Höhe von 2,6 Mio. EUR hier ausgewiesen.

2) ohne Bestand an Handvorschüssen

3) siehe auch Anlage 3 – Entwicklung der Liquidität zum Jahresabschluss

Der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit ist mit rund 26,5 Mio. EUR stark negativ und damit knapp 22,8 Mio. EUR schlechter als der Planansatz von -3,7 Mio. EUR. Der im Vergleich zur Planung entstandene höhere Zahlungsmittelbedarf aus der Ergebnisrechnung hat zu einem großen Teil seine Ursache in Einmaleffekten, bei denen in 2025 ein Ertrag gebucht wurde, die Zahlung aber erst 2026 erfolgt (Kostenerstattung für Geduldete ca. 7 Mio. EUR, Nachzahlung Schulbegleitungen ca. 3 Mio. EUR, offene Forderungen Spitzabrechnung 2025 3 Mio. EUR). Es wird folglich in 2026 ein gegenläufiger Effekt eintreten.

Diesem Zahlungsmittelbedarf des Ergebnishaushalts und den Einzahlungen aus Investitionstätigkeit in Höhe von 11,9 Mio. EUR standen Investitionsauszahlungen von insgesamt 28,3 Mio. EUR sowie Netto-Tilgungsleistungen in Höhe von 7,6 Mio. EUR gegenüber.

Nach Finanzierung der Investitionen, der Tilgungsleistungen, der Kreditaufnahme und den haushalts-unwirksamen Ein- und Auszahlungen wird ein Zahlungsmittelbestand von 5,1 Mio. EUR ausgewiesen. Der Saldo aus kurzfristigen Geldanlagen sowie Kassenkrediten zum 31.12.2025 beträgt -52,7 Mio. EUR (Vorjahr: -27,3 Mio. EUR), sodass sich daraus ein Zahlungsmittelbedarf per 31.12.2025 von -47,6 Mio. EUR für den Kernhaushalt ergibt.

Durch Ermächtigungsübertragungen im Ergebnis- und Finanzhaushalt sind 7,3 Mio. EUR gebunden, dem stehen 7,7 Mio. EUR übertragene Einzahlungen im Finanzhaushalt gegenüber. Weitere 2,1 Mio. EUR sind für Rückstellungen bzw. 0,6 Mio. EUR für zweckgebundene Rücklagen gebunden. Unter Berücksichtigung dieser Faktoren war die tatsächlich verfügbare Liquidität des Landkreises zum 31.12.2025 mit -49,9 Mio. EUR stark negativ.

Unter dem Strich ist festzustellen, dass die Forderung der Gemeindehaushaltsverordnung, eine Mindestliquidität in Höhe von 2 % der Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit nach dem laufenden Durchschnitt der drei dem Haushaltsjahr vorangehenden Jahre (§ 22 Abs. 2 GemHVO = 8,6 Mio. EUR) vorzuhalten, zum 31.12.2025 mit -58,5 Mio. EUR nicht erreicht wird.

Diese unbefriedigende Liquiditätssituation, die mit Kassenkrediten ausgeglichen wird, ist jedoch auch im Lichte der offenen Ansprüche an das Land zu bewerten:

Die Gesamthöhe der offenen Ansprüche aus der Spitzabrechnung für die Jahre 2021 bis einschl. 2025 gegenüber dem Land beträgt zum 31.12.2025 21,7 Mio. EUR – exakt 2,0 Mio. EUR mehr im Vergleich zum Vorjahresstichtag. Hinzu kommen weitere 7 Mio. EUR an offenen Forderungen aus der Kosten-erstattung für geduldete Personen. Dieser Zahlungsrückstand des Landes schlägt sich voll auf die Liquidität des Landkreises nieder.

Die Entwicklung der Verschuldung mit langfristigen Krediten ist im Abschnitt 4.3. Entwicklung der Verschuldung detailliert dargestellt.

2.5. Chancen und Risiken der künftigen Haushaltsentwicklung

In der Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2025 der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute wurden zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung 2026 noch 1,3 % Wachstum des Bruttoinlandsproduktes prognostiziert, in der aktuellen Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2026 sind es nur noch 0,6 %. Die jüngste Steuerschätzung vom Mai 2026 geht von niedrigeren Steuereinnahmen gegenüber der letzten Schätzung aus. So werden für die Kommunen – gemessen am Ist 2025 – nur noch +1 Mrd. EUR (bzw. 0,6 %) höhere Einnahmen erwartet. Dadurch werden die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Kommunen in 2026 nochmals schwieriger werden als erwartet.

Auf der Ausgabenseite führt der starke Aufgabenzuwachs im Allgemeinen und der Zuwachs an Standards und Leistungen im Sozialbereich im Besonderen (Stichwort: Eingliederungshilfe) zu hohen personellen und finanziellen Belastungen für die Kommunen. Durch die permanente Verletzung des Konnexitätsprinzips durch Bund und Land sind Landkreise und Kommunen strukturell unterfinanziert.

Die in 2025 begonnene Haushaltskonsolidierung wird vorangetrieben, um die Finanzsituation des Landkreises im Rahmen der eigenen Möglichkeiten zu verbessern. Gleichwohl bleibt dieser finanzielle Impact begrenzt.

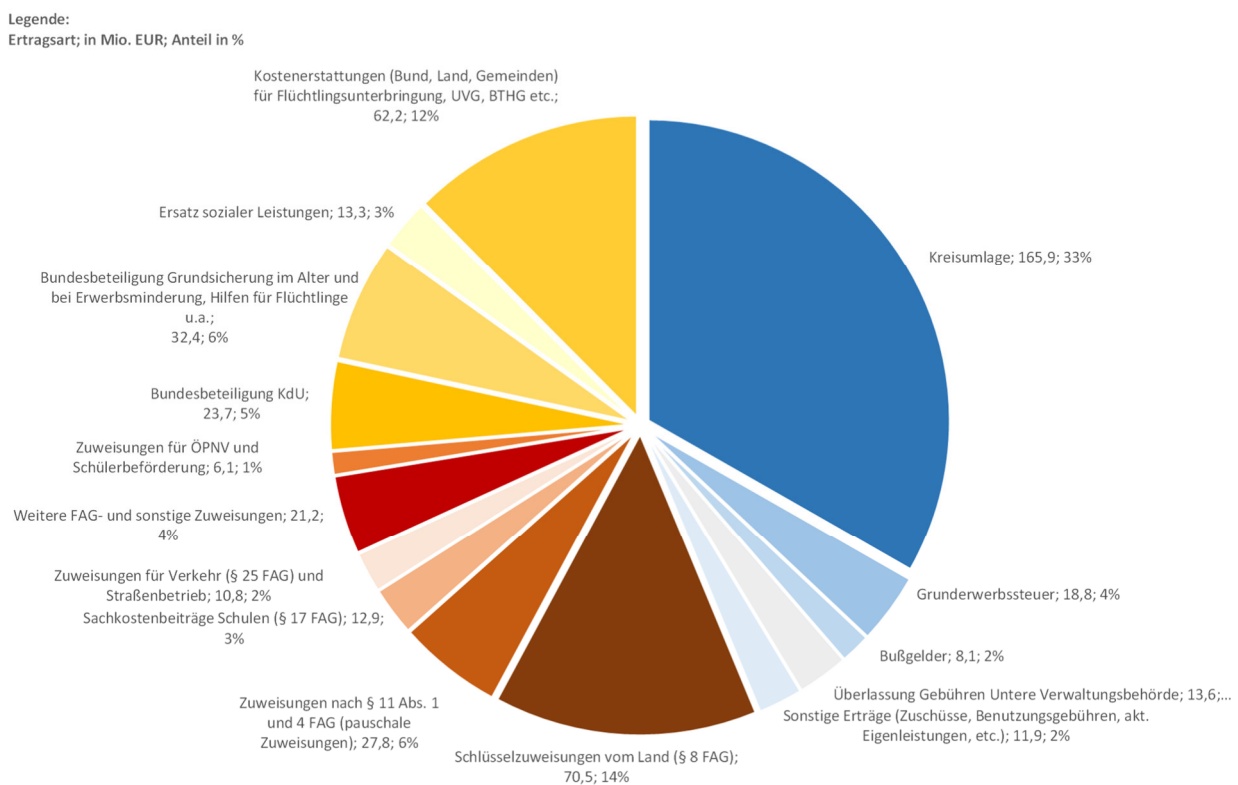
3. SCHWERPUNKTE DER ERGEBNISRECHNUNG – ERLÄUTERUNGEN ZU TEILBEREICHEN

Nachstehend wird die Entwicklung der signifikanten Ertrags- und Aufwandspositionen des Ergebnishaushalts (Allg. Finanzwirtschaft, Personalkosten, Transferleistungen des Sozialdezernats) sowie des Finanzhaushalts dargestellt.

3.1. Erträge

Aktuelle Ertragsstruktur

In 2025 betragen die gesamten Erträge des Landkreises 499,1 Mio. EUR. In nachfolgendem Diagramm ist die aktuelle Struktur der Erträge dargestellt:



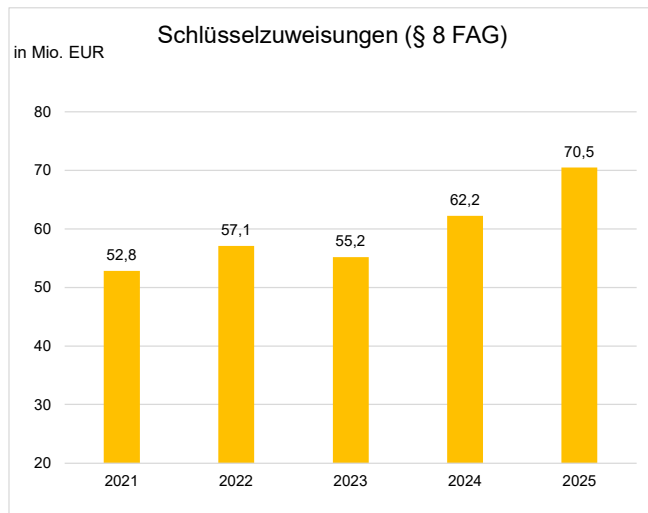
Die Erträge aus dem FAG sowie sonstigen Zuweisungen und Kostenerstattungen (Bereich der roten / braunen / gelben Farbtöne) erzielen mit rund 56 % (Vorjahr 57 %) des Ertragsvolumens (bzw. 280,8 Mio. EUR) den größten Teil des Ergebnishaushaltes.

Allgemeine Deckungsmittel

Die Allgemeinen Deckungsmittel haben sich wie folgt entwickelt:

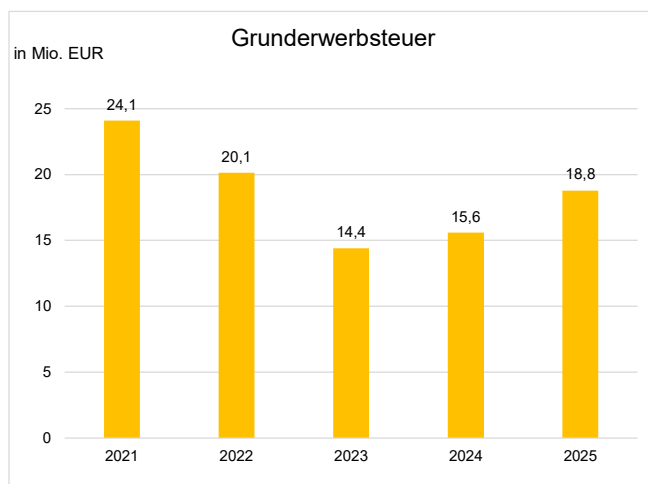
Ertragsart	2021	2022	2023	2024	Plan 2025	2025	Abw. Ist-Plan
Schlüsselzuweisungen (§ 8 FAG)	52.807.643	57.112.765	55.176.191	62.238.547	68.059.300	70.466.769	2.407.469
Kopfbeträge (§ 11 Abs.1 FAG)	4.653.609	4.678.999	4.730.009	4.780.347	4.731.800	4.738.839	7.039
Grunderwerbsteuer	24.108.528	20.142.234	14.399.169	15.590.501	17.000.000	18.789.588	1.789.588
Kreisumlage*	132.520.251	130.092.198	135.638.657	151.411.012	165.906.100	165.912.934	6.834
Soziallastenausgleich (§ 21 FAG)	901.208	0	0	1.319.854	244.500	380.176	135.676
Status-quo-Ausgleich (§ 22 FAG)	0	0	0	0	0	0	0
Summe	214.991.240	212.026.196	209.944.025	235.340.261	255.941.700	260.288.306	4.346.606
Veränderungen ggü. Vorjahr	5,4%	-1,4%	-1,0%	12,1%	8,8%	10,6%	1,7%

Schlüsselzuweisungen



Bei den Schlüsselzuweisungen (§ 8 FAG) wurde für 2025 der Kopfbetrag zunächst auf 899 EUR festgelegt und nachträglich auf 903 EUR angepasst. Damit liegt der Kopfbetrag 2,8 % über dem Niveau von 2024 (878 EUR). Im Vergleich zum Planansatz 2025 erhöhten sich die Schlüsselzuweisungen um 2,4 Mio. EUR (höherer Kopfbetrag, höhere Einwohnerzahl, höhere Ausschüttungsquote).

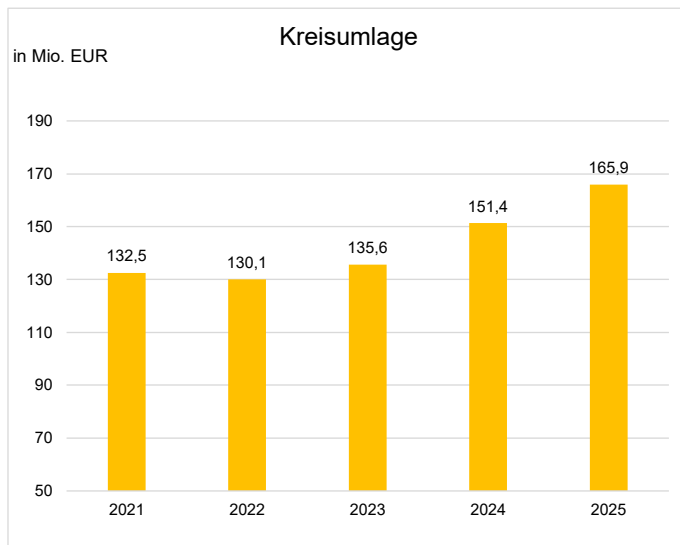
Grunderwerbsteuer



Die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer lagen 2025 mit 18,8 Mio. EUR deutlich über dem Vorjahresniveau und Planansatz (17,0 Mio. EUR).

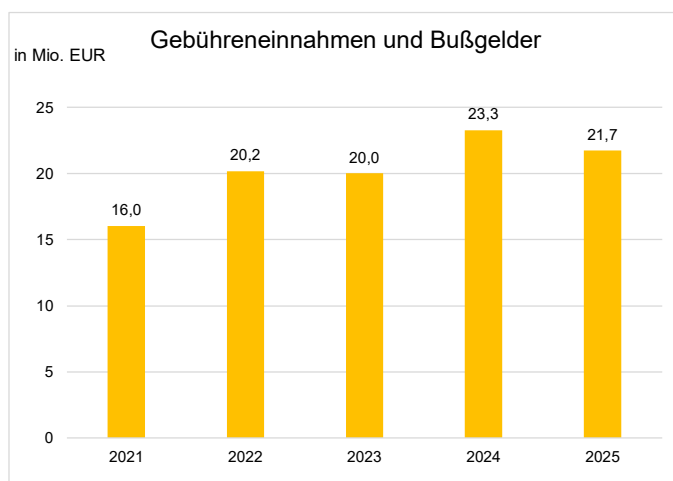
Zwar sind die Zinsen für Baufinanzierungen in 2025 eher leicht gestiegen, der Immobilienmarkt hat sich als Ganzes jedoch stabilisiert und die Immobilienpreise sind wieder leicht angestiegen (höhere Basis).

Kreisumlage



Der Betrag der Kreisumlage wurde für den Haushalt 2025 mit 165,9 Mio. EUR veranschlagt, der Hebesatz betrug 37,50 % (Vorjahr: 33,98 %). Die Kreisumlage ging planmäßig ein.

Gebühreneinnahmen und Bußgelder

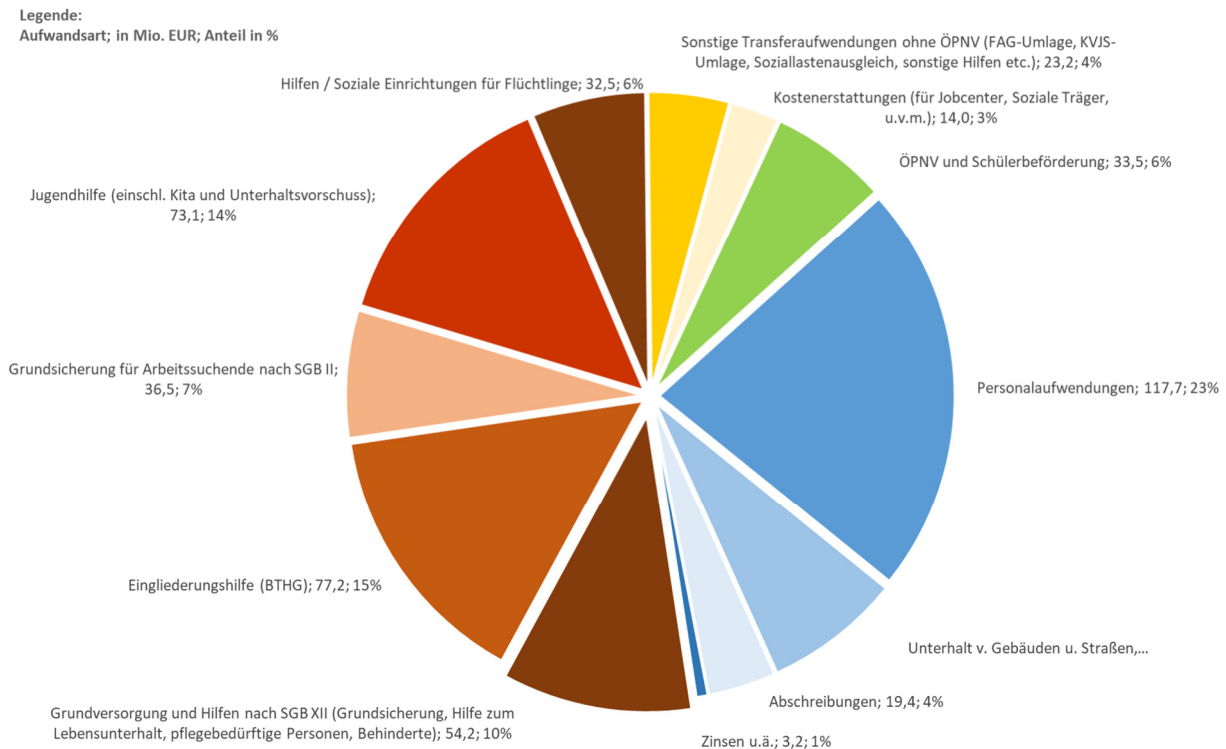


Die Gebühreneinnahmen der unteren Verwaltungsbehörde und Bußgelder sind im Berichtsjahr um knapp 7 % gesunken. Höhere Erträge erzielten der Verkehrsbereich (+ 0,5 Mio.) und die Vermessung (+0,2 Mio.), deutlich geringere Gebühren vereinnahmte hingegen die Baubehörde (-1,1 Mio. EUR). Die Unterkunftsgebühren lagen um -2,4 Mio. EUR niedriger.

3.2. Aufwendungen

Aktuelle Aufwandsstruktur

Die gesamten Aufwendungen des Landkreises betragen im Jahre 2025 523,6 Mio. EUR. In nachfolgendem Diagramm ist die aktuelle Struktur der Aufwendungen dargestellt:

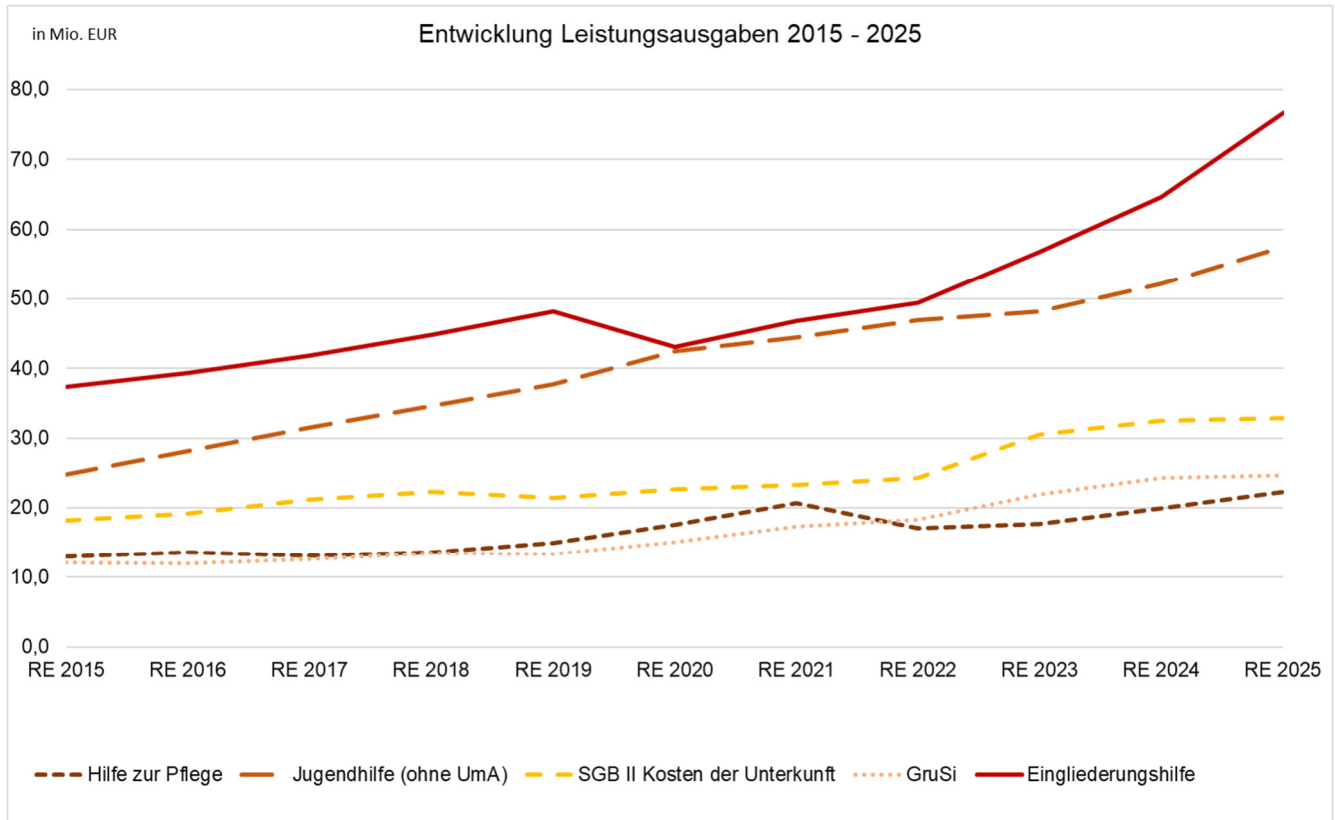


Der Aufwand für die soziale Sicherung (Bereich der roten/braunen/gelben Farbtöne) nimmt mit rund 59 % (Vorjahr 59 %) des Haushaltsvolumens den größten Teil des Ergebnishaushaltes ein.

Sozialausgaben / Leistungsausgaben

Der permanente Anstieg der Leistungsausgaben stellt ein tiefgreifendes strukturelles Problem und ein Risiko für die Finanzen des Landkreises und der Gemeinden dar, da diese kommunalen Aufgaben über die Kreisumlage zu finanzieren sind.

In der nachfolgenden Grafik sind die größten Leistungsausgaben (Hilfearten) in ihrer Entwicklung seit 2015 dargestellt:



Die gesamten **Leistungsausgaben** im Jugend- und Sozialbereich inklusive der Aufwendungen für das SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) betrugen im Jahr 2025 255,8 Mio. EUR, d. h. 17,9 Mio. EUR bzw. 7,5 % mehr als im Vorjahr. In der Entwicklung dieser Leistungsausgaben ist bis auf wenige Einmaleffekte (weitere Umsetzungsschritte beim Bundesteilhabegesetz) ein kontinuierlich steigender Trend erkennbar, der je nach Hilfeart unterschiedlich stark ausgeprägt ist.

Die *Eingliederungshilfe* (hier zentral: die Umsetzung des BTHG) stellt das größte Volumen der Leistungsausgaben dar. Sie ist im Vorjahresvergleich um weitere 12,1 Mio. EUR bzw. 19 % gestiegen, seit dem Jahr 2020 sogar um fast 80 %! Die Ursache liegt vor allem – neben den allgemeinen Vergütungserhöhungen – an der inzwischen weitgehend erfolgten Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG). Während in 2023 nur vereinzelt schon Umstellungen der Leistungsvereinbarungen auf den neuen Landesrahmenvertrag erfolgt waren, sind diese nun in den Jahren 2024 und insbesondere in 2025 bei vielen Einrichtungen umgesetzt worden, was deutlich höhere Leistungsausgaben (insbes. höhere Pro-Kopf-Ausgaben) zur Folge hat.

Die Ausgaben für die *Hilfe zur Pflege* sind im Vergleich zum Vorjahr um 2,4 Mio. (bzw. 12 %) gestiegen. Der Hauptgrund liegt ebenfalls in den Vergütungssatzsteigerungen sowie in Fallzahlensteigerungen im stationären Bereich.

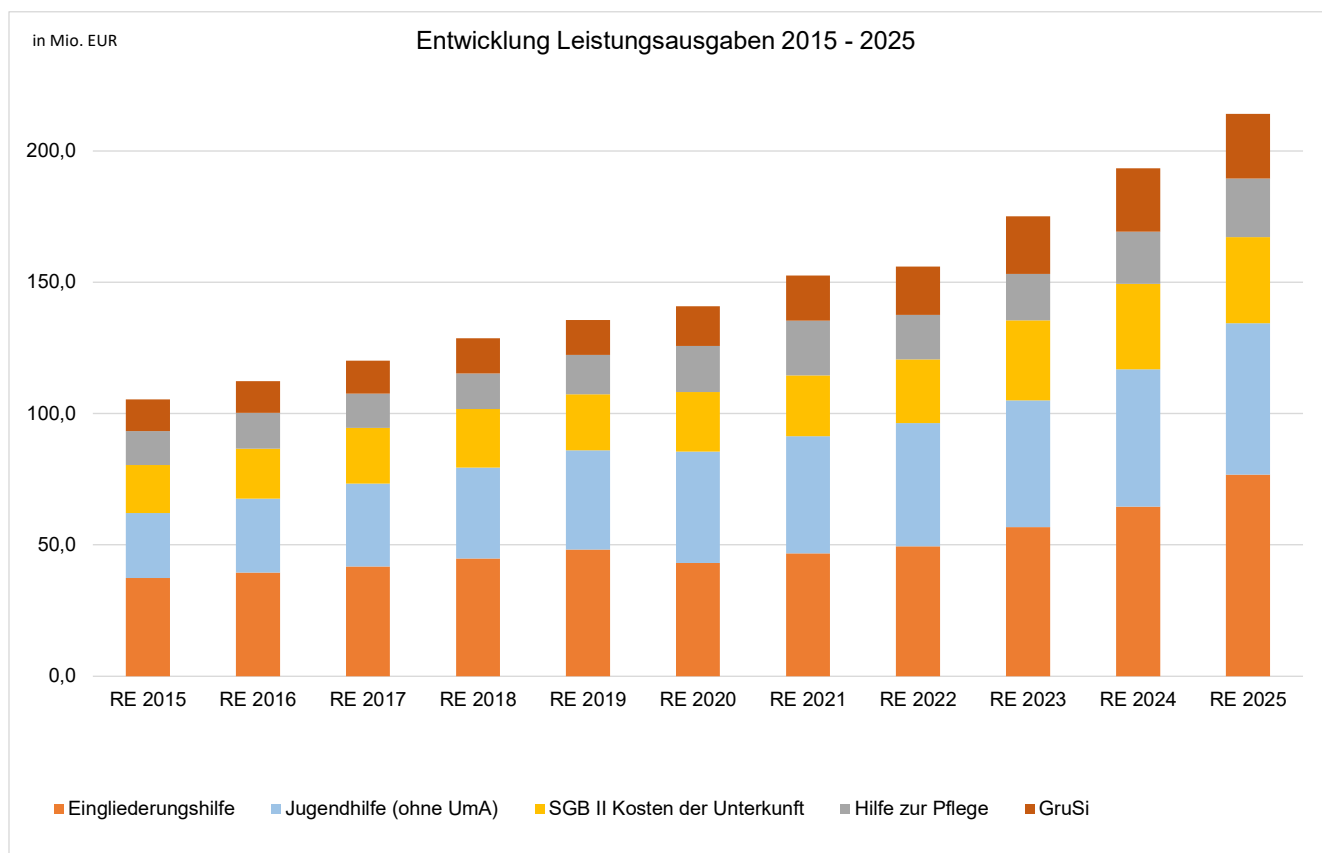
Die *Jugendhilfe* ist im Vorjahresvergleich um 5,4 Mio. EUR bzw. 10 % gestiegen. Die größte Steigerung erfolgte mit über 2 Mio. EUR bei den ambulanten therapeutischen Maßnahmen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche, insbesondere Schulbegleitungen und Integrationshilfen im Kindergarten. Weitere Bereiche mit hohen absoluten Steigerungen von je 1,1 Mio. EUR sind nach wie vor die kostenintensiven Heimhilfen sowie die sozialpädagogische Jugendhilfe. Im Bereich der unbegleiteten minderjährigen Ausländer (umA) sind die Transferaufwendungen aufgrund niedrigerer Zuweisungszahlen mit - 0,6 Mio. EUR gesunken.

Die Ausgaben für die *Grundsicherung* sind im Vorjahresvergleich um 0,4 Mio. EUR bzw. 1,6 % höher. Die Steigerung hat jedoch keine Ursache auf das ordentliche Ergebnis, da diesem Umstand korrespondierende Mehrerträge über die Bundesbeteiligung gegenüberstehen.

Die *Kosten der Unterkunft im SGB II* sind mit +0,3 Mio. EUR (bzw. 1 %) relativ gering gestiegen, was auf die allgemeine Mietpreisentwicklung bei leicht rückläufiger Tendenz bei der Anzahl an Bedarfsgemeinschaften zurückzuführen ist.

Detailliertere Erläuterungen sind im Abschnitt IV. Teilhaushalt (THH 2) zu entnehmen.

Wenn man diese Leistungsausgaben in der Addition betrachtet und das Jahr 2015 mit dem Jahr 2025 vergleicht, so liegt die Steigerung über diese zehn Jahre bei rund 109 Mio. EUR oder 103 %. Dies entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Ausgabenwachstum von über 10 %!

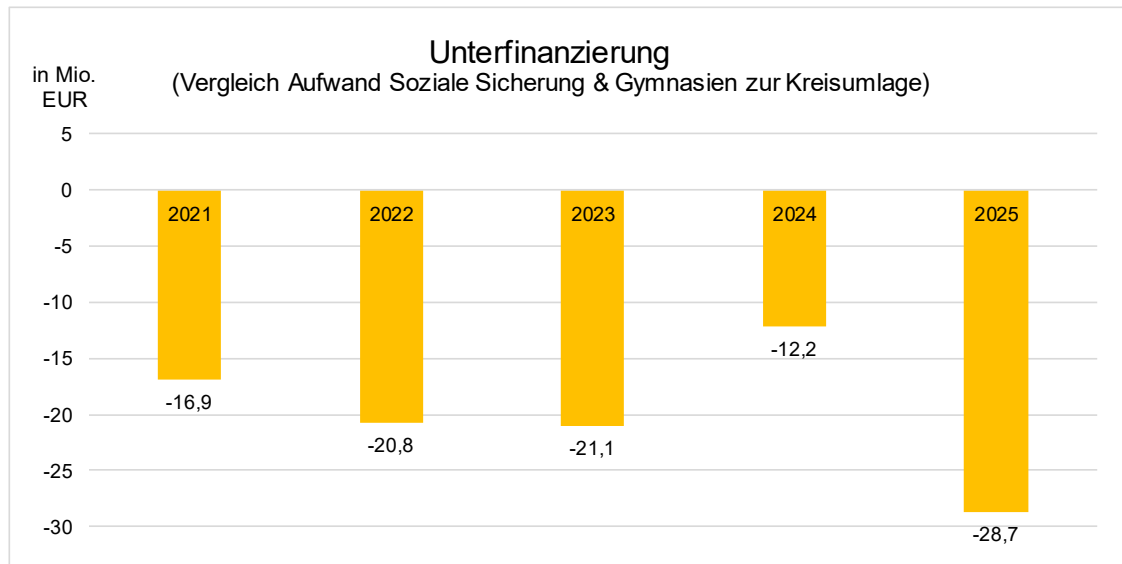


Der gesamte Zuschussbedarf im Dezernat Jugend und Soziales beträgt im Jahr 2025 rund 191,2 Mio. EUR. Unter Berücksichtigung der in der Produktgruppe 6110 enthaltenen zentral veranschlagten pauschalen Landeshilfen für den Flüchtlingsbereich beträgt das Defizit im Bereich Jugend und Soziales 188,7 Mio. EUR und liegt damit nominal 30,8 Mio. EUR (bzw. 19,5 %) über dem Vorjahr. Diese hohe Steigerung hat zwei Ursachen: Einerseits wurde die offenen Forderungen für die Spitzabrechnung für die Jahre 2020 bis 2023 in 2024 eingebucht, andererseits beträgt die pauschale Zuweisung des Landes zu den Kosten der Ukraine Flüchtlinge nur noch 2,5 Mio. EUR.

Nimmt man zum Zuschussbedarf der Sozialausgaben (188,7 Mio. EUR) den Aufwand des Landkreises für die Gymnasien in eigener Trägerschaft hinzu (5,9 Mio. EUR), so betrug 2025 der zu deckende Aufwand rund 194,6 Mio. EUR. Bei einer Kreisumlage – die ursprünglich zur Finanzierung originärer Kreisaufgaben gedacht war – von 165,9 Mio. EUR beträgt der ungedeckte Aufwand 28,7 Mio. EUR.

Dieser Anstieg beruht zentral auf Leistungsausweitungen von staatlicher Seite – ohne Einhaltung der Konnexität. Dies führt zu einer sich ständig steigernden Unterfinanzierung der kommunalen Ebene (Landkreis und Gemeinden) und gefährdet kommunale Selbstverantwortung.

Im Vergleich der Rechnungsergebnisse seit 2021 ist mit Ausnahme des Jahres 2024 eine zunehmende Unterdeckung festzustellen. Seit 2019 war die Kreisumlage nicht auskömmlich. Der Spitzenwert wurde nun in 2025 erreicht.



Zusammengenommen fehlten in den Haushaltsjahren 2021 bis 2025 über 100 Mio. EUR.

Allgemeine Umlagen

Die Allgemeinen Umlagen sind in den letzten Jahren stetig gestiegen:

	2021	2022	2023	2024	Plan 2025	2025
Finanzausgleichsumlage	14.975.006	16.411.308	16.860.389	17.180.017	15.148.100	15.152.892
Soziallastenausgleichsumlage § 22 FAG	673.245	822.548	818.536	1.182.984	1.006.700	1.087.812
Umlage an KVJS	1.355.768	1.296.951	1.321.613	1.345.029	1.312.800	1.320.289
Summe	17.004.018	18.530.807	19.000.538	19.708.029	17.467.600	17.560.993
Veränderung ggü. Vorjahr	10,8%	9,0%	2,5%	3,7%	-11,4%	-10,9%

Stellenplan und Personalaufwand

Der Gesamtpersonalbestand der Landkreisverwaltung setzte sich 2025 zusammen aus

- der Verwaltung des Landratsamts,
- den Schulen nebst Kreismedienzentrum,
- den sonstigen Kreiseinrichtungen (u. a. Öffentlichen Büchereien, Erziehungsberatungsstelle etc.), den ehrenamtlichen Kreisbrandmeistern,
- den Personalgestellungen an Dritte (Jobcenter Breisgau-Hochschwarzwald),
- dem Eigenbetrieb Abfallwirtschaft (ALB),
- dem Zweckverband Breitband Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald (ZVBBH)

und stellt sich im Einzelnen in der nachstehenden Übersicht wie folgt dar:

	Stellenplan 2025	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2025	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2024	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr +/-
I.a. Landkreisverwaltung				
Beamte	421,43	379,84	371,39	8,45
Beschäftigte	980,39	906,54	908,75	-2,21
Zwischensumme Landkreis - ohne Sondervermögen-	1.401,82	1.286,38	1.280,14	6,24
davon entfallen auf				
Landratsamt				
- Beamte	400,83	359,34	354,74	4,60
- Beschäftigte	902,92	834,72	831,69	3,03
	1.303,75	1.194,06	1.186,43	7,63
Schulen und Kreismedienzentrum				
- Beamte	3,60	3,60	1,70	1,90
- Beschäftigte	48,12	46,26	47,84	-1,58
	51,72	49,86	49,54	0,32
Sonstige Kreiseinrichtungen *				
- Beamte	0,80	0,80	0,80	0,00
- Beschäftigte	14,05	12,06	14,12	-2,06
	14,85	12,86	14,92	-2,06
Personalgestellung an Dritte **				
- Beamte	16,20	16,10	14,15	1,95
- Beschäftigte	15,30	13,50	15,10	-1,60
	31,50	29,60	29,25	0,35
Ib. SuE-Personal gem. KVJS***				
Beamte	1,00	1,00	1,00	0,00
Beschäftigte	15,84	14,21	11,72	2,49
	16,84	15,21	12,72	2,49
Ic. Zweckverband Breitband Breisgau-Hochschwarzwald				
Beamte	0,00	0,69	1,00	-0,31
Beschäftigte	13,00	9,17	8,23	0,94
	13,00	9,86	9,23	0,63
Id. Personal Pflegestützpunkte				
Beamte	0,00	0,00	0,00	0,00
Beschäftigte	7,50	6,30	7,35	-1,05
	7,50	6,30	7,35	-1,05
II. Sondervermögen mit Sonderrechnung – Eigenbetrieb Abfallwirtschaft				
Beamte	6,73	4,73	5,73	-1,00
Beschäftigte	30,83	32,03	28,60	3,43
	37,56	36,76	34,33	2,43
Zwischensumme Landkreis -Zusatzpersonal inkl. Sondervermögen-	74,90	68,13	63,63	4,50
Summe Landkreis insgesamt	1.476,72	1.354,51	1.343,77	10,74
Nachrichtlich				
Landesbedienstete****	99,90	101,13	91,45	9,68
Ehrenbeamte	5,00	5,00	5,00	0,00
Nachwuchskräfte	100,00	49,71	36,77	12,94
Angestellte in der Fleischschau	27,00	29,00	29,00	0,00
Projektmitarbeiter*****	86,00	64,66	68,16	-3,50
	317,90	249,50	230,38	19,12

* öffentliche Büchereien, Erziehungsberatungsstelle, Obst- und Versuchsgarten

** Jobcenter

*** SuE-Personal gem. KVJS (folgt einem verbindlichen Betreuungsschlüssel)

**** keine genaue Berichterstattung möglich, da das Land nicht zeitnah über Zuweisungen/Besetzungen informiert

***** Traineestellen, Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen, Digitalisierung

Im Gesamtstellenplan 2025 waren 1.474,72 Stellen ausgewiesen, die sich auf die Landkreisverwaltung (1.401,82), das SuE-Betreuungspersonal (16,84), die Pflegestützpunkte (7,5), den Zweckverband Breitband (13,0) und den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft (37,56) aufteilten. Im Bereich der Landkreisverwaltung wurde die Zahl der Planstellen gegenüber dem Vorjahr 2024 konstant gehalten.

Zum Stichtag 30.06.2025 waren 1.354,51 Stellen (= 91,7 %) tatsächlich besetzt, davon 1.286,38 Stellen bei der Landkreisverwaltung, 15,21 beim SuE-Betreuungspersonal, 6,3 bei den Pflegestützpunkten, 9,86 beim Zweckverband Breitband und 36,76 Stellen beim Eigenbetrieb Abfallwirtschaft. Die Unterbesetzung von rund 122 Stellen erklärt sich hauptsächlich durch die Tatsache, dass es zunehmend schwieriger wird, für im Rahmen der Mitarbeiter-Fluktuation freiwerdende oder zusätzliche neu geschaffene Stellen zeitnah geeignete Bewerber zu finden. Ein weiterer Grund ist die planmäßige Besetzung zahlreicher Stellen erst im zweiten Halbjahr 2025 und somit nach dem maßgeblichen Stichtag.

Der Personalaufwand des Landkreises (ohne Eigenbetrieb ALB) entwickelte sich wie folgt:

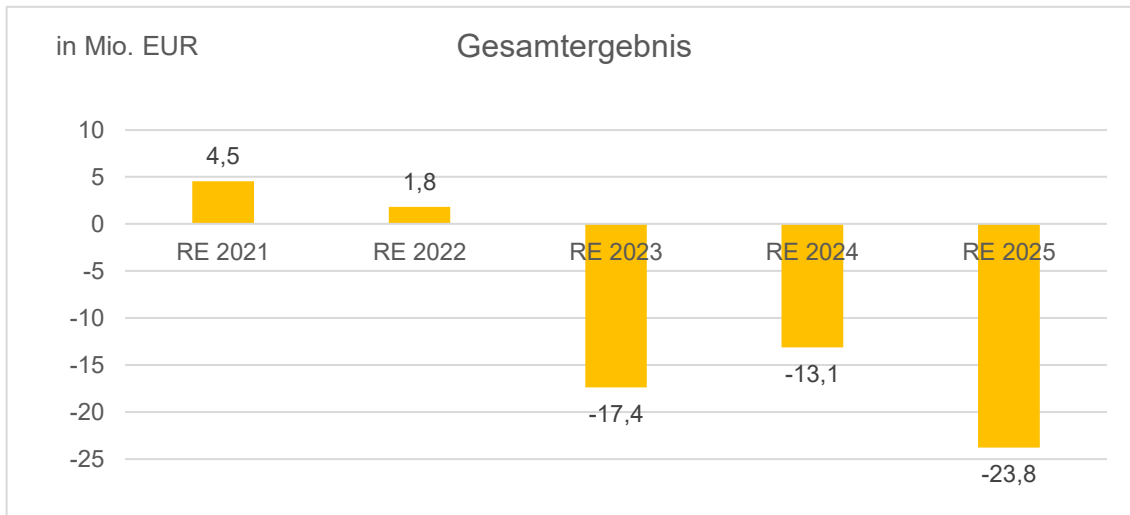
	RE 2024	Ansatz 2025	RE 2025	Abweichung
Personalaufwand Landkreis (ohne Sondervermögen)	110.225.320	118.271.400	117.669.419	-601.981

Im Ergebnis stehen dem Planansatz 2025 Minderausgaben in Höhe von insgesamt 0,6 Mio. EUR gegenüber. Die Umstellung der Methodik der Personalkostenplanung (volle Budgetierung aller Personalstellen mit anschließender Reduktion über einen Fluktuationsfaktor) sowie eine sehr restriktive Stellenbesetzung führten zu einer Unterschreitung der Personalkosten im Berichtsjahr (zuletzt im Jahr 2020). Gleichwohl stiegen die Personalausgaben im Vergleich zum Vorjahr real um 7,4 Mio. EUR, dies bedeutet eine Steigerung um 6,8 %. Höhere Tarifabschlüsse – insbesondere der um ein Jahr verzögerte hohe Tarifabschluss für Beamte – sowie eine höhere Stellenbesetzungsquote führten zu dieser Steigerung.

Hinsichtlich der Entwicklung der Teilhaushalte der Dezernate einschließlich der sozialen Sicherung sei auf die Ausführungen unter Punkt IV (Teilhaushalte mit Teilergebnisrechnung, Teilfinanzrechnung und Schlüsselprodukte) verwiesen.

3.3. Gesamtergebnis

Das Haushaltsjahr 2025 schließt mit einem stark negativen ordentlichen Ergebnis in Höhe von -24,6 Mio. EUR ab. Der Saldo der außerordentlichen Erträge und Aufwendungen beträgt +0,8 Mio. EUR, sodass das Gesamtergebnis mit -23,8 Mio. EUR ausgewiesen wird.



Seit der Umstellung auf das NKHR in 2015 konnten bis einschließlich 2022 positive Rechnungsergebnisse erzielt werden. Die in diesem Zeitraum stark steigenden Sozialausgaben wurden durch überplanmäßig höhere Einnahmen kompensiert.

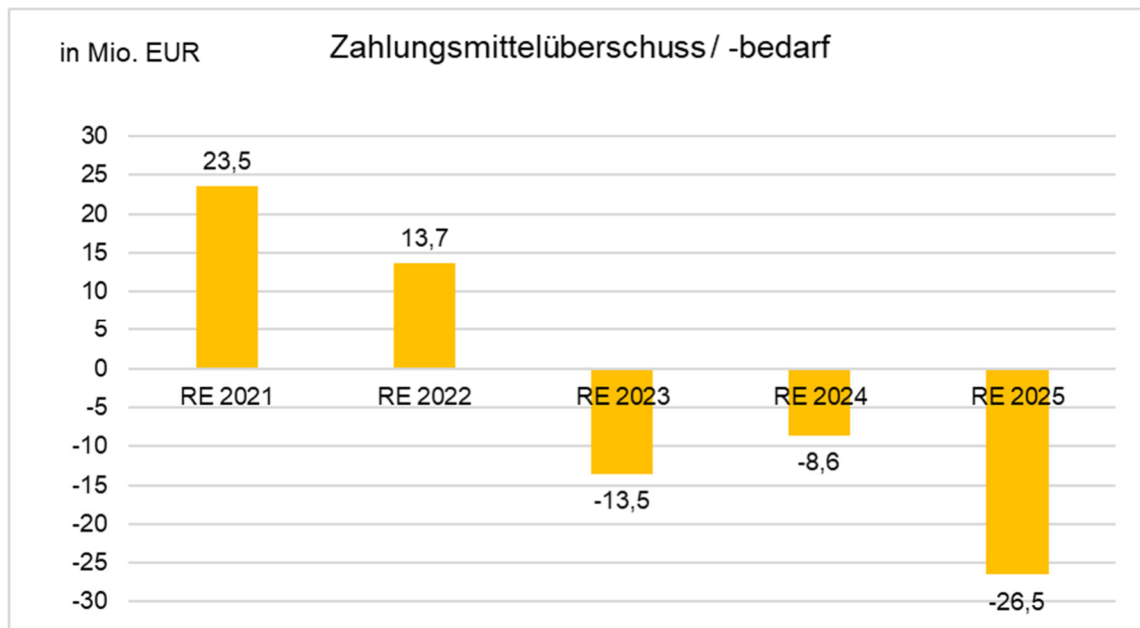
Ab dem Jahre 2023 konnte der stark steigende Zuschussbedarf im Sozialbereich nicht mehr ausgeglichen werden. Hinzu kamen höhere Energie- und Bewirtschaftungskosten sowie – in Folge der hohen Inflation in den Jahren 2022 und 2023 – hohe Tarifsteigerungen, die sich unmittelbar (eigenes Personal) und mittelbar (Dienstleistungen der Sozialen Träger / Transferleistungen) auf das Ergebnis auswirken.

4. GESAMTFINANZRECHNUNG – ERLÄUTERUNG ZU TEILBEREICHEN

4.1. Zahlungsmittelüberschuss bzw. -bedarf des Ergebnishaushalts

Ein Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts steht als Eigenmittel zur Bezahlung der Investitionen und für die Tilgung im Finanzhaushalt zur Verfügung. Im Berichtsjahr 2025 entstand jedoch ein Zahlungsmittelbedarf in Höhe von -26,5 Mio. EUR. Damit standen 2025 ein weiteres Jahr nicht ausreichend Eigenmittel für die Tilgungsleistungen zur Verfügung. Die Investitionen wurden ausschließlich über Kredite finanziert.

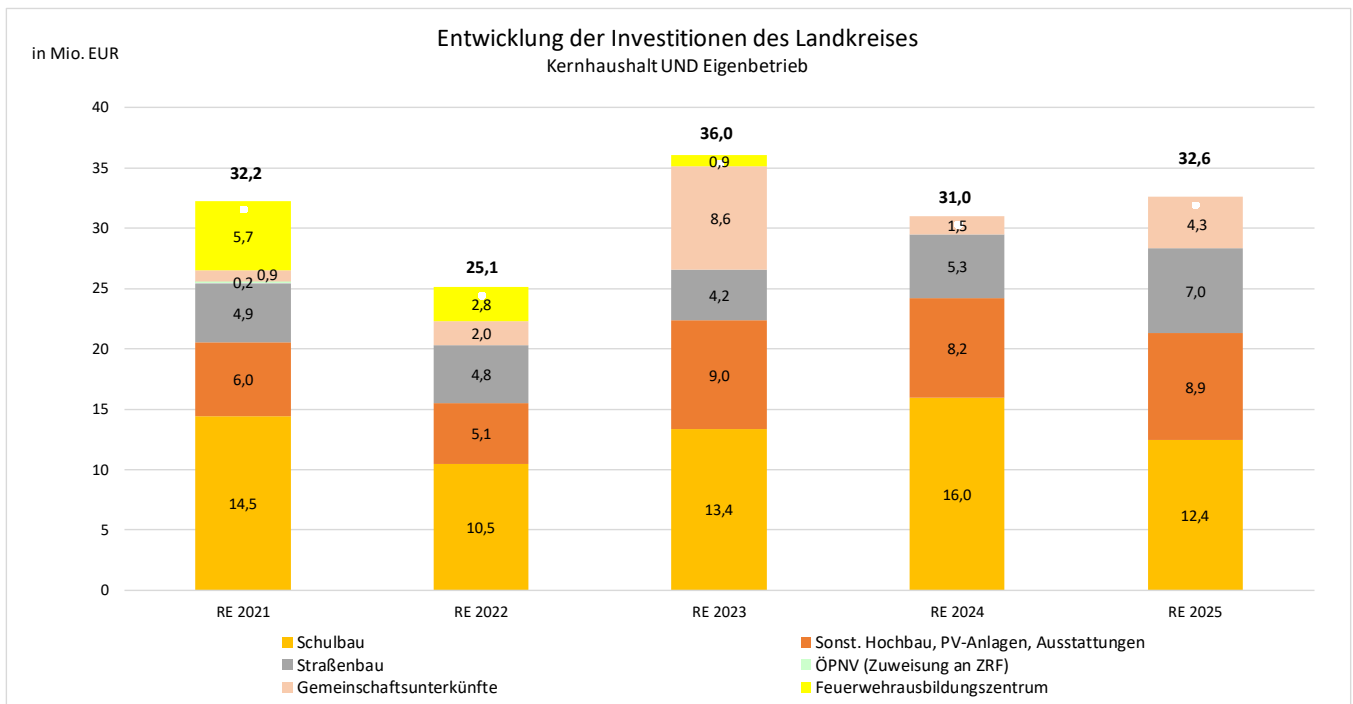
Der Zahlungsmittelüberschuss bzw. -bedarf hat sich seit 2021 wie folgt entwickelt:



4.2. Investitionstätigkeit

Die Entwicklung der Investitionstätigkeit des Landkreises der vergangenen Jahre war im Berichtsjahr durch weiterhin hohe Investitionen in den Schul- und Straßenbau geprägt. Die Bauinvestitionen im Bereich Schule entsprechen dem fortgeschriebenen und beschlossenen Gesamtinvestitionsprogramm (GIPS) 2022 bis 2036. Hinsichtlich der Planabweichungen 2025 wird auf die detaillierten Ausführungen bei den Schlüsselprodukten 211006 und 2130, Überschrift „Planabweichungen“, verwiesen.

In der nachfolgenden Grafik ist die Entwicklung der Investitionen des Landkreises, d. h. Kernhaushalt und Eigenbetrieb Bau LKBH abgebildet:



In Summe investierte der Landkreis im Jahre 2025 rund 32,6 Mio. EUR, davon 28,3 Mio. EUR im Kernhaushalt und 4,3 Mio. EUR im Eigenbetrieb (jeweils ohne aktivierte Eigenleistungen).

Investitionen in den Schulbau sind im Kernhaushalt mit 12,4 Mio. EUR enthalten. Im Mittelpunkt der Investitionen im Schulbau stand der Fortgang der Sanierungen der Schulgebäude und die Umsetzung des Digitalpakts Schulen entsprechend der Zielsetzung des GIPS. Für sämtliche Investitionen wurden alle Fördermöglichkeiten im Bereich Schulen in Anspruch genommen, in Summe rund 8,0 Mio. EUR. In den Grundstückserwerb für das SBBZ West wurden 0,7 Mio. EUR investiert.

Investive Schwerpunkte:

- Titisee-Neustadt: 2,5 Mio. EUR
Kreisdgymnasium Abschluss Innensanierung & Digitalpakt: 0,3 Mio.
Hans-Thoma-Schule Brandschutzsanierung Gebäude B: 1,6 Mio.
Hans-Thoma-Schule Sanierung Gebäude A: 0,6 Mio.
- Kirchzarten: 1,7 Mio. EUR
Schulzentrum: Generalsanierung: 0,9 Mio.
MC Gymnasium Dachsanierung: 0,6 Mio.
MC Gymnasium Foyer: 0,2 Mio.
- Müllheim Georg-Kerschensteiner-Schule Abschluss Generalsanierung: 4,3 Mio. EUR
- Neuenburg Kreisdgymnasium Erweiterung: 0,7 Mio. EUR
- Gundelfingen ASG Generalsanierung 7. BA, Mensa, Sporthalle: 2,7 Mio. EUR

Infolge der Übertragung des Betriebszweigs 22 (Schulbau) vom Eigenbetrieb Bau LKBH in den Kernhaushalt per 01.01.2024 sind Investitionen ausschließlich hier abgebildet.

Im Bereich der Verwaltungsgebäude und Ausstattungen lagen die Investitionsschwerpunkte in der IT-Ausstattung der Verwaltung (1,0 Mio. EUR), der Ausstattung im Schulbereich (1,7 Mio. EUR) sowie Beschaffungen in den Straßenmeistereien (1,5 Mio. EUR), Verkehrslenkung (0,3 Mio. EUR) und im Brand- und Bevölkerungsschutz (0,4 Mio. EUR). In PV-Anlagen wurden 0,8 Mio. EUR investiert.

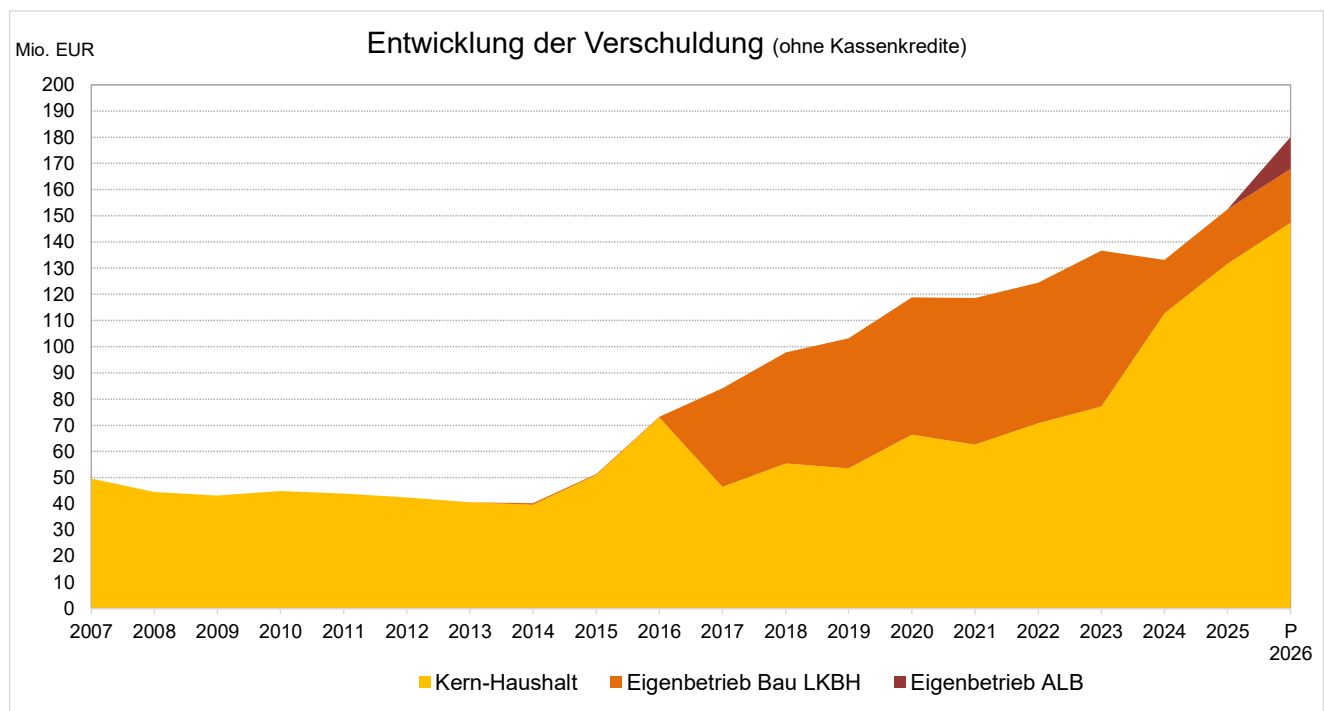
Im Straßenbau blieb der Schwerpunkt auf der Neueindeckung und dem Ausbau der Kreisstraßen (7,0 Mio. EUR).

Die Investitionen in Gemeinschaftsunterkünfte – welche ausschließlich im Eigenbetrieb Bau LKBH abgebildet werden – betrugen 4,3 Mio. EUR.

In Summe standen aus Ermächtigungsübertragungen des Vorjahres 1,2 Mio. EUR für den investiven Bereich im Haushaltsjahr 2025 zur Verfügung. In das Haushaltsjahr 2026 werden 6,1 Mio. EUR übertragen.

4.3. Entwicklung der Verschuldung

Die folgende Grafik veranschaulicht die Entwicklung der Verschuldung mit langfristigen Krediten inkl. der Eigenbetriebe (ohne Kassenkredite):



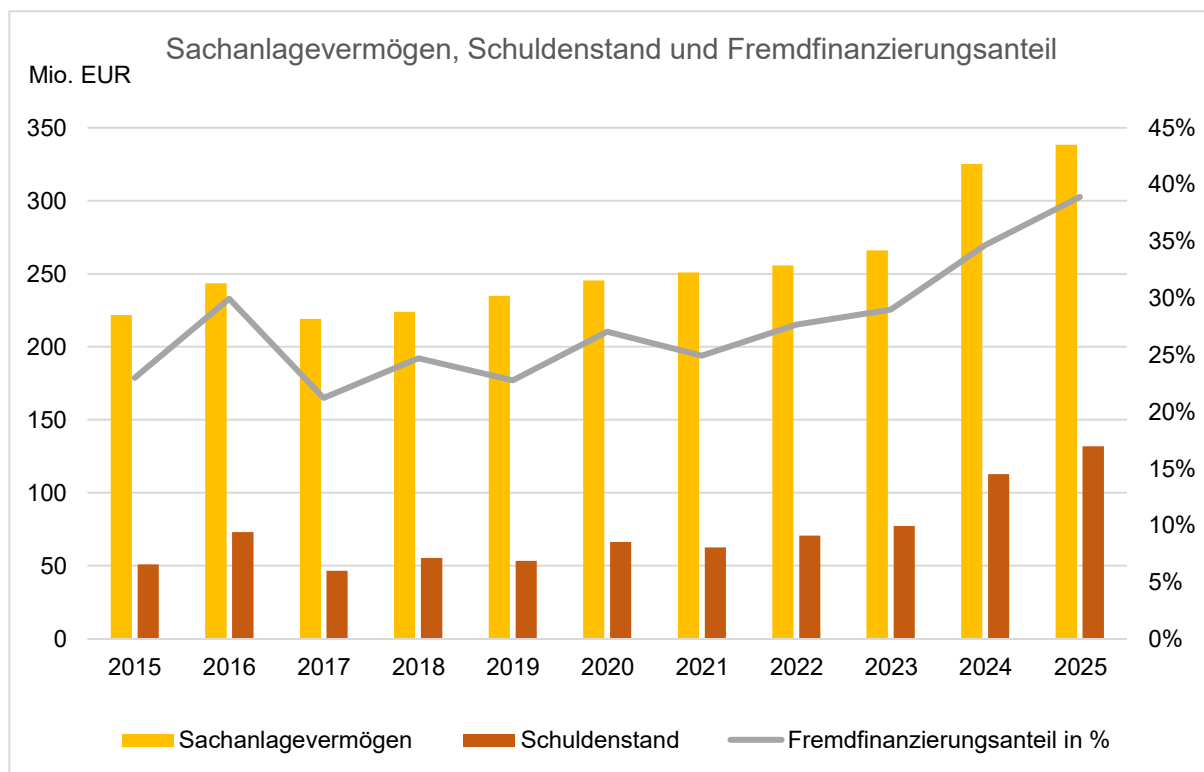
Infolge des Flüchtlingszustroms 2015/16 stieg der zwischenzeitlich konstante Schuldenstand spürbar an. Zum 01.01.2017 wurde der flüchtlingsbezogene Teil dieser Kredite (37,8 Mio. EUR) in die Bilanz des Eigenbetriebs Bau LKBH ausgelagert. In den Jahren 2019 und 2021 fand im Kernhaushalt keine Neuverschuldung statt.

Mit der Übertragung der Betriebszweige Schulbau und Feuerwehrausbildungszentrum vom Eigenbetrieb in den Kernhaushalt per 01.01.2024 wurden auch die Restdarlehensbestände (35,8 Mio. EUR) übertragen.

Der Schuldenstand im Kernhaushalt für Investitionskredite betrug per 31.12.2025 131,7 Mio. EUR, im Eigenbetrieb Bau 20,7 Mio. EUR, sodass in Summe 152,4 Mio. EUR für den Landkreis zu Buche stehen.

Für das kommende Haushaltsjahr 2026 beträgt der geplante Fremdfinanzierungsanteil der Investitionen 23,9 Mio. EUR, sodass bei einer planmäßigen Tilgung von 9,6 Mio. EUR eine Neuverschuldung von 14,3 Mio. EUR stattfindet. Die Verschuldung im Kernhaushalt liegt voraussichtlich bei rund 148 Mio. EUR, im Landkreis gesamt inkl. Eigenbetrieb Bau und ALB bei 180 Mio. EUR per Ende 2026.

Das Verhältnis zwischen Sachanlagevermögen und Verschuldung ist in folgender Grafik dargestellt:



Aufgrund der Übertragung des Sachanlagevermögens und der Restdarlehen der Betriebszweige 22 (Schulbau) und 23 (Feuerwehrausbildungszentrum mit zentraler Lagerhalle) des Eigenbetriebs Bau stieg das Anlagevermögen um +45,7 Mio. EUR per 01.01.2024, der Schuldenstand um +35,8 Mio. EUR. Der Fremdfinanzierungsanteil des Sachanlagevermögens lag im Berichtsjahr bei nunmehr 39 %, da die neuen Vermögensgegenstände nahezu vollständig kreditfinanziert sind.

4.4. Liquidität

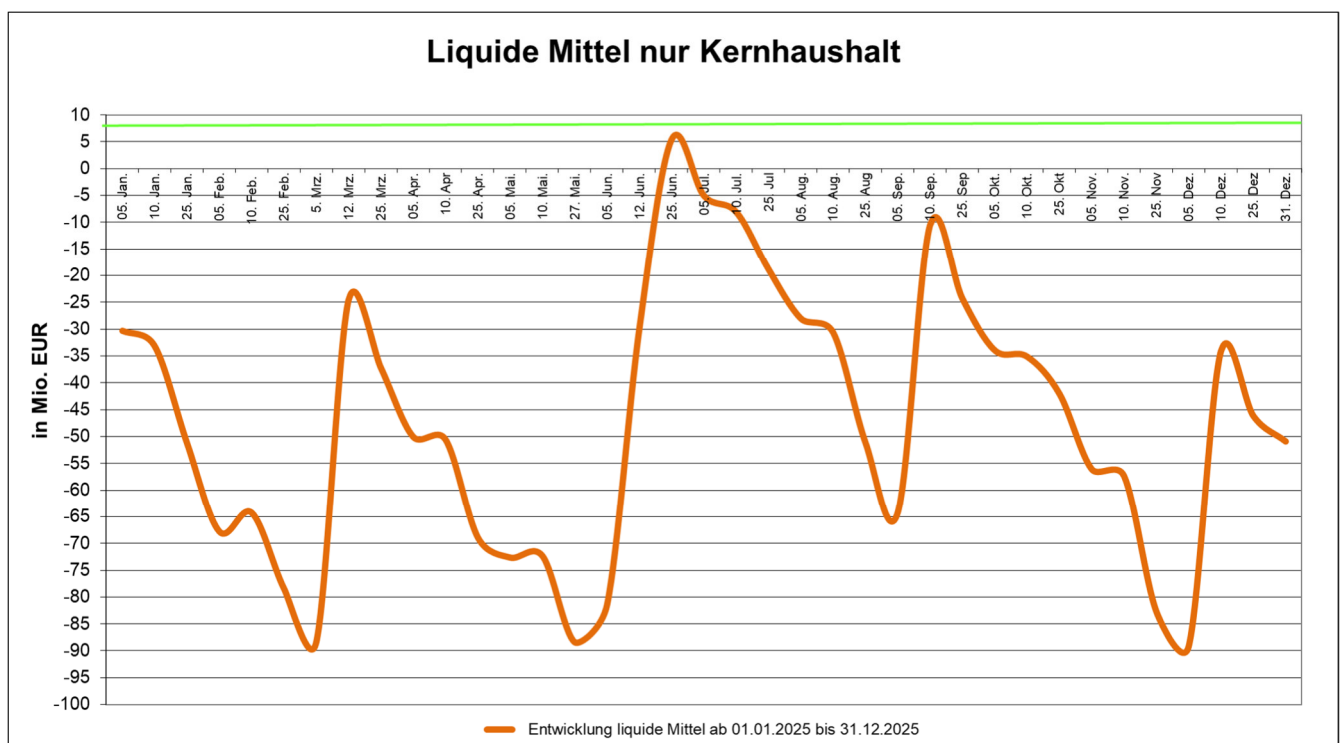
Die liquiden Eigenmittel – nur den Kernhaushalt betrachtet – betragen zum 31. Dezember 2025 -47,6 Mio. EUR (Vorjahr -25,1 Mio. EUR). Hierbei handelt es sich um eine reine Stichtagsbetrachtung unter Berücksichtigung der jeweiligen Kassenbestände, Girokontenbestände, Geldanlagen und externen sowie internen Kassenkrediten.

Bedingt durch die Systematik des Finanzausgleichs (FAG) erhält der Landkreis jeweils quartalsweise zum 10.03., 10.06., 10.09. und 10.12. die vierteljährlichen Zahlungen aus dem FAG und der Kreisumlage. Im Jahr 2025 wurde aufgrund der Liquiditätsengpässe der Kommunen die 3. Teilzahlung bereits mit der 2. Teilzahlung am 10.06.2025 ausbezahlt, daher ergibt sich im Vergleich zu den Vorjahren ein anderes Bild der „Liquiditätskurve“. Ab dem Jahr 2026 wurden die Teilzahlungen jeweils um zwei Monate vorgezogen, d.h. die Zahlungstermine sind nun am 10.01., 10.04., 10.07. und 10.10.

Die Liquidität des Landkreises bewegte sich in 2025 zwischen rund -89 Mio. und +5 Mio. EUR und damit fast ausschließlich im negativen Bereich. Lediglich ein paar Tage im Juni nach der FAG-Zahlung befand sich der Landkreis im positiven Bereich.

In dieser Gesamtsituation spiegelt sich die Belastung der Liquidität infolge der Vorfinanzierung der Aufgabe der Flüchtlingsunterbringung und -versorgung sowie der systematischen Unterdeckung des Sozialhaushalts. Die offenen Ansprüche gegenüber dem Land betragen per 31.12.2025 allein aus der Spitzabrechnung knapp 21,7 Mio. EUR (vgl. Seite 12) und aus der Kostenerstattung für Geduldete rund 7,2 Mio. EUR.

Die Gesamtentwicklung der Liquidität in 2025 wird in der nachfolgenden Grafik deutlich:



Die grüne Linie zeigt die vorzuhaltende Mindestliquidität des Landkreises im Kernhaushalt i.H.v. 8,6 Mio. EUR.

5. KENNZAHLEN ZUR ERTRAGS-, FINANZ- UND VERMÖGENSLAGE

Diese ausgewählten Kennzahlen ermöglichen eine Analyse des Jahresergebnisses und dienen als Steuerungsunterstützung, da sie wesentliche Informationen zur der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage transparent und übersichtlich darstellen. Ziel ist es, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der wirtschaftlichen Lage des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald zu erhalten.

Kennzahl	Ergebnis 2024	Plan 2025	Ergebnis 2025	Bewertung
Ertragslage				
Ordentlicher Aufwandsdeckungsgrad <u>Ordentliche Erträge x 100%</u> Ordentliche Aufwendungen	97,5%	96,3%	95,3%	Der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald weist seit 2023 ein negatives Ergebnis aus. Aufgrund der hohen Ergebnismrücklagen von rund 76 Mio. EUR per 31.12.2024 ist ein Ausgleich in 2025 gewährleistet.
Personalaufwandsquote <u>Personalaufwendungen x 100%</u> Ordentliche Aufwendungen	21,6%	22,7%	22,5%	Der Anteil der Aufwendungen für Personal an den ordentlichen Aufwendungen liegt bei 22,5% und liegt damit über dem Niveau des Vorjahres.
Sach- und Dienstleistungsaufwandsquote <u>Sach- und Dienstleistungsaufw. x 100%</u> Ordentliche Aufwendungen	15,5%	15,5%	15,1%	Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Verhältnis zu den ordentlichen Aufwendungen lagen im geplanten Bereich.
Kreisumlagequote <u>Kreisumlage-Aufkommen x 100%</u> Ordentliche Erträge	30,4%	33,1%	33,2%	Der Anteil des Kreisumlage-Aufkommens an den ordentlichen Erträgen ist gegenüber 2024 um 2,8 Prozentpunkte gestiegen.
Kreisumlage je Einwohner (in EUR) <u>Kreisumlage-Aufkommen x 100%</u> Einwohnerzahl*	554	607	607	Der Landesdurchschnitt liegt im Jahr 2025 bei 626 EUR/Einwohner. Der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald liegt mit 607 EUR/Einwohner unter dem Landesdurchschnitt, trotz der Trägerschaft für alle 8 allgemeinbildenden Gymnasien.
Sozialquote der Kreisumlage <u>Kreisumlage-Aufkommen x 100%</u> Zuschussbedarf Sozialbereich	96%	90%	87%	Der Zuschussbedarf im Sozialbereich im Verhältnis zur Kreisumlage sagt aus, dass das Kreisumlage-Aufkommen 2025 nicht ausgereicht hat, um den Zuschussbedarf im Sozialbereich zu decken.
Finanzlage				
Zahlungsfluss (Cash-Flow) in Mio. EUR Zahlungsmittelsaldo aus lfd. Verwalt.tätigk.	-8,6	-3,7	-26,5	Ein positiver Zahlungsmittelüberschuss aus lfd. Verwaltungstätigkeit gibt Aufschluss über die finanzielle Gesundheit des Landkreises, da diese Mittel zur Schuldentilgung, für Investitionen oder zur Liquiditätsreserve dienen. Seit 2023 konnte der Landkreis keinen Zahlungsmittelüberschuss zur Finanzierung der Investitionen ausweisen.
Netto-Investitionsmittel in Mio. EUR Zahlungsmittelsaldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit abzüglich Tilgung	-15,5	-11,2	-34,0	Es standen 2025 keine ausreichenden Eigenmittel für Investitionen zur Verfügung, da kein Überschuss aus der Ergebnisrechnung erwirtschaftet wurde.
Pro-Kopf-Verschuldung Kernhaushalt (ohne Kassenkredite) in EUR Pro-Kopf-Verschuldung Kernhaushalt inkl. Eigenbetrieb Bau LKBH (ohne Kassenkredite) in EUR <u>Schuldenstand Kernhaushalt</u> Einwohnerzahl*	413 487	491 573	482 558	Die Pro-Kopf-Verschuldung der Kernhaushalte der Landkreise beträgt im Landesdurchschnitt auf der Basis der <u>Haushaltspläne</u> 2025 rund 310 EUR.

* Einwohnerzahl jeweils zum 30.06. des Jahres (Basis Zensus)

III. Übersicht Jahresabschluss 2025

1. Gesamtergebnisrechnung

lfd. Nr.		Gesamtergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR 1	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR 2	Ergebnis 2025 EUR 3	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR 4	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR 5	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR 6	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR 7	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR 8
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	3.041.320,88	3.000.000	2.633.596,80	366.403-	0	0,00	366.403	0,00
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	381.195.732,54	402.271.200	411.757.656,25	9.486.456	0	0,00	9.486.456-	0,00
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	2.853.663,09	2.732.500	3.081.369,98	348.870	0	0,00	348.870-	0,00
4	+	Sonstige Transfererträge	13.649.667,77	14.111.000	13.311.297,94	799.702-	0	0,00	799.702	0,00
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	2.519.756,11	2.777.700	2.833.538,52	55.839	0	0,00	55.839-	0,00
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	1.222.155,88	1.149.100	1.298.237,60	149.138	0	0,00	149.138-	0,00
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	79.650.013,41	73.506.000	62.157.094,02	11.348.906-	0	0,00	11.348.906	0,00
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	188.365,05	151.800	106.652,44	45.148-	0	0,00	45.148	0,00
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	897.286,57	1.101.600	1.139.941,82	38.342	0	0,00	38.342-	0,00
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	12.170.949,38	189.000	763.550,01	574.550	0	0,00	574.550-	0,00
11	=	Ordentliche Erträge	497.388.910,68	500.989.900	499.082.935,38	1.906.965-	0	0,00	1.906.965	0,00
12	-	Personalaufwendungen	110.225.320,32-	118.271.400-	117.669.418,99-	601.981	0	0,00	601.981-	0,00
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	79.073.302,55-	80.442.600-	79.103.546,70-	1.339.053	0	1.377.686,00-	2.716.739-	1.142.600,00-
15	-	Abschreibungen	29.280.391,22-	18.823.800-	19.411.522,30-	587.722-	0	0,00	587.722	0,00
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.856.526,09-	3.141.400-	3.206.487,79-	65.088-	0	0,00	65.088	0,00
17	-	Transferaufwendungen	230.563.655,99-	241.578.400-	245.239.070,13-	3.660.670-	0	0,00	3.660.670	0,00
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	58.197.751,75-	57.767.500-	59.013.133,45-	1.245.633-	0	35.000,00-	1.210.633	0,00
19	=	Ordentliche Aufwendungen	510.196.947,92-	520.025.100-	523.643.179,36-	3.618.079-	0	1.412.686,00-	2.205.393	1.142.600,00-
20	=	Ordentliches Ergebnis	12.808.037,24-	19.035.200-	24.560.243,98-	5.525.044-	0	1.412.686,00-	4.112.358	1.142.600,00-
21	+	Außerordentliche Erträge	42.038,25	0	795.363,21	795.363	0	0,00	795.363-	0,00
22	-	Außerordentliche Aufwendungen	331.421,09-	0	4.103,97-	4.104-	0	0,00	4.104	0,00
23	=	Sonderergebnis	289.382,84-	0	791.259,24	791.259	0	0,00	791.259-	0,00
24	=	Gesamtergebnis	13.097.420,08-	19.035.200-	23.768.984,74-	4.733.785-	0	1.412.686,00-	3.321.099	1.142.600,00-
28		Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	12.808.037,24	19.035.200	23.768.984,74	4.733.785	0	0,00	4.733.785-	0,00
29		Verwendung des Überschusses des Sonderergebnisses zum Ausgleich des ordentlichen Ergebnisses	0,00	0	791.259,24-	791.259-	0	0,00	791.259	0,00
35		Verrechnung eines Fehlbetrags beim Sonderergebnis mit dem Basiskapital	289.382,84	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00

2. Gesamtfinanzrechnung

lfd. Nr.		Gesamtfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	3.041.320,88	3.000.000	2.633.596,80	366.403-	0	0,00	366.403	0,00
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen und allgemeine Umlagen	385.368.814,86	402.271.200	401.610.361,11	660.839-	0	0,00	660.839	0,00
3	+	Sonstige Transfereinzahlungen	12.723.060,61	14.111.000	11.689.905,88	2.421.094-	0	0,00	2.421.094	0,00
4	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	2.543.246,45	2.777.700	2.640.381,59	137.318-	0	0,00	137.318	0,00
5	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	1.237.795,59	1.149.100	1.326.518,62	177.419	0	0,00	177.419-	0,00
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	64.545.367,11	73.506.000	59.193.056,47	14.312.944-	0	0,00	14.312.944	0,00
7	+	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	225.901,19	151.800	112.653,69	39.146-	0	0,00	39.146	0,00
8	+	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	174.519,27	189.000	237.957,32	48.957	0	0,00	48.957-	0,00
9	=	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	469.860.025,96	497.155.800	479.444.431,48	17.711.369-	0	0,00	17.711.369	0,00
10	-	Personalauszahlungen	110.458.665,37-	117.961.100-	118.125.533,47-	164.433-	0	0,00	164.433	0,00
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	77.024.516,20-	80.442.600-	80.213.514,16-	229.086	0	1.377.686,00-	1.606.772-	1.142.600,00
13	-	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	2.784.348,52-	3.141.400-	3.268.272,71-	126.873-	0	0,00	126.873	0,00
14	-	Transferauszahlungen (ohne Investitionszuschüsse)	231.248.887,15-	241.578.400-	245.278.219,42-	3.699.819-	0	0,00	3.699.819	0,00
15	-	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	56.939.265,54-	57.767.500-	59.045.662,69-	1.278.163-	0	35.000,00-	1.243.163	0,00
16	=	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	478.455.682,78-	500.891.000-	505.931.202,45-	5.040.202-	0	1.412.686,00-	3.627.516	1.142.600,00
17	=	Zahlungsmittelüberschuss/- bedarf der Ergebnisrechnung	8.595.656,82-	3.735.200-	26.486.770,97-	22.751.571-	0	1.412.686,00-	21.338.885	1.142.600,00
18	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	7.674.771,30	10.671.200	10.553.182,25	118.018-	0	4.840.383,00	4.958.401	3.236.400,00-
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	57.914,18	90.600	924.880,53	834.281	0	0,00	834.281-	0,00
22	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	1.318.387,04	1.855.000	419.584,23	1.435.416-	0	664.000,00	2.099.416	2.252.000,00-
23	=	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	9.051.072,52	12.616.800	11.897.647,01	719.153-	0	5.504.383,00	6.223.536	5.488.400,00-
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	83.332,07-	1.250.000-	1.592.364,77-	342.365-	0	0,00	342.365	0,00
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	22.437.944,83-	22.299.600-	21.162.979,15-	1.136.621	0	773.000,00-	1.909.621-	4.056.200,00
26	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	5.984.368,92-	5.563.900-	5.208.431,10-	355.469	0	290.356,00-	645.825-	1.803.700,00
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	38.150,00-	300-	700,00-	400-	0	0,00	400	0,00
28	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	625.263,57-	470.700-	150.271,31-	320.429	0	30.000,00-	350.429-	144.000,00
29	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	305.802,01-	595.000-	219.578,48-	375.422	0	99.000,00-	474.422-	126.300,00
30	=	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	29.474.861,40-	30.179.500-	28.334.324,81-	1.845.175	0	1.192.356,00-	3.037.531-	6.130.200,00
31	=	Finanzierungsmittelüberschuss/- bedarf aus Investitionstätigkeit	20.423.788,88-	17.562.700-	16.436.677,80-	1.126.022	0	4.312.027,00	3.186.005	641.800,00
32	=	Finanzierungsmittelüberschuss/- bedarf	29.019.445,70-	21.297.900-	42.923.448,77-	21.625.549-	0	2.899.341,00	24.524.890	1.784.400,00
33	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	11.746.300,00	28.718.200	29.518.200,00	800.000	0	0,00	800.000-	2.200.000,00-
34	-	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	11.932.910,15-	7.420.300-	13.227.195,64-	5.806.896-	0	0,00	5.806.896	0,00
35	=	Finanzierungsmittelüberschuss/- bedarf aus Finanzierungstätigkeit	186.610,15-	21.297.900	16.291.004,36	5.006.896-	0	0,00	5.006.896	2.200.000,00-
36	=	Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des Haushaltsjahres	29.206.055,85-	0	26.632.444,41-	26.632.444-	0	2.899.341,00	29.531.785	415.600,00-

lfd. Nr.		Gesamtfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8
37	+	Haushaltsunwirksame Einzahlungen (u.a. durchlaufende Finanzmittel, Rückzahlung von angelegten Kassenmitteln, Aufnahme von Kassenkrediten)	537.835.712,80		646.898.824,43					
38	-	Haushaltsunwirksame Auszahlungen (u.a. durchlaufende Finanzmittel, Anlegung von Kassenmitteln, Rückzahlung von Kassenkrediten)	509.224.492,74-		617.380.578,26-					
39	=	Überschuss/Bedarf aus haushaltsunwirksamen Einzahlungen und Auszahlungen	28.611.220,06		29.518.246,17					
40		Anfangsbestand an Zahlungsmitteln	2.842.674,82		2.247.839,03					
41	+/-	Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln	594.835,79-		2.885.801,76					
42	=	Endbestand Zahlungsmittel	2.247.839,03		5.133.640,79					

3. Bilanz

Aktivseite		Geschäftsjahr 2024	Geschäftsjahr 2025
		EUR	EUR
1	Vermögen	377.656.976,88	403.624.614,64
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände	586.910,61	619.768,31
1.2	Sachvermögen	326.153.817,46	339.483.429,61
1.2.1	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	4.791.759,47	4.791.759,47
1.2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	202.281.777,89	214.997.025,32
1.2.3	Infrastrukturvermögen	69.092.845,72	68.188.027,44
1.2.4	Bauten auf fremden Grundstücken	14.094.397,93	13.815.044,86
1.2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	434.988,36	438.588,36
1.2.6	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	8.462.767,57	9.718.808,06
1.2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung	13.415.523,73	13.122.726,84
1.2.8	Vorräte	838.793,31	974.950,86
1.2.9	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	12.740.963,48	13.436.498,40
1.3	Finanzvermögen	50.916.248,81	63.521.416,72
1.3.2	Sonstige Beteiligungen und Kapitaleinlagen in Zweckverbänden, Stiftungen oder anderen kommunalen Zusammenschlüssen	4.415.305,73	4.416.005,73
1.3.3	Sondervermögen	2,00	2,00
1.3.4	Ausleihungen	223.280,00	223.280,00
1.3.5	Wertpapiere	593.000,00	593.000,00
1.3.6	Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen	42.232.486,07	48.953.253,33
1.3.7	Privatrechtliche Forderungen	1.203.935,98	4.201.884,87
1.3.8	Liquide Mittel	2.248.239,03	5.133.990,79
2	Abgrenzungsposten	71.989.913,72	70.590.613,56
2.1	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	8.879.400,42	9.287.615,67
2.2	Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse	63.110.513,30	61.302.997,89
Bilanzsumme		449.646.890,60	474.215.228,20

Passivseite		Geschäftsjahr 2024	Geschäftsjahr 2025
		EUR	EUR
1	Kapitalposition	205.639.072,72	181.873.587,48
1.1	Basiskapital	128.827.003,38	128.827.003,38
1.2	Rücklagen	76.812.069,34	53.046.584,10
1.2.1	Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	76.210.710,61	52.441.725,87
1.2.2	Rücklagen aus Überschüssen des Sonderergebnisses	0,00	0,00
1.2.3	Zweckgebundene Rücklagen	601.358,73	604.858,23
2	Sonderposten	78.145.572,90	83.916.666,59
2.1	für Investitionszuweisungen	77.727.498,26	83.768.317,51
2.3	für Sonstiges	418.074,64	148.349,08
3	Rückstellungen	2.464.582,78	2.119.485,96
3.1	Lohn- und Gehaltsrückstellungen	1.363.022,85	961.831,88
3.2	Unterhaltsvorschussrückstellungen	1.101.559,93	1.157.654,08
4	Verbindlichkeiten	154.585.396,50	202.420.246,07
4.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	140.685.918,12	187.747.302,20
4.4	Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen	8.246.650,97	9.059.918,87
4.5	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	1.451.015,12	847.122,47
4.6	Sonstige Verbindlichkeiten	4.201.812,29	4.765.902,53
5	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	8.812.265,70	3.885.242,10
Bilanzsumme		449.646.890,60	474.215.228,20

Nachrichtlich: Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre nach § 42 GemHVO in EUR:

- Verpflichtungen aus Gewährleistungsverträgen 121.717.599 EUR
 - In Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen 8.195.616 EUR
 - Übertragenen Haushaltsermächtigungen - 415.600 EUR
- (Der Betrag wird negativ dargestellt, da die zu erwartenden Zuschüsse von Dritten sowie die Kreditermächtigung, den Betrag an Ermächtigungsübertragungen im Ausgabebereich übersteigt)

(siehe hierzu Erläuterungen im Anhang zur Bilanz)

IV. Teilhaushalte mit Teilergebnisrechnung, Teilfinanzrechnung und Schlüsselprodukten

Teilhaushalt 1: Finanzen und Schulen – Teilergebnisrechnung

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR 1	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR 2	Ergebnis 2025 EUR 3	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR 4	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR 5	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR 6	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR 7	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR 8
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	289.508.927,11	307.389.300	310.913.666,54	3.524.367	0	0,00	3.524.367-	0,00
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	2.153.635,20	2.189.900	2.330.614,73	140.715	0	0,00	140.715-	0,00
4	+	Sonstige Transfererträge	186.402,19	164.700	156.493,86	8.206-	0	0,00	8.206	0,00
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	1.390.470,55	1.500.400	1.767.185,90	266.786	0	0,00	266.786-	0,00
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	885.900,64	953.600	944.079,60	9.520-	0	0,00	9.520	0,00
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.969.467,94	5.089.200	5.316.190,68	226.991	0	0,00	226.991-	0,00
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	174.253,05	134.600	92.378,44	42.222-	0	0,00	42.222	0,00
9	+	Aktivierete Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	152.000,00	382.400	382.400,00	0	0	0,00	0	0,00
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	263.279,80	126.600	354.016,86	227.417	0	0,00	227.417-	0,00
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	299.684.336,48	317.930.700	322.257.026,61	4.326.327	0	0,00	4.326.327-	0,00
12	-	Personalaufwendungen	31.866.183,63-	33.907.900-	33.636.460,83-	271.439	0	0,00	271.439-	0,00
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	45.437.379,92-	48.331.800-	51.968.023,46-	3.636.223-	0	1.306.686,00-	2.329.537	1.023.500,00-
15	-	Abschreibungen	11.350.147,44-	12.073.700-	12.163.198,78-	89.499-	0	0,00	89.499	0,00
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.816.582,24-	3.098.400-	3.170.907,53-	72.508-	0	0,00	72.508	0,00
17	-	Transferaufwendungen	24.951.610,06-	21.923.400-	21.778.439,41-	144.961	0	0,00	144.961-	0,00
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	13.686.125,43-	12.431.700-	14.367.132,15-	1.935.432-	0	35.000,00-	1.900.432	0,00
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	130.108.028,72-	131.766.900-	137.084.162,16-	5.317.262-	0	1.341.686,00-	3.975.576	1.023.500,00-
20	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	169.576.307,76	186.163.800	185.172.864,45	990.936-	0	1.341.686,00-	350.750-	1.023.500,00-
21	+	Erträge aus internen Leistungen	35.360.273,66	38.733.783	37.790.108,44	943.674-	0	0,00	943.674	0,00
24	-	Aufwendungen für interne Leistungen	1.092.250,48-	1.522.404-	1.198.717,58-	323.686	0	0,00	323.686-	0,00
28	=	Kalkulatorisches Ergebnis	34.268.023,18	37.211.379	36.591.390,86	619.988-	0	0,00	619.988	0,00
29	=	Nettoressourcenbedarf/-überschuss	203.844.330,94	223.375.179	221.764.255,31	1.610.924-	0	1.341.686,00-	269.238	1.023.500,00-

Teilhaushalt 1: Finanzen und Schulen – Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH- Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8
4	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	6.047.350,96	9.524.900	10.188.252,19	663.352	0	4.424.383,00	3.761.031	2.443.400,00-
6	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	25.886,62	45.600	813.630,41	768.030	0	0,00	768.030-	0,00
8	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	1.087.412,31	1.855.000	267.299,27	1.587.701-	0	664.000,00	2.251.701	2.252.000,00-
9	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	7.160.649,89	11.425.500	11.269.181,87	156.318-	0	5.088.383,00	5.244.701	4.695.400,00-
10	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	1.250.000-	1.556.358,35-	306.358-	0	0,00	306.358	0,00
11	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	16.620.853,49-	15.749.600-	14.084.684,03-	1.664.916	0	0,00	1.664.916-	3.386.200,00
12	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	2.425.770,58-	2.496.400-	2.736.553,72-	240.154-	0	290.356,00-	50.202-	1.159.100,00
13	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	38.150,00-	300-	700,00-	400-	0	0,00	400	0,00
14	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	476.000,00-	152.000-	0,00	152.000	0	0,00	152.000-	0,00
15	- Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	8.449,10-	82.000-	22.762,74-	59.237	0	60.000,00-	119.237-	80.300,00
16	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	19.569.223,17-	19.730.300-	18.401.058,84-	1.329.241	0	350.356,00-	1.679.597-	4.625.600,00
17	= Anteiliger Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	12.408.573,28-	8.304.800-	7.131.876,97-	1.172.923	0	4.738.027,00	3.565.104	69.800,00-

Bezüglich der wesentlichen Erläuterungen zum Teilhaushalt 1 sei auf den allgemeinen Teil des Rechenschaftsberichtes unter Punkt II verwiesen.

Schlüsselprodukt: 11.24 Gebäudeverwaltung

Kurzbeschreibung:

Die gesamte Produktgruppe ist Schlüsselprodukt. Sie umfasst die Planung und Realisierung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Modernisierungen und Sanierungen einschließlich Bauherrenleistungen sowie die Gebäudebewirtschaftung einschließlich Energiemanagement. (Die Aufwendungen für Schulgebäude sind unter Produktbereich 21, für Straßenmeistereien unter Produktbereich 54 veranschlagt).

Beteiligte Fachbereiche:

FB Zentrale Dienste und Vergabemanagement

Zuständiger Fachausschuss:

Struktur- und Finanzausschuss

Enthaltene Produkte:

- 11.24.01 Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Modernisierungen und Sanierungen einschl. Bauherrenleistungen und Beratungsleistungen
- 11.24.02 Gebäudebewirtschaftung (bebaute Grundstücke einschl. technischer Anlagen; Energiemanagement)

Ziele:

Ziel für das Schlüsselprodukt 11.24 ist die Sanierung und Erhaltung der Verwaltungsgebäude unter Berücksichtigung der rechtlichen und technischen Anforderungen.

Derzeit werden notwendige Maßnahmen zur Ertüchtigung des baulichen Brandschutzes weitergeführt, um der Gewährleistung der Personensicherheit und den Anforderungen des vorbeugenden Brandschutzes im Haupt- und Nebengebäude Stadtstraße 2 gerecht zu werden. Das zu erwartende Gesamtvolumen für die baulichen Maßnahmen in Höhe von ca. 3,6 Mio. EUR ist im Investitionshaushalt veranschlagt und in Abhängigkeit des Baufortschritts im laufenden Haushalt bzw. der mittelfristigen Finanzplanung abgebildet.

Die Maßnahme „Erneuerung der Wärmeversorgung für den Campus Europaplatz in Breisach“ mit zwei im Außenbereich platzierten Luft-, Wasserwärmepumpen, Photovoltaikanlagen auf allen 3 Gebäuden, einer Trafo-Station und 3 Ladesäulen mit je 2 Ladepunkten für E-Autos wurde im Jahr 2025 fertiggestellt.

Maßnahmen zur Zielerreichung:

Jährliche Bestandsaufnahme aller Verwaltungsgebäude;

Festlegung von Maßnahmen zur Erhaltung des Gebäudezeitwerts;

Planerische und technische Umsetzung der festgelegten Maßnahmen.

Zielbezogene Kennzahlen:

Kennzahl für Gebäude am Campus Freiburg inkl. Tiefgaragen:

Unterhaltungsaufwendungen im Jahr 2025 in Relation zu Gebäudezeitwerten:

Kennzahl	Plan 2023	RE 2023	Plan 2024	RE 2024	Plan 2025	RE 2025
KZ01	12 %	10,7 %	14,8 %	12,0 %	15,4 %	12,0 %

Das Rechnungsergebnis der KZ01 – Unterhaltungsaufwand für die Gebäude am Campus Freiburg inkl. Tiefgarage – liegt 3,4% unter dem geplanten Ergebnis. Dies ist zum einen durch den geringeren Aufwand im Bereich der Bauunterhaltung begründet und zum anderen durch einen höheren Buchwert durch die Aktivierung einzelner Vermögenswerte.

Aussagen zu Zielerreichung und Planabweichungen:

Zielerreichung:

Die Ertüchtigung des baulichen Brandschutzes im Haupt- und Nebengebäude Stadtstraße 2 ist in 2025 fortgesetzt worden. Die Erweiterung der Brandmeldeanlage im Haupt- und Nebengebäude, sowie die Einhausung der Treppenanlage im Nebengebäude Stadtstraße 2 sind weitestgehend abgeschlossen. Für die Ertüchtigung des baulichen Brandschutzes wurden in 2025 Mittel in Höhe von 342.480 EUR verausgabt. Die Investitionsmaßnahme wird bis 2027 fortgeführt.

Die im Herbst 2023 begonnenen Arbeiten zur Erneuerung der Unterbrechungsfreien Stromversorgung (USV) wurden im Jahr 2025 beendet. In 2025 wurden dafür noch Mittel in Höhe von 25.317 EUR verausgabt.

Für die Brandschutztechnische Ertüchtigung in der Außenstelle in Titisee-Neustadt wurden weitere Untersuchungen bzgl. der Gebäudesubstanz und die Planung zur Umsetzung der Maßnahme durchgeführt. Das Ende der Maßnahme ist für Ende 2026 geplant.

Planabweichungen:

Im Ergebnishaushalt liegen die **ordentlichen Erträge** mit **27.569 EUR** über dem **geplanten Ergebnis 2025**.

Verbesserungen ergeben sich überwiegend aus höheren Gebühreneinnahmen für die Nutzung der Tiefgarage durch die Öffentlichkeit (26.735 EUR), höheren Kostenerstattungen für die gemeinsame Dienststelle Flurneuordnung (33.538 EUR). Eine gegenläufige Wirkung ergibt sich aus der derzeit noch geringeren Auslastung des Mitarbeiterparkangebots in der Berliner Allee 1 (– 26.000 EUR).

Die **ordentlichen Aufwendungen** liegen mit **1.124.664 EUR** über dem geplanten Ergebnis 2025.

Ein Teil dieser Mehraufwendungen entfällt auf die Gesamtabrechnung der Nebenkosten ab 2022 ff. (468.098 EUR), die durch die stark gestiegenen Energiepreise verursacht wurden.

Zum anderen Teil auf Aufwendungen (Sach- und Dienstleistungen) für die Durchführung notwendiger Verkabelungs- und Ertüchtigungsarbeiten (854.917 EUR), die wirtschaftlich durch weniger an Mietzahlungen in 2023/2024 weitgehend (579.000 EUR) gutgebracht werden konnten, wenn auch nicht im gleichen Haushaltsjahr.

SP 1124 SP Gebäudeverwaltung

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR 1	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR 2	Ergebnis 2025 EUR 3	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR 4	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR 5	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR 6	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR 7	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR 8
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	22.123,73	11.600	11.609,14	9	0	0,00	9-	0,00
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0,00	100	0,00	100-	0	0,00	100	0,00
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	211.144,40	195.128	221.822,68	26.695	0	0,00	26.695-	0,00
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	263.196,82	291.155	253.283,25	37.872-	0	0,00	37.872	0,00
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	276.728,00	240.100	278.422,02	38.322	0	0,00	38.322-	0,00
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	46.463,94	34.600	34.970,33	370	0	0,00	370-	0,00
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	10.063,82	12.300	12.443,95	144	0	0,00	144-	0,00
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	829.720,71	784.983	812.551,37	27.569	0	0,00	27.569-	0,00
12	-	Personalaufwendungen	1.598.892,67-	1.630.142-	1.548.301,87-	81.840	0	0,00	81.840-	0,00
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.452.729,06-	8.307.285-	9.655.184,68-	1.347.900-	0	0,00	1.347.900	0,00
15	-	Abschreibungen	882.923,89-	965.703-	917.453,41-	48.249	0	0,00	48.249-	0,00
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.581,15-	1.200-	1.788,55-	589-	0	0,00	589	0,00
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	349.722,93-	417.263-	323.528,12-	93.734	0	0,00	93.734-	0,00
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	11.285.849,70-	11.321.592-	12.446.256,63-	1.124.664-	0	0,00	1.124.664	0,00
20	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	10.456.128,99-	10.536.610-	11.633.705,26-	1.097.095-	0	0,00	1.097.095	0,00
21	+	Erträge aus internen Leistungen	11.161.705,06	11.177.692	12.382.682,43	1.204.991	0	0,00	1.204.991-	0,00
24	-	Aufwendungen für interne Leistungen	789.490,55-	758.088-	831.062,57-	72.974-	0	0,00	72.974	0,00
28	=	Kalkulatorisches Ergebnis	10.372.214,51	10.419.603	11.551.619,86	1.132.016	0	0,00	1.132.016-	0,00
29	=	Nettoressourcenbedarf/- überschuss	83.914,48-	117.006-	82.085,40-	34.921	0	0,00	34.921-	0,00

THH1 Finanzen und Schulen**1124 Gebäudeverwaltung****INV_1124 Investitionen Verwaltungsgebäude**

lfd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8
Investitionen Verwaltungsgebäude:									
6	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	644.026,26-	1.500.000-	805.063,67-	694.936	0	0,00	694.936-	654.000,00-
9	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	15.952,07-	0	89.227,47-	89.227-	0	0,00	89.227	0,00
13	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	659.978,33-	1.500.000-	894.291,14-	605.709	0	0,00	605.709-	654.000,00-
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	659.978,33-	1.500.000-	894.291,14-	605.709	0	0,00	605.709-	654.000,00-
16	= Gesamtkosten der Maßnahme	659.978,33-	1.500.000-	894.291,14-	605.709	0	0,00	605.709-	654.000,00-

Schlüsselprodukt: 21.10.06 Bereitstellung und Betrieb von Gymnasien**Kurzbeschreibung:**

Der Landkreis hat durch politischen Beschluss des Kreistags nach der Kreisreform 1974 die Trägerschaft über die allgemeinbildenden Gymnasien übernommen **und ist als einziger Kreis in Baden-Württemberg Schulträger für sämtliche allgemeinbildenden Gymnasien (derzeit 8) im Kreisgebiet**. Zu den Schulträgeraufgaben gehört insbesondere die Sicherstellung des Schul- und Unterrichtsbetriebs durch Schaffung der personellen und sächlichen (nicht der pädagogischen) Voraussetzungen.

An allen 8 Standorten wird mit Beginn des Schuljahres 2025/2026 in den Klassenstufen 5 und 6 G9 mit offenem Ganztagesangebot angeboten. Die Klassenstufen 7 ff befinden sich im G8-Betrieb.

Beteiligte Fachbereiche:

FB Schulen und Bildung

FB Hochbau

Zuständiger Fachausschuss:

Schul- und Kulturausschuss

Ziele:

Der Kreistag hat Bildung als politische Priorität des Landkreises definiert. Daher ist das grundsätzliche Ziel die Schaffung eines einheitlichen gymnasialen Bildungsangebots im ländlichen Raum, um für alle Kinder und Jugendlichen in erreichbarer Nähe die gleichen Bildungschancen anzubieten. Übergeordnetes Ziel ist die langfristige Sicherstellung eines gymnasialen Angebots in der Fläche, weil im Zuge der demographischen Entwicklung die Vorhaltung von Bildungseinrichtungen insbesondere im ländlichen Raum zunehmend zu einem gewichtigen infrastrukturellen Standortfaktor geworden ist.

Maßnahmen zur Zielerreichung:

Um den ländlichen Raum nachhaltig zu stärken, ist es erforderlich, ein in allen Teilen des Landkreises einheitliches Bildungsangebot mit attraktiven Rahmenbedingungen auf hohem Niveau sicherzustellen. Insbesondere der Ausbau digitaler Strukturen an den Schulen ist dabei unumgänglich. Dies gilt sowohl für die Durchführung von digitalem Präsenzunterricht als auch für die Optimierung von Fernunterricht, deren Notwendigkeit während der Corona-Pandemie offenkundig wurden.

Zielbezogene Kennzahlen:

KZ01: Investitionskosten je Gymnasiast allgemeinbildender Gymnasien (Alleinstellungsmerkmal bei den Landkreisen in Baden-Württemberg)

KZ02: Laufende Kosten je Gymnasiast allgemeinbildender Gymnasien (Alleinstellungsmerkmal bei den Landkreisen in Baden-Württemberg)

Kennzahl	Plan 2023	RE 2023	Plan 2024	RE 2024	Plan 2025	RE 2025
KZ01	892 EUR	1.059 EUR	525 EUR	1.616 EUR	829 EUR	1.093 EUR
KZ02	1.856 EUR	1.959 EUR	2.141 EUR	2.264 EUR	2.378 EUR	2.402 EUR

Das Rechnungsergebnis der KZ01 (Investitionskosten je Gymnasiasten, bereinigt um die Gemeindeanteile) liegt um 264 EUR bzw. 32 % über Plan. Jedoch ist bei den Investitionskosten in

die Gesamtbetrachtung, auch die Relevanz der Ermächtigungsübertragungen mit einzubeziehen. Hinsichtlich der Planabweichung wird auf die Ausführungen unter nachfolgendem Thema „Planabweichungen“ verwiesen.

Das Rechnungsergebnis der KZ02 (Laufende Kosten je Gymnasiasten, bereinigt um die Gemeindeanteile) liegt um 24 EUR bzw. 1 % über Plan. Auch hier wird hinsichtlich der Planabweichung auf die Ausführungen unter nachfolgendem Thema „Planabweichungen“ verwiesen.

Die den Kennzahlen zu Grunde liegenden Schülerzahlen haben sich von Plan 2025 zu Rechnungsergebnis 2025 um 89 Schülerinnen und Schüler erhöht.

Aussagen zu Zielerreichung und Planabweichungen:

Zielerreichung:

Die umfassenden Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen im Marie-Curie-Gymnasium Kirchzarten (12. Bauabschnitt) konnten zum Beginn des Schuljahres 2025/26 abgeschlossen werden. Für rund 9,9 Millionen Euro wurden zeitgemäße Lernräume und eine zukunftsorientierte Lernumgebung geschaffen

Planabweichungen:

Im Ergebnishaushalt liegen die ordentlichen **Erträge mit 142.103 EUR unter Plan**. Diese Planunterschreitung ergibt sich einerseits bei den Kostenerstattungen, Zeile 7 (62.300 EUR), insbesondere aufgrund der fehlenden Erstattung für die Schulsozialarbeit (48.600 EUR) siehe hierzu Erläuterungen Schulsozialarbeit. Und andererseits aus den aufgelösten Investitionszuwendungen, Zeile 3, (71.600 EUR).

Die ordentlichen **Aufwendungen liegen mit 327.646 EUR über Plan**. Ohne die Ermächtigungsübertragung aus dem Vorjahr (797.700 EUR) und ins Folgejahr (626.400 EUR) liegt das Rechnungsergebnis 2025 mit **284.370 EUR über Plan**.

Diese Planabweichung resultiert zum einen aus Best-Case-Annahmen bei den Bewirtschaftungskosten und zum anderen aus Abschreibungen (Zeile 15: -130.600). Die Planansätze der AfA für das Folgejahr basieren auf dem zum Planungszeitpunkt vorliegenden Anlagenbestand und konnten die Veränderung des Anlagenbestandes nicht vollständig abbilden.

Die vorstehend erwähnten Ermächtigungsübertragungen ins Folgejahr werden für folgende Zwecke gebildet

- 439.400 EUR: Schulbudgets
- 187.000 EUR: Bauunterhaltung

Die **Einzahlungen im Finanzhaushalt** liegen **insgesamt** mit 3.091.523 EUR über Plan. Ohne die Ermächtigungsübertragung aus dem Vorjahr (2.579.692 EUR) und ins Folgejahr (3.157.600 EUR) liegt das Rechnungsergebnis 2025 **insgesamt** mit 2.513.615 EUR **über Plan**.

Insgesamt sind in 2025 Investitionszuschüsse vom Land über 4.1 Mio. Euro für Baumaßnahmen vereinnahmt worden. Darüber hinaus sind Bundeszuschüsse aus dem DigitalPakt i.H.v. 1.3 Mio. Euro in 2025 eingegangen.

Im Wesentlichen liegt dies an geringeren (-) / höheren (+) **Zuschüssen** (MCG Kirchzarten: +2.546.000 EUR: Dachsanierung, 12.BA und ehemalige Bibliothek) und **Gemeindeanteilen** für Schulen bzw. Baumaßnahmen in gemeinsamer Trägerschaft, entsprechend der tatsächlichen Abrechnung, unter Berücksichtigung der tatsächlich bewilligten Zuschüsse und des Zahlungsmittelfußes (GUFI: -822.000 EUR; 7. BA und Kirchzarten 12.BA und Dachsanierung -700.000 EUR).

Die vorstehend erwähnten Ermächtigungsübertragungen ins Folgejahr werden für folgende Zwecke gebildet

- 905.600 EUR: Landeszuschüsse aus der **Schulbauförderung**

-
- 2.252.000 EUR: **Anteil der Gemeinden** Kirchzarten für die Generalsanierung BA 12, Dachsanierung MCG und Gemeinde Gundelfingen für die Generalsanierung BA 7, entsprechend dem Mittelabfluss der Baumaßnahme

Die Auszahlungen im Finanzhaushalt liegen insgesamt mit 35.783 EUR marginal über Plan, was durch die Planunterschreitung der Auszahlungen im Finanzhaushalt bei den beruflichen Schulen abgedeckt ist.

Durch die Ermächtigungsübertragung aus dem Vorjahr (84.548 EUR) und ins Folgejahr (1.263.868 EUR), verbleibt insgesamt eine Planüberschreitung in Höhe von 1.215.103 EUR, die wiederum über eine korrespondierende Kreditübertragung ins Folgejahr gedeckt ist.

Dies wurde unter anderem aufgrund der geringeren Bauausgaben für das ASG GUFI (im 7. BA sind 723.240 EUR weniger abgeflossen und im 8. BA sind 172.200 EUR weniger abgeflossen.) notwendig.

Die Ermächtigungsübertragungen werden für folgende Zwecke gebildet:

- 50.486 EUR: Schulbudgets
- 1.204.100 EUR: Baumaßnahmen entsprechend dem Mittelabfluss

Ordentliche Erträge und Aufwendungen der einzelnen Gymnasien**Kreisgymnasium Hochschwarzwald Titisee-Neustadt**

Anzahl Schüler Im SJ 2025: 585	Ansatz 2025	pro Schüler	RE 2025	pro Schüler
Ordentliche Erträge	876.807	1.499	853.853	1.460
Ordentliche Aufwendungen	-1.355.668	-2.317	-1.512.607	-2.586
Ordentliches Ergebnis	-478.861	-818	-658.754	-1.126

Martin-Schongauer-Gymnasium Breisach

Anzahl Schüler Im SJ 2025: 795	Ansatz 2025	pro Schüler	RE 2025	pro Schüler
Ordentliche Erträge	1.128.060	1.419	1.127.747	1.419
Ordentliche Aufwendungen	-1.504.584	-1.893	-1.510.733	-1.900
Ordentliches Ergebnis	-376.524	-474	-382.986	-481

Albert-Schweizer-Gymnasium Gundelfingen

Anzahl Schüler Im SJ 2025: 702	Ansatz 2025	pro Schüler	RE 2025	pro Schüler
Ordentliche Erträge	1.509.534	2.150	1.537.065	2.190
Ordentliche Aufwendungen	-2.269.124	-3.232	-2.299.271	-3.275
Ordentliches Ergebnis	-759.590	-1.082	-762.206	-1.085

Marie-Curie-Gymnasium Kirchzarten

Anzahl Schüler Im SJ 2025: 613	Ansatz 2025	pro Schüler	RE 2025	pro Schüler
Ordentliche Erträge	1.608.981	2.625	1.485.646	2.424
Ordentliche Aufwendungen	-2.018.771	-3.293	-2.267.479	-3.699
Ordentliches Ergebnis	-409.790	-668	-781.833	-1.275

Markgräfler-Gymnasium Müllheim

Anzahl Schüler Im SJ 2025: 857	Ansatz 2025	pro Schüler	RE 2025	pro Schüler
Ordentliche Erträge	1.248.642	1.457	1.231.361	1.437
Ordentliche Aufwendungen	-2.124.601	-2.479	-2.232.903	-2.605
Ordentliches Ergebnis	-875.959	-1.022	-1.001.54	-1.168

Faust-Gymnasium Staufen

Anzahl Schüler Im SJ 2025: 943	Ansatz 2025	pro Schüler	RE 2025	pro Schüler
Ordentliche Erträge	1.361.634	1.444	1.376.694	1.460
Ordentliche Aufwendungen	-2.617.751	-2.776	-2.673.796	-2.835
Ordentliches Ergebnis	-1.256.117	-1.332	-1.297.102	-1.375

Kreisgymnasium Bad Krozingen

Anzahl Schüler Im SJ 2025: 785	Ansatz 2025	pro Schüler	RE 2025	pro Schüler
Ordentliche Erträge	1.223.388	1.558	1.225.549	1.561
Ordentliche Aufwendungen	-1.704.739	-2.172	-1.760.319	-2.242
Ordentliches Ergebnis	-481.351	-614	-534.770	-681

Kreisgymnasium Neuenburg

Anzahl Schüler Im SJ 2025: 579	Ansatz 2025	pro Schüler	RE 2025	pro Schüler
Ordentliche Erträge	929.284	1.605	939.153	1.622
Ordentliche Aufwendungen	-1.226.864	-2.119	-1.387.008	-2.396
Ordentliches Ergebnis	-297.580	-514	-447.855	-774

Erträge einschließlich Sachkostenbeiträge, bilanzielle Auflösungen, Gebühren, sonstige Erträge, ohne Jugendbegegnungsstätte Breisach

SP211006

SP Gymnasien

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR 1	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR 2	Ergebnis 2025 EUR 3	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR 4	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR 5	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR 6	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR 7	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR 8
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	7.288.893,00	7.600.756	7.614.673,01	13.917	0	0,00	13.917-	0,00
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	882.741,68	959.100	887.452,57	71.647-	0	0,00	71.647	0,00
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	11.795,78	13.300	17.014,55	3.715	0	0,00	3.715-	0,00
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	16.228,17	17.014	10.291,81	6.722-	0	0,00	6.722	0,00
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.300.194,86	1.314.668	1.252.318,45	62.349-	0	0,00	62.349	0,00
9	+	Aktivierete Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	61.248,72	166.300	138.809,16	27.491-	0	0,00	27.491	0,00
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	23.981,05	6.400	14.875,45	8.475	0	0,00	8.475-	0,00
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	9.585.083,26	10.077.538	9.935.435,00	142.103-	0	0,00	142.103	0,00
12	-	Personalaufwendungen	2.492.375,04-	2.753.211-	2.604.063,20-	149.148	0	0,00	149.148-	0,00
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.156.452,15-	7.318.112-	7.615.961,38-	297.850-	0	797.689,00-	499.839-	626.411,00-
15	-	Abschreibungen	3.410.502,28-	3.644.067-	3.774.674,02-	130.607-	0	0,00	130.607	0,00
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.236.540,24-	1.143.896-	1.192.233,06-	48.337-	0	0,00	48.337	0,00
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	14.295.869,71-	14.859.286-	15.186.931,66-	327.646-	0	797.689,00-	470.043-	626.411,00-
20	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	4.710.786,45-	4.781.748-	5.251.496,66-	469.749-	0	797.689,00-	327.940-	626.411,00-
21	+	Erträge aus internen Leistungen	564.102,14	559.555	621.924,09	62.369	0	0,00	62.369-	0,00
24	-	Aufwendungen für interne Leistungen	1.564.765,27-	1.672.467-	1.306.963,24-	365.504	0	0,00	365.504-	0,00
28	=	Kalkulatorisches Ergebnis	1.000.663,13-	1.112.913-	685.039,15-	427.874	0	0,00	427.874-	0,00
29	=	Nettoressourcenbedarf/- überschuss	5.711.449,58-	5.894.660-	5.936.535,81-	41.875-	0	797.689,00-	755.814-	626.411,00-

THH1 Finanzen und Schulen

2110 Allgemeinbildende Schulen

2111006 Gymnasien

IV_2110N Gesamtinvestitionen Gymnasien

lfd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH- Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8
Gesamtinvestitionen Gymnasien:									
1	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	1.615.072,83	400.000	5.099.976,13	4.699.976	0	1.915.692,00	2.784.284-	905.600,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	50.437,30	19.600	773.712,20	754.112	0	0,00	754.112-	0,00
5	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	1.027.572,01	1.855.000	266.146,87	1.588.853-	0	664.000,00	2.252.853	2.252.000,00
6	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.693.082,14	2.274.600	6.139.835,20	3.865.235	0	2.579.692,00	1.285.543-	3.157.600,00
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	9.295.940,98-	5.925.300-	5.708.368,78-	216.931	0	0,00	216.931-	1.005.500,00-
9	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.112.566,45-	638.800-	881.051,54-	242.252-	0	84.548,00-	157.704	258.368,00-
11	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	176.000,00-	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
12	- Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0,00	0	10.462,31-	10.462-	0	0,00	10.462	0,00
13	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	10.584.507,43-	6.564.100-	6.599.882,63-	35.783-	0	84.548,00-	48.765-	1.263.868,00-
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	7.891.425,29-	4.289.500-	460.047,43-	3.829.453	0	2.495.144,00	1.334.309-	1.893.732,00
15	- aktivierte Eigenleistungen	71.000,00-	166.300-	166.300,00-	0	0	0,00	0	0,00
16	= Gesamtkosten der Maßnahme	10.655.507,43-	6.730.400-	6.766.182,63-	35.783-	0	84.548,00-	48.765-	1.263.868,00-

THH1 Finanzen und Schulen

2110 Allgemeinbildende Schulen

2111006 Gymnasien

IV_BAKG Baumaßnahmen Gymnasien

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8
Baumaßnahmen Gymnasien:										
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	1.609.772,83	400.000	5.099.976,13	4.699.976	0	1.915.692,00	2.784.284-	905.600,00
3	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0	773.712,20	773.712	0	0,00	773.712-	0,00
5	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	1.027.572,01	1.855.000	266.146,87	1.588.853-	0	664.000,00	2.252.853	2.252.000,00
6	=	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.637.344,84	2.255.000	6.139.835,20	3.884.835	0	2.579.692,00	1.305.143-	3.157.600,00
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	9.295.940,98-	5.925.300-	5.708.368,78-	216.931	0	0,00	216.931-	1.005.500,00-
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	638.853,63-	208.400-	131.407,50-	76.993	0	0,00	76.993-	198.600,00-
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0,00	0	5.101,60-	5.102-	0	0,00	5.102	0,00
13	=	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	9.934.794,61-	6.133.700-	5.844.877,88-	288.822	0	0,00	288.822-	1.204.100,00-
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	7.297.449,77-	3.878.700-	294.957,32	4.173.657	0	2.579.692,00	1.593.965-	1.953.500,00
15	-	aktivierte Eigenleistungen	71.000,00-	166.300-	166.300,00-	0	0	0,00	0	0,00
16	=	Gesamtkosten der Maßnahme	10.005.794,61-	6.300.000-	6.011.177,88-	288.822	0	0,00	288.822-	1.204.100,00-

THH1 Finanzen und Schulen**2110 Allgemeinbildende Schulen****2111006 Gymnasien****IV_BBKGTN1 GIPS 17.1 Kreisdgymnasium Titisee-Neustadt, Abschluss Innensanierung**

lfd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8
GIPS 17.1 Kreisdgymnasium Titisee-Neustadt, Abschluss Innensanierung:									
1	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0,00	0	0,00	0	0	600.900,00	600.900	600.900,00
6	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0,00	0	0	600.900,00	600.900	600.900,00
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.064.732,31-	389.300-	318.491,27-	70.809	0	0,00	70.809-	17.000,00-
9	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	8.033,22-	0	53.783,24-	53.783-	0	0,00	53.783	0,00
13	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.072.765,53-	389.300-	372.274,51-	17.025	0	0,00	17.025-	17.000,00-
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	1.072.765,53-	389.300-	372.274,51-	17.025	0	600.900,00	583.875	583.900,00
15	- aktivierte Eigenleistungen	20.000,00-	10.700-	10.700,00-	0	0	0,00	0	0,00
16	= Gesamtkosten der Maßnahme	1.092.765,53-	400.000-	382.974,51-	17.025	0	0,00	17.025-	17.000,00-

IV_BRKGTN Frühere Baumaßnahmen Kreisdgymnasium Titisee-Neustadt

lfd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8
Frühere Baumaßnahmen Kreisdgymnasium Titisee-Neustadt:									
1	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0,00	0	93.120,00	93.120	0	93.087,00	33-	0,00
6	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	93.120,00	93.120	0	93.087,00	33-	0,00
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	106.739,68-	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
13	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	106.739,68-	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	106.739,68-	0	93.120,00	93.120	0	93.087,00	33-	0,00
16	= Gesamtkosten der Maßnahme	106.739,68-	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00

THH1

Finanzen und Schulen

2110

Allgemeinbildende Schulen

2111006

Gymnasien

IV_BBMSGB1

GIPS 7.1 Martin-Schongauer-Gymnasium Breisach Abschluss
Innensanierung

lfd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8
GIPS 7.1 Martin-Schongauer-Gymnasium Breisach Abschluss Innensanierung:									
1	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0,00	0	0,00	0	0	304.700,00	304.700	304.700,00
6	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0,00	0	0	304.700,00	304.700	304.700,00
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	49.317,44-	0	138.189,84-	138.190-	0	0,00	138.190	0,00
12	- Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0,00	0	515,27-	515-	0	0,00	515	0,00
13	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	49.317,44-	0	138.705,11-	138.705-	0	0,00	138.705	0,00
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	49.317,44-	0	138.705,11-	138.705-	0	304.700,00	443.405	304.700,00
16	= Gesamtkosten der Maßnahme	49.317,44-	0	138.705,11-	138.705-	0	0,00	138.705	0,00

IV_BRMSGBR

Frühere und weitere Baumaßnahmen Martin-Schongauer-Gymnasium
Breisach

lfd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8
Frühere und weitere Baumaßnahmen Martin-Schongauer-Gymnasium Breisach:									
1	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0,00	0	268.982,40	268.982	0	267.200,00	1.782-	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0	773.712,20	773.712	0	0,00	773.712-	0,00
6	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	1.042.694,60	1.042.695	0	267.200,00	775.495-	0,00
9	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	8.071,96-	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
13	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	8.071,96-	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	8.071,96-	0	1.042.694,60	1.042.695	0	267.200,00	775.495-	0,00
16	= Gesamtkosten der Maßnahme	8.071,96-	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00

THH1 Finanzen und Schulen**2110 Allgemeinbildende Schulen****2111006 Gymnasien****IV_BBASGG1 GIPS 13.2/4 Albert-Schweitzer-Gymnasium Gundelfingen Sanierung Klassenräume, Digitalisierung**

lfd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8
GIPS 13.2/4 Albert-Schweitzer-Gymnasium Gundelfingen Sanierung Klassenräume, Digitalisierung:									
5	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0,00	1.155.000	266.146,87	888.853-	0	264.000,00	1.152.853	1.152.000,00
6	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	1.155.000	266.146,87	888.853-	0	264.000,00	1.152.853	1.152.000,00
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	373.394,54-	3.195.100-	2.498.293,68-	696.806	0	0,00	696.806-	696.500,00-
9	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	79.214,63-	208.400-	9.757,49-	198.643	0	0,00	198.643-	198.600,00-
13	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	452.609,17-	3.403.500-	2.508.051,17-	895.449	0	0,00	895.449-	895.100,00-
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	452.609,17-	2.248.500-	2.241.904,30-	6.596	0	264.000,00	257.404	256.900,00
15	- aktivierte Eigenleistungen	12.000,00-	96.500-	96.500,00-	0	0	0,00	0	0,00
16	= Gesamtkosten der Maßnahme	464.609,17-	3.500.000-	2.604.551,17-	895.449	0	0,00	895.449-	895.100,00-

THH1 Finanzen und Schulen**2110 Allgemeinbildende Schulen****2111006 Gymnasien****IV_BBMGHM1 GIPS 20.1a/2 Markgräfler Gymnasium Müllheim Sanierung Klassenräume, Erweiterung, Digitalisierung**

lfd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8
GIPS 20.1a/2 Markgräfler Gymnasium Müllheim Sanierung Klassenräume, Erweiterung, Digitalisierung:									
6	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	292.000-	0,00	292.000	0	0,00	292.000-	292.000,00-
13	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	292.000-	0,00	292.000	0	0,00	292.000-	292.000,00-
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	292.000-	0,00	292.000	0	0,00	292.000-	292.000,00-
15	- aktivierte Eigenleistungen	0,00	8.000-	8.000,00-	0	0	0,00	0	0,00
16	= Gesamtkosten der Maßnahme	0,00	300.000-	8.000,00-	292.000	0	0,00	292.000-	292.000,00-

THH1 Finanzen und Schulen**2110 Allgemeinbildende Schulen****2111006 Gymnasien****IV_BBFGST GIPS 4.2 Faust-Gymnasium Stufen Abschluss Sanierung**

lfd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8
GIPS 4.2 Faust-Gymnasium Stufen Abschluss Sanierung:									
1	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	1.117.800,00	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
6	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.117.800,00	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	864.724,65-	0	364.189,52-	364.190-	0	0,00	364.190	0,00
9	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	84.099,81-	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
13	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	948.824,46-	0	364.189,52-	364.190-	0	0,00	364.190	0,00
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	168.975,54	0	364.189,52-	364.190-	0	0,00	364.190	0,00
15	- aktivierte Eigenleistungen	11.000,00-	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
16	= Gesamtkosten der Maßnahme	959.824,46-	0	364.189,52-	364.190-	0	0,00	364.190	0,00

IV_BRFGST Frühere und weitere Baumaßnahmen Faust-Gymnasium Stufen

lfd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8
Frühere u weit. Baumaßnahmen FG Stufen:									
1	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	312.962,00	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
6	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	312.962,00	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	51.655,80-	0	6.236,31-	6.236-	0	0,00	6.236	0,00
13	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	51.655,80-	0	6.236,31-	6.236-	0	0,00	6.236	0,00
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	261.306,20	0	6.236,31-	6.236-	0	0,00	6.236	0,00
16	= Gesamtkosten der Maßnahme	51.655,80-	0	6.236,31-	6.236-	0	0,00	6.236	0,00

THH1 Finanzen und Schulen**2110 Allgemeinbildende Schulen****2111006 Gymnasien****IV_BBMCCK1 GIPS 15.1/2 Marie-Curie-Gymnasium Kirchzarten Abschluss Sanierung Schulzentrum**

lfd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8
GIPS 15.1/2 Marie-Curie-Gymnasium Kirchzarten Abschluss Sanierung Schulzentrum:									
1	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	167.400,00	0	2.545.800,00	2.545.800	0	0,00	2.545.800-	0,00
5	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	1.069.764,76	700.000	0,00	700.000-	0	400.000,00	1.100.000	1.100.000,00
6	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.237.164,76	700.000	2.545.800,00	1.845.800	0	400.000,00	1.445.800-	1.100.000,00
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	3.186.720,33-	1.366.400-	1.704.819,94-	338.420-	0	0,00	338.420	0,00
9	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	54.497,58-	0	52.813,61-	52.814-	0	0,00	52.814	0,00
12	- Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0,00	0	437,33-	437-	0	0,00	437	0,00
13	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	3.241.217,91-	1.366.400-	1.758.070,88-	391.671-	0	0,00	391.671	0,00
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	2.004.053,15-	666.400-	787.729,12	1.454.129	0	400.000,00	1.054.129-	1.100.000,00
15	- aktivierte Eigenleistungen	15.000,00-	33.600-	33.600,00-	0	0	0,00	0	0,00
16	= Gesamtkosten der Maßnahme	3.256.217,91-	1.400.000-	1.791.670,88-	391.671-	0	0,00	391.671	0,00

IV_BRMCGK Frühere Baumaßnahmen Marie-Curie-Gymnasium Kirchzarten

lfd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8
Frühere Baumaßnahmen Marie-Curie-Gymnasium Kirchzarten:									
5	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	42.192,75-	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
6	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	42.192,75-	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	60.903,05-	0	18.979,84-	18.980-	0	0,00	18.980	0,00
9	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	500,00-	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
13	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	61.403,05-	0	18.979,84-	18.980-	0	0,00	18.980	0,00
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	103.595,80-	0	18.979,84-	18.980-	0	0,00	18.980	0,00
16	= Gesamtkosten der Maßnahme	61.403,05-	0	18.979,84-	18.980-	0	0,00	18.980	0,00

THH1 Finanzen und Schulen**2110 Allgemeinbildende Schulen****2111006 Gymnasien****IV_BBKGBK1 GIPS 1.1 Kreisgymnasium Bad Krozingen Digitalisierung und IT-Infrastruktur**

lfd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8
GIPS 1.1 Kreisgymnasium Bad Krozingen Digitalisierung und IT-Infrastruktur:									
1	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0,00	0	345.205,68	345.206	0	345.205,00	1-	0,00
6	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	345.205,68	345.206	0	345.205,00	1-	0,00
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	32.171,69-	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
9	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	10.308,56-	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
13	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	42.480,25-	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	42.480,25-	0	345.205,68	345.206	0	345.205,00	1-	0,00
16	= Gesamtkosten der Maßnahme	42.480,25-	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00

IV_BRKGBK Frühere u. weitere Baumaßnahmen Kreisgymnasium Bad Krozingen

lfd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8
Frühere u. weitere Baumaßnahmen Kreisgymnasium Bad Krozingen:									
1	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	595,00	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
6	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	595,00	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
13	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	595,00	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
16	= Gesamtkosten der Maßnahme	0,00	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00

THH1 Finanzen und Schulen**2110 Allgemeinbildende Schulen****2111006 Gymnasien****IV_BBKGNB1 GIPS 22.1/2 Kreisdgymnasium Neuenburg Erweiterung und Digitalisierung**

lfd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8
GIPS 22.1/2 Kreisdgymnasium Neuenburg Erweiterung und Digitalisierung:									
1	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0,00	400.000	1.846.868,05	1.446.868	0	304.600,00	1.142.268-	0,00
6	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	400.000	1.846.868,05	1.446.868	0	304.600,00	1.142.268-	0,00
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	3.494.565,66-	682.500-	659.168,38-	23.332	0	0,00	23.332-	0,00
9	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	394.127,87-	0	15.053,16-	15.053-	0	0,00	15.053	0,00
12	- Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0,00	0	4.149,00-	4.149-	0	0,00	4.149	0,00
13	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	3.888.693,53-	682.500-	678.370,54-	4.129	0	0,00	4.129-	0,00
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	3.888.693,53-	282.500-	1.168.497,51	1.450.998	0	304.600,00	1.146.398-	0,00
15	- aktivierte Eigenleistungen	13.000,00-	17.500-	17.500,00-	0	0	0,00	0	0,00
16	= Gesamtkosten der Maßnahme	3.901.693,53-	700.000-	695.870,54-	4.129	0	0,00	4.129-	0,00

211006 Gymnasien**IV_BRKGNB Frühere und weitere Baumaßnahmen Kreisdgymnasium Neuenburg**

lfd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8
Frühere und weitere Baumaßnahmen Kreisdgymnasium Neuenburg:									
1	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	11.015,83	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
6	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	11.015,83	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	11.015,83-	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
13	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	11.015,83-	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
16	= Gesamtkosten der Maßnahme	11.015,83-	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00

THH1 Finanzen und Schulen

2110 Allgemeinbildende Schulen

2111006 Gymnasien

IV_SIKG Ausstattung, Beschaffung investiv, Gymnasien

Ifd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH- Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8
Ausstattung, Beschaffung investiv, Gymnasien:										
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	5.300,00	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
3	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	50.437,30	19.600	0,00	19.600-	0	0,00	19.600	0,00
6	=	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	55.737,30	19.600	0,00	19.600-	0	0,00	19.600	0,00
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	473.712,82-	430.400-	749.644,04-	319.244-	0	84.548,00-	234.696	59.768,00-
11	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	176.000,00-	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0,00	0	5.360,71-	5.361-	0	0,00	5.361	0,00
13	=	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	649.712,82-	430.400-	755.004,75-	324.605-	0	84.548,00-	240.057	59.768,00-
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	593.975,52-	410.800-	755.004,75-	344.205-	0	84.548,00-	259.657	59.768,00-
16	=	Gesamtkosten der Maßnahme	649.712,82-	430.400-	755.004,75-	324.605-	0	84.548,00-	240.057	59.768,00-

Schlüsselprodukt: 21.30 Berufsbildende Schulen**Kurzbeschreibung:**

Die gesamte Produktgruppe ist Schlüsselprodukt. Sie umfasst die Schulträgeraufgaben, insbesondere die Sicherstellung des Schul- und Unterrichtsbetriebs durch Schaffung der sächlichen und personellen (nicht der pädagogischen) Voraussetzungen. Der Landkreis ist kraft Gesetz Träger von vier beruflichen Schulen.

Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und einem sich hieraus ergebenden Fachkräftemangel muss ein erfolgreicher Einstieg in das Berufsleben für alle Jugendlichen gewährleistet werden. Um dies zu erreichen, ist es erforderlich, die beruflichen Schulen mit hochwertigen Lehr- und Lernmitteln auszustatten, die sich an den Standards und Bedarfen der Betriebe orientieren müssen. In der Konsequenz bedeutet dies eine Entwicklung der beruflichen Schulen zu Kompetenzzentren mit einer spezifisch geschärften Profilierung.

Beteiligte Fachbereiche:

FB Schulen und Bildung

FB Hochbau

Zuständiger Fachausschuss:

Schul- und Kulturausschuss

Enthaltene Produkte:

21.30.01 Gewerbliche Schulen

21.30.02 Kaufmännische Schulen

21.30.03 Hauswirtschaftlich-pflegerisch-sozialpädagogische Schulen

Ziele:

Der Kreistag hat Bildung als politische Priorität des Landkreises definiert. Daher ist das grundsätzliche Ziel die Schaffung von differenzierten Bildungsangeboten für alle Kinder und Jugendlichen in erreichbarer Nähe, um gleiche Zugangs- und Zukunftschancen für alle zu schaffen und allen einen erfolgreichen Einstieg in das Berufsleben zu gewährleisten. Übergeordnetes Ziel ist, die ansässigen Betriebe und Unternehmen langfristig im Landkreis zu halten und neue hinzuzugewinnen. Beides hängt zunehmend vom Angebot an fachlich qualifizierten und gut ausgebildeten Nachwuchskräften ab, die den Unternehmen vor Ort in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.

Maßnahmen zur Zielerreichung:

Zur nachhaltigen Stärkung des ländlichen Raums ist es erforderlich, ein in allen Teilen des Landkreises einheitliches Bildungsangebot mit attraktiven Rahmenbedingungen auf hohem Niveau sicherzustellen. Um den Bedarf der Unternehmen nach qualifizierten Nachwuchskräften nachhaltig decken zu können, müssen die beruflichen Schulen zu Kompetenzzentren aus- bzw. aufgebaut werden. Die Ausstattung erfolgt in enger Abstimmung mit den Kammern und Innungen und orientiert sich an den Erfordernissen der Betriebe. Dabei sind Auswirkungen der rasanten technologischen Entwicklung und der fortschreitenden Digitalisierung auf alle gesellschaftlichen Lebensbereiche auch auf unsere Schulen zu berücksichtigen.

Zielbezogene Kennzahlen:

KZ01: Investitionskosten je Berufsschüler

KZ02: Laufende Kosten je Berufsschüler

Kennzahl	Plan 2023	RE 2023	Plan 2024	RE 2024	Plan 2025	RE 2025
KZ01	988 EUR	1.691 EUR	839 EUR	1.849 EUR	2.076 EUR	1.909 EUR
KZ02	2.144 EUR	2.251 EUR	2.151 EUR	2.333 EUR	2.367 EUR	2.496 EUR

Das Rechnungsergebnis der KZ01 (Investitionskosten je Berufsschüler) liegt um 167 EUR bzw. 8 % unter Plan. Jedoch ist bei den Investitionskosten in die Gesamtbetrachtung, auch die Relevanz der Ermächtigungsübertragungen mit einzubeziehen. Hinsichtlich der Planabweichung wird auf die Ausführungen unter nachfolgendem Thema „Planabweichungen“ verwiesen.

Das Rechnungsergebnis der KZ02 (Laufende Kosten je Berufsschüler) liegt um 129 EUR bzw. 5 % über Plan. Auch hier wird hinsichtlich der Planabweichung auf die Ausführungen unter nachfolgendem Thema „Planabweichungen“ verwiesen.

Die den Kennzahlen zu Grunde liegenden Schülerzahlen haben sich von Plan 2025 zu Rechnungsergebnis 2025 um 5 Schülerinnen und Schüler erhöht.

Aussagen zu Zielerreichung und Planabweichungen:**Zielerreichung:**

In 2025 wurde mit Wirkung zum Schuljahresbeginn 2026/27 die Umwandlung der Schularart Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf in der Regelform (VABR) an der Gewerbeschule Breisach in die duale Ausbildungsvorbereitung (AVdual) beantragt und durch das Regierungspräsidium genehmigt. AVdual bietet einen deutlich flexibleren Weg mit hoher Durchlässigkeit in die Ausbildung. Durch intensive Einbindung eines Betriebspraktikums lernen die Schülerinnen und Schüler von Anfang an die betriebliche Realität kennen und bekommen so eine bessere Vorstellung von ihren beruflichen Interessen und Möglichkeiten.

Die Meisterschule für Fahrzeugtechnik an der Gewerbeschule Breisach nimmt mit Wirkung zum Kursbeginn 2026 am Schulversuch „Digitale Unterrichtsformen an Fachschulen“ teil. Dabei wird bis zu 50% des Unterrichts online angeboten, was den Bildungsgang für berufstätige Schülerinnen und Schüler deutlich attraktiver macht. Diese profitieren beispielsweise von besserer Vereinbarkeit von Bildung und Beruf oder Familie.

Die umfassenden Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen im Gebäude B der Hans-Thoma-Schule in Titisee-Neustadt konnten nach zweieinhalb Jahren im Februar 2025 abgeschlossen werden. Für rund 9,9 Millionen Euro wurden zeitgemäße Lernräume und eine zukunftsorientierte Lernumgebung geschaffen.

Die Gewerblichen und Kaufmännischen Schulen (GKS) Müllheim wurden im Oktober 2025 nach sechs Jahren Modernisierung offiziell feierlich wiedereröffnet. Für rund 20,7 Millionen Euro wurde die Schule umgestaltet, wobei neue Außenanlagen, moderne Digitaltechnik und ein offenes Raumkonzept entstanden sind. Bereits 2021 wurde der erste Bauabschnitt (Gebäudeteil A) eingeweiht.

Die dringend erforderliche Erweiterung der Kapazitäten des Schülerwohnheims der Gewerbeschule Breisach konnte durch die Umnutzung eines bisher für die Anschlussunterbringung verwendeten Gebäude seit Beginn des Schuljahres 2025/2026 bis auf Weiteres sichergestellt werden.

Planabweichungen:

Im Ergebnishaushalt liegen die ordentlichen **Erträge mit 108.840 EUR unter Plan (-1,8%)**.

Dies ergibt sich überwiegend aus den verrechneten Erträgen aus Aktivierten Eigenleistungen, Zeile 9, (-144.923 EUR) und den aufgelösten Investitionszuwendungen (+51.751 EUR).

Die ordentlichen **Aufwendungen liegen mit 510.200 EUR über Plan (+5,6%)**. Ohne die Ermächtigungsübertragung aus dem Vorjahr (421.600 EUR) und ins Folgejahr (345.700 EUR) liegt das Rechnungsergebnis 2025 mit **434.300 EUR über Plan (+4,7%)**.

Diese Planabweichung ist größtenteils auf die **Bewirtschaftungskosten** zurückzuführen (-336.700 EUR). Bei der Planung wurde unter Abwägung der Belastung der Kreisumlage eine Best-Case-Variante gewählt.

Der Minderaufwand bei den Personalkosten (Zeile 12), sowie den sonstigen ordentlichen Aufwendungen (Zeile 18) in Höhe von insgesamt 110.000 EUR verringern die Planüberschreitung.

Bei den **Abschreibungen** (Zeile 15) ergab sich eine Planüberschreitung in Höhe von -202.100 EUR. Die Planansätze für AfA des Folgejahres, basieren auf den bereits geleisteten Auszahlungen zum Zeitpunkt der Planung des Folgejahres und der Annahme, dass die geplanten Auszahlungen in voller Höhe ausbezahlt werden.

Die vorstehend erwähnten Ermächtigungsübertragungen ins Folgejahr werden für folgende Zwecke gebildet

- 273.100 EUR: Schulbudgets
- 72.600 EUR: Bauunterhaltung

Die **Einzahlungen im Finanzhaushalt** liegen mit 1.1 Mio. EUR über dem Plan.

Ohne die Ermächtigungsübertragungen aus Vorjahren (2.508.691 EUR) und ins Folgejahr (1.411.800 EUR) bleibt das Ergebnis marginal über Plan i.H.v. 10.860 EUR.

Dies liegt insbesondere an höheren Landeszuschüssen als für das Haushaltsjahr 2025 veranschlagt (Sanierung GKS 1. BA: +410.600 EUR und Sanierung Beruf. Schulen MÜ 2.BA: +566.000 EUR).

Durch den DigitalPakt (DP) des Bundes konnten Zuschüsse in Höhe von 419.720 EUR (HTS Geb. B TN: 222.720 EUR und GWS BR Grüngärtenweg: 197.000 EUR) vereinnahmt werden.

Die vorstehend erwähnten Ermächtigungsübertragungen ins Folgejahr werden für folgende Zwecke gebildet

- 1.411.800 EUR: Landeszuschüsse aus der **Schulbauförderung**

Die **Auszahlungen im Finanzhaushalt** liegen mit 628.850 EUR unter Plan.

Ohne die Ermächtigungsübertragungen aus Vorjahren (205.808 EUR) und ins Folgejahr (1.690.312 EUR) liegt das Ergebnis i.H.v. 855.600 EUR über Plan, was jedoch durch die Mehreinzahlungen im Finanzhaushalt abgedeckt wird.

Dies liegt überwiegend an den **Bauausgaben**. Der beschleunigten Bauausführung (insb. GKS Müllheim, Sanierung und Modernisierung 2. BA: -882.956 EUR) stehen geringere Bauausgaben bei:

Geringere Bauausgaben bei der HTS TN Sanierung Gebäude A (1.032.900 EUR unter Plan)

HTS TN Brandschutzsanierung Gebäude B (335.341 EUR unter Plan)

Die Ermächtigungsübertragungen werden für folgende Zwecke gebildet:

- 269.600 EUR: Schulbudgets
- 1.420.700 EUR: Baumaßnahmen entsprechend dem Mittelabfluss

Ordentliche Erträge und Aufwendungen der einzelnen beruflichen Schulen

Gewerbeschule Breisach

Anzahl Schüler im SJ 2025: 1.547	Ansatz 2025	pro Schüler	RE 2025	pro Schüler
Ordentliche Erträge	1.863.990	1.205	1.839.584	1.189
Ordentliche Aufwendungen	-2.498.612	-1.615	-2.401.380	-1.552
Ordentliches Ergebnis	-634.622	-410	-561.796	-363

Hans-Thoma-Schule Titisee-Neustadt

Anzahl Schüler im SJ 2025: 702	Ansatz 2025	pro Schüler	RE 2025	pro Schüler
Ordentliche Erträge	1.237.489	1.763	1.196.745	1.705
Ordentliche Aufwendungen	-2.776.606	-3.955	-2.731.523	-3.891
Ordentliches Ergebnis	-1.539.117	-2.192	-1.534.778	-2.186

Gewerbliche - Kaufmännische Schulen (Berufliches Gymnasium) Müllheim

Anzahl Schüler im SJ 2025: 1.051	Ansatz 2025	pro Schüler	RE 2025	pro Schüler
Ordentliche Erträge	1.608.275	1.530	1.521.146	1.447.
Ordentliche Aufwendungen	-2.417.396	-2.300	-2.266.140	-2.156
Ordentliches Ergebnis	-809.121	-770	-744.994	-709

Berufliche Schule Bad Krozingen

Anzahl Schüler im SJ 2025: 547	Ansatz 2025	pro Schüler	RE 2025	pro Schüler
Ordentliche Erträge	1.088.400	1.990	1.181.391	2.160
Ordentliche Aufwendungen	-1.411.429	-2.580	-1.215.375	-2.222
Ordentliches Ergebnis	-323.029	-590	-33.984	-62

Erträge einschließlich Sachkostenbeiträge, bilanzielle Auflösungen, Gebühren, sonstige Erträge

SP2130

SP Berufsbildende Schulen

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR 1	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR 2	Ergebnis 2025 EUR 3	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR 4	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR 5	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR 6	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR 7	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR 8
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	4.667.967,86	4.891.275	4.903.388,02	12.113	0	0,00	12.113-	0,00
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	472.778,57	468.500	520.250,96	51.751	0	0,00	51.751-	0,00
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	67.538,75	78.700	93.084,50	14.385	0	0,00	14.385-	0,00
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	8.715,66	8.644	8.636,48	8-	0	0,00	8	0,00
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	349.519,77	346.935	302.995,48	43.940-	0	0,00	43.940	0,00
9	+	Aktivierete Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	31.655,72	216.100	71.177,40	144.923-	0	0,00	144.923	0,00
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	8.084,89	4.100	5.881,29	1.781	0	0,00	1.781-	0,00
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	5.606.261,22	6.014.254	5.905.414,13	108.840-	0	0,00	108.840	0,00
12	-	Personalaufwendungen	1.597.090,23-	1.750.140-	1.695.573,68-	54.567	0	0,00	54.567-	0,00
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.139.988,37-	3.152.031-	3.570.779,90-	418.748-	0	421.623,00-	2.875-	345.723,00-
15	-	Abschreibungen	3.004.255,35-	3.128.672-	3.330.817,96-	202.146-	0	0,00	202.146	0,00
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	992.621,23-	1.073.200-	1.017.064,17-	56.136	0	0,00	56.136-	0,00
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	8.733.955,18-	9.104.044-	9.614.235,71-	510.192-	0	421.623,00-	88.569	345.723,00-
20	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	3.127.693,96-	3.089.790-	3.708.821,58-	619.032-	0	421.623,00-	197.409	345.723,00-
21	+	Erträge aus internen Leistungen	285.037,76	286.924	318.905,04	31.981	0	0,00	31.981-	0,00
24	-	Aufwendungen für interne Leistungen	1.017.720,43-	1.209.900-	887.484,86-	322.415	0	0,00	322.415-	0,00
28	=	Kalkulatorisches Ergebnis	732.682,67-	922.976-	568.579,82-	354.397	0	0,00	354.397-	0,00
29	=	Nettoressourcenbedarf/-überschuss	3.860.376,63-	4.012.766-	4.277.401,40-	264.635-	0	421.623,00-	156.988-	345.723,00-

THH1

Finanzen und Schulen

2130

Berufsbildende Schulen

IV_2130N

Gesamtinvestitionen Berufliche Schulen

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8
Gesamtinvestitionen Berufliche Schulen:										
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	382.895,00	1.800.000	2.903.598,77	1.103.599	0	2.508.691,00	1.405.092	1.411.800,00
3	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0	3.000,00	3.000	0	0,00	3.000-	0,00
5	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0	1.152,40	1.152	0	0,00	1.152-	0,00
6	=	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	382.895,00	1.800.000	2.907.751,17	1.107.751	0	2.508.691,00	1.400.940	1.411.800,00
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	6.290.831,70-	7.354.300-	6.417.444,70-	936.855	0	0,00	936.855-	1.356.900,00-
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	545.871,27-	417.600-	718.254,28-	300.654-	0	205.808,00-	94.846	333.412,00-
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	3.808,10-	0	7.351,22-	7.351-	0	0,00	7.351	0,00
13	=	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	6.840.511,07-	7.771.900-	7.143.050,20-	628.850	0	205.808,00-	834.658-	1.690.312,00-
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	6.457.616,07-	5.971.900-	4.235.299,03-	1.736.601	0	2.302.883,00	566.282	278.512,00-
15	-	aktivierte Eigenleistungen	81.000,00-	216.100-	216.100,00-	0	0	0,00	0	0,00
16	=	Gesamtkosten der Maßnahme	6.921.511,07-	7.988.000-	7.359.150,20-	628.850	0	205.808,00-	834.658-	1.690.312,00-

THH1

Finanzen und Schulen

2130

Berufsbildende Schulen

IV_BS

Baumaßnahmen Berufliche Schulen

lfd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8
Baumaßnahmen berufliche Schulen:									
1	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	382.895,00	1.800.000	2.896.920,00	1.096.920	0	2.508.691,00	1.411.771	1.411.800,00
5	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0	1.152,40	1.152	0	0,00	1.152-	0,00
6	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	382.895,00	1.800.000	2.898.072,40	1.098.072	0	2.508.691,00	1.410.619	1.411.800,00
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	6.290.831,70-	7.354.300-	6.417.444,70-	936.855	0	0,00	936.855-	1.356.900,00-
9	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	349.852,18-	179.600-	442.531,60-	262.932-	0	0,00	262.932	63.800,00-
12	- Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0,00	0	2.011,69-	2.012-	0	0,00	2.012	0,00
13	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	6.640.683,88-	7.533.900-	6.861.987,99-	671.912	0	0,00	671.912-	1.420.700,00-
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	6.257.788,88-	5.733.900-	3.963.915,59-	1.769.984	0	2.508.691,00	738.707	8.900,00-
15	- aktivierte Eigenleistungen	81.000,00-	216.100-	216.100,00-	0	0	0,00	0	0,00
16	= Gesamtkosten der Maßnahme	6.721.683,88-	7.750.000-	7.078.087,99-	671.912	0	0,00	671.912-	1.420.700,00-

THH1 Finanzen und Schulen**2130 Berufsbildende Schulen****IV_BRGSBR Frühere und weitere Baumaßnahmen Gewerbeschule Breisach**

lfd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8
Frühere und weitere Baumaßnahmen Gewerbeschule Breisach:									
1	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0,00	0	197.000,00	197.000	0	197.000,00	0	0,00
6	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	197.000,00	197.000	0	197.000,00	0	0,00
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	50.000-	0,00	50.000	0	0,00	50.000-	0,00
13	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	50.000-	0,00	50.000	0	0,00	50.000-	0,00
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	50.000-	197.000,00	247.000	0	197.000,00	50.000-	0,00
16	= Gesamtkosten der Maßnahme	0,00	50.000-	0,00	50.000	0	0,00	50.000-	0,00

THH1 Finanzen und Schulen**2130 Berufsbildende Schulen****IV_BBHTS1 GIPS 18.2 Hans-Thoma-Schule Titisee-Neustadt Sanierung Gebäude A**

lfd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8
GIPS 18.2 Hans-Thoma-Schule Titisee-Neustadt Sanierung Gebäude A:									
1	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0,00	300.000	0,00	300.000-	0	0,00	300.000	300.000,00
6	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	300.000	0,00	300.000-	0	0,00	300.000	300.000,00
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	123.481,83-	1.586.700-	553.714,04-	1.032.986	0	0,00	1.032.986-	1.032.900,00-
9	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	70.800-	6.991,55-	63.808	0	0,00	63.808-	63.800,00-
13	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	123.481,83-	1.657.500-	560.705,59-	1.096.794	0	0,00	1.096.794-	1.096.700,00-
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	123.481,83-	1.357.500-	560.705,59-	796.794	0	0,00	796.794-	796.700,00-
15	- aktivierte Eigenleistungen	3.000,00-	42.500-	42.500,00-	0	0	0,00	0	0,00
16	= Gesamtkosten der Maßnahme	126.481,83-	1.700.000-	603.205,59-	1.096.794	0	0,00	1.096.794-	1.096.700,00-

IV_BBHTS2 GIPS 18.1/5 Hans-Thoma-Schule Titisee-Neustadt Sanierung Gebäude B/A

lfd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8
GIPS 18.1/5 Hans-Thoma-Schule Titisee-Neustadt Sanierung Gebäude B/A:									
1	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	382.300,00	0	222.720,00	222.720	0	1.101.091,00	878.371	878.400,00
6	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	382.300,00	0	222.720,00	222.720	0	1.101.091,00	878.371	878.400,00
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	2.554.387,30-	1.900.000-	1.560.263,76-	339.736	0	0,00	339.736-	324.000,00-
9	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	189.864,84-	50.000-	56.949,52-	6.950-	0	0,00	6.950	0,00
13	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.744.252,14-	1.950.000-	1.617.213,28-	332.787	0	0,00	332.787-	324.000,00-
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	2.361.952,14-	1.950.000-	1.394.493,28-	555.507	0	1.101.091,00	545.584	554.400,00
15	- aktivierte Eigenleistungen	50.000,00-	50.000-	50.000,00-	0	0	0,00	0	0,00
16	= Gesamtkosten der Maßnahme	2.794.252,14-	2.000.000-	1.667.213,28-	332.787	0	0,00	332.787-	324.000,00-

THH1 Finanzen und Schulen**2130 Berufsbildende Schulen****IV_BRHTS Frühere Baumaßnahmen Hans-Thoma-Schule Titisee-Neustadt**

6	Investitionsübersicht	Ergebnis Vorjahr 2024	Fortgeschriebener Ansatz 2025	Ergebnis 2025	Vergleich Ergebnis- Ansatz	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	EUR	EUR	EUR	EUR			EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8
Frühere Baumaßnahmen HTS TN:									
6	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	46,51-	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
13	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	46,51-	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	46,51-	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
16	= Gesamtkosten der Maßnahme	46,51-	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00

THH1 Finanzen und Schulen**2130 Berufsbildende Schulen****IV_BBGKSM1 GIPS 21.1 Gewerbliche-Kaufmännische Schulen (Berufliches Gymnasium) Müllheim Abschluss Sanierung**

lfd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8
GIPS 21.1 Gewerbliche-Kaufmännische Schulen (Berufliches Gymnasium) Müllheim Abschluss Sanierung:									
1	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0,00	1.500.000	2.066.600,00	566.600	0	800.000,00	233.400	233.400,00
6	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	1.500.000	2.066.600,00	566.600	0	800.000,00	233.400	233.400,00
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	3.416.532,28-	3.817.600-	4.255.803,26-	438.203-	0	0,00	438.203	0,00
9	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	159.987,34-	58.800-	377.941,03-	319.141-	0	0,00	319.141	0,00
12	- Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0,00	0	2.011,69-	2.012-	0	0,00	2.012	0,00
13	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	3.576.519,62-	3.876.400-	4.635.755,98-	759.356-	0	0,00	759.356	0,00
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	3.576.519,62-	2.376.400-	2.569.155,98-	192.756-	0	800.000,00	992.756	233.400,00
15	- aktivierte Eigenleistungen	28.000,00-	123.600-	123.600,00-	0	0	0,00	0	0,00
16	= Gesamtkosten der Maßnahme	3.604.519,62-	4.000.000-	4.759.355,98-	759.356-	0	0,00	759.356	0,00

IV_BRGKSM Frühere und weitere Baumaßnahmen Gewerbliche-Kaufmännische Schulen (Berufliches Gymnasium) Müllheim

lfd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8
Frühere und weitere Baumaßnahmen Gewerbliche-Kaufmännische Schulen (Berufliches Gymnasium) Müllheim:									
1	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0,00	0	410.600,00	410.600	0	410.600,00	0	0,00
5	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0	1.152,40	1.152	0	0,00	1.152-	0,00
6	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	411.752,40	411.752	0	410.600,00	1.152-	0,00
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	162.456,37-	0	47.663,64-	47.664-	0	0,00	47.664	0,00
13	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	162.456,37-	0	47.663,64-	47.664-	0	0,00	47.664	0,00
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	162.456,37-	0	364.088,76	364.089	0	410.600,00	46.511	0,00
16	= Gesamtkosten der Maßnahme	162.456,37-	0	47.663,64-	47.664-	0	0,00	47.664	0,00

THH1 Finanzen und Schulen**2130 Berufsbildende Schulen****IV_BRBSBK Frühere und weitere Baumaßnahmen berufliche Schule Bad Krozingen**

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8
Frühere und weitere Baumaßnahmen berufliche Schule Bad Krozingen:										
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	595,00	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
6	=	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	595,00	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	33.927,41-	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	0	649,50-	650-	0	0,00	650	0,00
13	=	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	33.927,41-	0	649,50-	650-	0	0,00	650	0,00
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	33.332,41-	0	649,50-	650-	0	0,00	650	0,00
16	=	Gesamtkosten der Maßnahme	33.927,41-	0	649,50-	650-	0	0,00	650	0,00

2130 Berufsbildende Schulen**IV_SI Ausstattung, Beschaffung investiv, Berufliche Schulen**

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8
Ausstattung, Beschaffung investiv, Berufliche Schulen:										
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0,00	0	6.678,77	6.679	0	0,00	6.679-	0,00
3	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0	3.000,00	3.000	0	0,00	3.000-	0,00
6	=	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	9.678,77	9.679	0	0,00	9.679-	0,00
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	196.019,09-	238.000-	275.722,68-	37.723-	0	205.808,00-	168.085-	269.612,00-
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	3.808,10-	0	5.339,53-	5.340-	0	0,00	5.340	0,00
13	=	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	199.827,19-	238.000-	281.062,21-	43.062-	0	205.808,00-	162.746-	269.612,00-
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	199.827,19-	238.000-	271.383,44-	33.383-	0	205.808,00-	172.425-	269.612,00-
16	=	Gesamtkosten der Maßnahme	199.827,19-	238.000-	281.062,21-	43.062-	0	205.808,00-	162.746-	269.612,00-

Schulsozialarbeit

Die Erträge und Aufwendungen für die Schulsozialarbeit 2025 stellen sich insgesamt wie folgt dar:

	Ansatz 2025	RE 2025
Zuschuss Land über KVJS	257.900	155.126
Erstattung vom Jugendhilfeträger	274.900	251.573
Summe Erträge	532.800	406.699
Erstattung an Gemeinden	78.000	149.385
Erstattung an freie Träger	1.135.600	967.434
Summe Aufwendungen	1.213.600	1.116.819
Zuschussbedarf	680.800	710.120

Stellenwechsel und dadurch bedingte Ausfälle bis zur Wiederbesetzung führten zu einer Reduzierung der Aufwendungen und Erträge.

Die Gemeinde Kirchzarten hat den ungedeckten Aufwand für das Schuljahr 2023/24 gemeinsam mit dem des Schuljahrs 2024/25 im Haushaltsjahr 2025 abgerechnet.

Teilweise gingen die Bewilligungen bzw. Zuschüsse des Landes erst nach Abschluss des Rechnungsjahres 2025 ein mit der Folge, dass diese im Haushalt 2026 verbucht werden mussten

Schlüsselprodukt: 21.40.01 Weitere Aufgaben des ÖPNV/Schülerbeförderung**Kurzbeschreibung:**

Organisation und Abwicklung der Schülerbeförderung für alle Schulen im Landkreis in Absprache mit den Schulträgern; Erstattung der Schülerbeförderungskosten nach Maßgabe der Satzung; Geltendmachung und Erstattung von Ausgleichsleistungen gegenüber anderen Landkreisen.

Beteiligte Fachbereiche:

FB ÖPNV

Zuständiger Fachausschuss:

Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Umwelt

Ziele:

Gewährleistung des Bildungsanspruchs von Kindern und Jugendlichen im Landkreis durch Sicherstellung der Schülerbeförderung. Sicherstellung der Teilhabemöglichkeit im Bildungsbereich nach den Vorgaben des Landes-Behindertengleichstellungsgesetzes und des Landesaktionsplans zur Umsetzung des Rechts auf inklusive Beschulung nach der UN-Behindertenrechtskonvention.

Maßnahmen zur Zielerreichung:

Bündelung der Bedarfsanzeigen von Schulen und Schulträgern (Gemeinden); Absprachen zur Beförderung mit Nachbarlandkreisen und der Stadt Freiburg; Gesamthafte Betrachtung der Verkehre zu allen Schulstandorten; Erarbeitung und kontinuierliche Anpassung eines regionalen Linien- und Standortkonzeptes unter Einbeziehung von Schulen und Schulträgern, regionale Absprache der Unterrichtszeiten; Optimierung von Fahrtzeiten und Verkehrsbeziehungen in Absprache mit den Beförderungsunternehmen.

Implementierung der Bedarfe von Schülerverkehrsleistungen in den neuen NVP (Nahverkehrsplan).

Erarbeitung eines Konzepts für sinnvolle Bündelungsangebote (Gruppeninklusionen); Teilnahme an Bildungswegekonferenzen, Erstellung von Beförderungskonzepten zur Ermöglichung von wohnortnahen Standorten für inklusive Beschulungen in Absprache mit dem Staatlichen Schulamt, den Schulen und Schulträgern; Ausschreibung und Vergabe von Beförderungsleistungen hierzu.

Zielbezogene Kennzahlen:

KZ01*: Ordentl. Aufw. je Schüler allgemeinbildender u. beruflicher Schulen im Landkreis: 161 EUR

KZ02*: Ordentl. Aufw. je Schüler mit sonderpäd. Förderbedarf an Schulen im Landkreis: 3.453 EUR

Aussagen zur Zielerreichung lassen sich am ehesten über die Kosten der Beförderung je Schüler treffen. Je geringer die Kosten, je höher der Zielerreichungsgrad und umgekehrt. Anhand der Veränderung der Kosten lassen sich veränderte Rahmenbedingungen für die Aufgabenerfüllung darstellen

Kennzahl	Plan 2023	RE 2023	Anzahl Schüler	Plan 2024	RE 2024	Anzahl Schüler	Plan 2025	RE 2025	Anzahl Schüler
KZ01*	182 EUR	187 EUR	29.577	145 EUR	126 EUR	29.577	171 EUR	161 EUR	30.412
KZ02*	2.507 EUR	2.631 EUR	1.123	3.108 EUR	3.457 EUR	1.123	3.529 EUR	3.453 EUR	1.114

* Die Kennzahlen des angegebenen Zeitraumes wurden auf Grundlage der jeweils aktuellen Schulstatistik des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg neu berechnet, so dass die Zahlenreihe vergleichbar ist.

Das Rechnungsergebnis der KZ 01 – Aufwendungen je Schüler allgemeinbildender u. beruflicher Schulen im LK – liegt mit -10 EUR bzw. -5,6% unter dem Plan 2025.

Das Rechnungsergebnis der KZ 02 – Aufwendungen je Schüler mit sonderpäd. Förderbedarf an Schulen im LK – liegt mit -76 EUR bzw. -2,2% unter dem Plan 2025.

Abweichend zu den Plan-Kennzahlen 2025 wurden zur Berechnung der Kennzahlen des Rechnungsergebnisses 2025 die aktuell verfügbaren Schülerzahlen des Schuljahres 2024/2025 herangezogen.

Hinsichtlich der Erläuterungen der Kennzahlen wird auf die nachstehenden Planabweichungen verwiesen.

Aussagen zu Zielerreichung und Planabweichungen:

Zielerreichung:

Der Trend zum Ausbau des Ganztagesbetriebes befindet sich nach wie vor in vollem Gange. Der allseits monierte Ressourcenmangel, vorrangig an Lehrpersonal, führt zu einer Ausweitung kooperierender Unterrichtsformen zwischen verschiedenen Schuleinrichtungen sowie einer Umgestaltung der bisher gängigen Unterrichtsformen und Zeiten, Stichwort flexible Gestaltung der Unterrichtszeiten bzw. Modell des Wechselunterrichts. Vor diesem Hintergrund sind im Allgemeinen Anpassungen bzw. Erweiterungen der Beförderungsleistungen angezeigt.

Hinzu kommt der stetig zu verzeichnende Zuwachs von Schülerinnen und Schülern mit einem sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungsanspruch (SBBZ). Mangels räumlicher Ressourcen erweitern sich die Einzugsbereiche der vorhandenen SBBZ-Einrichtungen erheblich. Dementsprechend sind deutlich längere & kostenintensivere Beförderungsleistungen erforderlich.

Planabweichungen:

Die ordentlichen Erträge liegen mit **148.000 EUR** über dem Planergebnis 2025. Die Mehrerträge sind größtenteils durch die Endabrechnung des Landesweiten Jugendticket BW zurückzuführen.

Die ordentlichen Aufwendungen liegen mit **257.897 EUR** unter dem Planergebnis 2025. Generell ist zum Zeitpunkt der HH-Planung der konkrete Bedarf an Schülerbeförderungsleistung für das kommende Schuljahr nicht festzustellen. Daher wird auf Grundlage der Ergebnisse aus dem Vorjahr sowie einem aus Erfahrungswerten ermittelten Zuschlag der Planansatz kalkuliert, gleichwohl ist hier immer eine Planüber-, wie -unterschreitung möglich.

SP214001

SP weitere Aufgaben des ÖPNV/Schülerbeförderung

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR 1	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR 2	Ergebnis 2025 EUR 3	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR 4	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR 5	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR 6	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR 7	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR 8
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	4.017.728,98	4.017.700	4.017.728,98	29	0	0,00	29-	0,00
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	307.793,92	281.300	429.274,00	147.974	0	0,00	147.974-	0,00
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	978,25	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	4.326.501,15	4.299.000	4.447.002,98	148.003	0	0,00	148.003-	0,00
12	-	Personalaufwendungen	237.999,44-	222.519-	245.145,81-	22.627-	0	0,00	22.627	0,00
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	591,67-	380-	209,76-	170	0	0,00	170-	0,00
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.649.800,12-	8.783.276-	8.502.922,28-	280.354	0	0,00	280.354-	0,00
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	7.888.391,23-	9.006.175-	8.748.277,85-	257.897	0	0,00	257.897-	0,00
20	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	3.561.890,08-	4.707.175-	4.301.274,87-	405.900	0	0,00	405.900-	0,00
21	+	Erträge aus internen Leistungen	0,00	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
24	-	Aufwendungen für interne Leistungen	529.473,34-	675.850-	680.965,42-	5.115-	0	0,00	5.115	0,00
28	=	Kalkulatorisches Ergebnis	529.473,34-	675.850-	680.965,42-	5.115-	0	0,00	5.115	0,00
29	=	Nettoressourcenbedarf/- überschuss	4.091.363,42-	5.383.025-	4.982.240,29-	400.785	0	0,00	400.785-	0,00

Teilhaushalt 2: Jugend & Soziales – Teilergebnisrechnung

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	3.041.320,88	3.000.000	2.633.596,80	366.403-	0	0,00	366.403	0,00
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	61.236.580,77	65.515.200	70.236.744,46	4.721.544	0	0,00	4.721.544-	0,00
4	+	Sonstige Transfererträge	13.463.265,58	13.946.300	13.154.804,08	791.496-	0	0,00	791.496	0,00
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	1.123.290,56	1.269.800	1.055.087,62	214.712-	0	0,00	214.712	0,00
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	54.112,35	9.000	24.723,64	15.724	0	0,00	15.724-	0,00
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	70.555.917,65	63.931.800	52.570.316,55	11.361.483-	0	0,00	11.361.483	0,00
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	14.112,00	17.200	14.274,00	2.926-	0	0,00	2.926	0,00
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	11.719.514,84	37.400	216.365,20	178.965	0	0,00	178.965-	0,00
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	161.208.114,63	147.726.700	139.905.912,35	7.820.788-	0	0,00	7.820.788	0,00
12	-	Personalaufwendungen	32.903.644,65-	34.599.000-	34.850.405,85-	251.406-	0	0,00	251.406	0,00
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	25.095.718,26-	24.093.700-	19.614.048,89-	4.479.651	0	0,00	4.479.651-	0,00
15	-	Abschreibungen	12.764.759,73-	947.200-	1.652.723,87-	705.524-	0	0,00	705.524	0,00
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0	5,50-	6-	0	0,00	6	0,00
17	-	Transferaufwendungen	203.842.872,76-	217.762.600-	221.422.776,02-	3.660.176-	0	0,00	3.660.176	0,00
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	40.338.129,76-	40.996.600-	40.331.991,13-	664.609	0	0,00	664.609-	0,00
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	314.945.125,16-	318.399.100-	317.871.951,26-	527.149	0	0,00	527.149-	0,00
20	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	153.737.010,53-	170.672.400-	177.966.038,91-	7.293.639-	0	0,00	7.293.639	0,00
21	+	Erträge aus internen Leistungen	139.249,82	141.362	116.126,15	25.236-	0	0,00	25.236	0,00
24	-	Aufwendungen für interne Leistungen	12.293.827,36-	13.744.216-	13.306.215,27-	438.000	0	0,00	438.000-	0,00
28	=	Kalkulatorisches Ergebnis	12.154.577,54-	13.602.853-	13.190.089,12-	412.764	0	0,00	412.764-	0,00
29	=	Nettoressourcenbedarf/-überschuss	165.891.588,07-	184.275.253-	191.156.128,03-	6.880.875-	0	0,00	6.880.875	0,00

Teilhaushalt 2: Jugend & Soziales – Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR 1	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR 2	Ergebnis 2025 EUR 3	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR 4	Ergänzende Festlegungen im HH- Vollzug EUR 5	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR 6	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR 7	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR 8
9	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
12	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	48.963,72-	0	2.586,27-	2.586-	0	0,00	2.586	0,00
15	- Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	25.962,30-	109.700-	60.303,34-	49.397	0	39.000,00-	88.397-	46.000,00
16	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	74.926,02-	109.700-	62.889,61-	46.810	0	39.000,00-	85.810-	46.000,00
17	= Anteiliger Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	74.926,02-	109.700-	62.889,61-	46.810	0	39.000,00-	85.810-	46.000,00

Der Nettoressourcenbedarf des Dezernats 2 für die Aufgaben der Sozial- und Jugendhilfe lag im Ergebnishaushalt 2025 bei rund 191 Mio. EUR, dies waren knapp 7 Mio. EUR und somit rund 3,7 % mehr als geplant. Die im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes notwendige und bereits ab 2023 begonnene Umstellung der Leistungsangebote in der Eingliederungshilfe auf den neuen Landesrahmenvertrag wurde 2025 mit hoher Intensität fortgesetzt, woraus hohe Mehraufwendungen in den Leistungsausgaben von rund 7 Mio. EUR im Vergleich zum Planansatz 2025 resultieren. Gleichzeitig wurden die Erwartungen des Landkreises bzgl. der Höhe des BTHG-bedingten Konnexitätsausgleichs seitens des Landes nicht vollständig erfüllt, so dass die Erträge hier – trotz Nachzahlungen für Vorjahreszeiträume - um rund 3 Mio. EUR unter Plan lagen. Im Ergebnis lässt sich festhalten, dass die bereits im Haushaltsplan 2025 erwähnten Haushaltsrisiken in der Eingliederungshilfe sowohl bei den Aufwendungen als auch bei den Erträgen nun tatsächlich eingetreten sind. Im Bereich der Jugendhilfeaufwendungen für die unbegleiteten minderjährigen Ausländer ist 2025 dagegen eine finanziell positive Entwicklung festzustellen: während die Aufwendungen aufgrund der geringen Zuweisungszahlen deutlich unter den Planansätzen blieben, schritt die nachlaufende Kostenerstattung - im Vergleich zu den Vorjahren - deutlich schneller voran, so dass im Rechnungsergebnis 2025 hier ein positiver Saldo von rund 3 Mio. EUR verzeichnet werden kann. Somit kann die Verschlechterung in der Eingliederungshilfe zumindest teilweise durch die Jugendhilfe kompensiert werden. Weitere Schwankungen im Budget der Sozial- und Jugendhilfe gleichen sich größtenteils gegenseitig aus, dies betrifft auch den Flüchtlingsbereich.

Die Summe der ordentlichen Erträge lag insgesamt um knapp 8 Mio. EUR unter dem geplanten Ansatz 2025 von rund 148 Mio. EUR. Die wesentlichen Gründe für die Planabweichungen waren:

- Aus dem eingangs erwähnten Konnexitätsausgleich des Landes im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes resultieren Mindererträge von rund 3 Mio. EUR.
- Im Bereich der vorläufig untergebrachten Flüchtlinge lagen die Kostenerstattungen des Landes um fast 8 Mio. EUR unter dem geplanten Ansatz, was sowohl auf geringere Leistungsausgaben für diesen Personenkreis als auch auf weniger Personal- und Sachaufwendungen sowohl bei den Flüchtlingsunterkünften (Abbau von Platzkapazitäten) als auch im Bereich Betreuung und Verwaltung (Abbau von Personalkapazitäten) zurückzuführen ist. Offene Forderungen gegenüber dem Land aus der Spitzabrechnung des Jahres 2025 wurden in Höhe von rund 3 Mio. EUR eingebucht.
- Aufgrund des Abbaus von Platzkapazitäten in Kombination mit den sehr geringen Zuweisungszahlen von Flüchtlingen lagen auch die Einnahmen aus den Unterkunftsgebühren um mehr als 2 Mio. EUR unter dem geplanten Niveau.
- Im Bereich der nicht mehr vorläufig untergebrachten Flüchtlinge (insbesondere geduldete Personen in der Anschlussunterbringung) waren aufgrund höherer Leistungsausgaben für diesen Personenkreis Mehrerträge in Höhe von rund 3 Mio. EUR zu verzeichnen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in 2025 einmalig die Beträge für zwei Abrechnungsjahre (2024 und 2025) enthalten sind; für das Jahr 2025 wurde eine offene Forderung in Höhe von etwas mehr als 7 Mio. EUR eingebucht, deren Begleichung entsprechend dem bestehenden Abrechnungsrhythmus in 2026 zu erwarten ist.
- Im Zusammenhang mit der schulischen Inklusion gab es nun in 2025 eine Einigung zwischen dem Land und den kommunalen Landesverbänden: daher hat das Land rückwirkend für die

Jahre 2021 bis 2025 für die Eingliederungshilfe und die Jugendhilfe insgesamt rund 3 Mio. EUR Ausgleichsleistungen bezahlt, was zu entsprechenden Mehrerträgen führte.

- Beim Ersatz sozialer Leistungen waren insgesamt Mindererträge von knapp 1 Mio. EUR zu verzeichnen, was insbesondere aus geringeren Einnahmen im Bereich der Eingliederungshilfe sowie der Hilfe zur Pflege resultiert.
- Weitere Verbesserungen und Verschlechterungen im Bereich der Erträge des Teilhaushalts 2 kompensieren sich weitgehend gegenseitig.

Die Summe der ordentlichen Aufwendungen lag insgesamt um weniger als 1 Mio. EUR unter dem geplanten Ansatz 2025 von rund 318 Mio. EUR, wobei es dennoch deutliche Abweichungen in verschiedenen Bereichen gab. Die wesentlichen Gründe für die Planabweichungen waren:

- Die Personalaufwendungen des Dezernats Jugend und Soziales mit einem Volumen von rund 35 Mio. EUR lagen um etwas mehr als 0,2 Mio. EUR über dem restriktiv geplanten Haushaltsansatz.
- Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen lagen in ihrer Gesamtheit um mehr als 4 Mio. EUR niedriger als geplant, was insbesondere aus dem Abbau der Unterkunftskapazitäten resultiert. Weitere Erläuterungen zur Flüchtlingsunterbringung sind im Schlüsselprodukt 31.40.06 (Soziale Einrichtungen für Flüchtlinge – vorläufige Unterbringung) enthalten.
- Bei den Aufwendungen für Transferleistungen in der Sozial- und Jugendhilfe war insgesamt eine Planüberschreitung von knapp 4 Mio. EUR zu verzeichnen, was insbesondere auf Abweichungen bei folgenden Hilfearten zurückzuführen ist:
 - o In der Hilfe zur Pflege wurde der Haushaltsansatz 2025 in Höhe von rund 21 Mio. um etwas mehr als 1 Mio. EUR überschritten. Gründe hierfür sind vor allem höhere Vergütungssatzsteigerungen als erwartet sowie die Fallzahlentwicklung im stationären Bereich.
 - o Im Bereich der Eingliederungshilfe waren – wie bereits eingangs erwähnt – deutliche Mehraufwendungen zu verzeichnen: konkret lag das Rechnungsergebnis 2025 bei den Transferleistungen bei fast 77 Mio. EUR und somit um 7 Mio. EUR bzw. knapp 10 % über dem kalkulierten Planansatz. Obwohl in diesem Betrag auch Nachzahlungen für Vorjahreszeiträume aufgrund der Zug-um-Zug-Umstellung der Leistungsangebote auf den neuen Landesrahmenvertrag sowie hohe (Nach-)zahlungen in Einzelfällen im Zusammenhang mit den individualisierten Bedarfsansprüchen im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes enthalten sind, ist damit zu rechnen, dass sich die Aufwendungen in diesem Bereich auf einem hohen Niveau einpendeln werden bzw. weitere Steigerungen nicht ausgeschlossen sind.
 - o Die Aufwendungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) betrugen in ihrer Gesamtheit in 2025 etwas mehr als 14 Mio. EUR und lagen somit um rund 2 Mio. EUR unter Plan, was insbesondere auf die nach wie vor sehr niedrigen monatlichen Neuzuweisungen von Flüchtlingen zurückzuführen ist.

- Die Leistungen in der Kinder- und Jugendhilfe hatten in 2025 ein Gesamtvolumen von rund 65 Mio. EUR. Während die Transferaufwendungen für die unbegleiteten minderjährigen Ausländer (umA) mit nur 7 Mio. EUR deutlich geringer waren als geplant (Planansatz: rund 11 Mio. EUR), lagen die Leistungsausgaben in der restlichen Jugendhilfe bei knapp 58 Mio. EUR (Planansatz: rund 57 Mio. EUR), so dass insbesondere aufgrund der Fallzahlentwicklung bei den umA der Gesamtansatz für die Transferleistungen im SGB VIII um rund 3 Mio. EUR unterschritten wurde. Ergänzend ist festzustellen, dass die Kostenerstattung des Landes im Bereich umA im Jahr 2025 ohne größere zeitliche Verzögerungen erfolgte und somit eine zeitnahe Refinanzierung inklusive finanziell positiver Nachholeffekte aus Vorjahren realisiert werden konnte. Weitere Erläuterungen zur Kinder- und Jugendhilfe sind beim Schlüsselprodukt 36.30.03 (Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien) enthalten.
- Während die Transferaufwendungen für die Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung nach dem SGB XII mit knapp 25 Mio. EUR in etwa auf Planniveau lagen, gab es bei verschiedenen anderen Hilfearten im Sozialbereich (insbesondere bei der Krankenhilfe für ukrainische Flüchtlinge) Mehraufwendungen mit einem Gesamtvolumen von rund 1 Mio. EUR.
- Der Leistungsbereich des SGB II, bestehend aus den Kosten der Unterkunft, den einmaligen Beihilfen für Wohnungsausstattung und Bekleidung sowie den Bildungs- und Teilhabeleistungen, lag in 2025 mit seinem Aufwandsvolumen von rund 34 Mio. EUR um knapp 1 Mio. EUR unter dem Planansatz, was insbesondere auf eine leicht rückläufige Tendenz bei der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften zurückzuführen ist. Weitere ausführliche Erläuterungen zum SGB II sind beim Schlüsselprodukt 31.20.01 (Leistungen für Unterkunft und Heizung) enthalten.
- Weitere Verbesserungen und Verschlechterungen im Bereich der Aufwendungen des Teilhaushalts 2 kompensieren sich weitgehend gegenseitig, dies betrifft auch die höheren Wertberichtigungen für Forderungen in der Sozial- und Jugendhilfe.
- Das kalkulatorische Ergebnis lag mit einem Volumen von rund 13 Mio. EUR leicht unter dem Planansatz 2025.

Das Rechnungsergebnis im investiven Teil des Finanzhaushalts betrug rund 60.000 EUR, im Haushaltsjahr 2025 standen ein Planansatz von knapp 110.000 EUR sowie eine Ermächtigungsübertragung aus 2024 in Höhe von 39.000 EUR (insbesondere für Digitalisierungsprojekte in der Sozial- und Jugendhilfe) und somit insgesamt rund 150.000 € zur Verfügung. Aufgrund von Verzögerungen bei der Einführung der E-Akte in der Sozialhilfe wurde das zur Verfügung stehende Budget in 2025 nur teilweise ausgeschöpft, so dass für diesen Zweck eine Ermächtigungsübertragung in Höhe von 46.000 EUR nach 2026 notwendig sein wird.

Schlüsselprodukte: Kosten der Unterkunft, Flüchtlingsunterkünfte und individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien**Schlüsselprodukt: 31.20.01 Leistungen für Unterkunft und Heizung****Kurzbeschreibung:**

Dieses Schlüsselprodukt umfasst sämtliche Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) zur Sicherstellung des Lebensunterhaltes

- für eine angemessene Unterkunft und der damit verbundenen Heizungskosten (§ 22 Abs. 1 und Abs. 2 SGB II)
- einschließlich der eventuell erforderlichen Wohnungsbeschaffungskosten, Mietkautionen und Umzugskosten (§§ 22 Abs. 6 SGB II)
- sowie materielle und persönliche Hilfen an Personen bzw. Familien, denen der Verlust ihrer Wohnung droht (§ 22 Abs. 8 SGB II).

Der Bund beteiligt sich mit einem festen Prozentsatz, der jährlich neu festgelegt wird, an den Kosten der Unterkunft im SGB II.

Der Landkreis beteiligt sich mit einem festen Prozentsatz (15,2 %) an den Gesamtverwaltungskosten des Jobcenters und somit auch an den Verwaltungskosten der Leistungen für Unterkunft und Heizung.

Beteiligte Fachbereiche:

Jobcenter Breisgau-Hochschwarzwald

Zuständiger Fachausschuss:

Sozial- und Krankenhausausschuss

Ziele:

Begrenzung der Steigerung der Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft

Maßnahmen zur Zielerreichung:

Erhöhung des anrechenbaren Einkommens (z.B. durch Erwerbsaufnahme)

Beendigung des Hilfebezugs (z. B. durch eine Beschäftigung mit bedarfsdeckenden Einkommen)

Nachrangssicherung

Zielbezogene Kennzahlen:

Kennzahl zur Messung der Zielerreichung:

KZ01: Nettoaufwendungen (vor Bundesbeteiligung) – Abweichung zum Rechnungsergebnis des Vorjahres

Nachgeordnete Kennzahlen, die die Entwicklung erläutern können:

KZ02: Anzahl der Bedarfsgemeinschaften im Jahresdurchschnitt – Veränderung zum Vorjahr

KZ03: Durchschnittlich anerkannte Kosten der Unterkunft je Bedarfsgemeinschaft – Veränderung zum Vorjahr

KZ04: Nettoressourcenbedarf je Einwohner – Veränderung zum Vorjahr

Kennzahl	RE 2020	RE 2021	RE 2022	RE 2023	RE 2024	RE 2025
KZ01	22,6 Mio. EUR	23,3 Mio. EUR	24,3 Mio. EUR	30,5 Mio. EUR	32,5 Mio. EUR	32,9 Mio. EUR
KZ02	4.451	4.432	4.512	5.005	5.117	5.055
KZ03	579 EUR	598 EUR	618 EUR	660 EUR	679 EUR	701 EUR
KZ04	14 EUR/EW	17 EUR/EW	21 EUR/EW	29 EUR/EW	29 EUR/EW	31 EUR/EW

Aussagen zu Zielerreichung und Planabweichungen:

Seit dem Frühjahr 2022 wird die deutsche Wirtschaft durch den Krieg in der Ukraine belastet. Im Winter 2022/2023 rutschte die deutsche Wirtschaft in eine moderate Rezession und auch im Haushaltsjahr 2025 steckt die deutsche Wirtschaft in einer stagnativen Phase fest. Angesichts der schwachen Konjunktur entwickelte sich auch der Arbeitsmarkt ungünstig. Die fehlende Belebung auf dem Arbeitsmarkt sowie der Anstieg von Mieten auf dem Wohnungsmarkt führten zu einer Erhöhung des Ausgabevolumens im Bereich der Unterkunftskosten nach dem SGB II.

Die Aufwendungen des Landkreises für die Kosten der Unterkunft und Heizung sind unmittelbar abhängig von der Zahl der vom Jobcenter zu betreuenden Bedarfsgemeinschaften. Auch im Jahr 2025 haben weiterhin Personen aus der Ukraine im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald Zuflucht gefunden, wenn auch weniger als in den Vorjahren. Geflüchtete aus der Ukraine haben spätestens mit der Erteilung der Fiktionsbescheinigung oder Aufenthaltserlaubnis nach § 24 Aufenthaltsgesetz Zugang zum Arbeitsmarkt und können seit dem 1. Juni 2022 Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitssuchende erhalten. Davor bekamen sie Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Wenn Bürgergeld, Grundsicherung für Arbeitssuchende, bezogen wird, sind die Jobcenter im Rechtskreis SGB II zuständig. Diese Leistungen beinhalten auch die Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung. Im Jahresdurchschnitt 2025 waren 992 Bedarfsgemeinschaften (BG) mit mindestens einem Regelleistungsbeziehenden mit ukrainischer Staatsangehörigkeit auf Bürgergeldleistungen angewiesen. Im Jahr 2024 lag der Jahresdurchschnitt im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald noch bei 1.075 Bedarfsgemeinschaften.

Im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald orientieren sich die Angemessenheitsgrenzen für die Bruttokaltmieten bei den Unterkunftskosten (Mietobergrenzen) an den Tabellenwerten nach § 12 Wohngeldgesetz (WoGG) (Höchstbeträge für Miete und Belastung). Diese Werte haben sich zum 01.01.2025 erhöht und folgen damit einer im Wohngeldgesetz festgelegten Dynamisierung im Zwei-Jahres-Rhythmus. Dies hat tendenziell eine die Ausgaben erhöhende Wirkung.

Die Entwicklung des Bestandes der Bedarfsgemeinschaften (KZ02) hat entscheidenden Einfluss auf die Aufwendungen des Landkreises für die Kosten der Unterkunft und Heizung. Im Januar 2025 wurden 5.107 Bedarfsgemeinschaften im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald registriert, die sich im Bezug von Bürgergeld befanden. Dies entspricht einem Anstieg von knapp 1 % gegenüber dem Vorjahresmonat Januar 2024 mit 5.067 Bedarfsgemeinschaften. Im Februar 2025 wurde der Höhepunkt mit 5.181 Bedarfsgemeinschaften erreicht, die durch das Jobcenter betreut wurden. Im Vergleich hierzu lag die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften im Februar 2024 bei 5.126 Bedarfsgemeinschaften. Im weiteren Jahresverlauf konnte dann ein leichter, aber kontinuierlicher Rückgang an Bedarfsgemeinschaften beobachtet werden, so dass zum Jahresende 2025 nur noch 4.936 Bedarfsgemeinschaften auf Bürgergeld angewiesen waren. Dies entspricht einem Rückgang von knapp 3,3 % gegenüber dem Vorjahresmonat Dezember 2024, in dem noch 5.102 Bedarfsgemeinschaften registriert

wurden. Insgesamt waren im Jahr 2025 durchschnittlich 5.055 Bedarfsgemeinschaften auf Unterstützung angewiesen. Im Jahr 2024 lag der Jahresdurchschnitt im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald noch bei 5.117 Bedarfsgemeinschaften.

Betrachtet man die Jahresdurchschnittszahlen der letzten drei Jahre, ist die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften relativ stabil. Zuletzt ist im Vorjahresvergleich eine leichte Reduzierung um 62 Bedarfsgemeinschaften (- 1,2 %) festzustellen. Diese Reduzierung um 62 Bedarfsgemeinschaften im Monatsdurchschnitt ergibt für den Landkreis eine rechnerische Ersparnis von 521.544 EUR vor der Bundesbeteiligung im Jahr, wenn die im Jahr 2025 durchschnittlich anerkannten Kosten der Unterkunft von 701 € (KZ03) zugrunde gelegt werden.

Das Jobcenter hat auf die Entwicklung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften und damit auf die Entwicklung der Ausgaben für die Kosten der Unterkunft und Heizung wenig Steuerungsmöglichkeiten. Der wesentliche Hebel, um die Ausgaben zu begrenzen, besteht darin, die Bürgergeldbeziehenden in Arbeit zu vermitteln. Im Jahr 2025 konnten 1.821 Frauen und Männer (Vorjahr: 1.780) eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Diese Steigerung war eine erfreuliche Entwicklung. Der Arbeitsmarkt war im Jahr 2025 noch überwiegend günstig. Gerade im Hinblick auf das hohe Mietenniveau im Landkreis wird durch Erwerbsaufnahmen der Bezug von Bürgergeld in vielen Fällen nicht beendet, sondern durch das Einkommen werden die individuellen Leistungsansprüche reduziert. Dadurch, dass anzurechnendes Einkommen zunächst auf die Bedarfe zum Lebensunterhalt (Kostenträger Bund) und erst danach auf die Bedarfe für Unterkunft und Heizung anzurechnen ist, werden in diesen Fällen weiterhin die kommunalen Aufwendungen für Miete und Heizung anfallen.

Unterstützt wurde die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt im Jahr 2025 durch den „Job-Turbo“. Dies war eine Initiative der Bundesregierung, um Geflüchtete schneller in Arbeit zu bringen. 398 Personen mit ukrainischer Staatsangehörigkeit konnten 2025 während des Bezuges von Bürgergeld eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Das Jobcenter initiierte bei seiner Integrationsarbeit unterstützend Stellenbörsen, Speeddatings und Veranstaltungen vor Ort bei Arbeitgebern.

Die durchschnittlich anerkannten Kosten der Unterkunft je Bedarfsgemeinschaft betrugen im Dezember 2024 rund 679 EUR. Diese haben sich im Jahresverlauf 2025 um 3,2 % und damit auf 701 EUR im Dezember 2025 erhöht. Die Steigerung der Kosten der Unterkunft je Bedarfsgemeinschaft folgt damit dem bundesweiten Trend, dem zufolge die Preise für die Bestandswohnungen im Jahr 2025 deutlich angestiegen sind. Auch die Erhöhung der Angemessenheitsgrenzen zum 01.01.2025 hatte hier einen Effekt.

Bei den Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft (vor Bundesbeteiligung) war nur ein geringer Anstieg um etwa 1,2 % zu verzeichnen, da diese im Jahr 2024 rd. 32,5 Mio. EUR und im Jahr 2025 rd. 32,9 Mio. EUR betrugen. Die Vermeidung eines höheren Ausgabeanstieges ist dem geschuldet, dass es dem Jobcenter gelungen ist, die Zahl der Bedarfsgemeinschaften um jahresdurchschnittlich 62 zu senken. Der für das Haushaltsjahr 2025 geplante Ansatz für Kosten der Unterkunft im SGB II in Höhe von 33,65 Mio. EUR konnte damit sogar um gut 0,75 Mio. EUR unterschritten werden.

Die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft betrug im Jahr 2025 insgesamt 72,5 %. Die Bundesbeteiligung wird in Abhängigkeit der erstattungsfähigen Aufwendungen im SGB II gewährt. Da das Ausgabevolumen des Jahres 2025 unterhalb des Planansatzes lag, ist auch die Bundesbeteiligung geringer ausgefallen. Unter Berücksichtigung revisionsbedingter Verrechnungen des Jahres 2024 lag die Bundeserstattung an den Kosten der Unterkunft bei 23,7 Mio. EUR und damit rd. 470 Tsd. EUR geringer als geplant.

Bei den Hilfearten im SGB II, insbesondere bei den Kosten der Unterkunft, sind Mehraufwendungen für Ukraine-Flüchtlinge zu verzeichnen, die nicht durch die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft gedeckt sind. Im Rahmen der Gemeinsamen Finanzkommission am 15.07.2022 konnte allerdings eine Einigung zwischen dem Land und den Kommunen zur Beteiligung des Landes an den durch die Geflüchteten aus der Ukraine bedingten Netto-Mehrbelastungen der Kreise in den sozialen Sicherungssystemen getroffen werden. Nach einer weiteren Sitzung der Gemeinsamen Finanzkommission am 14.11.2022 wurde die getroffene Einigung ab dem Haushaltsjahr 2023 auch auf die Mehrbelastungen infolge des Wegfalls der fluchtinduzierten Bundeserstattung für Kosten der Unterkunft für anerkannte Asyl- und Schutzberechtigte im SGB II (KdU Flucht) erweitert. Die Vorgaben wurden dahin modifiziert, dass die Mehrbelastungen bereits ab dem Jahr 2022 abzubilden waren. Im Haushalt 2025 des Landkreises wurde eine pauschale Unterstützung des Landes zur Aufgabenerfüllung im Bereich Flucht und Migration in Höhe von 1,4 Mio. EUR veranschlagt und gem. § 29f FAG in Höhe von gut 1 Mio. EUR ausgezahlt. Da die pauschale Unterstützung verschiedenste Aufwandsarten im Sozial- und Jugendbereich betreffen, erfolgt auf Empfehlung des Landkreistages Baden-Württemberg eine summarische Veranschlagung an zentraler Stelle, konkret in der Produktgruppe 6110 (Budget Dezernat Finanzen & Schulen).

Seit dem Jahr 2005 („Hartz-IV-Reform“) gibt das Land die Nettoentlastung durch den Wegfall des Wohngeldes für Bürgergeld-Empfänger an die Landkreise weiter. Die Höhe der Nettoentlastung hängt von dem Landesanteil der Sonderergänzungszuweisung Ost ab. Die Nettoentlastung des Jahres 2025 betrug gut 2,6 Mio. EUR. Der Entlastungsbetrag ist um rd. 0,4 Mio. EUR geringer ausgefallen als geplant. Hierdurch lag der Nettoressourcenbedarf 2025 mit rund 8,35 Mio. EUR um 0,15 Mio. EUR über dem Planansatz von 8,2 Mio. EUR. Dies führte zur Erhöhung des Nettoressourcenbedarfs je Einwohner (KZ04) auf 31 EUR/EW (Vorjahr 29 EUR/EW).

THH2 Jugend & Soziales**3120 Grundsicherung für Arbeitssuchende SGB II****312001 Leistungen für Unterkunft und Heizung****SP312001 SP Leistungen für Unterkunft und Heizung**

lfd. Nr.		Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis-Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungsübertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungsübertragung nach 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	3.041.320,88	3.000.000	2.633.596,80	366.403-	0	0,00	366.403	0,00
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	23.337.432,64	24.189.600	23.726.154,62	463.445-	0	0,00	463.445	0,00
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.685.845,29	1.892.592	1.894.287,10	1.695	0	0,00	1.695-	0,00
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	28.064.598,81	29.082.192	28.254.038,52	828.153-	0	0,00	828.153	0,00
12	-	Personalaufwendungen	1.645.757,86-	1.865.055-	1.854.380,64-	10.674	0	0,00	10.674-	0,00
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	15.680,01-	15.840-	13.048,36-	2.792	0	0,00	2.792-	0,00
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	33.888.772,33-	35.035.280-	34.357.814,89-	677.465	0	0,00	677.465-	0,00
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	35.550.210,20-	36.916.175-	36.225.243,89-	690.931	0	0,00	690.931-	0,00
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	7.485.611,39-	7.833.983-	7.971.205,37-	137.222-	0	0,00	137.222	0,00
21	+	Erträge aus internen Leistungen	0,00	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
24	-	Aufwendungen für interne Leistungen	338.559,68-	389.165-	379.430,24-	9.735	0	0,00	9.735-	0,00
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	338.559,68-	389.165-	379.430,24-	9.735	0	0,00	9.735-	0,00
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	7.824.171,07-	8.223.148-	8.350.635,61-	127.487-	0	0,00	127.487	0,00

Erläuterungen zu:

Nr.:	davon für:	Betrag in EUR
1	Weitergabe der Nettoentlastung des Landes durch den Wegfall des Wohngeldes für Bürgergeld-Empfänger nach § 6 AGSGB II	2.633.597
2	Vorläufige Bundesbeteiligung SGB II 2025: 72,5 % 31,6 % für Kosten der Unterkunft (KdU) 5,7 % für Bildung und Teilhabe (BuT) 35,2 % für Stärkung der Kommunalfinanzen	23.726.155
7	Erstattungen des Jobcenters für Personal- und Sachaufwendungen des Kreises	1.894.287
14	Aufwand für Aus- und Fortbildung, Dienstfahrzeuge u. ä.	13.048
18	Leistungen für Unterkunft und Heizung Erstattungen an das Jobcenter für Verwaltungskostenanteil des Kreises (15,2 %) Sonstige Aufwendungen (Geschäftsbedarf u. ä.)	32.863.158 1.491.214 3.443

**Schlüsselprodukt: 31.40.06 Soziale Einrichtungen für Flüchtlinge
(Vorläufige Unterbringung)**

Kurzbeschreibung:

Zur vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen gibt es im Landkreis mehrere Gemeinschaftsunterkünfte. Es handelt sich dabei hauptsächlich um angemietete Gebäude. Das Schlüsselprodukt umfasst sämtliche Aufwendungen für den laufenden Betrieb dieser Einrichtungen.

Ab dem Haushaltsjahr 2017 erfolgt die Bereitstellung der Unterkünfte durch den Eigenbetrieb „Bau LKBH“; notwendige Investitionen im baulichen Bereich werden dort veranschlagt.

Der Landkreis erhält zur Finanzierung der Aufwendungen für vorläufig untergebrachte Flüchtlinge eine einmalige Pauschale des Landes für jede neu zugewiesene Person, seit dem Jahr 2015 erfolgt eine nachträgliche Spitzabrechnung dieser Aufwendungen mit dem Land.

Beteiligte Fachbereiche:

FB Sozialhilfe und Flüchtlinge

Zuständiger Fachausschuss:

Sozial- und Krankenhausausschuss

Ziele:

Rückbau von nicht benötigten Unterbringungskapazitäten bei gleichzeitiger Vorhaltung ausreichender Unterbringungskapazitäten für zugewiesene Geflüchtete, perspektivisch im Eigentum des Landkreises.

Maßnahmen zur Zielerreichung:

Rückbau von Notunterkünften durch Eigenbetrieb „Bau LKBH“ sowie Änderung des Nutzungszweckes von Bestandsliegenschaften

Monatliche Evaluation der vorhandenen Platzkapazitäten unter Berücksichtigung der aktuellen Flüchtlingssituation

Konsequente Umsetzung der Anschlussunterbringung

Zielbezogene Kennzahlen:

KZ01: Aufzunehmende Personen nach der Zuweisungsquote des Landes (ab 2023)

KZ02: Tatsächlich aufgenommene Personen im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald (ab 2023)

KZ03: Anzahl der Plätze in Unterkünften der vorläufigen Unterbringung am Jahresende

Kennzahl	RE 2019	RE 2020	RE 2021	RE 2022	RE 2023	RE 2024	RE 2025
KZ01	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	1.899	859	259
KZ02	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	1.872	868	446
KZ03	631	591	702	1.468	1.899	1.580	1070

Aussagen zu Zielerreichung und Planabweichungen:

In den Jahren 2018 bis 2020 bewegten sich die monatlichen Zuweisungszahlen mit durchschnittlich etwa 20 Personen auf einem relativ niedrigen Niveau. Eine steigende Tendenz war dann bereits in 2021 mit monatlich knapp 40 zugewiesenen Flüchtlingen zu erkennen, hierin war auch die ab Herbst 2021 erfolgte verstärkte Zuweisung von Kontingentflüchtlingen (insb. sog. afghanische Ortskräfte) enthalten. Seit März 2022 erfolgte dann ein erneuter deutlicher Anstieg der Zuweisungszahlen bedingt durch den Überfall der Russischen Föderation auf die Ukraine, welcher sich auch im Jahr 2023 fortsetzte. Im Jahr 2024 ebte der Zugang ukrainischer Geflüchteter deutlich ab, was

insgesamt zu einer Halbierung der Zuweisungen führte. Dieser Trend setzte sich auch im Jahr 2025 fort. Der Gesamtjahresdurchschnitt 2025 lag daher bei 42 Personen monatlich (Ukraine-Flüchtlinge und Asylsuchende) und war damit etwa 40% niedriger als in 2024; er lag somit auch deutlich unter dem Planwert 2025 von 68 Zuweisungen pro Monat. Dem Landkreis wurden im Jahr 2025 insgesamt 259 Personen zur Aufnahme zugewiesen. Tatsächlich aufgenommen wurden aber 446 Personen; diese erhebliche Differenz resultiert daraus, dass nicht zugewiesene Personen aus der Ukraine direkt durch den Landkreis aufgenommen wurden. Zusammenfassend ist festzustellen, dass der Landkreis im Jahr 2025 seine Aufnahmeverpflichtung vollumfänglich erfüllt hat, und somit das Ziel, ausreichende Unterbringungskapazitäten vorzuhalten, vollständig erreicht wurde.

Während der Landkreis zum Höhepunkt der Flüchtlingskrise Ende 2016 über 2.451 Plätze in Gemeinschaftsunterkünften (bei 4,5 qm durchschnittlicher Wohn- und Schlaflfläche) verfügte, die aufgrund rückläufiger Flüchtlingszahlen bis zum Jahresende 2020 auf knapp unter 600 reduziert werden konnten, waren es zu Beginn des Jahres 2024 bereits wieder 18 Unterkünfte, vier Wohnungen und ein Hotel mit 1.983 Plätzen (bei 4,5 qm durchschnittlicher Wohn- und Schlaflfläche, sofern verdichtet belegbar). Im Jahr 2025 wurden mehrere Flüchtlingsunterkünfte aufgrund auslaufender Verträge und deutlich sinkenden Zuweisungszahlen geschlossen oder einem anderen Nutzungszweck zugeführt (Breisach II, Merdingen, Müllheim, Bad Krozingen, Bötzingen) bzw. als "stand by" Unterkunft als Reserve bis zum Ende des Mietvertrags 30.06.2026 versetzt, so dass am Jahresende 2025 - unter Berücksichtigung weiterer kleinerer Kapazitätsanpassungen innerhalb der bestehenden Unterbringungslandschaft im Laufe des Jahres - insgesamt 1.070 Plätze vorhanden waren. Die Auslastungsquote der Unterkünfte lag zum 31.12.2025 bei 58 % (Vorjahr: 75 %).

Das Land erstattet dem Landkreis für jede zugewiesene Person eine einmalige Pauschale, wobei die Pauschale für die Ukraine-Flüchtlinge aufgrund der gesetzlich festgelegten kürzeren Verweildauer in der vorläufigen Unterbringung geringer ist als die Pauschale für AsylbewerberInnen, die in der Regel aus anderen Herkunftsstaaten als der Ukraine kommen. Außerdem sind für die Gewährung der Pauschalen für die Ukraine-Flüchtlinge zusätzliche Verwaltungsprozesse erforderlich (z.B. Registrierung über die Untere Ausländerbehörde), was zur Folge hat, dass dem Landkreis die diesbezüglichen Pauschalen erst mit einem gewissen zeitlichen Versatz angerechnet und ausgezahlt werden. Die Erträge aus den laufenden Pauschalen, die dem Rechnungsjahr 2025 zuzuordnen sind, waren mit insgesamt 9,2 Mio. EUR um 4,6 Mio. EUR niedriger als geplant.

Die Pauschale soll die Kosten für Versorgung, Unterkunft und Betreuung abdecken. Vor allem im Bereich Liegenschaften ist diese Pauschale aber nicht auskömmlich. Aus diesem Grund ermöglicht das Land eine nachträgliche Spitzabrechnung. Die Spitzabrechnungen für die Jahre 2016 bis 2020 sind abgeschlossen, für das Jahr 2020 erhielt der Landkreis in 2025 wie geplant die Schlusszahlung in Höhe von etwas mehr als 1,2 Mio. EUR. Für das Jahr 2022 erfolgte planmäßig eine 80%-ige Abschlagszahlung in Höhe von 1,3 Mio. EUR. Für die Jahre 2025 wurden bisher aufgrund formloser Meldungen 60%-ige Abschlagszahlungen von 12,9 Mio. EUR geleistet. Im Rahmen des Jahresabschlusses 2025 wurden noch offenen Kostenerstattungsansprüche gegenüber dem Land für die Jahre 2025 in Höhe von 90 % als offene Forderungen eingebucht, dabei handelt es sich um ein Gesamtvolumen von 3,1 Mio. EUR. Diese Werte berücksichtigen alle für die Flüchtlingsthematik der vorläufigen Unterbringung relevanten Bereiche: Leistungsgewährung (in Produktgruppe 3130 „Hilfen für Flüchtlinge“ enthalten), Unterbringung (Schlüsselprodukt 314006 „Soziale Einrichtungen für Flüchtlinge“) und Betreuung (in Produktgruppe 3180 „Sonstige soziale Hilfen und Leistungen“ enthalten).

Für das Schlüsselprodukt „Soziale Einrichtungen für Flüchtlinge“ betrugen die Erträge aus den Kostenerstattungen des Landes unter Berücksichtigung der periodengerechten Abgrenzung der Flüchtlingspauschalen, der erfolgten Abschlagszahlungen des Landes im Rahmen der Spitzabrechnung sowie der Einbuchung der offenen Forderungen fast 19,1 Mio. EUR.

Die Erträge aus den Unterkunftsgebühren der Gemeinschaftsunterkünfte lagen aufgrund sinkender Auslastungsquote mit einem Volumen von 2,1 Mio. EUR deutlich unter dem Planansatz 2025 von rund 4,5 Mio. EUR.

Die konsequente Umsetzung der Ausleitung von Personen in die sog. Anschlussunterbringung erfolgte in 2025 wie bereits in den letzten vier Jahren monats-scharf. Das Risiko von hohen

finanziellen Einbußen bei der Spitzabrechnung mit dem Land aufgrund sog. Fehlbelegung konnte hierdurch auf ein Minimum reduziert werden.

Die gesamten Sachaufwendungen für die Flüchtlingsunterkünfte (insbesondere für Miete, laufende Bewirtschaftung und externe Dienstleister im Bereich Betrieb und Sicherheit) lagen im Ergebnis des Jahres 2025 bei rund 19,3 Mio. EUR und damit deutlich unter dem Planansatz von ca. 23,1 Mio. EUR. Wesentlicher Grund für diese Minderausgaben war die Schließung zahlreicher Unterkünfte im Jahresverlauf.

Im Bereich des beweglichen Anlagevermögens wurde 2025 ein Rasenmäher für 1.490,00 EUR angeschafft.

Notwendige Investitionen im Zusammenhang mit der Erweiterung bzw. Reduzierung von Unterkunftskapazitäten werden im Haushalt des Eigenbetriebs Bau LKBH dargestellt.

THH 2 Jugend & Soziales**3140 Unterkünfte für Flüchtlinge****SP31400X SP Soziale Einrichtungen für Flüchtlinge**

lfd. Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis-Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungsübertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungsübertragung nach 2026 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8
2	+ Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	3.717.334,65	4.536.000	2.109.338,95	2.426.661-	0	0,00	2.426.661	0,00
5	+ Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	84,00-	0	5.067,00-	5.067-	0	0,00	5.067	0,00
6	+ Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	46.273,13	9.000	18.915,27	9.915	0	0,00	9.915-	0,00
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	32.888.642,69	20.295.314	19.111.534,51	1.183.779-	0	0,00	1.183.779	0,00
10	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0	44.989,02	44.989	0	0,00	44.989-	0,00
11	= Anteilige ordentliche Erträge	36.652.166,47	24.840.314	21.279.710,75	3.560.603-	0	0,00	3.560.603	0,00
12	- Personalaufwendungen	2.027.350,14-	2.026.694-	1.940.771,90-	85.922	0	0,00	85.922-	0,00
14	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	23.448.884,06-	22.325.819-	18.142.955,49-	4.182.864	0	0,00	4.182.864-	0,00
15	- Abschreibungen	75.976,26-	14.500-	37.094,55-	22.595-	0	0,00	22.595	0,00
17	- Transferaufwendungen	3.304,63-	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	444.485,24-	740.498-	1.059.777,42-	319.279-	0	0,00	319.279	0,00
19	= Anteilige ordentliche Aufwendungen	26.000.000,33-	25.107.511-	21.180.599,36-	3.926.912	0	0,00	3.926.912-	0,00
20	= Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	10.652.166,14	267.197-	99.111,39	366.308	0	0,00	366.308-	0,00
21	+ Erträge aus internen Leistungen	0,00	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
24	- Aufwendungen für interne Leistungen	824.927,73-	1.067.342-	1.024.372,15-	42.970	0	0,00	42.970-	0,00
28	= Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	824.927,73-	1.067.342-	1.024.372,15-	42.970	0	0,00	42.970-	0,00
29	= Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	9.827.238,41	1.334.539-	925.260,76-	409.278	0	0,00	409.278-	0,00

Erläuterungen zu:

Nr.:	davon für:	Betrag in EUR
2+5	Benutzungsgebühren für Flüchtlingsunterkünfte	2.104.272
6	Ersätze für Schadensfälle, Verkaufserlöse	18.915
7	Kostenerstattung des Landes bzw. Kostenerstattungsanspruch gegenüber dem Land (sog. Spitzabrechnung) im Rahmen des FlüAG für 2025	18.437.119
	Kostenerstattung bzw. -erstattungsanspruch aus der Spitzabrechnung 2024	5.574
	Kostenerstattung bzw. -erstattungsanspruch aus der Spitzabrechnung 2020	667.601
	Sonstige Kostenerstattung	1.240
14+17	Liegenschaftsbezogene Aufwendungen, insbesondere Miete an Eigenbetrieb Bau LKBH, Bewirtschaftung, externe Dienstleister u.ä.	18.142.955
18	Erstattungen an den Eigenbetrieb Bau LKBH	993.877
	Verlegungskosten, Geschäftsaufwendungen u.ä.	65.900

THH2 Jugend & Soziales**3140 Unterkünfte für Flüchtlinge****INV_SP3140 Zusammenfassung Investitionen Flüchtlingsunterkünfte**

6		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8
Zusammenfassung Investitionen Flüchtlingsunterkünfte.:										
6	=	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	45.312,04-	0	1.490,00-	1.490-	0	0,00	1.490	0,00
13	=	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	45.312,04-	0	1.490,00-	1.490-	0	0,00	1.490	0,00
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	45.312,04-	0	1.490,00-	1.490-	0	0,00	1.490	0,00
16	=	Gesamtkosten der Maßnahme	45.312,04-	0	1.490,00-	1.490-	0	0,00	1.490	0,00

Schlüsselprodukt: 36.30.03 Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien einschließlich Krisenintervention

Kurzbeschreibung:

Das Schlüsselprodukt umfasst die Hilfen zur Erziehung, die Hilfen für junge Volljährige sowie die Eingliederungshilfen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche, die in ambulanten, teil- und vollstationären Hilfeformen erbracht werden sowie die Inobhutnahmen.

Die Ausgestaltung dieser Leistungen kann erfolgen durch: Erziehungsberatung, Soziale Gruppenarbeit, Erziehungsbeistandschaft/Betreuungshelfer, Sozialpädagogische Familienhilfe, Erziehung in einer Tagesgruppe/Familienpflege, Vollzeitpflege, Heimerziehung, sonstige betreute Wohnformen, intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung sowie weiteren Formen der Hilfe.

Die Leistungen der Erziehungsberatung werden in den Erziehungsberatungsstellen erbracht, die als Einrichtungen für junge Menschen und ihre Familien beim Produkt 36.30.06 abgebildet werden und somit nicht in diesem Schlüsselprodukt enthalten sind.

Beteiligte Fachbereiche:

FB Allgemeiner Sozialer Dienst

FB Soziale Fachdienste

FB Leistung für Familien und Vormundschaften

FB Planung, Qualitätsentwicklung und Bildung

Zuständiger Fachausschuss:

Jugendhilfeausschuss

Ziele:

Stärkung der Erziehungskompetenzen in den Familien

Ausbau der Vollzeitpflegeverhältnisse

Maßnahmen zur Zielerreichung:

Ausschöpfung der ambulanten und teilstationären Hilfearten

Steuerung durch bedarfsgerechten Ausbau der ambulanten Hilfeangebote

Frühzeitige, präventive und niederschwellige Unterstützung von Kindern und Familien im Landkreis

Zielbezogene Kennzahlen:

KZ01: Verhältnis der ambulanten zu den stationären Hilfen am Jahresende im Vergleich zum Vorjahr

KZ02: Verhältnis der Anzahl der Vollzeitpflegeverhältnisse zu der Anzahl der Heimunterbringungen am Jahresende im Vergleich zum Vorjahr

Kennzahl	RE 2020	RE 2021	RE 2022	RE 2023	RE 2024	RE 2025
KZ01	2,10	2,11	2,23	2,32	2,26	2,54
KZ02	0,97	0,88	0,85	0,92	0,93	1,07

Aussagen zu Zielerreichung und Planabweichungen:

Im Bereich der individuellen Hilfen für junge Menschen und ihre Familien waren im Rechnungsjahr 2025 wie schon in den Vorjahren wieder viele Herausforderungen, bei denen die oben genannten Ziele stets im Blick behalten wurden, zu bewältigen.

Die nachfolgenden Ausführungen zu den Kennzahlen beziehen sich auf die klassischen Hilfen für junge Menschen und ihre Familien – das heißt ohne die Fallzahlen der unbegleiteten minderjährigen Ausländer. Zu den Transferaufwendungen und Planabweichungen bei den unbegleiteten minderjährigen Ausländern wird separat Stellung genommen.

Das Verhältnis der ambulanten und teilstationären Hilfen (soziale Gruppenarbeit, Erziehungsbeistandschaft, Sozialpädagogische Familienhilfe und Erziehung in einer Tagesgruppe) zu den stationären Hilfen (Vollzeitpflege, Heimerziehung und sonstige betreute Wohnformen) ist mit einem Wert von 2,54 im Haushaltsjahr 2025 im Vergleich zu 2,26 im Vorjahr 2024 gestiegen.

Das Verhältnis von Vollzeitpflegeverhältnissen zur Heimunterbringung hat sich im Jahr 2025 gegenüber dem Vorjahr erhöht. Im Jahr 2025 waren pro Heimunterbringung 1,04 Vollzeitpflegeverhältnisse vorhanden. Im Vorjahr 2024 lag dieser Faktor noch bei 0,93.

Im Jahr 2025 ist es gelungen, das Verhältnis zwischen Vollzeitpflege und Heimunterbringung zugunsten der Vollzeitpflege zu verbessern. Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, dass einerseits durch die Stärkung der Vollzeitpflege sowie durch strukturelle Anpassungen (u. a. Einrichtung einer Koordinationsstelle und Optimierung der Rahmenbedingungen zur Bedarfsdeckung) den individuellen Bedarfen besser entsprochen werden konnte. Andererseits ist im Jahr 2025 ein Rückgang der Heimunterbringungen zu verzeichnen gewesen.

Im Bereich der unbegleiteten minderjährigen Ausländer lagen die Transferaufwendungen in 2025 unter dem Ansatz für das Jahr 2025. Mit rund 7,4 Mio. EUR im Rechnungsergebnis wurde der Ansatz (rund 11,2 Mio. EUR) um rund 3,8 Mio. EUR deutlich unterschritten. Ursächlich hierfür sind die seit der zweiten Jahreshälfte 2024 rückläufigen Zuweisungszahlen, die sich zu Beginn des Jahres 2025 fortgesetzt und im weiteren Jahresverlauf auf null reduziert haben.

Die Kostenerstattungen lagen im Jahr 2025 bei rund 9,3 Mio. EUR (Vorjahr 2024: rund 7,3 Mio. EUR) und somit rund 1,0 Mio. EUR unter dem Planansatz 2025 von rund 10,3 Mio. EUR. Diese Entwicklung steht im unmittelbaren Zusammenhang mit den rückläufigen Zuweisungszahlen. Aufgrund der nachgelagerten Abwicklung der Kostenerstattungen werden die zugrunde liegenden Entwicklungen jedoch nur zeitversetzt und anteilig im Ergebnis abgebildet. Die verfahrensbedingt verzögerten Kostenerstattungen führen dazu, dass sich Veränderungen der Fallzahlen und Erstattungsbeträge erst in den Folgejahren vollständig in den Haushaltsansätzen niederschlagen.

Das Rechnungsergebnis 2025 für die Transferaufwendungen beim Schlüsselprodukt (ohne unbegleitete minderjährige Ausländer) lag mit rund 48,2 Mio. um ca. 1,7 Mio. über dem ambitioniert kalkulierten Planansatz 2025.

Geringere Aufwendungen im Rahmen der stationären Heimhilfen nach § 34 SGB VIII konnten die erheblichen Steigerungen im Bereich der ambulanten Leistungen nach § 35a SGB VIII (Schulbegleitungen/Integrationshilfen im Kindergarten) nur teilweise kompensieren. Auch die Aufwendungen für die Sozialpädagogische Familienhilfe lagen über dem geplanten Niveau.

Insgesamt betrug der Nettoressourcenbedarf 2025 für die Schlüsselposition rund 49,4 Mio. EUR und lag somit rund 2,7 Mio. EUR unter dem Ansatz von rund 52,1 Mio. EUR.

THH2 Jugend & Soziales**3630 Hilfen für junge Menschen und ihre Familien****363003 Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien****SP363003 SP Hilfen für junge Menschen und ihre Familien**

lfd. Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis-Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungsübertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungsübertragung nach 2026 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8
2	+ Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	596.780,00	843.000	1.552.865,60	709.866	0	0,00	709.866-	0,00
4	+ Sonstige Transfererträge	1.347.155,98	1.234.800	1.332.377,66	97.578	0	0,00	97.578-	0,00
6	+ Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	5.069,88	0	150,00	150	0	0,00	150-	0,00
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	10.853.362,98	12.139.100	12.173.270,20	34.170	0	0,00	34.170-	0,00
10	+ Sonstige ordentliche Erträge	114,22	210	1.124,65	915	0	0,00	915-	0,00
11	= Anteilige ordentliche Erträge	12.802.483,06	14.217.110	15.059.788,11	842.678	0	0,00	842.678-	0,00
12	- Personalaufwendungen	4.395.041,19-	4.670.072-	4.968.338,83-	298.266-	0	0,00	298.266	0,00
14	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	244.565,08-	309.023-	263.539,57-	45.483	0	0,00	45.483-	0,00
15	- Abschreibungen	1.014.250,88-	20.829-	142.707,20-	121.878-	0	0,00	121.878	0,00
16	- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0	5,38-	5-	0	0,00	5	0,00
17	- Transferaufwendungen	50.604.495,28-	57.731.500-	55.666.896,37-	2.064.604	0	0,00	2.064.604-	0,00
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.569.595,17-	1.343.228-	1.211.725,03-	131.503	0	0,00	131.503-	0,00
19	= Anteilige ordentliche Aufwendungen	57.827.947,60-	64.074.653-	62.253.212,38-	1.821.440	0	0,00	1.821.440-	0,00
20	= Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	45.025.464,54-	49.857.543-	47.193.424,27-	2.664.118	0	0,00	2.664.118-	0,00
21	+ Erträge aus internen Leistungen	0,00	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
24	- Aufwendungen für interne Leistungen	2.024.057,21-	2.272.770-	2.189.151,41-	83.619	0	0,00	83.619-	0,00
28	= Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	2.024.057,21-	2.272.770-	2.189.151,41-	83.619	0	0,00	83.619-	0,00
29	= Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	47.049.521,75-	52.130.313-	49.382.575,68-	2.747.737	0	0,00	2.747.737-	0,00

Erläuterungen zu:

Nr.:	davon für:	Betrag in EUR
2	Zuweisungen vom Land für Schulbegleitungen im Rahmen der Jugendhilfe Zuweisungen nach § 29 d FAG (Ausgleich Verwaltungsaufwand umA)	1.286.776 266.090
7	Kostenerstattungen für unbegleitete minderjährige Ausländer Sonstige Kostenerstattungen, insbesondere von anderen örtlichen Jugendhilfeträgern und vom KVJS	9.335.549 2.837.721
14	Aus- und Fortbildung, IT-Aufwand, Digitalisierungsprojekte u.ä..	263.540
17	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien einschließlich Krisenintervention (Hilfen zur Erziehung § 27 ff, Hilfen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche § 35a, Hilfen für junge Volljährige § 41, Inobhutnahmen § 42), Hilfen für umA	48.221.631 7.445.265
18	Kostenerstattungen an andere örtliche Jugendhilfeträger Sonstige Aufwendungen (Geschäftsbedarf u.ä.)	1.154.141 57.584

Teilhaushalt 3: Gesundheit & Versorgung – Teilergebnisrechnung

lfd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8
2	+ Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	808.954,57	764.500	817.553,67	53.054	0	0,00	53.054-	0,00
3	+ Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	39.605,24	39.600	40.439,03	839	0	0,00	839-	0,00
6	+ Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	15.852,13	2.500	13.233,44	10.733	0	0,00	10.733-	0,00
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	541.008,32	703.900	423.262,43	280.638-	0	0,00	280.638	0,00
10	+ Sonstige ordentliche Erträge	11.990,37	0	37.799,43	37.799	0	0,00	37.799-	0,00
11	= Anteilige ordentliche Erträge	1.417.410,63	1.510.500	1.332.288,00	178.212-	0	0,00	178.212	0,00
12	- Personalaufwendungen	8.115.654,65-	8.840.400-	8.781.572,52-	58.827	0	0,00	58.827-	0,00
14	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	524.105,25-	678.300-	470.987,79-	207.312	0	0,00	207.312-	0,00
15	- Abschreibungen	39.765,25-	59.300-	59.670,66-	371-	0	0,00	371	0,00
16	- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	400,35-	400-	422,78-	23-	0	0,00	23	0,00
17	- Transferaufwendungen	209.733,92-	230.700-	230.884,64-	185-	0	0,00	185	0,00
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	884.065,12-	916.900-	898.884,79-	18.015	0	0,00	18.015-	0,00
19	= Anteilige ordentliche Aufwendungen	9.773.724,54-	10.726.000-	10.442.423,18-	283.577	0	0,00	283.577-	0,00
20	= Anteiliges ordentliches Ergebnis	8.356.313,91-	9.215.500-	9.110.135,18-	105.365	0	0,00	105.365-	0,00
21	+ Erträge aus internen Leistungen	0,00	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
24	- Aufwendungen für interne Leistungen	5.667.237,43-	5.942.025-	6.009.854,24-	67.830-	0	0,00	67.830	0,00
28	= Kalkulatorisches Ergebnis	5.667.237,43-	5.942.025-	6.009.854,24-	67.830-	0	0,00	67.830	0,00
29	= Nettoressourcenbedarf/- überschuss	14.023.551,34-	15.157.525-	15.119.989,42-	37.535	0	0,00	37.535-	0,00

Teilhaushalt 3: Gesundheit & Versorgung – Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR 1	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR 2	Ergebnis 2025 EUR 3	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR 4	Ergänzende Festlegungen im HH- Vollzug EUR 5	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR 6	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR 7	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR 8
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	69.781,34	0	3.486,70	3.487	0	0,00	3.487-	0,00
9	=	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	69.781,34	0	3.486,70	3.487	0	0,00	3.487-	0,00
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	3.096,38-	4.600-	3.766,35-	834	0	0,00	834-	0,00
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	1.570,80-	2.000-	5.057,50-	3.058-	0	0,00	3.058	0,00
16	=	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	4.667,18-	6.600-	8.823,85-	2.224-	0	0,00	2.224	0,00
17	=	Anteiliger Finanzierungsmittelüberschuss/- bedarf aus Investitionstätigkeit	65.114,16	6.600-	5.337,15-	1.263	0	0,00	1.263-	0,00

Teilergebnisrechnung

Das ordentliche Ergebnis (ohne ILV) des Dezernats **Gesundheit und Versorgung** fiel um rd. 105 TEUR besser aus als geplant.

Die ordentlichen Erträge unterschreiten den Planansatz um rd. 178 TEUR, was hauptsächlich auf rückläufige Flüchtlingszahlen in der Landeserstaufnahmestelle (LEA) in Freiburg und den somit fehlenden Erstattungen für Gesundheitsuntersuchungen des Landes zurückzuführen ist. Durch Mehreinnahmen im Bereich der Verwaltungsgebühren konnten die fehlenden Erstattungen in geringem Umfang kompensiert werden.

Die ordentlichen Aufwendungen liegen rd. 283 TEUR unter dem Planansatz, was ebenfalls vorwiegend im Zusammenhang mit den rückläufigen Flüchtlingszahlen in der LEA und daraus resultierend deutlich geringeren Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (medizinische Aufwendungen) steht.

Darüber hinaus bleiben die Personalaufwendungen und die sonstigen ordentlichen Aufwendungen unter dem Planansatz. Die geringeren Personalaufwendungen sind vor allem auf den Wegfall der Lohnfortzahlung bei Langzeiterkrankung (Entgeltfortzahlungsgesetz) und verzögerte Anstellungen bei Nachbesetzungen zurückzuführen.

Teilfinanzrechnung

Im investiven Bereich wurden Auszahlungen für den Erwerb von Lizenzen und Ersatzbeschaffungen für Kartendrucker getätigt. Die investiven Kosten für die Anbindung einer neuen Röntgenanlage an die bereits vorhandene Software in der LEA wurde vom Land zurückerstattet.

Teilhaushalt 4: Bauen, Umwelt & ländlicher Raum – Teilergebnisrechnung

If d. Nr.	Teilergebnisrechnung	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis-Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs-übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs-übertragung nach 2026 EUR
	Ertrags- und Aufwandsarten	1	2	3	4	5	6	7	8
2	+ Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	6.162.029,15	6.572.300	5.489.510,24	1.082.790-	0	0,00	1.082.790	0,00
3	+ Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	279.112,40	129.200	304.954,68	175.755	0	0,00	175.755-	0,00
5	+ Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	2.460,00	5.000	6.600,00	1.600	0	0,00	1.600-	0,00
6	+ Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	91.233,47	42.500	53.306,52	10.807	0	0,00	10.807-	0,00
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.483.774,32	2.438.400	2.607.913,70	169.514	0	0,00	169.514-	0,00
10	+ Sonstige ordentliche Erträge	24.168,57	0	26.642,61	26.643	0	0,00	26.643-	0,00
11	= Anteilige ordentliche Erträge	9.042.777,91	9.187.400	8.488.927,75	698.472-	0	0,00	698.472	0,00
12	- Personalaufwendungen	20.396.523,48-	22.262.000-	22.043.058,30-	218.942	0	0,00	218.942-	0,00
14	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.618.443,23-	1.593.100-	1.566.596,20-	26.504	0	71.000,00-	97.504-	119.100,00-
15	- Abschreibungen	1.099.301,30-	1.262.100-	1.164.222,44-	97.878	0	0,00	97.878-	0,00
16	- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8,18-	0	7,50-	8-	0	0,00	8	0,00
17	- Transferaufwendungen	862.893,51-	911.700-	848.356,39-	63.344	0	0,00	63.344-	0,00
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.303.484,62-	2.415.600-	2.288.432,96-	127.167	0	0,00	127.167-	0,00
19	= Anteilige ordentliche Aufwendungen	26.280.654,32-	28.444.500-	27.910.673,79-	533.826	0	71.000,00-	604.826-	119.100,00-
20	= Anteiliges ordentliches Ergebnis	17.237.876,41-	19.257.100-	19.421.746,04-	164.646-	0	71.000,00-	93.646	119.100,00-
21	+ Erträge aus internen Leistungen	208.847,34	218.000	194.445,16	23.555-	0	0,00	23.555	0,00
24	- Aufwendungen für interne Leistungen	10.061.103,42-	10.806.193-	10.733.661,58-	72.532	0	0,00	72.532-	0,00
28	= Kalkulatorisches Ergebnis	9.852.256,08-	10.588.193-	10.539.216,42-	48.977	0	0,00	48.977-	0,00
29	= Nettoressourcenbedarf/-überschuss	27.090.132,49-	29.845.293-	29.960.962,46-	115.669-	0	71.000,00-	44.669	119.100,00-

Teilhaushalt 4: Bauen, Umwelt & ländlicher Raum – Teilfinanzrechnung

If d. N r.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebe ner Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigung s-übertragung nach 2026 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8
4 +	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	370.050,00	383.200	213.823,36	169.377-	0	0,00	169.377	12.000,00-
6 +	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	28.422,56	0	23.051,12	23.051	0	0,00	23.051-	0,00
9 =	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	398.472,56	383.200	236.874,48	146.326-	0	0,00	146.326	12.000,00-
11 -	Auszahlungen für Baumaßnahmen	98.716,15-	0	16.433,43-	16.433-	0	0,00	16.433	0,00
1 2 -	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.453.127,60-	1.120.900-	677.338,63-	443.561	0	0,00	443.561-	515.600,00
1 4 -	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaß- nahmen	110.700,00-	278.700-	139.500,00-	139.200	0	30.000,00-	169.200-	144.000,00
1 5 -	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	51.288,07-	229.300-	0,00	229.300	0	0,00	229.300-	0,00
1 6 =	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.713.831,82-	1.628.900-	833.272,06-	795.628	0	30.000,00-	825.628-	659.600,00
1 7 =	Anteiliger Finanzierungsmittelüber- schuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	1.315.359,26-	1.245.700-	596.397,58-	649.302	0	30.000,00-	679.302-	647.600,00

Teilergebnisrechnung

Das geplante ordentliche Ergebnis (ohne ILV) des **Dezernats Bau, Umwelt und ländlicher Raum** (THH 4) wurde geringfügig (rd. -165 TEUR) überschritten.

Dabei konnten die geplanten ordentlichen Erträge nicht erzielt werden, während bei den ordentlichen Aufwendungen Einsparungen erreicht werden konnten.

Nach einer leichten Erholung im Vorjahr (2024) blieben im abgeschlossenen Jahr (2025) insbesondere die Baugenehmigungsgebühren hinter dem sehr optimistischen Planansatz zurück. Die übrigen Gebühreneinnahmen konnten weitestgehend wie geplant erzielt werden.

Die ordentlichen Aufwendungen liegen rd. 534 TEUR (rd. 1,9%) unter dem Planansatz.

Davon sind rd. 219 TEUR auf Einsparvorgaben im Bereich des Personalkostenbudgets zurückzuführen.

Die Abschreibungen liegen rd. 98 TEUR unter dem Planansatz. Die Transferaufwendungen unterschreiten den Plan um rd. 63 TEUR.

Weitere rd. 127 TEUR konnten bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen eingespart werden. Zurückzuführen sind diese auf eine konsequent wirtschaftliche und sparsame Verwendung der Haushaltsmittel.

Teilfinanzrechnung

Die geplanten Beschaffungen im Feuerlöschwesen sind im Jahr 2025 auf Grund Verzögerungen bei den Auslieferungen nicht komplett erfolgt. Nicht bewirtschaftete Mittel wurden im Zuge des Jahresabschlusses ins Haushaltsjahr 2026 übertragen.

Bei den Investitionsförderungsmaßnahmen wurden die Mittel in 2025 nicht vollständig von den Gemeinden abgerufen. Diese wurden ins Haushaltsjahr 2026 übertragen.

Die für das Projekt „Digitalisierung Baugenehmigungsverfahren“ eingestellten Planmittel konnten nicht abgerufen. Das Projekt wird in 2026 fortgesetzt.

Teilhaushalt 6: Verkehr & öffentliche Ordnung – Teilergebnisrechnung

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR 1	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR 2	Ergebnis 2025 EUR 3	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR 4	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR 5	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR 6	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR 7	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR 8
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	23.479.240,94	22.029.900	24.300.181,34	2.270.281	0	0,00	2.270.281-	0,00
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	381.310,25	373.800	405.361,54	31.562	0	0,00	31.562-	0,00
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	3.535,00	2.500	4.665,00	2.165	0	0,00	2.165-	0,00
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	175.057,29	141.500	262.894,40	121.394	0	0,00	121.394-	0,00
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.099.845,18	1.342.700	1.239.410,66	103.289-	0	0,00	103.289	0,00
9	+	Aktivierete Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	745.286,57	719.200	757.541,82	38.342	0	0,00	38.342-	0,00
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	151.995,80	25.000	128.725,91	103.726	0	0,00	103.726-	0,00
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	26.036.271,03	24.634.600	27.098.780,67	2.464.181	0	0,00	2.464.181-	0,00
12	-	Personalaufwendungen	16.943.313,91-	18.662.100-	18.357.921,49-	304.179	0	0,00	304.179-	0,00
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.397.655,89-	5.745.700-	5.483.890,36-	261.810	0	0,00	261.810-	0,00
15	-	Abschreibungen	4.026.417,50-	4.481.500-	4.371.706,55-	109.793	0	0,00	109.793-	0,00
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	39.535,32-	42.600-	35.144,48-	7.456	0	0,00	7.456-	0,00
17	-	Transferaufwendungen	696.545,74-	750.000-	958.613,67-	208.614-	0	0,00	208.614	0,00
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	985.946,82-	1.006.700-	1.126.692,42-	119.992-	0	0,00	119.992	0,00
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	29.089.415,18-	30.688.600-	30.333.968,97-	354.631	0	0,00	354.631-	0,00
20	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	3.053.144,15-	6.054.000-	3.235.188,30-	2.818.812	0	0,00	2.818.812-	0,00
21	+	Erträge aus internen Leistungen	3.423,00	719.500	2.561,50	716.939-	0	0,00	716.939	0,00
24	-	Aufwendungen für interne Leistungen	6.597.375,13-	7.797.808-	6.854.792,58-	943.015	0	0,00	943.015-	0,00
28	=	Kalkulatorisches Ergebnis	6.593.952,13-	7.078.308-	6.852.231,08-	226.077	0	0,00	226.077-	0,00
29	=	Nettoressourcenbedarf/-überschuss	9.647.096,28-	13.132.308-	10.087.419,38-	3.044.889	0	0,00	3.044.889-	0,00

Teilhaushalt 6: Verkehr & öffentliche Ordnung – Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH- Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	1.187.589,00	763.100	147.620,00	615.480-	0	416.000,00	1.031.480	781.000,00-
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	3.605,00	45.000	88.199,00	43.199	0	0,00	43.199-	0,00
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	230.974,73	0	152.284,96	152.285	0	0,00	152.285-	0,00
9	=	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.422.168,73	808.100	388.103,96	419.996-	0	416.000,00	835.996	781.000,00-
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	83.332,07-	0	36.006,42-	36.006-	0	0,00	36.006	0,00
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	5.718.375,19-	6.550.000-	7.061.861,69-	511.862-	0	773.000,00-	261.138-	670.000,00
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	2.053.410,64-	1.942.000-	1.788.186,13-	153.814	0	0,00	153.814-	129.000,00
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	38.563,57-	40.000-	10.771,31-	29.229	0	0,00	29.229-	0,00
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	218.531,74-	172.000-	131.454,90-	40.545	0	0,00	40.545-	0,00
16	=	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	8.112.213,21-	8.704.000-	9.028.280,45-	324.280-	0	773.000,00-	448.720-	799.000,00
17	=	Anteiliger Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	6.690.044,48-	7.895.900-	8.640.176,49-	744.276-	0	357.000,00-	387.276	18.000,00

Teilergebnisrechnung

Das Budget des Dezernats 6 (Teilhaushalt 6) weist im Ergebnishaushalt ein ordentliches Ergebnis (ohne ILV) aus, welches um 2.819 TEUR besser ausfällt als geplant.

Bei den ordentlichen Erträgen ergeben sich Abweichungen von rd. 2.464 TEUR. Dies ist im Wesentlichen darin begründet, dass die Ausländerbehörde, die Kfz-Zulassung sowie der Fachbereich Fahrerlaubnisse höhere Gebühreneinnahmen zu verzeichnen hatten. Daneben stiegen die Erträge im Fachbereich Ordnungsrecht & Ordnungswidrigkeiten an.

Die ordentlichen Aufwendungen unterschreiten den Planansatz in der Summe um rd. 355 TEUR. Hierbei blieben die Personalaufwendungen (Ifd. Nr. 12), die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Ifd. Nr. 14) sowie die Abschreibungen (Ifd. Nr. 15) unter den Planwerten. Die Minderung bei den Personalaufwendungen ist – wie in den Vorjahren auch - vorrangig auf Verzögerungen bei der Wiederbesetzung erforderlicher Planstellen zurückzuführen.

Die Überschreitung des Planansatzes im Bereich der Transferaufwendungen (Ifd. Nr. 17) begründet sich durch die gestiegenen Umlagezahlungen an den Zweckverband Breitband (ZVBBH). Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen handelt es sich im Wesentlichen um höhere Geschäftsaufwendungen im Bereich der öffentlichen Ordnung.

Teilfinanzrechnung

Im investiven Teil des Finanzhaushalts fiel der zahlungswirksame Zuschussbedarf bei einem geplanten Volumen von rd. 7.896 TEUR um rd. 744 TEUR höher aus als vorgesehen. Ursächlich hierfür sind zum einen geplante Einzahlungen aus Investitionszuwendungen, welche zwar zugesagt, aber im Haushaltsjahr 2025 nicht mehr eingegangen sind. Daher wurde für das Haushaltsjahr 2026 eine Ermächtigungsübertragung in Höhe von 781 TEUR gebildet.

Im Bereich der Baumaßnahmen wurden ca. 512 TEUR mehr Auszahlungen getätigt als Mittel im Planansatz des Haushaltsjahres 2025 zur Verfügung standen. Allerdings sind die Auszahlungen über Ermächtigungen, die im Jahr 2024 gebildet wurden, gedeckt. Für das Haushaltsjahr 2026 wurden für Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 670 TEUR übertragen.

Schlüsselprodukt: 54.20 Kreisstraßen**Kurzbeschreibung:**

Ein gut ausgebautes, leistungsfähiges und sicheres Straßennetz ist Grundvoraussetzung für gute wettbewerbsfähige Standortbedingungen von Industrie, Handel und Tourismus sowie für eine gute Erreichbarkeit von Arbeits-, Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialeinrichtungen im Ländlichen Raum. Es bildet außerdem die wesentliche Grundlage für einen gut ausgebauten und funktionierenden ÖPNV. Der Landkreis gewährleistet eine leistungsfähige Straßeninfrastruktur. Er ist für die Planung, den Bau und den Betrieb des rd. 354 km langen Kreisstraßennetzes verantwortlich.

Die Schlüsselposition 54.20 Kreisstraßen enthält seit dem Haushaltsjahr 2018 originär nur das Produkt Bereitstellung und Betrieb von Kreisstraßen. Die Produkte Straßenreinigung an Kreisstraßen (54.20.07) und Winterdienst an Kreisstraßen (54.20.08) werden seitdem aufgrund einer Änderung des Produktplans Baden-Württemberg unter der Produktgruppe 54.50 Straßenreinigung und Winterdienst als Teilprodukte erfasst; beide Teilprodukte werden jedoch weiterhin unter dieser Schlüsselposition - insbesondere - bei der Darstellung der zielbezogenen Kennzahlen berücksichtigt.

Die Schlüsselposition gliedert sich wie folgt:

Bereitstellung und Betrieb von Kreisstraßen

Dieses Produkt umfasst alle Ingenieur- und Verwaltungsaufgaben für den Neu- Um- und Ausbau sowie die Erneuerung von Kreisstraßen wie z.B. Planung, Grunderwerb und Bauabwicklung (Bereitstellung). Zusätzlich enthält das Produkt Aufgaben des Straßenbetriebes wie die Grünpflege, die Wartung und Erneuerung der Straßenausstattung, die Sicherstellung der Verkehrssicherheit und laufende Verwaltungsaufgaben des Straßenbetriebes, sowie die kleinflächige Erneuerung der Straßenbestandteile. Die Kostenaufteilung innerhalb dieses Produktes ist aus der Grafik ersichtlich.

Straßenreinigung an Kreisstraßen

Die Straßenreinigung ist eine Aufgabe des Straßenbetriebes und umfasst die Reinigung der Fahrbahn, der Ingenieurbauwerke, der Straßenausstattung und die Sauberhaltung der Straßengrundstücke einschließlich Parkplätze mit der erforderlichen Müllbeseitigung.

Winterdienst an Kreisstraßen

Der Winterdienst ist eine Aufgabe des Straßenbetriebe und umfasst alle zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit auf den Straßen bei Beeinträchtigungen durch winterliche Wettersituationen notwendigen Tätigkeiten.

Die Kosten für diese Produktgruppe teilen sich wie folgt auf:



Beteiligte Fachbereiche:

FB 650 Straßenplanung und -betrieb

FB 660 Verkehrslenkung & Straßenverwaltung

Zuständiger Fachausschuss:

Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Umwelt

Enthaltene Produkte:

54.20.01 Bereitstellung und Betrieb von Kreisstraßen

54.50.01.01 Straßenreinigung Kreisstraßen

54.50.02.01 Winterdienst an Kreisstraßen

Ziele:

Baulicher Straßenzustand:

Der Status Quo des durch regelmäßige Sanierung in den letzten Jahren erreichte Straßenzustand der Kreisstraßen soll in der Gesamtheit bewahrt werden. Zudem wird durch fortlaufende Sanierung und Erneuerung eine Verbesserung der Zustandswerte für die Fahrbahnen und Ingenieurbauwerke angestrebt.

Sicherheit auf Kreisstraßen:

Die Kreisstraßen sollen sicherer werden durch die Beseitigung von Gefahrenstellen und den Ausbau des Rad- und Gehwegenetzes.

Leistungsfähigkeit:

Die Leistungsfähigkeit des Kreisstraßennetzes ist weitestgehend gegeben, eine Verbesserung soll nur an punktuellen Leistungsfähigkeitsengpässen durch Neu-, Um- oder Ausbau erreicht werden.

Die Kreisstraßen sind jederzeit in einem verkehrssicheren Zustand zu halten.

Maßnahmen zur Zielerreichung:

Baulicher Straßenzustand:

Die Überprüfung der Zielerreichung soll über eine regelmäßige und flächendeckende Zustandsbetrachtung erfolgen. Maßnahmen zur Zielerreichung sind eine bedarfsgerechte bauliche Unterhaltung und in angemessenen Intervallen durchzuführende Erneuerung der Straßenbauteile.

Sicherheit auf Kreisstraßen:

Durch die stetige Betrachtung der Verkehrssicherheit sollen Gefahrenstellen im Kreisstraßennetz erkannt werden und durch verkehrsrechtliche oder straßenbauliche Eingriffe beseitigt werden. Die sichere Nutzbarkeit des Kreisstraßennetzes durch schwächere Verkehrsteilnehmer soll durch den gezielten Ausbau der Radwege gesteigert werden.

Der verkehrssichere Zustand der Kreisstraßen wird durch regelmäßige Streckenwartung gewährleistet. Eine gute Organisation des Straßenbetriebsdienstes gewährleistet die ordnungsgemäße Ausführung von fortlaufend durchzuführenden und planbaren Arbeiten. Daneben kann angemessen auf unerwartete Einzelereignisse reagiert und Gefährdungen des Straßennutzers beseitigt werden.

Zielbezogene Kennzahlen:

KZ01: Kosten des Betriebs je km Kreisstraße

KZ02: Kosten der Straßenreinigung je km

KZ03: Winterdienstkosten je km

Kennzahl	RE 2020	RE 2021	RE 2022	RE 2023	RE 2024	Plan 2025	RE 2025
KZ01	6.097 EUR	6.012 EUR	5.809 EUR	6.791 EUR	7.356 EUR	8.036 EUR	7.576 EUR
KZ02	753 EUR	883 EUR	1.005 EUR	1.047 EUR	1.066 EUR	1.215 EUR	1.233 EUR
KZ03	2.313 EUR	1.853 EUR	2.156 EUR	2.156 EUR	2.229 EUR	2.481 EUR	1.978 EUR

Die Schwankungen der jährlichen Kennzahlen hängen im Wesentlichen mit geänderten prozentualen Werten für die Verteilung des Gemeinschaftsaufwands zusammen. Der Schlüssel für die Verteilung des Gemeinschaftsaufwands auf die Bundes-, Landes- und Kreisstraßen wird jeweils zum Jahresende aus den im Straßenbetriebsergebnis erfassten Lohnstunden ermittelt. Je nachdem, wie der Lohnstundenschlüssel im jeweiligen Jahresergebnis an den einzelnen Straßentypen ausfällt, ändern sich die Kosten der Kreisstraße für den Betrieb, die Straßenreinigung sowie den Winterdienst anteilig.

Aussagen zu Zielerreichung und Planabweichungen:

Im Ergebnishaushalt kam es beim Schlüsselprodukt Kreisstraßen aufgrund von Mehrerträgen und Mehraufwendungen zu einer Verbesserung des ordentlichen Ergebnisses gegenüber dem Planansatz um rd. 68 TEUR.

Im Bereich der ordentlichen Aufwendungen ergeben sich rd. 164 TEUR Minderaufwendungen. Hauptursächlich sind hierfür Einsparungen bei den Sachaufwendungen.

Im Finanzhaushalt verschlechtert sich das Zahlungssaldo aus Investitionstätigkeit um rd. 1.872 TEUR.

Die Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit liegt um rd. 1.259 TEUR über dem Planansatz. Grund hierfür sind notwendigen Maßnahmen im Bereich des Kreisstraßenbaus. Der Betrag konnte teilweise mit Ermächtigungsübertragungen aus dem Vorjahr gedeckt werden.

Zum Zahlungssaldo haben zudem die nicht eingegangenen Förderungen nach dem LGVFG beigetragen. Daher wurde für die ausstehenden Einzahlungen eine Ermächtigungsübertragung in Höhe von 781 TEUR gebildet.

SP5420

SP Kreisstraßen

lfd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR 1	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR 2	Ergebnis 2025 EUR 3	Vergleich Ergebnis-Ansatz EUR 4	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR 5	Ermächtigungsübertragung aus 2024 EUR 6	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR 7	Ermächtigungsübertragung nach 2026 EUR 8
2	+ Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	2.465.967,50	2.744.532	2.515.202,19	229.330-	0	0,00	229.330	0,00
3	+ Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	376.309,34	372.499	404.100,55	31.601	0	0,00	31.601-	0,00
5	+ Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	1.103,75	943	1.922,17	979	0	0,00	979-	0,00
6	+ Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	56.974,01	46.083	68.237,53	22.154	0	0,00	22.154-	0,00
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	122.926,42	69.358	109.637,40	40.279	0	0,00	40.279-	0,00
9	+ Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	745.286,57	719.200	757.541,82	38.342	0	0,00	38.342-	0,00
11	= Anteilige ordentliche Erträge	3.768.567,59	3.952.617	3.856.641,66	95.975-	0	0,00	95.975	0,00
12	- Personalaufwendungen	2.355.734,08-	2.556.621-	2.556.521,00-	100	0	0,00	100-	0,00
14	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.134.430,92-	1.097.604-	945.937,93-	151.666	0	0,00	151.666-	0,00
15	- Abschreibungen	3.221.141,41-	3.441.066-	3.439.112,61-	1.954	0	0,00	1.954-	0,00
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	30.438,86-	36.209-	26.051,91-	10.157	0	0,00	10.157-	0,00
19	= Anteilige ordentliche Aufwendungen	6.741.745,27-	7.131.501-	6.967.623,45-	163.877	0	0,00	163.877-	0,00
20	= Anteiliges ordentliches Ergebnis	2.973.177,68-	3.178.884-	3.110.981,79-	67.902	0	0,00	67.902-	0,00
21	+ Erträge aus internen Leistungen	759,91	719.266	568,40	718.698-	0	0,00	718.698	0,00
24	- Aufwendungen für interne Leistungen	726.579,01-	1.510.982-	781.404,98-	729.577	0	0,00	729.577-	0,00
28	= Kalkulatorisches Ergebnis	725.819,10-	791.716-	780.836,58-	10.879	0	0,00	10.879-	0,00
29	= Nettoressourcenbedarf/-überschuss	3.698.996,78-	3.970.600-	3.891.818,37-	78.781	0	0,00	78.781-	0,00

Erläuterungen zu:

Nr.:	davon für:	Betrag in EUR
2	Die Zuweisungen nach § 11 Abs. 4 FAG sind seit dem Haushaltsjahr 2020 zentral in der PG 6110 veranschlagt. Zuweisungen nach § 25 FAG (Verkehrslasten) – für Bereitstellung und Betrieb der Kreisstraßen	2.515.200
3	Bilanzielle Auflösung von Zuweisungen	404.100
6	Erträge aus Mieten und Pachten, Verkäufen sowie sonstigen privatrecht. Leistungsentgelten	68.200
7	Erstattungen von Land, Kommunen und privaten Unternehmen	109.600
14	Kreisanteil an der Unterhaltung der Straßenmeisterei-Gehöfte, Fahrzeuge und Geräte Material, Fremdleistungen und Strom für Unterhaltung und Erhalt Kreisstraßen EDV-Aufwendungen, Fortbildung, Dienst- und Schutzkleidung, sonstige Leistungen	355.500 508.100 82.300
18	Geschäftsbedarf u.a. Dienstfahrten & Reisekosten	26.100
11/19	Die Ansätze enthalten nur die anteiligen Erträge und Aufwendungen für die Bereitstellung und den Betrieb der Kreisstraßen. Die anteiligen Erträge und Aufwendungen für die Straßenreinigung und den Winterdienst an Kreisstraßen werden unter der Produktgruppe 5450 veranschlagt.	

THH6 Verkehr und öffentliche Ordnung**5420 Kreisstraßen****542001 Bereitstellung und Betrieb von Kreisstraßen****INV_SM Investitionen Straßenmeistereien**

lfd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH- Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8
I54200008301: 650 Erwerb bewegliches Anlagevermögen Straßenmeistereien									
6	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
9	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.895.490,93-	1.590.000-	1.460.709,07-	129.291	0	0,00	129.291-	129.000,00-
12	- Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0,00	150.000-	138.375,61-	11.624	0	0,00	11.624-	0,00
13	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.895.490,93-	1.740.000-	1.599.084,68-	140.915	0	0,00	140.915-	129.000,00-
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	1.895.490,93-	1.740.000-	1.599.084,68-	140.915	0	0,00	140.915-	129.000,00-
16	= Gesamtkosten der Maßnahme	1.895.490,93-	1.740.000-	1.599.084,68-	140.915	0	0,00	140.915-	129.000,00-
I54200008302: 650 Zuschuss Umrüstung Winterdienst KFZ									
6	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
11	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	38.563,57-	40.000-	10.771,31-	29.229	0	0,00	29.229-	0,00
13	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	38.563,57-	40.000-	10.771,31-	29.229	0	0,00	29.229-	0,00
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	38.563,57-	40.000-	10.771,31-	29.229	0	0,00	29.229-	0,00
16	= Gesamtkosten der Maßnahme	38.563,57-	40.000-	10.771,31-	29.229	0	0,00	29.229-	0,00
I54200218603: 650 Baukosten Neubau Werkstattkomplex Straßenmeisterei Titisee-Neustadt									
6	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	150.000-	912,14-	149.088	0	0,00	149.088-	100.000,00-
13	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	150.000-	912,14-	149.088	0	0,00	149.088-	100.000,00-
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	150.000-	912,14-	149.088	0	0,00	149.088-	100.000,00-
16	= Gesamtkosten der Maßnahme	0,00	150.000-	912,14-	149.088	0	0,00	149.088-	100.000,00-
I54200258303: 650 Grunderwerb Salzlager Schluchsee									
6	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	959,39-	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
13	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	959,39-	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	959,39-	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
16	= Gesamtkosten der Maßnahme	959,39-	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00

lfd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8
I54200311602: 650 Umbau/Ausbau Werkstatt Straßenmeisterei Müllheim									
6	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	541.577,91-	0	50.062,11-	50.062-	0	0,00	50.062	0,00
9	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	42.346,19-	0	458,15-	458-	0	0,00	458	0,00
13	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	583.924,10-	0	50.520,26-	50.520-	0	0,00	50.520	0,00
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	583.924,10-	0	50.520,26-	50.520-	0	0,00	50.520	0,00
16	= Gesamtkosten der Maßnahme	583.924,10-	0	50.520,26-	50.520-	0	0,00	50.520	0,00
I54200311603: 650 Baukosten Neubau Salzlager Münstertal									
6	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	200.000-	0,00	200.000	0	0,00	200.000-	175.000,00-
13	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	200.000-	0,00	200.000	0	0,00	200.000-	175.000,00-
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	200.000-	0,00	200.000	0	0,00	200.000-	175.000,00-
16	= Gesamtkosten der Maßnahme	0,00	200.000-	0,00	200.000	0	0,00	200.000-	175.000,00-
I54200418601: 650 Baukosten Silo und Sole Straßenmeisterei Breisach									
6	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	400.000-	3.935,92-	396.064	0	0,00	396.064-	395.000,00-
13	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	400.000-	3.935,92-	396.064	0	0,00	396.064-	395.000,00-
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	400.000-	3.935,92-	396.064	0	0,00	396.064-	395.000,00-
16	= Gesamtkosten der Maßnahme	0,00	400.000-	3.935,92-	396.064	0	0,00	396.064-	395.000,00-
I54200418602: 650 Baukosten Neubau Sozialgebäude Straßenmeisterei Breisach									
6	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	50.000-	1.428,60-	48.571	0	0,00	48.571-	0,00
13	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	50.000-	1.428,60-	48.571	0	0,00	48.571-	0,00
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	0,00	50.000-	1.428,60-	48.571	0	0,00	48.571-	0,00
16	= Gesamtkosten der Maßnahme	0,00	50.000-	1.428,60-	48.571	0	0,00	48.571-	0,00

lfd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis-Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs-übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs-übertragung nach 2026 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8
unterhalb Wertgrenze:									
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	3.605,00	45.000	84.546,00	39.546	0	0,00	39.546-	0,00
6	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	3.605,00	45.000	84.546,00	39.546	0	0,00	39.546-	0,00
13	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	3.605,00	45.000	84.546,00	39.546	0	0,00	39.546-	0,00
16	= Gesamtkosten der Maßnahme	0,00	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00

INV_ZSM Zusammenfassung Investitionen Straßenmeistereien

lfd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis-Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs-übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs-übertragung nach 2026 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8
Zusammenfassung Investitionen Straßenmeistereien:									
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	3.605,00	45.000	84.546,00	39.546	0	0,00	39.546-	0,00
6	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	3.605,00	45.000	84.546,00	39.546	0	0,00	39.546-	0,00
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	959,39-	0	0,00	0	0	0,00	0	0,00
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	541.577,91-	800.000-	56.338,77-	743.661	0	0,00	743.661-	670.000,00-
9	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.937.837,12-	1.590.000-	1.461.167,22-	128.833	0	0,00	128.833-	129.000,00-
11	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	38.563,57-	40.000-	10.771,31-	29.229	0	0,00	29.229-	0,00
12	- Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0,00	150.000-	138.375,61-	11.624	0	0,00	11.624-	0,00
13	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.518.937,99-	2.580.000-	1.666.652,91-	913.347	0	0,00	913.347-	799.000,00-
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	2.515.332,99-	2.535.000-	1.582.106,91-	952.893	0	0,00	952.893-	799.000,00-
16	= Gesamtkosten der Maßnahme	2.518.937,99-	2.580.000-	1.666.652,91-	913.347	0	0,00	913.347-	799.000,00-

THH6 Verkehr und öffentliche Ordnung**5420 Kreisstraßen****542001 Bereitstellung und Betrieb der Kreisstraßen****INV_PLSTR Planungskosten Kreisstraßen**

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8
Planungskosten Kreisstraßen:										
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0,00	250.000	0,00	250.000-	0	0,00	250.000	0,00
6	=	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	250.000	0,00	250.000-	0	0,00	250.000	0,00
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	210.309,03-	250.000-	238.906,91-	11.093	0	0,00	11.093-	0,00
13	=	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	210.309,03-	250.000-	238.906,91-	11.093	0	0,00	11.093-	0,00
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	210.309,03-	0	238.906,91-	238.907-	0	0,00	238.907	0,00
15	-	aktivierte Eigenleistungen	143.459,34-	0	124.517,68-	124.518-	0	0,00	124.518	0,00
16	=	Gesamtkosten der Maßnahme	353.768,37-	250.000-	363.424,59-	113.425-	0	0,00	113.425	0,00

INV_BAUSR Investitionen Bau Kreisstraßen

lfd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR	Ergebnis 2025 EUR	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8
Investitionen Bau Kreisstraßen:										
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	1.187.589,00	513.100	147.620,00	365.480-	0	416.000,00	781.480	781.000,00
3	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0	3.653,00	3.653	0	0,00	3.653-	0,00
5	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	230.974,73	0	152.284,96	152.285	0	0,00	152.285-	0,00
6	=	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.418.563,73	513.100	303.557,96	209.542-	0	416.000,00	625.542	781.000,00
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	82.372,68-	0	36.006,42-	36.006-	0	0,00	36.006	0,00
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	4.966.488,25-	5.500.000-	6.766.616,01-	1.266.616-	0	773.000,00-	493.616	0,00
13	=	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	5.048.860,93-	5.500.000-	6.802.622,43-	1.302.622-	0	773.000,00-	529.622	0,00
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	3.630.297,20-	4.986.900-	6.499.064,47-	1.512.164-	0	357.000,00-	1.155.164	781.000,00
15	-	aktivierte Eigenleistungen	601.827,23-	719.200-	633.024,14-	86.176	0	0,00	86.176-	0,00
16	=	Gesamtkosten der Maßnahme	5.650.688,16-	6.219.200-	7.435.646,57-	1.216.447-	0	773.000,00-	443.447	0,00

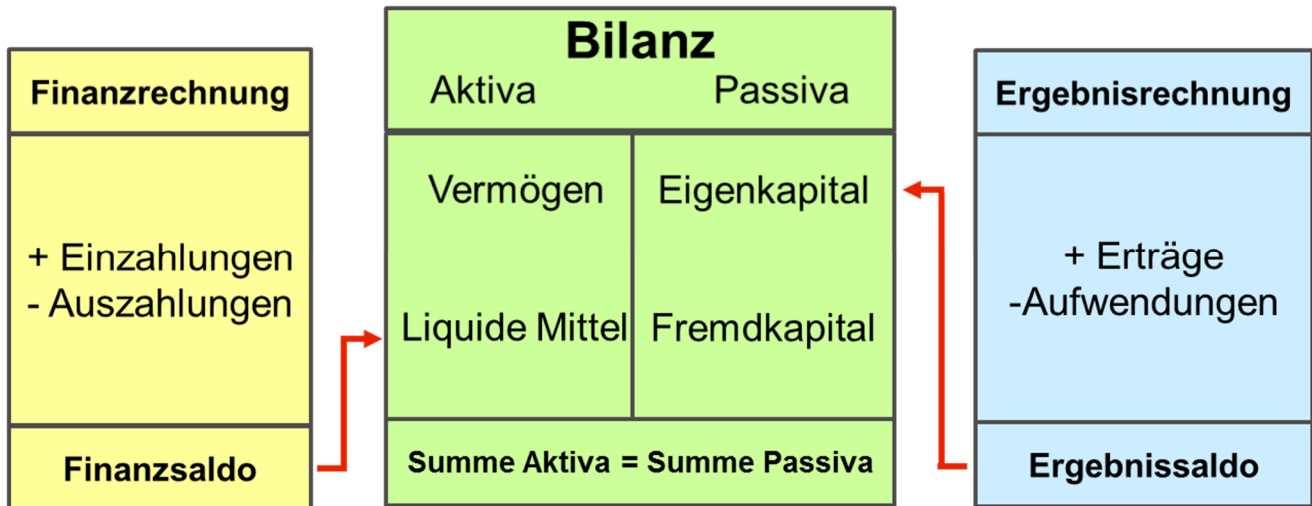
INV_ZKSTR Zusammenfassung Investitionen SP Kreisstraßen

lfd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis Vorjahr 2024 EUR 1	Fortgeschriebener Ansatz 2025 EUR 2	Ergebnis 2025 EUR 3	Vergleich Ergebnis- Ansatz EUR 4	Ergänzende Festlegungen im HH-Vollzug EUR 5	Ermächtigungs- übertragung aus 2024 EUR 6	Verfügbare Mittel abzgl. Ergebnis EUR 7	Ermächtigungs- übertragung nach 2026 EUR 8
Zusammenfassung Inv. Kreisstraßen:									
1	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	1.187.589,00	763.100	147.620,00	615.480-	0	416.000,00	1.031.480	781.000,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0	3.653,00	3.653	0	0,00	3.653-	0,00
5	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	230.974,73	0	152.284,96	152.285	0	0,00	152.285-	0,00
6	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.418.563,73	763.100	303.557,96	459.542-	0	416.000,00	875.542	781.000,00
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	82.372,68-	0	36.006,42-	36.006-	0	0,00	36.006	0,00
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	5.176.797,28-	5.750.000-	7.005.522,92-	1.255.523-	0	773.000,00-	482.523	0,00
13	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	5.259.169,96-	5.750.000-	7.041.529,34-	1.291.529-	0	773.000,00-	518.529	0,00
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	3.840.606,23-	4.986.900-	6.737.971,38-	1.751.071-	0	357.000,00-	1.394.071	781.000,00
15	- aktivierte Eigenleistungen	745.286,57-	719.200-	757.541,82-	38.342-	0	0,00	38.342	0,00
16	= Gesamtkosten der Maßnahme	6.004.456,53-	6.469.200-	7.799.071,16-	1.329.871-	0	773.000,00-	556.871	0,00

V. Anhang

1. ALLGEMEINES

Die Bilanz ist neben der Ergebnis- und Finanzrechnung das dritte Element der Drei – Komponenten – Rechnung:



Sie dient der Darstellung der Vermögens- und Finanzsituation des Landkreises zum Bilanzstichtag und ist in Kontenform aufzustellen. Die Aktivseite zeigt die Höhe und Zusammensetzung des Vermögens, die Passivseite zeigt, wie das Vermögen finanziert ist und sie weist die Höhe des Eigenkapitals (Kapitalposition) und der Schulden aus.

Die Eröffnungsbilanz wurde am 02.05.2016 vom Kreistag festgestellt und von der Gemeindeprüfungsanstalt geprüft. Nach der Schlussbilanz 2024 war nun mit dem Rechenschaftsbericht 2025 die Schlussbilanz zum 31.12.2025 vorzulegen.

Die Bilanz wurde nach den rechtlichen Grundlagen der Gemeindeordnung und der Gemeindehaushaltsverordnung aufgestellt. Sie gliedert sich nach den Vorgaben des § 52 GemHVO. Die immateriellen Vermögensgegenstände, das Sachvermögen und das Finanzvermögen, die aktiven Abgrenzungsposten sowie die Kapitalposition, die Sonderposten, die Rückstellungen, die Verbindlichkeiten und die passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind vollständig ausgewiesen und hinreichend aufgegliedert.

2. BEWERTUNGS- UND BILANZIERUNGSGRUNDSÄTZE

Die Bewertung des Vermögens erfolgte nach den einschlägigen Vorschriften der Gemeindeordnung und der Gemeindehaushaltsverordnung in der jeweils gültigen Fassung.

Es wurde zudem entsprechend der 4. Auflage des Leitfadens zur Bilanzierung nach den Grundlagen des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (NKHR) in Baden-Württemberg (Stand November 2023) vorgegangen. Für die Durchführung der Bewertung des Vermögens wurde eine Bewertungsrichtlinie für den Landkreis erstellt. Mit Datum vom 19.12.2017 wurde die überarbeitete Richtlinie von der Landrätin zum 01.01.2018 in Kraft gesetzt.

Folgende Grundsätze wurden bei der Erstellung der Bilanz angewendet:

Grundsatz der Einzelbewertung (§ 43 Abs. 1 Nr. 2 GemHVO)

Die Vermögensgegenstände, Rückstellungen und Schulden wurden zum Bilanzstichtag einzeln erfasst und bewertet, gleichzeitig wurde das Verrechnungsverbot gem. § 40 Abs. 2 GemHVO beachtet.

Grundsatz der wirklichkeitsgetreuen Bewertung (§ 43 Abs. 1 Nr. 3 GemHVO)

Es wurde wirklichkeitsgetreu bewertet, vorhersehbare Risiken und Verluste wurden berücksichtigt.

Grundsatz der Bewertungsstetigkeit (§ 43 Abs. 1 Nr. 5 GemHVO)

Die auf die Eröffnungsbilanz und die Schlussbilanz 2015 angewandten Bewertungsmethoden – ggfs. entsprechend aktualisiert laut der 4. Auflage des Bilanzierungsleitfadens - wurden für die Bilanz zum 31.12.2025 beibehalten.

Bewertung nach den Anschaffungs- und Herstellungskosten (§ 62 Abs. 1 S.1 GemHVO)

Die Vermögensgegenstände wurden grundsätzlich nach den Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um Abschreibungen und Zuschreibungen, bewertet.

Befreiung von der Inventarisierungspflicht (§ 38 Abs. 4 GemHVO)

Der Landkreis hat von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, auf die Inventarisierung von beweglichen Vermögensgegenständen bis zu einem Wert von 1.000 EUR ohne Umsatzsteuer, zu verzichten. Im Bereich der Betriebe gewerblicher Art beträgt die festgesetzte Grenze 800 EUR ohne Umsatzsteuer. Daher wurden bewegliche Vermögensgegenstände erst ab diesen Wertgrenzen aktiviert, unterhalb dieser Wertgrenzen wurden die beweglichen Vermögensgegenstände als Aufwand verbucht.

Ansatz geleisteter Investitionszuschüsse in der Eröffnungsbilanz (§ 62 Abs. 6 S. 2 GemHVO)

Der Landkreis hat auf Beschluss des Kreistags vom 23.02.2015 darauf verzichtet, einen Ansatz für in der Vergangenheit geleistete Investitionszuschüsse in die Eröffnungsbilanz aufzunehmen. Die seit 01.01.2015 geleisteten Investitionszuschüsse sind als Sonderposten ausgewiesen und werden entsprechend abgeschrieben.

Empfangene Investitionszuweisungen (§ 40 Abs. 4 S. 2 GemHVO)

Empfangene Investitionszuweisungen für aktivierte Investitionen sind als Sonderposten in der Vermögensrechnung ausgewiesen und werden entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer der Investitionen aufgelöst.

Abschreibungen

Nach § 46 Abs. 1 GemHVO sind Vermögensgegenstände des immateriellen Vermögens und des Sachvermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, abzuschreiben. Für die Bewertung des Vermögens zum Stichtag wurde durchgehend die lineare Abschreibungsmethode nach § 46 Abs.1 S. 2 GemHVO angewandt. Für die Festlegung der jeweiligen Nutzungsdauer der unterschiedlichen Vermögensgegenstände wurden in der Regel die landesweiten Abschreibungstabellen herangezogen, beim Infrastrukturvermögen und bei den Außenanlagen wurde eine landkreisspezifische Nutzungsdauer festgelegt.

3. ERLÄUTERUNG DER EINZELNEN BILANZPOSITIONEN

Hinweis: Die folgenden Erläuterungen beziehen sich auf die Seiten 34/35 (Bilanz)

Aktivseite

Die Aktivseite der Bilanz zeigt die Höhe und Zusammensetzung des Vermögens des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald auf. Unterschieden wird zwischen immateriellen Vermögensgegenständen, Sachvermögen und Finanzvermögen.

A. Vermögen

1.1. Immaterielle Vermögensgegenstände

Bilanzposition	Bilanz 31.12.2024 EUR	Bilanz 31.12.2025 EUR
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	586.910,61	619.768,31

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich um Lizenzen und EDV-Software. Sie wurden gemäß den §§ 44 und 46 GemHVO zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um die planmäßigen Abschreibungen, bewertet. In 2025 erfolgten Zugänge an immateriellen Vermögensgegenständen in Höhe von 319.820,37 EUR, die Minderung ergibt sich aus der planmäßigen AfA.

1.2. Sachvermögen

Zum Sachvermögen gehören alle beweglichen und unbeweglichen Vermögensgegenstände. Die Vermögensgegenstände des Sachvermögens wurden zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um die planmäßigen Abschreibungen bewertet.

Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Bilanzposition	Bilanz 31.12.2024 EUR	Bilanz 31.12.2025 EUR
1.2.1 Unbebaute Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte	4.791.759,47	4.791.759,47

Unbebaute Grundstücke sind Grundstücke, auf denen sich keine nutzbaren Gebäude befinden. Unter diese Position fallen auch die Grundstücke, bei denen der Landkreis Erbbaurechtsgeber ist. Bei Grundstücken findet keine Abschreibung statt, da Grundstücke keiner Abnutzung unterliegen.

Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Bilanzposition	Bilanz 31.12.2024 EUR	Bilanz 31.12.2025 EUR
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	202.281.777,89	214.997.025,32

Diese Bilanzposition umfasst Grundstücke, auf denen sich benutzbare Gebäude und/oder sonstige Aufbauten befinden. Hierzu zählen auch bebaute Grundstücke mit einem eingetragenen Erbbaurecht zugunsten des Landkreises. Grund und Boden und Gebäude sind getrennt voneinander zu aktivieren. Die Grundstücke werden nicht abgeschrieben, Gebäude mit einer Nutzungsdauer von 50 Jahren. Unter dieser Bilanzposition sind neben den Grundstücken des Landkreises hauptsächlich die

Verwaltungsgebäude, die schulischen Gebäude, Sportanlagen und Straßenmeistereien ausgewiesen. Die Veränderung in dieser Bilanzposition ergibt sich durch Zugänge und Aktivierung der in Betrieb genommenen Anlagen im Bau, beispielsweise die Fertigstellung der Baumaßnahmen im Rahmen der Sanierung an der Gewerblichen und Kaufmännischen Schulen in Müllheim und der Sanierung des Marie-Curie-Gymnasiums in Kirchzarten. Die Zugänge mit Umbuchungen aus den Anlagen im Bau belaufen sich auf ca. 10,9 Mio. EUR, die Abschreibungen auf ca. 7,1 Mio. EUR.

Infrastrukturvermögen

Bilanzposition	Bilanz 31.12.2024 EUR	Bilanz 31.12.2025 EUR
1.2.3 Infrastrukturvermögen	69.092.845,72	68.188.027,44

Das Infrastrukturvermögen besteht beim Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald aus dem Grund und Boden der Kreisstraßen sowie Brücken, Stützbauwerken, dem Straßenkörper und Straßenzubehör. Beim Infrastrukturvermögen sind Grund und Boden und die zurechenbaren Aufbauten und Bauwerke wie Brücken und Stützmauern separat zu bewerten. Für die Abschreibung der Kreisstraßen wurde nach der geografischen Lage unterschieden. Die Straßen östlich von Freiburg werden wegen des witterungsbedingten höheren Verschleißes auf 25 Jahre abgeschrieben, die Straßen westlich von Freiburg auf 30 Jahre. In 2025 erfolgten Zugänge in Höhe von 1,9 Mio. EUR durch die Aktivierung von Straßen- und Brückenbaumaßnahmen, z.B. an der K4929, K4983 und K4965. Die Abschreibungen und Abgänge durch Umstufung belaufen sich auf 3,0 Mio. EUR.

Bauten auf fremden Grundstücken

Bilanzposition	Bilanz 31.12.2024 EUR	Bilanz 31.12.2025 EUR
1.2.4 Bauten auf fremden Grundstücken	14.094.397,93	13.815.044,86

Unter diese Position fallen Bauten, die sich auf Grundstücken befinden, die nicht zum Eigentum des Landkreises zählen, sondern im Eigentum eines Dritten stehen. Die Abschreibung in Höhe von 0,04 Mio. EUR sind für die Minderung ursächlich.

Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler

Bilanzposition	Bilanz 31.12.2024 EUR	Bilanz 31.12.2025 EUR
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	434.988,36	438.588,36

Kunstwerke und Kulturdenkmäler wurden grundsätzlich mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten bewertet. Für diese Vermögensgegenstände werden keine Abschreibungen berechnet.

Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge

Bilanzposition	Bilanz 31.12.2024 EUR	Bilanz 31.12.2025 EUR
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	8.462.767,57	9.718.808,06

Maschinen, technische Anlagen und Fahrzeuge wurden mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten vermindert um die Abschreibungen bewertet. Die Zugänge auf dieser Bilanzposition ergaben sich hauptsächlich aus den Beschaffungen im Straßenbetrieb und an den Gewerbeschulen. Die Zu- und Abgänge belaufen sich auf insgesamt ca. 2,1 Mio. EUR, die Abschreibungen auf insgesamt ca. 1,6 Mio. EUR.

Betriebs- und Geschäftsausstattung

Bilanzposition	Bilanz 31.12.2024 EUR	Bilanz 31.12.2025 EUR
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	13.415.523,73	13.122.726,84

Betriebs- und Geschäftsausstattung sind Vermögensgegenstände, die der langfristigen Betriebsbereitschaft dienen, wie Möbel, Computer, Telefonanlagen, Werkstatteinrichtungen, Musikinstrumente, etc. Sie wurden mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten vermindert um die Abschreibungen bewertet. Den Beschaffungszugängen in Höhe von ca. 2,7 Mio. EUR stehen Abgänge durch Abschreibungen und sonstige Abgänge in Höhe von ca. 3,4 Mio. EUR gegenüber.

Vorräte

Bilanzposition	Bilanz 31.12.2024 EUR	Bilanz 31.12.2025 EUR
1.2.8 Vorräte	838.793,31	974.950,86

Vorräte sind Vermögensgegenstände, die nicht dauernd dem Geschäftsbetrieb dienen, wie Rohstoffe, Hilfsstoffe und Betriebsstoffe. Sie werden nicht abgeschrieben. Beim Landkreis sind Flüssiggas und Streusalz der Straßenmeistereien, Baumaterialien des Straßenbaus, Kraftstoffe der Straßenmeistereien, Heizöl für die Schulgebäude, Diesel für Notstromaggregate und Vorräte der Gemeinschaftsunterkünfte als Vorräte vorhanden. Sie wurden per körperlicher Inventur erfasst und nach der FIFO-Methode (First In - First Out) bewertet, d.h. dass die früher gekauften Vorräte zuerst verbraucht worden sind und daher die letzten Anschaffungskosten angesetzt wurden.

Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau

Bilanzposition	Bilanz 31.12.2024 EUR	Bilanz 31.12.2025 EUR
1.2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	12.740.963,48	13.436.498,40

Bei Anlagen im Bau handelt es sich um Vermögensgegenstände des Sachvermögens, die sich in der Herstellungsphase befinden und für die zum Bilanzstichtag schon Aufwendungen entstanden sind, ohne dass diese fertig gestellt waren oder in Betrieb genommen wurden. Dies sind hauptsächlich Hochbau- und Straßenbaumaßnahmen. Nach Fertigstellung bzw. Inbetriebnahme erfolgt eine Umbuchung auf das entsprechende Bilanzkonto des Sachanlagevermögens. Planmäßige Abschreibungen erfolgen bei Anlagen im Bau nicht. Bei den Anlagen im Bau erfolgten in 2025 Zugänge von ca. 11,2 Mio. EUR, z.B. für den Bau von Kreisstraßen, Generalsanierungen an Beruflichen Schulen in Titisee-Neustadt und der Sanierung der Kreisgymnasien in Gundelfingen und Kirchzarten. Umbuchungen nach Inbetriebnahme erfolgten in Höhe von ca. 10,2 Mio. EUR z.B. für die Kreisstraßen K4929, K4983 und K4965 und die Fertigstellung der Sanierung der Beruflichen Schule in Müllheim.

1.3. Finanzvermögen

Das Finanzvermögen umfasst Beteiligungen, verbundene Unternehmen, Sondervermögen, Wertpapiere, Forderungen und liquide Mittel. Das Finanzvermögen wird nicht planmäßig abgeschrieben.

Anteile an verbundenen Unternehmen

Der Landkreis hat keine Anteile an verbundenen Unternehmen. Eine solche Beteiligung läge nur dann vor, wenn der Landkreis einen beherrschenden Einfluss ausüben würde, z.B. durch die Mehrheit der Stimmrechte.

Sonstige Beteiligungen und Kapitaleinlagen in Zweckverbänden, Stiftungen oder anderen kommunalen Zusammenschlüssen

Bilanzposition	Bilanz 31.12.2024 EUR	Bilanz 31.12.2025 EUR
1.3.2 Sonstige Beteiligungen und Kapitaleinlagen	4.415.305,73	4.416.005,73

Eine sonstige Beteiligung des Landkreises liegt vor, wenn der Landkreis keinen beherrschenden Einfluss auf das Unternehmen ausüben kann, jedoch zum Aufbau einer auf Dauer angelegten Geschäftsbeziehung Anteile hält. Die Bewertung der Beteiligungen erfolgte grundsätzlich zu den Anschaffungskosten. Der Wert der Beteiligungen hat sich gegenüber dem Vorjahr, durch die Beteiligung am Badischen-Versicherungs-Verband um 700 EUR erhöht.

Anlagenbezeichnung	Betrag
HELIOS Kliniken Breisgau GmbH Kapitalrücklage	2.556.459,40
Helios Kliniken Breisgau-Hochschwarzwald GmbH (Grundstück)	1.329.400,00
Rheinhafen Breisach GmbH Beteiligung 23,2%	180.960,00
Regionales Rechenzentrum Südlicher Oberrhein Rückl.	128.454,20
Zweckverband 4IT (Anstalt des öffentlichen Rechts)	85.979,13
Regionales Rechenzentrum Südlicher Oberrhein GmbH	60.000,00
Schwarzwald Tourismus GmbH Beteiligung 26,23 %	26.600,00
Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband	8.750,00
Naturgarten Kaiserstuhl GmbH	1.000,00
Naturgarten Kaiserstuhl GmbH Rücklage	1.000,00
Zweckverband Tierische Nebenprodukte ZTN Süd-Baden	1,00
Zweckverband Gewerbepark Breisgau	1,00
Zweckverband Breitband Breisgau-Hochschwarzwald	1,00
Photovoltaik GmbH 100 %	25.000,00
Regio-Verkehrsverbund Freiburg GmbH 20 %	12.400,00
Gesamtsumme:	4.416.005,73

Sondervermögen

Bilanzposition	Bilanz 31.12.2024 EUR	Bilanz 31.12.2025 EUR
1.3.3 Sondervermögen	2,00	2,00

Das Sondervermögen des Kreises umfasst das Vermögen der Eigenbetriebe. Die Ausstattung mit Stammkapital ist nach dem Eigenbetriebsgesetz lediglich für wirtschaftliche Betriebe vorgeschrieben. Der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft (ALB) wurde nicht mit Stammkapital ausgestattet, daher wurde er nur mit einem Erinnerungswert von 1,00 EUR in der Bilanz ausgewiesen. Der zum 01.01.2017 gegründete Eigenbetrieb Bau LKBH wird ebenfalls mit dem Erinnerungswert von 1,00 EUR ausgewiesen, da satzungsgemäß kein Stammkapital durch den Landkreis eingelegt wurde.

Ausleihungen

Bilanzposition	Bilanz 31.12.2024 EUR	Bilanz 31.12.2025 EUR
1.3.4 Ausleihungen	223.280,00	223.280,00

Ausleihungen sind in der Regel Darlehensforderungen. Der Landkreis hatte zum Bilanzstichtag keine Darlehen vergeben. Bei dem in der Bilanz ausgewiesenen Posten handelt es sich um hier zu aktivierende Genossenschaftsanteile am Bauverein Breisgau eG, an der Familienheim Markgräflerland eG, der Waldgenossenschaft und dem Erzeugergroßmarkt.

Wertpapiere

Bilanzposition	Bilanz 31.12.2024 EUR	Bilanz 31.12.2025 EUR
1.3.5 Wertpapiere	593.000,00	593.000,00

Unter den Wertpapieren ist zum Bilanzstichtag ein Sparsbuch als Kautions von der Bürgerenergiegesellschaft Staufen ausgewiesen. Zum Jahresende 2025 bestanden zusätzlich die Geldanlagen für die Stiftungsgelder Fischer/Neuburger und den Jugendfonds in Höhe von rund 0,6 Mio. EUR.

Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen

Bilanzposition	Bilanz 31.12.2024 EUR	Bilanz 31.12.2025 EUR
1.3.6 Öffentl.-rech. Forderungen, Ford. Transferleistungen	42.232.486,07	48.953.253,33

Diese Bilanzposition wurde durch die Änderung der Muster in der VwV Produkt- und Kontenrahmen zusammengeführt aus den beiden früheren Bilanzpositionen 1.3.6 Öffentlich-rechtliche Forderungen und 1.3.7 Forderungen aus Transferleistungen. Bei den öffentlich-rechtlichen Forderungen handelt es sich hauptsächlich um Forderungen aus festgesetzten Gebühren (Verwaltungs- und Benutzungsgebühren) Bußgeldern, Erstattungen und Zuweisungen. Bei den öffentlich-rechtlichen Forderungen wurde eine Einzelbetrachtung der Forderungen ab 1.000 EUR durchgeführt und nicht werthaltige Forderungen in der Summe einzelwertberichtigt.

Forderungen aus Transferleistungen sind Forderungen aus der Einzelfallbearbeitung in der Sozial- und Jugendhilfe sowie damit verbundene Kostenerstattungsansprüche u. ä. Der Forderungsbestand aus Transferleistungen hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht. Gründe hierfür sind: die erstmalige Einbuchung der offenen Forderung aus der Kostenerstattung für nicht mehr vorläufig untergebrachte Flüchtlinge für das Abrechnungsjahr 2025, die Einbuchung der offenen Forderung für die einmalig nachträgliche Ausgleichszahlung des Landes im Rahmen der schulischen Inklusion sowie die steigenden Forderungen an Unterhaltsverpflichtete aus dem novellierten Unterhaltsvorschussgesetz. Für die Forderungen aus den Transferleistungen erfolgte eine schematisierte Einzelwertberichtigung.

Privatrechtliche Forderungen

Bilanzposition	Bilanz 31.12.2024 EUR	Bilanz 31.12.2025 EUR
1.3.7 privatrechtliche Forderungen	1.203.935,98	4.201.884,87

Bei den privatrechtlichen Forderungen handelt es sich um Forderungen aus Mieten und Pachten, Schadensfällen, privatrechtlichen Leistungsentgelten, privatrechtlichen Erstattungen und aus privatrechtlichen Forderungen aus durchlaufenden Geldern. Zur Sicherung der Liquidität gewährte der Kernhaushalt dem Eigenbetrieb Bau LKBH einen Kassenkredit über 2,7 Mio. EUR. Auch bei den privatrechtlichen Forderungen wurde eine Einzelwertberichtigung der Forderungen durchgeführt.

Liquide Mittel

Bilanzposition	Bilanz 31.12.2024 EUR	Bilanz 31.12.2025 EUR
1.3.8 Liquide Mittel, davon	2.248.239,03	5.133.990,79
• Sichteinlagen, Kassenbestände, Schwebeposten	3.864.331,28	5.133.640,79
• Handvorschüsse	400,00	350,00
• Liquide Mittel Sonderkasse	-1.616.492,25	0,00

Unter den liquiden Mitteln sind die Bargeld-, Zahlstellen-, Handvorschuss- und Bankbestände des Landkreises mit ihrem Nennwert eingebucht. Zum 01.01.2017 wurde der Eigenbetrieb Bau LKBH gegründet und hierfür eine verbundene Sonderkasse eingerichtet. Der Eigenbetrieb Bau LKBH hat kein getrenntes Girokonto, der Zahlungsverkehr wird über das Girokonto des Landkreises abgewickelt (Liquiditätsverbund). Die liquiden Mittel sind jedoch jeweils anteilig in der Bilanz des Kernhaushaltes des Landkreises und der Bilanz des Eigenbetriebs auszuweisen. Zum 31.12.2025 hatte der Kernhaushalt neben den Handvorschüssen liquide Mittel von 5,1 Mio. EUR.

B. Abgrenzungsposten

Abgrenzungsposten dienen der zeitlichen Abgrenzung.

2.1. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Bilanzposition	Bilanz 31.12.2024 EUR	Bilanz 31.12.2025 EUR
2.1 Aktive Rechnungsabgrenzung	8.879.400,42	9.287.615,67

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten wurden für Ausgaben des Haushaltsjahres 2025 gebucht, die jedoch als Aufwand dem Jahr 2026 wirtschaftlich zuzuordnen waren. Es handelte sich hierbei um 8 Posten: Sozialleistungen für Januar 2026, Abbuchungen des Jobcenters für Januar 2026, Wartungs- und Lizenzverträge für 2026, Abgrenzung der Zahlungsdienstleister und die Beamtengehälter für Januar 2026. Auf eine periodengerechte Abgrenzung von wiederkehrenden Aufwendungen, wie Versicherungs-, Kfz-Steuer- und Miet- und Pachtzahlungen wurde verzichtet, da sie jedes Jahr in etwa gleichbleibender Höhe anfallen.

2.2. Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse

Bilanzposition	Bilanz 31.12.2024 EUR	Bilanz 31.12.2025 EUR
2.2 Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse	63.110.513,30	61.302.997,89

Der Landkreis hat auf Beschluss des Kreistags vom 23.02.2015 darauf verzichtet, in der Eröffnungsbilanz in der Vergangenheit geleistete Investitionszuschüsse zu aktivieren. In der Bilanz zum 31.12.2025 sind die aktivierten Investitionszuschüsse aus den Vorjahren sowie die neu geleisteten Investitionszuschüsse z. B. für die Drehleiter der Feuerwehr in Heitersheim und den Zuschuss zur Nordic Arena, vermindert um die Abschreibungen in Höhe von 1,96 Mio. EUR ausgewiesen.

Passivseite

Die Passivseite der Bilanz stellt die Finanzierung des Vermögens dar.

C. Eigenkapital

Das Eigenkapital besteht aus dem Basiskapital, den Rücklagen und ggf. den Fehlbeträgen. Die Eigenkapitalquote des Landkreises beträgt 38%. Betrachtet man die Bilanzposition Sonderposten ebenfalls als Eigenkapital, so beträgt die Eigenkapitalquote 56%. Damit ist die Eigenkapitalquote gegenüber dem Vorjahr um jeweils 8 Prozentpunkte gesunken.

Basiskapital

Bilanzposition	Bilanz 31.12.2024 EUR	Bilanz 31.12.2025 EUR
1.1 Basiskapital	128.827.003,38	128.827.003,38

Das Basiskapital stellt das Reinvermögen des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald dar. Es ergibt sich aus der Differenz zwischen Vermögen und Abgrenzungsposten der Aktivseite sowie Rücklagen, Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten der Passivseite. Es wird mit jeder Jahresabschlussbilanz fortgeschrieben.

Rücklagen

Bilanzposition	Bilanz 31.12.2024 EUR	Bilanz 31.12.2025 EUR
1.2 Rücklagen	76.812.069,34	53.046.584,10

Die Rücklagen sind Bestandteil des Eigenkapitals. Ihnen stehen keine bestimmten Vermögenswerte gegenüber. Damit liegen Rücklagen nicht zwingend als Kassenbestand oder Bankguthaben vor und

können daher nicht zur Finanzierung von Auszahlungen verwendet werden. Unter der Position Rücklagen sind die Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses, aus Überschüssen des Sonderergebnisses und zweckgebundene Rücklagen ausgewiesen.

Die zweckgebundenen Rücklagen in Höhe von insgesamt 0,6 Mio. EUR bestehen aus den Kapitalstöcken und den Ergebnissrücklagen der beiden unselbständigen Stiftungen Vermächtnis Fischer/Neuburger und Jugendfonds.

Bei den Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses aus den Vorjahren in Höhe von 76,8 Mio. EUR wurde der Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses aus 2025 in Höhe von 23,8 Mio. EUR eingebucht.

D. Sonderposten

Die Sonderposten werden in der Bilanz zwischen dem Basiskapital und den Rückstellungen bilanziert. Im aktuellen Leitfaden zur Bilanzierung ist festgelegt, dass sie weder eindeutig dem Eigenkapital noch dem Fremdkapital zugeordnet werden können.

Sonderposten für Investitionszuweisungen

Bilanzposition	Bilanz 31.12.2024 EUR	Bilanz 31.12.2025 EUR
2.1 Sonderposten für Investitionszuweisungen	77.727.498,26	83.768.317,51

Unter Sonderposten für Investitionszuweisungen werden Zuweisungen und Zuschüsse passiviert, die der Landkreis für seine Investitionen erhalten hat. Den Auflösungen der Sonderposten in Höhe von ca. 3,1 Mio. EUR stehen Zugänge von Zuweisungen und Umbuchungen in Höhe von 9,1 Mio. EUR für Schulinvestitionen (8,0 Mio. EUR) und Katastrophenschutz (0,2 Mio. EUR) sowie die Rückerstattung der Investitionszahlungen des ZRF (0,5 Mio. EUR) etc. gegenüber.

Sonderposten für Investitionsbeiträge

Unter dieser Position wären Anschluss- und Erschließungsbeiträge nach dem Kommunalabgabengesetz darzustellen. Solche Zuschüsse fallen beim Landkreis nicht an.

Sonderposten für Sonstiges

Bilanzposition	Bilanz 31.12.2024 EUR	Bilanz 31.12.2025 EUR
2.3 Sonderposten f. Sonstiges	418.074,64	148.349,08

Zu den sonstigen Sonderposten gehören sämtliche Sonderposten im Zusammenhang mit unentgeltlichem Erwerb einschließlich Sach- und Geldspenden im investiven Bereich. Die Abgänge in Höhe von 0,3 Mio. EUR resultieren aus der Auflösung sowie der Umbuchung eines Zuschusses für die K 4943, die inzwischen fertiggestellt ist.

E. Rückstellungen

Rückstellungen sind gemäß § 90 Abs. 2 der GemO für ungewisse Verbindlichkeiten und für Aufwendungen zu bilden, deren Höhe oder Zeitpunkt des Eintretens noch unbestimmt sind. Über die Pflichtrückstellungen des § 41 Abs.1 GemHVO hinaus wurden keine Rückstellungen gebildet.

Lohn- und Gehaltsrückstellungen

Bilanzposition	Bilanz 31.12.2024 EUR	Bilanz 31.12.2025 EUR
3.1 Lohn- und Gehaltsrückstellungen	1.363.022,85	961.831,88

Für Zeiten der Freistellung von der Arbeit im Rahmen von Altersteilzeitarbeit im Blockmodell wurden Rückstellungen gemäß § 41 Abs. 5 Nr. 1 GemHVO für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gebildet. Für die Mitarbeiter, die ein Sabbatjahr anstreben, wurden ebenfalls entsprechende Rückstellungen eingestellt.

Die Pensionsrückstellungen werden zentral beim Kommunalen Versorgungsverband gebildet, der Betrag ist unter den sonstigen Angaben aufgeführt.

Unterhaltsvorschussrückstellungen

Bilanzposition	Bilanz 31.12.2024 EUR	Bilanz 31.12.2025 EUR
3.2 Unterhaltsvorschussrückstellungen	1.101.559,93	1.157.654,08

Nach § 2 des Gesetzes zur Durchführung des Unterhaltsvorschussgesetzes tragen die Landkreise 30% der Ausgaben für die Unterhaltsvorschussleistungen. Im Gegenzug stehen den Landkreisen Anteile an den Einnahmen aus den Rückforderungsansprüchen (übergeleitete Unterhaltsansprüche) zu. Die Forderungen nach UVG sind zusammen mit anderen Forderungen auf der Aktivseite der Bilanz als „Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen“ ausgewiesen. Die Änderung des Unterhaltsvorschussrechts zum 01.07.2017 führte zu höheren Leistungen und damit auch zu höheren Forderungen. Ein Großteil dieser Forderungen ist jedoch nicht werthaltig. Diese Forderungen wurden entsprechend wertberichtigt. Von den werthaltigen Forderungen aus den übergeleiteten Unterhaltsansprüchen sind je nach Rechtsgrund 60% bzw. 70% an das Land abzuführen, hierfür wurde die ausgewiesene Rückstellung gebildet.

Stilllegungs- und Nachsorgerückstellungen für Abfalldeponien

Rückstellungen für die Stilllegung und Nachsorge nach § 41 Abs. 5 Nr. 3 GemHVO für Abfalldeponien sind in der Bilanz des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft ausgewiesen.

Gebührenüberschussrückstellungen

Rückstellungen für den Ausgleich von ausgleichspflichtigen Gebührenüberschüssen nach § 41 Abs. 5 Nr. 4 GemHVO waren nicht zu bilden.

Altlastensanierungsrückstellungen

Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten nach § 41 Abs. 5 Nr. 5 GemHVO waren nicht zu bilden.

Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungen

Rückstellungen aus Gewährleistungen und Bürgschaften waren nicht zu bilden.

Sonstige Rückstellungen

Es wurden keine Wahlrückstellungen nach § 41 Abs. 2 GemHVO gebildet.

F. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind die am Stichtag der Höhe und Fälligkeit nach feststehenden Verpflichtungen. Grundsätzlich sind sämtliche Verbindlichkeiten entsprechend dem Grundsatz der Vollständigkeit zu passivieren. Die Verbindlichkeiten wurden zu Ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt (§ 44 Abs. 4 GemHVO).

Anleihen

Der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald hatte keine Anleihen zu passivieren.

Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen

Bilanzposition	Bilanz 31.12.2024 EUR	Bilanz 31.12.2025 EUR
4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	140.685.918,12	187.747.302,20

Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen wurden in Höhe des Rückzahlungsbetrages von 131,8 Mio. EUR passiviert. Kassenkredite waren zum Bilanzstichtag in Höhe von 56,0 Mio. EUR vorhanden.

Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen gleichkommen

Der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald hatte zum Bilanzstichtag keine Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen gleichkommen, zu passivieren, da der bisher zugrundeliegende Kredit in den Kernhaushalt übertragen wurde.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Bilanzposition	Bilanz 31.12.2024 EUR	Bilanz 31.12.2025 EUR
4.4 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	8.246.650,97	9.059.918,87

Hier handelt sich hauptsächlich um Rechnungen für Lieferungen und Leistungen, die zwar noch dem Haushaltsjahr 2025 zuzurechnen waren, aber nicht mehr in 2025 zur Auszahlung kamen.

Verbindlichkeiten aus Transferleistungen

Bilanzposition	Bilanz 31.12.2024 EUR	Bilanz 31.12.2025 EUR
4.5 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	1.451.015,12	847.122,47

Die Verbindlichkeiten aus Transferleistungen enthalten die zum 31.12.2025 noch nicht ausbezahlten Leistungen aus dem Bereich der Sozial- und Jugendhilfe und noch nicht ausbezahlte sonstige Zuschüsse.

Sonstige Verbindlichkeiten

Bilanzposition	Bilanz 31.12.2024 EUR	Bilanz 31.12.2025 EUR
4.6 Sonstige Verbindlichkeiten	4.201.812,29	4.765.902,53

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus der Gemeinschaftskasse (Mündelvermögen), aus ungeklärten Zahlungseingängen, Verbindlichkeiten aus durchlaufenden Geldern, Sicherheitsleistungen sowie Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt und können daher von Jahr zu Jahr sehr schwankend sein.

G. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Bilanzposition	Bilanz 31.12.2024 EUR	Bilanz 31.12.2025 EUR
5. Passive Rechnungsabgrenzung	8.812.265,70	3.885.242,10

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten enthalten die Einnahmen, die bereits in früheren Haushaltsjahren zugeflossen sind, die aber, zum Teil oder ganz, künftigen Haushaltsjahren als Ertrag wirtschaftlich zuzuordnen sind. Der größte Rechnungsabgrenzungsposten sind die Pauschalen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz. Dabei wurde entsprechend einer Empfehlung der Gemeindeprüfungsanstalt der Anteil der Pauschalen, die in Vorjahren zugegangen sind, aber 2026 oder 2027 zuzuordnen sind, als passiver Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Dieser Rechnungsabgrenzungsposten verminderte sich in 2025 von 7,00 Mio. auf 3,17 Mio. EUR. Für Ukraine-Flüchtlinge wurde der Posten i. H. v. von 1,41 Mio. EUR ausgebucht. Der Rechnungsabgrenzungsposten für die Landes- und Bundesstraßen wurde ebenfalls komplett aufgelöst. Für zweckgebundene Einnahmen wurden weitere, kleinere Abgrenzungsposten gebildet.

4. SONSTIGE ANGABEN

Erläuterung der außerordentlichen Erträge und Aufwendungen

Bei den außerordentlichen Erträgen in Höhe von 795.363,21 EUR handelt es sich u. a. um Erträge aus einem Grundstückstausch mit der Stadt Breisach. Die außerordentlichen Aufwendungen betragen 4.103,97 EUR. Diese resultieren ebenfalls aus dem Grundstückstausch mit der Stadt Breisach sowie aus dem Restbuchwert einer alten Fahrzeughalle, welche durch einen Neubau ersetzt wurde.

Angabe über die Einbeziehung von Zinsen für Fremdkapital in die Herstellungskosten

Es wurden keine Zinsen für Fremdkapital in die Herstellungskosten einbezogen.

Anteil der beim Kommunalen Versorgungsverband (KVBW) gebildeten Pensionsrückstellungen

Der KVBW bildet nach § 27 Abs. 5 GKV Pensionsrückstellungen für seine Mitglieder. Der Anteil des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald an diesen Rückstellungen beträgt zum Stichtag 155.829.422 EUR.

Verwendung liquider Mittel zur Finanzierung der Investitionen

Der Landkreis verfügt nicht über Liquiditätsreserven. Vorhandene Liquidität wird in der Regel zeitnah für die erforderlichen Investitionen eingesetzt. Zur Sicherstellung der Liquidität musste der Landkreis den überwiegenden Teil des Jahres Kassenkredite vom Eigenbetrieb Abfallwirtschaft und von externen Kreditinstituten in Anspruch nehmen.

Übertragene Ermächtigungen**Ergebnisrechnung (Aufwendungen)**

THH	Produkt- gruppe	Bezeichnung	Ermächtigungs- übertragung in EUR
1	Schulbudgets		
	2110	Kreisgymnasium Hochschwarzwald Titisee-Neustadt	122.275
		Martin-Schongauer-Gymnasium Breisach	91.395
		Albert-Schweitzer-Gymnasium Gundelfingen	11.588
		Marie-Curie-Gymnasium Kirchzarten	23.546
		Markgräfler-Gymnasium Müllheim	173.406
		Faust-Gymnasium Staufen	360
		Kreisgymnasium Bad Krozingen	14.772
		Kreisgymnasium Neuenburg	2.069
	2120	Malteser-Schule Heitersheim	32.356
		Förderzentrum Hochschwarzwald Titisee-Neustadt	5.310
	2130	Gewerbeschule Breisach	2.603
		Hans-Thoma-Schule Titisee-Neustadt	19.231
		Gewerblich - Kaufmännische Schulen Müllheim	182.446
		Berufliche Schule Bad Krozingen	68.843
	Maßnahmen der Bauunterhaltung in Schulgebäuden/Ausstattung		
	2110	Markgräfler-Gymnasium Müllheim	187.000
	2130	Gewerbeschule Breisach	30.000
		Gewerblich-Kaufmännische Schulen Müllheim	28.700
		Berufliche Schule Bad Krozingen	13.900
	2150	Kreismedienzentrum Freiburg	1.500
	4241	Sporthalle Gundelfingen	12.200
4	Bauen, Umwelt & Ländlicher Raum		
	5610	Altlasten – Aufwendungen für Erkundungen	102.400
		Klimaschutz	16.700
		Summe Ergebnishaushalt	1.142.600

Finanzrechnung (Einzahlungen)

THH	Produkt- gruppe	Bezeichnung	Ermächtigungs- übertragung in EUR
1	Kreditermächtigung		
	F6120	Aufnahme von Investitionskrediten	2.200.000
	ÖPNV – Automatisches Fahrgastzählsystem		
	5470	Zuschuss vom Land	126.000
	Zuschüsse vom Land (Sanierungsfonds)		
	2110	Kreisgymnasium Hochschwarzwald Titisee-Neustadt	600.900
		Martin-Schongauer-Gymnasium Breisach	304.700
	Zuschüsse vom Land (Schulbauförderung)		
	2130	Hans-Thoma-Schule Titisee-Neustadt Gebäude B	878.400
		Hans-Thoma-Schule Titisee-Neustadt Gebäude A	300.000
		Gewerblich - Kaufmännische Schulen Müllheim – 2. Bauabschnitt	233.400
	Abwicklung von Baumaßnahmen mit beteiligten Gemeinden		
	2110	Marie-Curie-Gymnasium Kirchzarten – Generalsanierung BA 12 u. Dachsanierung	630.000
		Marie-Curie-Gymnasium Kirchzarten – Dachsanierung	470.000
		Albert-Schweitzer-Gymnasium Gundelfingen – Generalsanierung BA 7	1.086.000
		Albert-Schweitzer-Gymnasium Gundelfingen – Generalsanierung BA 8	66.000
4	1260	Brand- und Bevölkerungsschutz - Zuweisung vom Land	12.000
6	5420	Zuweisung Entflechtungsgesetz Kreisstraßen	781.000
		Summe Einzahlungen Finanzhaushalt	7.688.400

Finanzrechnung (Auszahlungen)

THH	Produkt- gruppe	Bezeichnung	Ermächtigungs- übertragung in EUR
1	ÖPNV – Automatisches Fahrgastzählsystem		
	5470	Hard- und Software Fahrzeuge	204.000
	IT – Landratsamt Gesamt		
	1120	Erwerb von Servern etc.	400.000
	Verwaltungsgebäude		
	1124	Brandschutz Campus Freiburg	372.000
		USV – Anlage	220.000
		Brandmeldeanlage Außenstelle Titisee-Neustadt	62.000

THH	Produkt- gruppe	Bezeichnung	Ermächtigungs- übertragung in EUR
1	Schulbudgets investiv		
	2110	Markgräfler-Gymnasium Müllheim	6.928
		Martin-Schongauer-Gymnasium Breisach	7.317
		Marie-Curie-Gymnasium Kirchzarten	22.963
		Albert-Schweitzer-Gymnasium Gundelfingen	3.503
		Kreisgymnasium Neuenburg	9.757
	2120	Förderzentrum Titisee-Neustadt	12.020
	2130	Hans-Thoma-Schule Titisee-Neustadt	76.504
		Gewerblich - Kaufmännische Schulen Müllheim	132.338
		Berufliche Schulen Bad Krozingen	60.770
	Schulbau		
	2110	Kreisgymnasium Hochschwarzwald Titisee-Neustadt – Innensanierung	17.000
		Markgräfler-Gymnasium Müllheim – Digitale Infrastruktur	292.000
		Albert-Schweitzer-Gymnasium Gundelfingen – Generalsanierung 7. BA	723.100
		Albert-Schweitzer-Gymnasium Gundelfingen – Generalsanierung 8. BA	172.000
	2120	SBBZ West	369.800
	2130	Hans-Thoma-Schule Titisee-Neustadt – Brandschutz Gebäude B	324.000
		Hans-Thoma-Schule Titisee-Neustadt – Sanierung Gebäude A	1.096.700
	Schulen – EDV-Sondermaßnahmen		
	2110	Marie-Curie-Gymnasium Kirchzarten – EDV – Sondermaßnahmen	9.300
	2150	Kreismedienzentrum – Hard- und Software	31.600
2	Jugend & Soziales - Beschaffungen (investiv)		
	3110	Erwerb bewegl. Vermögen – Software E-Akte u.a.	29.000
	3210	Erwerb bewegl. Vermögen – Software E-Akte u.a.	14.000
	3630	Allg. Sozialer Dienst – Software E-Akte	3.000
4	Investitionsförderung		
	1260	Investitionsförderung an Gden.	144.000
	Beschaffungen		
	5110	Vermessung - Erwerb bewegl. Vermögen	39.500
	1260	Brandschutz - Erwerb bewegl. Vermögen	427.469
	1280	Bevölkerungsschutz - Erwerb bewegl. Vermögen	48.631

THH	Produkt- gruppe	Bezeichnung	Ermächtigungs- übertragung in EUR
6	Kreisstraßen (Hochbau)		
	5420	Straßenmeisterei Werkstattkomplex Titisee-Neustadt – Neubau	100.000
		Salzlager Münstertal – Neubau	175.000
		Straßenmeisterei Breisach Silo und Sole	395.000
		Straßenmeisterei – Ausstattungen	129.000
		Summe Finanzhaushalt Auszahlungen	6.130.200

Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre

Gem. § 42 GemHVO sind in der Vermögensrechnung (Bilanz), sofern nicht auf der Passivseite ausgewiesen, die Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre zu vermerken, insbesondere Bürgschaften, Gewährleistungen, eingegangene Verpflichtungen und in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen.

Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungen liegen beim Landkreis nicht vor.

Der Landkreis Breisgau Hochschwarzwald hat Gewährträgerschaften gegenüber der Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbands für die folgenden Gesellschaften übernommen:

- HELIOS Kliniken Breisgau-Hochschwarzwald GmbH: mit 100 %
- Schwarzwald Tourismus GmbH: mit anteilig 6,67 %
- Landesverband für Prävention und Rehabilitation e.V.: mit anteilig 4,4 %
- Naturschutzzentrum Südschwarzwald: mit anteilig 9 %

Dies ergibt sich aus den zugrundeliegenden Gewährleistungsverträgen.

Auf Anfrage konnte dem Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald von der Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbands mitgeteilt werden, dass die konkrete Berechnung des Ausgleichsbetrags erst zum Zeitpunkt des Ausscheidens der jeweiligen Gesellschaft vorgenommen werden kann und daher lediglich eine unverbindliche Schätzung der bestehenden Verpflichtungen vorgenommen werden konnte.

Hiernach würden sich zum 31.12.2025 folgende Gesamtausgleichsbeträge ergeben:

- HELIOS Kliniken Breisgau-Hochschwarzwald GmbH: 103,50 Mio. EUR
- Schwarzwald Tourismus GmbH: 2,70 Mio. EUR
- Landesverband für Prävention und Rehabilitation e.V.: 48,20 Mio. EUR
- Naturschutzzentrum Südschwarzwald: 0,45 Mio. EUR

Daraus ergeben sich für den Landkreis Breisgau Hochschwarzwald Gewährträgerschaften gegenüber der Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbands in folgender Höhe:

Gesellschaft	Ausgleichsbetrag	Anteil	Summe der Gewährträgerschaft
Helios-Kliniken-Breisgau-Hochschwarzwald GmbH	103.500.000 €	100,00%	103.500.000 €
Schwarzwald Tourismus GmbH	2.700.000 €	6,67%	180.090 €
Landesverband für Prävention und Rehabilitation	48.200.000 €	4,40%	2.120.800 €
Naturschutzzentrum Südschwarzwald	450.000 €	9,00%	40.500 €
Zuzüglich 15 % Pauschalversteuerung nach § 40b Abs. 4 EStG	105.841.390 €	15,00%	15.876.209 €
Gesamtsumme:			121.717.599 €

Von den im Haushaltsplan 2025 enthaltenen **Verpflichtungsermächtigungen** in Höhe von 12,3 Mio. EUR wurden 8,2 Mio. EUR tatsächlich durch Auftragsvergaben für künftige Jahre bewirtschaftet.

Mündelvermögen

Der Bestand des Mündelvermögens betrug zum 31.12.2024 99.509,71 EUR

Im Jahr 2025 erfolgten Zugänge in Höhe von 479,88 EUR

Im Jahr 2025 erfolgten Abgänge in Höhe von 99.013,10 EUR

Der Bestand des Mündelvermögens beträgt zum 31.12.2025 976,49 EUR

Die hohen Abgänge in 2025 resultieren aus der Beendigung von Mündelvermögen aufgrund der Volljährigkeit mehrerer Mündel.

Organe des Landkreises**Kreistag**

Vorsitzender: Landrat Dr. Christian Ante

Mitglieder des Kreistags

Name	Wohnort	Fraktion
Ackermann, Johannes	Buggingen	FWG
Andris, Bernhard	Feldberg	FWG
Banholzer, Patrick	Neuenburg a. Rh.	AfD
Benitz, Michael	Staufen i. Br.	FWG
Bercher, Alexandra	Vogtsburg i. K.	FWG
Bohn, Benjamin	Vogtsburg i. K.	CDU
Böswald, Martina	Staufen i. Br.	AfD
Brandhorst, Joscha Alexander	Kirchzarten	Bündnis 90/Die Grünen
Brändle, Ralf	Neuenburg a. Rh.	CDU
Breig, Thomas	Ehrenkirchen	FWG
Bröcker, Benjamin, Dr.	Horben	Bündnis 90/Die Grünen
Brugger, Norbert	Löffingen	SPD
Buri, Rudolf	Ihringen	AfD, nachgerückt am 12.05.2025
Danzeisen, Peter	Auggen	CDU
Eckerle, Benedikt	Ihringen	FWG
Eisfeld, Silke	Gundelfingen	Bündnis 90/Die Grünen
Engmann, Frank Uwe	Staufen i. Br.	AfD, ausgeschieden am 21.07.2025
Fondy-Langela, Jens	Neuenburg a. Rh	FWG
Gadaleta-Ebner, Rita	March	Bündnis 90/Die Grünen
Graf, Andreas	Titisee-Neustadt	CDU
Hall, Andreas	Kirchzarten	CDU
Heil, Florian	Heitersheim	Bündnis 90/Die Grünen
Herbsttritt, Karl-Josef	Glottertal	CDU
Hofmeier, Jonas	Titisee-Neustadt	FDP
Imgraben, Armin	Müllheim i. M.	FWG
Jung, Oliver Markus	Titisee-Neustadt	AfD
Kaiser, Jürgen	Schluchsee	CDU
Kieber, Volker	Bad Krozingen	CDU
Kiss, Sebastian	Schallstadt	CDU
Kleeb, Fränzi	Stegen	CDU
Könnecke, Birte, Dr.	Sölden	SPD
Kreutz, Karola	Bad Krozingen	Bündnis 90/Die Grünen

Lang, Katrin	Ebringen	FWG
Laub, Walter	Umkirch	CDU
Link, Tobias	Löffingen	CDU
Lob, Peter	Bad Krozingen	CDU
Löffler, Martin	Müllheim i. M.	SPD
Ludewig, Brigitte	Ehrenkirchen	Bündnis 90/Die Grünen
Mahler, Lukas	Pfaffenweiler	CDU
Matt, Josef	Friedenweiler	FWG
Mayer, Carolin	March	SPD
Mengel, Thomas, Dr.	Staufen i. Br.	SPD
Michaelis, Sarah	Müllheim i. M.	SPD
Mössner, Wolfgang	Ihringen	Bündnis 90/Die Grünen
Mursa, Helmut	March	CDU
Ostermaier, Stefan	Hartheim a. Rh.	FWG
Pfeifer-Suger, Dora	Müllheim i. M.	Bündnis 90/Die Grünen
Prucker, Oswald, Dr.	Merdingen	SPD
Quartier, Andreas	Bad Krozingen	Bündnis 90/Die Grünen
Rein, Oliver	Breisach a. Rh.	CDU
Riesterer, Christian	Gottenheim	FWG
Rink, Sabina, Dr.	Neuenburg a. Rh.	AfD, ausgeschieden am 12.05.2025
Rontke, Karlheinz	Eisenbach	FDP
Rudiger, Benjamin	Kirchzarten	SPD
Rupp, Martin	Merdingen	CDU
Sané, Sabine, Dr.	Gundelfingen	SPD
Schmitt, Marcus	Staufen i. Br.	AfD, nachgerückt am 21.07.2025
Seifert, Rolf	Au	SPD
Susewind, Sven	Bötzingen	FWG
Thoma-Widmann, Natascha	Ebringen	CDU
Vosberg, Klaus	Oberried	CDU
Waldkirch, Ulli	Auggen	CDU
Walz, Raphael	Gundelfingen	FWG
Wangler, Nikola	Titisee-Neustadt	Bündnis 90/Die Grünen
Weichert, Patrick	Staufen i. Br.	CDU
Wiesler, Johannes	Bollschweil	CDU
Winterhalder, Leopold	Titisee-Neustadt	Bündnis 90/Die Grünen
Winterhalter, Franz-Josef	Oberried	FWG
Wissler, Vincenz	Badenweiler	FDP
Zachow, Christoph	Hartheim a. Rh.	FWG

VI. Anlagen

1. Vermögensübersicht

Vermögen	Stand zum 01.01. des Haushalts- jahres	Vermögensveränderungen im Haushaltsjahr					Stand am 31.12. des Haushalts- jahres (Summe von Sp. 2 bis 7)
		Vermögens- zugänge	Vermögens- abgänge	Umbu- chungen	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	
		EUR					
1	2	3	4	5	6	7	8
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	586.910,61	319.820,37	0,00	3.441,96	0,00	-290.404,63	619.768,31
2. Sachvermögen (ohne Vorräte)	325.315.024,15	28.931.371,90	-365.900,47	-3.441,96	148.772,07	-15.517.346,94	338.508.478,75
2.1. Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	4.791.759,47	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4.791.759,47
2.2. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	202.281.777,89	10.880.125,97	-83.506,32	9.020.273,37	0,00	-7.101.645,59	214.997.025,32
2.3. Infrastrukturvermögen	69.092.845,72	1.914.055,33	-2.554,82	201.548,59	0,00	-3.017.867,38	68.188.027,44
2.4. Bauten auf fremden Grundstücken	14.094.397,93	141.516,00	0,00	0,00	0,00	-420.869,07	13.815.044,86
2.5. Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	434.988,36	3.600,00	0,00	0,00	0,00	0,00	438.588,36
2.6. Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	8.462.767,57	2.067.566,31	-5.138,41	766.838,98	0,00	-1.573.226,39	9.718.808,06
2.7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	13.415.523,73	2.733.381,79	-8.554,05	237.369,71	148.772,07	-3.403.738,51	13.122.726,84
2.8. Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	12.740.963,48	11.191.126,50	-266.146,87	-10.229.444,71	0,00	0,00	13.436.498,40
3. Finanzvermögen (ohne Forderungen und liquide Mittel)	5.231.587,73	700,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5.232.287,73
3.1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.2. Sonst. Beteilig. u. Kapitaleinlagen in Zweckverbänden, Stiftungen od. anderen kommunalen Zusammenschlüssen	4.415.305,73	700,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4.416.005,73
3.3. Sondervermögen	2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00
3.4. Ausleihungen	223.280,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	223.280,00
3.5. Wertpapiere	593.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	593.000,00
insgesamt	331.133.522,49	29.251.892,27	-365.900,47	0	148.772,07	-15.807.751,57	344.360.534,79

2. Schuldenübersicht

Art der Schulden		am 01.01. des Haushalts- jahres	zum 31.12. des Haushalts- jahres	davon Tilgungszahlungen mit einem Zahlungsziel			Mehr (+) weniger (-)
				bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
		EUR					
1		2	3	4	5	6	7
1.1	Anleihen	0,00	0,00				0,00
1.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	112.785.918,12	131.747.302,20	12.241.489,86	44.975.407,58	74.530.404,76	18.961.384,08
1.2.1	Bund	0,00	0,00				0,00
1.2.2	Land	0,00	0,00				0,00
1.2.3	Gemeinden und Gde. Verbände *	6.430.000,00	6.430.000,00	555.100,00	4.440.800,00	1.434.100,00	0,00
1.2.4	Zweckverbände und dergleichen	0,00	0,00				0,00
1.2.5	Kreditinstitute *	106.355.918,12	125.317.302,20	11.686.389,86	40.534.607,58	73.096.304,76	18.961.384,08
1.2.6	Sonstige Bereiche	0,00	0,00				0,00
1.3	Kassenkredite	27.900.000,00	56.000.000,00	56.000.000,00			28.100.000,00
1.3.1	Kassenkredit ALB	9.900.000,00	9.000.000,00	9.000.000,00			-900.000,00
1.3.2	Verbindlichkeiten aus Clearing Bau LKBH und Geldanlage für die ALB	0,00	0,00				0,00
1.3.3	Kreditinstitute	18.000.000,00	47.000.000,00	47.000.000,00			29.000.000,00
1.4	Verbindlichkeiten aus kredit-ähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00				0,00
1. Gesamtschulden Kernhaushalt		140.685.918,12	187.747.302,20	68.241.489,86	44.975.407,58	74.530.404,76	47.061.384,08

nachrichtlich:

Schulden der Sondervermögen mit Sonderrechnung

Eigenbetrieb Abfallwirtschaft/ Eigenbetrieb Bau LKBH							
2.1	Anleihen	0,00	0,00				0,00
2.2.1	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen Eigenbetrieb Abfallwirtschaft	0,00	0,00				0,00
2.2.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen Eigenbetrieb Bau LKBH	20.308.686,44	20.679.586,72	1.984.107,72	4.148.068,96	14.547.410,04	370.900,28
2.3	Kassenkredite	0,00	2.670.379,72	2.670.379,72			2.670.379,72
2.4	Verbindlichkeiten aus kredit-ähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00				0,00
2. Gesamtschulden der Sondervermögen mit Sonderrechnung		20.308.686,44	23.349.966,44	4.654.487,44	4.148.068,96	14.547.410,04	3.041.280,00

Gesamtschulden von Kernhaushalt und Sondervermögen mit Sonderrechnung

3.1	Anleihen	0	0				0
3.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	133.094.604,56	152.426.888,92	14.225.597,58	49.123.476,54	89.077.814,80	19.332.284,36
3.3	Kassenkredite	27.900.000,00	58.670.379,72	58.670.379,72			30.770.379,72
3.4	Verbindlichkeiten aus kredit-ähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00				0,00
Zwischensumme 3.1 + 3.2 + 3.3. + 3.4		160.994.604,56	211.097.268,64	72.895.977,30	49.123.476,54	89.077.814,80	50.102.664,08
abzügl. Schulden zw. Kernhaushalt und Sondervermögen mit Sonderrechnung		9.900.000,00	11.670.379,72	11.670.379,72			1.770.379,72
3. Konsolidierte Gesamtschulden		151.094.604,56	199.426.888,92	61.225.597,58	49.123.476,54	89.077.814,80	48.332.284,36

* Die Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde Gundelfingen werden ab 2025 unter Punkt 1.2.3 ausgewiesen

3. Entwicklung der Liquidität zum Jahresabschluss

Nr.	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Finanzrechnung	
		Vorjahr	Rechnungs- jahr
		EUR	EUR
		1	2
1	Zahlungsmittelbestand zum Jahresbeginn **	2.842.674,82	2.247.839,03
2	+/- Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf der Ergebnisrechnung (§ 50 i. V. m. § 3 Nr. 17 GemHVO)	- 8.595.656,82	- 26.486.770,97
3	+/- Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit (§ 50 i. V. m. § 3 Nr. 31 GemHVO)	- 20.423.788,88	- 16.436.677,80
4	+/- Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (§ 50 i. V. m. § 3 Nr. 35 GemHVO)	- 186.610,15	16.291.004,36
5	+/- Überschuss oder Bedarf aus haushaltsunwirksamen Einzahlungen und Auszahlungen (§ 50 Nr. 39 GemHVO)	28.611.220,06	29.518.246,17
6	= Endbestand an Zahlungsmitteln am Jahresende (§ 50 Nr. 42 GemHVO)	2.247.839,03	5.133.640,79
7a*	+ Sonstige Einlagen aus Kassenmitteln zum Jahresende	593.000,00	593.000,00
7b*	+ Investmentzertifikate, Kapitalmarktpapiere, Geldmarktpapiere und sonstige Wertpapiere	0,00	0,00
7c*	+ Forderungen aus Liquiditätsbeziehungen zu verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	0,00	2.670.379,72
8a*	- Bestand an Kassenkrediten zum Jahresende	- 27.900.000,00	- 56.000.000,00
8b*	- Verbindlichkeiten aus Liquiditätsbeziehungen zu verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	0,00	0,00
9	= liquide Eigenmittel zum Jahresende	- 25.059.160,97	- 47.602.979,49
10	- übertragene Ermächtigungen für Auszahlungen (§ 21 GemHVO)	- 2.605.042,00	- 7.272.800,00
11	+ nicht in Anspruch genommene Kreditermächtigungen (auch aus Vorjahren) für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	0,00	2.200.000,00
12	+ übertragene Ermächtigungen für Investitionszuwendungen, Investitionsbeiträge und ähnliche Entgelte für Investitionstätigkeit (§ 21 Abs. 1, § 3 Nr. 18, 19 GemHVO)	5.504.383,00	5.488.400,00
13	= bereinigte liquide Eigenmittel zum Jahresende	- 22.159.819,97	- 47.187.379,49
14	- davon: für zweckgebundene Rücklagen gebunden	- 601.358,73	- 604.858,23
15	- für sonstige bestimmte Zwecke gebunden (Rückstellungen)	- 2.464.582,78	- 2.119.485,96
16	= bereinigte liquide Eigenmittel zum Jahresende ohne gebundene Mittel	- 25.225.761,48	- 49.911.723,68
17	nachrichtlich: Mindestliquidität (§ 22 Abs. 2 GemHVO)	7.752.077,00	8.584.996,00

* Zeilen 7a bis 8b: Die Darstellung der Liquiditätsübersicht wurde fortgeschrieben. Es werden nunmehr auch u.a. Forderungen/Verbindlichkeiten aus Liquiditätsbeziehungen zu verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und dem Sondervermögen aufgenommen. Da der Kernhaushalt und der Eigenbetrieb BauLKBH das gleiche Girokonto verwenden, gibt es hier Liquiditätsbeziehungen im Clearingverkehr, die als Forderungen bzw. Verbindlichkeiten auszuweisen sind.

** Der Zahlungsmittelbestand zu Jahresbeginn in 2024 ergibt sich aus der Rückübertragung der Betriebszweige 22 und 23 vom Eigenbetrieb Bau LKBH in den Kernhaushalt zum 01.01.2024

4. Übersicht über den Stand der Rücklagen zum Jahresabschluss

Art	Stand zum 01.01.2025 des Haushaltsjahres	Stand zum 31.12.2025 des Haushaltsjahres
	TEUR	
1. Ergebn isrücklagen		
1.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	76.211	52.442
1.2 Rücklagen aus Überschüssen des Sonderergebnisses	0	0
2. Zweckgebundene Rücklagen	601	605
Rücklagen gesamt	76.812	53.047

5. Kennzahlen zur Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit

Kennzahl 1	Einheit 2	Ergebnis 2023 3	Ergebnis 2024 4	Ergebnis 2025 5	Planung 2026 6	Planung 2027 7	Planung 2028 8
ERTRAGSLAGE							
1. ordentliches Ergebnis							
absoluter Betrag	€	-17.224.614	-12.808.037	-24.560.244	-12.812.700	-7.166.200	-3.530.700
Betrag je Einwohner	€/EW	-64	-47	-90	-47	-26	-13
Aufwandsdeckungsgrad	%	96%	97%	95%	98%	99%	99%
1.1 Steuerkraft - netto -							
absoluter Betrag	€	98.169.439	110.958.957	124.596.066	128.273.900	130.025.200	132.745.600
Betrag je Einwohner	€/EW	364	406	456	469	476	486
Anteil an ordentlichen Aufwendungen	%	22%	22%	24%	24%	24%	24%
1.2 Betriebsergebnis - netto -							
absoluter Betrag	€	115.394.053	123.766.994	149.156.310	141.086.600	137.191.400	136.276.300
Betrag je Einwohner	€/EW	428	453	546	516	502	499
Anteil an ordentlichen Aufwendungen	%	26%	24%	28%	28%	27%	27%
2. Sonderergebnis							
absoluter Betrag	€	-219.122	-289.383	791.259	0	0	0
3. Gesamtergebnis							
absoluter Betrag	€	-17.443.735	-13.097.420	-23.768.984	-12.812.700	-7.166.200	-3.530.700
FINANZLAGE							
4. Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit							
absoluter Betrag	€	-13.523.582	-8.595.657	-26.486.771	3.288.800	9.238.300	13.227.500
Betrag je Einwohner	€/EW	-50	-32	-97	12	34	48
5. Mindestzahlungsmittelüberschuss							
absoluter Betrag	€	5.269.056	6.932.910	7.556.815	9.633.300	10.100.000	10.500.000
6. Nettoinvestitionsfinanzierungsmittel							
absoluter Betrag	€	-18.792.638	-15.528.567	-34.043.586	-6.344.500	-861.700	2.727.500
Betrag je Einwohner	€/EW	-70	-57	-125	-23	-3	10
7. Soll-Liquiditätsreserve (§ 22 Abs. 2 GemHVO)							
absoluter Betrag	€	7.111.161	7.752.077	8.584.996	9.386.093	9.893.558	10.134.714
8. voraussichtliche liquide Eigenmittel zum Jahresende 2)							
absoluter Betrag	€	483.956	-25.059.161	-47.602.979	-41.600.000	-35.600.000	-27.600.000
KAPITALLAGE							
9. Eigenkapital							
absoluter Betrag	€	217.817.616	205.639.073	181.873.587			
9.1 Basiskapital (§ 61 Nr. 6 GemHVO)							
absoluter Betrag	€	128.199.259	128.827.003	128.827.003			
9.2 Eigenkapitalquote							
Verhältnis Eigenkapital zu Bilanzsumme	%	56%	46%	38%			
9.3 Fremdkapitalquote							
Verhältnis Fremdkapital zu Bilanzsumme	%	44%	54%	72%			
10. Anlagendeckung							
Verhältnis langfr. Kapital zu langfr. Vermögen	%	103%	120%	115%			
11. Verschuldung							
absoluter Betrag	€	77.148.489	140.685.918	187.747.302			
Betrag je Einwohner	€/EW	286	517	687			
11.1 Nettoneuverschuldung							
absoluter Betrag	€	6.380.943	-186.610	18.961.385	14.272.800	11.200.900	5.348.700

1) Aus welchen Konten die Kennzahlen zu ermitteln sind, wird verbindlich auf der Internetseite des Innenministeriums (www.im.baden-wuerttemberg.de) bekannt gemacht.

2) vgl. Zeile 9 in Anlage 3

6. Disponible Zuschüsse an Dritte ("echte Freiwilligkeitsleistungen")

FB	Produkt- gruppe	Leistungsempfänger / Maßnahmen	RE 2024	RE 2025
1	1114070	Infobest Breisach/Vogelgrün	28.950	35.990
	1114070	Interreg-Projekte	25.839	0
	1114070	Servicezentrum Oberrhein	1.000	800
	1114070	Eurodistrict Region Freiburg/Centre et Sud Alsace	35.000	35.000
7	1114-1	Freie Mittel Personalrat	2.036	1.973
150	2120	Zusch. Caritasverband verl. Öffnung Kiga Heitersh.	13.000	0
	2150	Trägerverein SchülerforschungsZ. Region Freiburg e.V.	1.000	1.000
	2150	Bundesverband Jugend und Film e.V.	200	200
	2620	Preisträgerkonzert "Jugend musiziert"	2.300	0
	2620	Musik- und Gesangsverbände	16.800	14.500
	2620	Jugendmusikschulen	390.000	360.000
	2810	Betriebskostenzuschuss Synagoge Sulzburg	12.800	12.800
	2810	Sonderzuschuss "VHS-Qualifizierungsoffensive"	15.400	15.400
	2810	Heimat- und Trachtenvereine,	493	494
	2810	Heimatpfad Hochschwarzwald	5.100	1.300
	2810	Volksbund für Kriegsgräberfürsorge	0	0
	4210	Sporttage und Sportlerehrung	8.143	15.774
	4210	überörtliche Sportveranstaltungen	0	0
	4210	Sportkreis	130.000	130.000
	4210	Olympiastützpunkt	2.600	2.600
THH1			690.661	627.831
270	3180	Zusch. an DRK FR für indiv. Rückkehr-Hilfen für Flüchtlinge	2.852	3.071
	3180	Spracherwerb für Geflüchtete aus Kreismitteln	0	0
	3180	Diakonisches Werk – Projekt Raumfinder	40.000	40.000
290	3210	Behindertenbeirat	5.000	5.000
	3180	Kreissenorenrat	5.000	2.500
	3180	Qualifizierung Demenz, Pflege u. Betreuung	0	0
	3180	Poolförderung Soziales und Jugend	40.000	40.000
THH2			92.852	90.571
530	5551	Landschaftspflegegeld	279.878	280.000
	5551	Förderung überbetrieblicher Kooperationen	5.582	0
	5551	Sicherung der Tränkewasserversorgung in der Höhenlandwirtschaft (ab 2023, DRS 52/2022)	25.848	20.484
	5610	Umsetzung Klimaschutz	16.675	9.758
	5610	Umsetzung Klimaanpassung	50.000	90.182
	5710	Beitrag Stiftung Naturschutzzentrum Südschwarzwald	28.850	29.720
	5710	Maßnahmen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförd.	5.300	8.079
	5710	Verbraucherberatungsstelle Freiburg	3.000	0
	5710	Kontaktstelle Frau und Beruf	27.000	27.000
	5750	Zuschuss Nordic – Center Notschrei	0	60.000
THH4			442.133	525.223
Zuschüsse an Dritte ("echte" Freiwilligkeitsleistungen) insgesamt			1.225.646	1.243.625

7. Beiträge, Verbandsumlagen u.ä.

(ohne Austritt/Kündigung nicht disponibel bzw. entsprechende "Pflichtausgaben" bei Aufgabe)

FB	Produktgruppe	Leistungsempfänger / Maßnahmen	RE 2024	RE 2025
I. Beiträge/ Zuwendungen im Rahmen von Mitgliedschaften u.ä.,				
deren Kürzung/ Streichung vielfach erhebliche Ausgaben mit sog. Pflichtbereich zur Folge hätten:				
1	1114070	Mitgliedsbeitrag Rat der Regio TriRhena	400	400
2	1114020	Mitgliedsbeitrag LAG Gleichstellungsbeauftragte	100	100
	1121	Mitgliedsbeitrag an VWA, Bad.GemeindeVwSchule etc.	7.160	7.678
	1121	Mitgliedsbeitrag KGSt	6.862	7.077
140	1112-1	Mitgliedschaft vhw-Bundesverb.f.Wohnen u. Stadtentw.	175	195
FB	Produktgruppe	Leistungsempfänger / Maßnahmen	RE 2024	RE 2025
150	2110, 2120, 2130	Schulsozialarbeit (als Schulträger; ungedeckter Aufwand)	625.203	710.121
	2150-1	Kreismedienzentrum (ungedekter Aufwand)	340.202	332.497
	2521	Mitgliedsbeitrag Verband dtsh. Archivare	90	90
	2720	Bibliotheken/Mediatheken (ungedekter Aufwand)	735.927	661.112
	2810	Mitgliedsbeitrag Verein "alter Friedhof"	102	102
	2810	Freundeskreis Synagoge Sulzburg	0	0
	2810	Förderverein Keramikmuseum Staufeu	60	60
	2810	Beiträge f. Denkmalpflege	600	1.300
	2810	Mitgliedsbeiträge Heimatverbände	1.447	1.447
	2810	Heimatspfad Hochschwarzwald;	1.200	1.200
THH1			1.719.528	1.723.379
230	3170	Zuschuss für Betreuungsvereine	152.300	152.300
230	3680	Zuschuss an Kinderschutzzentrum (KiZ) Freiburg	50.000	92.000
250	3630	Mitgliedsbeitrag Dtsch. Institut für Jugendhilfe	4.118	4.242
260	3180	Zuschüsse Drogen- und Suchtberatung, AGJ	466.787	494.382
	3180	Zuschüsse für Suchtberatung, Frauen-Zimmer e.V.	43.700	42.352
	3180	Zuschüsse Drogen- und Suchtberatung, BWLV	193.090	292.489
	3180	Zuschüsse für Suchtberatung, Ev. Stadtmission	53.800	53.628
260	3180	Zusch. an AGJ für ANKER (Ang.f. Kinder psych. kranker Eltern)	39.193	40.761
	3620	Zuschuss an Kreisjugendring	121.984	154.664
	3620	Zuschüsse für Schulsozialarbeit (Kreismittel)	987.447	1.032.767
270	3180	Zuschuss an Refugium	29.777	31.500
290	3110	Dt. Verein für Öfftl.u.Priv.Fürsorge,Sitz:Frankfurt	1.161	1.170
	3110	Betriebskostenzuschuss an AGJ für Tagesstätten	19.700	20.500
	3110	Institutionelle Förderung Fachberatungsstellen	148.600	149.000
	3110	Institutionelle Förderung Tagesstätten	24.200	24.500
	3180	Betreuung für Menschen mit Demenz	29.441	29.678
	3180	Pflegeweiterentwicklungsgesetz 2008 - § 45d SGB XI	2.500	2.500
	3180	Betreuung in der Häuslichkeit	4.479	2.500
	3210	Zuschuss an Sozialpsychiatrischen Dienst im Landkreis	156.500	156.500
	3210	Zuschuss Beförderungskosten Schwerstbehinderte	20.000	0
	3210	Zuschuss für Behindertenarbeit im Landkreis	38.400	38.400
	3210	Zuschuss für familienentlastende Dienste	15.168	16.722
	3210	Zuschuss Tagesstätten für psych. kranke Menschen	199.000	201.000
	3210	Zuschuss Psychosozialer Krisendienst	22.500	45.000
THH2			2.823.845	3.078.555
410	5210	Mitgliedschaft vhw-Bundesverb.f.Wohnen u. Stadtentw.	175	195
420	5540	Beiträge IG Schauinsland, Bergwacht, u.a.	5.292	4.824
440	5520, 5610	Mitgliedsbeitrag Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und	498	523
510	5550	Mitgliedsbeitrag Uni Freiburg/GFH/Holzketten Schwarzwald	0	75
	5550	Naturpark Südschwarzwald	7.515	7.515
	5550	Strukturförderung Holzverladung Herbolzheim		0
520	1260	Zuweisung an Gemeinden für Jugendfeuerwehren und Kreisfeuerwehrverb	7.100	7.100
	1260	Personalkostenzuschüsse: Stadt Müllheim, Stadt Breisach, Gemeinde Kirchzarten: Wartungsaufwand Abrollbehälter Gefahrgut und Atemschutz/Umweltschutz	17.000	11.700
	1260/1280	Sonstige Zuschüsse (KatS.Org., Region der Lebensretter, ltd. Notärzte)	0	5.000

FB	Produkt- gruppe	Leistungsempfänger / Maßnahmen	RE 2024	RE 2025
530	5110-4N	Kreisanteil für LEADER plus	21.736	23.551
	5110-4N	Biosphärengebiet Schwarzwald	12.777	12.777
	5110-4N	Zuschuss an Stadt Staufen	3.803	0
	5110-4N	Regionalgesellschaft Naturgarten Kaiserstuhl	1.190	1.190
	5610	Beitrag Interessensverband der Energieagenturen BW rEA BW	0	0
	5710	Beitrag Wirtschaftsförderung Region Freiburg	6.750	15.000
	5710	Klimapartner Südbaden	0	0
	5710	Fachkräfteallianz Südlicher Oberrhein	0	0
	5710	ZukunftsRaumSchwarzwald	15.000	15.000
	5710	3H2 Bündnis f.d. Ausbau d. Wasserstoffinfrastruktur Südbaden	6.675	6.033
	5750	Defizitausgleich Schwarzwald Touristik GmbH	490.000	490.000
	5750	Schluchtensteigfonds	1.500	1.500
580	5551	Mitgliedsbeitrag an BLHV, Obstregion Süd, AG f. Höhenlandwirtschaft, Maschinenring	1.556	1.300
	5551	Mitgliedsbeitrag LEV Breisgau-Hochschwarzwald	24.000	24.000
	5551	Zuschuss Biomusterregion	10.126	6.491
	5551	Zuschuss LEV Breisgau-Hochschwarzwald	59.000	72.400
THH4			691.693	706.174
620	1223	Mitgliedsbeitrag an den FachVerb. der Standesbeamten	230	230
660	1221-6	Mitgl.Beitrag Verkehrswacht/Verkehrsforum FR e.V.	75	75
THH6			305	305
Beiträge u.ä. an Dritte insgesamt			5.235.371	5.508.413

II. Verbandsumlagen,

die n u r bei Austritt bzw. Auflösung des Verbands *als solche* entfielen, aber zwingend entsprechende ggf. höhere "eigene" Folgekosten nach sich zögen:

			RE 2024	RE 2025
120	5470	Umlage an ZRF (= Nahverkehr)	3.758.809	2.727.146
		Umlage an RVF GmbH	337.741	385.356
130	1120	Umlage an Zweckverband 4IT	6.280	7.618
390	1226	Umlage an Zweckverband Tierische Nebenprodukte Süd-Baden-Württemberg	209.734	230.885
6	5360	Verbandsumlage Zweckverband Breitband Breisgau-Hochschwarzwald (ZV)	696.546	958.614
Verbandsumlagen insgesamt			5.009.110	4.309.619

Nachrichtlich:

gesetzliche "Zwangsumlagen", bei denen weder Kündigung noch Austritt möglich sind:

110	6110	Umlage Kommunalverband f. Jugend u. Soziales	1.345.029	1.320.289
140	1112-1	Mitgliedschaft Landkreistag	119.718	132.787
530	5110-4N	Umlage an den Regionalverband Südlicher Oberrhein	365.860	357.647

8. EU-Berichtspflicht nach Artikel 7 Abs. 1 der Verordnung (EG) 1370/2007 für das Jahr 2025

Nach Artikel 7 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23.10.2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße muss jede zuständige Behörde einmal jährlich einen Gesamtbericht über die in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen, die ausgewählten Betreiber eines öffentlichen Dienstes sowie die diesem Betreiber zur Abgeltung gewährten Ausgleichsleistungen und ausschließlichen Rechte öffentlich zugänglich machen.

Zahlungen und Zuschüsse des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald als Aufgabenträger für den straßengebundenen ÖPNV aus öffentlichen Dienstleistungsaufträgen oder Direktvergaben

Im Berichtszeitraum bestanden folgende Zuschussvereinbarungen bzw. Verträge über Beförderungsleistungen im ÖPNV durch den Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald:

- Ergänzung des Fahrtenangebots auf der Linie 21 zur Erreichung des Basisbedienstandards aus dem Nahverkehrsplan 2021 zwischen der Haltestelle Horben-Rathaus und der Haltestelle Günterstal-Dorfstraße, Betriebsbeginn: 11.12.2022; Vereinbarungspartner Freiburger Verkehrs-AG/Stadt Freiburg; vertragliche Leistung 130.000 Euro/Jahr
- Einrichtung der Linie 245 zur Anbindung des Gewerbeparks Breisgau an den Bahnhof Heitersheim, die Stadt Müllheim sowie die Ortsteile Neuenburg-Grißheim / Zienken werktags mit jeweils drei Fahrtenpaaren. Betriebsbeginn: 01.09.2019 – voraussichtlich bis 31.12.2026 Vereinbarungspartner: Fa. Rast Reisen; vertragliche Leistung des Landkreises 750,00 Euro/Werktag
- Einrichtung einer Regiobus-Linie Breisach-Bad Krozingen gemeinsam mit den Städten Breisach und Bad Krozingen; Betriebsbeginn: 12.12.2015 – fortdauernd; Vereinbarungspartner Fa. Tuniberg Express. Die vertragliche Leistung des Landkreises in 2025 betrug 883.049,16 Euro abzüglich der Landesförderung in Höhe von 222.382,25 Euro sowie den Anteilen der Stadt Bad Krozingen und Stadt Breisach in Höhe von 204.000 Euro im Jahr 2025.

Sonstige Ausgleichszahlungen aufgrund von Rechtsvorschriften und vertraglichen Vereinbarungen

Aufgrund der Neuregelungen der §§ 14 ff ÖPNVG wurde die bisher geltende bundesrechtliche Regelung des § 45a PBefG ersetzt. Im Rahmen der hierzu erlassenen Satzung des Zweckverband Regio-Nahverkehr Freiburg (ZRF) zur Umsetzung der §§ 15 bis 18 ÖPNVG vom 17.12.2023 (ZRF-Ausgleichssatzung) wurden durch den Landkreis Zahlungen an Verkehrs-unternehmen geleistet.

Die nach diesen Übergangsvereinbarungen geleisteten Zahlungen dienen damit zum Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen:

- Innerhalb des Verbandsgebiets dürfen Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr nach § 1 Abs. 1 nur zum Tarif der RVF (Verbundtarif) angeboten werden.

- Dessen Ausgestaltung und Fortschreibung haben, unter Beachtung der Vorgaben zur Mindesttrabattierung nach § 16 Abs. 1 Satz 2 ÖPNVG, als gemeinwirtschaftliche Verpflichtung zu erfolgen. Die RVF stellt sicher, dass eine diskriminierungsfreie Teilnahme aller Verkehrsunternehmen, die Leistungen des ÖPNV im Verbandsgebiet erbringen wollen, am Verbundtarif gewährleistet ist.

Gleichzeitig werden bei den im Rahmen der eigenwirtschaftlichen Verkehre erforderliche Zusatzverkehre zur Erreichung des Bedienstandards nach Nahverkehrsplan 2021 Zuschüsse geleistet.

Insgesamt wurden aufgrund der Übergangsvereinbarungen folgende Zahlungen geleistet:

Verkehrsbereiche Unternehmen	Zahlbetrag 2025
Verkehrsbereich 1 Schönberg (BVU: SBG SüdbadenBus GmbH, Karlsruhe)	2.231.906,52
Verkehrsbereich 2A Markgräflerland (BVU: Will Markgräfler Reisen GmbH & Co. KG, Müllheim)	2.604.104,43
Verkehrsbereich 2B Markgräflerland (öDLA: SWEG, Lahr)	1.092.471,36
Verkehrsbereich 3 Breisgau West (BVU: Tuniberg Express Heinrich Schwarz KG, Merdingen)	4.093.304,89
Verkehrsbereich 4 Dreisamtal (BVU: Anselm Winterhalter, Spedition und Omnibusbetrieb, Oberried)	1.350.605,09
Verkehrsbereich 5 Hochschwarzwald (BVU: SBG SüdbadenBus GmbH, Karlsruhe)	4.508.451,24
Verkehrsbereich 10 Breisgau Mitte (BVU: RAST Reisen GmbH, Hartheim)	3.158.720,56

Es handelt sich hierbei um die geleisteten Abschlagszahlungen in 2025. Die Schlussrechnung für 2025 wurde noch nicht durchgeführt.

Innerhalb der Verkehrsbereiche erfolgt eine Mittelverteilung entsprechend der zwischen den im Rahmen der jeweiligen Übergangsvereinbarung beteiligten Verkehrsunternehmen.

Zahlungen des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald als Schulträger

Die vertraglich vereinbarten Schülerfahrten, die für den allgemeinen Verkehr freigegeben sind, sind durch die Übergangsvereinbarungen abgegolten.

Die bisherigen Leistungen 7255, 7257, 7258, 7261, 295, 261, 264 und 291 sind in den Übergangsvereinbarungen enthalten.

Zuschüsse des Aufgabenträgers für den Erwerb von Schülerzeitkarten

Der Landkreis erstattet notwendige Kosten der Schülerbeförderung an Schulträger, Unternehmen und Einzelpersonen im Rahmen der Satzung über die Erstattung der notwendigen Schülerbeförderungskosten vom 18.05.1995. Diese Zahlungen sind keine Ausgleichsleitungen im Sinn der VO (EG) 1370/2007.

Zahlungen des Landkreises als Aufgabenträger zum Ausgleich der Rabattierung von Zeitkarten im Ausbildungsverkehr erfolgen im Rahmen der Leistungen nach der Ausgleichsatzung –ZRF aV 24 (s.o.).

Ausgleichsleistungen für Einnahmeminderungen durch die Einführung des Deutschland-Tickets (D-Ticket) und Deutschland-Ticket Jugend BW

Gleichfalls durch allgemeine Vorschrift des ZRF aV 24 wurden dem Regio-Verkehrsverbund Freiburg (RVF) (bzw. den darin tätigen Verkehrsunternehmen) die durch die Einführung des D-Tickets bzw. des D-Ticket Jugend BW entstandenen Mindereinnahmen auf der Grundlage einer hierzu von Bund und Ländern erlassenen Richtlinien und Vorgaben. Hierbei handelt es sich insoweit nicht um Fördermittel des Landkreises, sondern um durch das Land bzw. den Bund zum Ausgleich von Einnahmeminderungen zugewiesener Mittel. Insgesamt wurden in 2025 Mittel in Höhe von 1.319.573,55 Euro an die RVF zur Ausschüttung im Rahmen der vertraglichen Einnahmeverteilung zugeleitet. Eine endgültige Festsetzung des Ausgleichsbetrags für 2025 ist noch nicht erfolgt.

Ausschließliche Rechte nach Art. 2 f) der VO (EG) 1370/2007

Vom Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald werden keine ausschließlichen Rechte gewährt.

Beteiligungsbericht 2025



Inhalt	Seite
Allgemeines	5
Übersicht über die Beteiligungsunternehmen des Landkreises	7
 Beteiligungsberichte	
1 HELIOS Kliniken Breisgau-Hochschwarzwald GmbH	9
2 Schwarzwald Tourismus GmbH	19
3 Rheinhafen Breisach GmbH	25
4 Photovoltaik GmbH	33
5 Regionales Rechenzentrum Südlicher Oberrhein GmbH	38
6 Naturgarten Kaiserstuhl GmbH	42
7 Regio-Verkehrsverbund Freiburg GmbH	47
8 Breisgau Kompost GmbH	54
9 Gesellschaft Abfallwirtschaft Breisgau mbH	60
 Anlagen	
1 Übersicht über Beteiligungen an Zweckverbänden	66
2 Übersicht über Mitgliedschaften in eingetragenen Vereinen und sonstigen Organisationen	67

ALLGEMEINES

Der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald erfüllt einen Teil seiner vielfältigen Aufgaben im Rahmen seiner Organisationshoheit in der Rechtsform des privaten sowie des öffentlichen Rechts.

Im Bereich des öffentlichen Rechts werden die Aufgaben des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald in Form von Bruttoregiebetrieben (innerhalb des Kreishaushaltes), Eigenbetrieben und durch Beteiligungen an Zweckverbänden wahrgenommen.

Der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald ist an sieben Unternehmen des privaten Rechts unmittelbar sowie an zwei Unternehmen des privaten Rechts mittelbar beteiligt. Über die Zweckverbände Regio-Nahverkehr Freiburg (ZRF), Gewerbepark Breisgau (ZGB) und 4IT bestehen indirekte Beteiligungen an weiteren Unternehmen des privaten Rechts.

Gemäß § 48 Landkreisordnung (LKrO) i.V.m. § 105 Abs. 2 Gemeindeordnung (GemO) hat der Landkreis zur Information von Kreistag und Kreisbevölkerung jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen er unmittelbar oder mit mehr als 50 v.H. mittelbar beteiligt ist, zu erstellen.

Mit Stand vom 31.12.2025 besteht eine Beteiligung des Landkreises an folgenden Unternehmen des privaten Rechts:

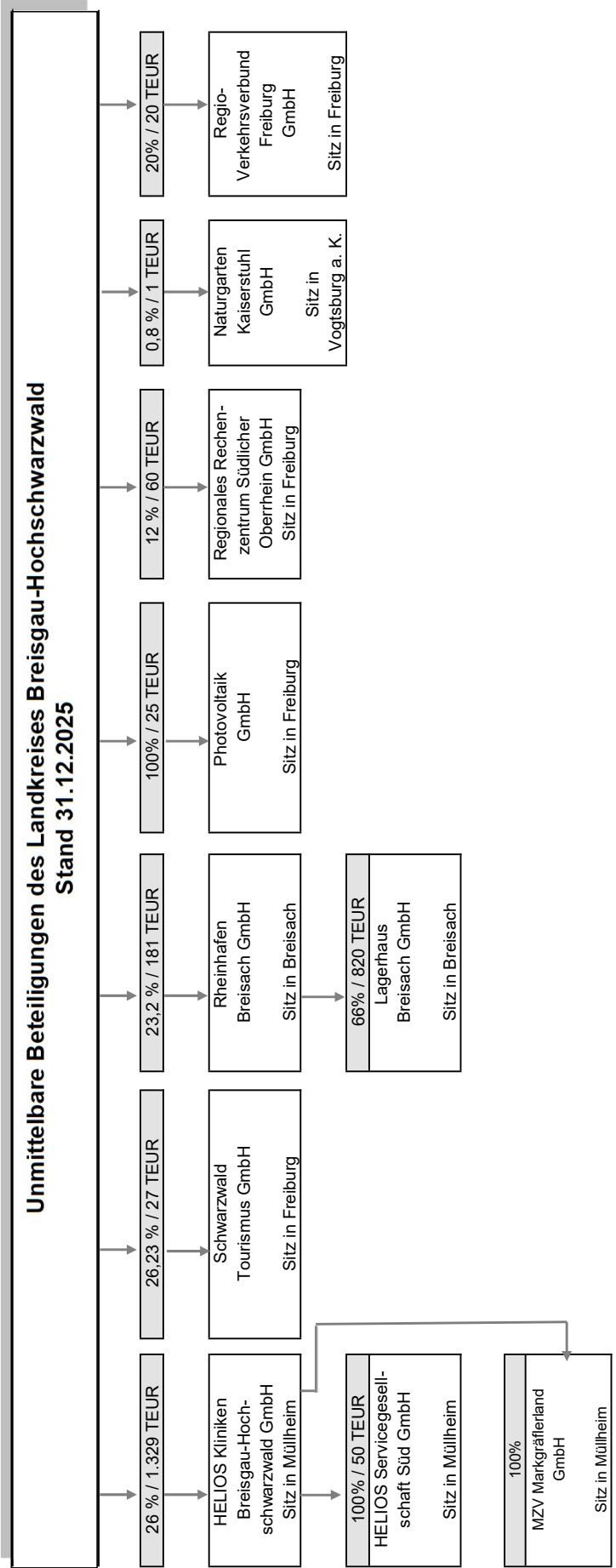
- HELIOS Kliniken Breisgau-Hochschwarzwald GmbH (26 v.H.)
- Schwarzwald Tourismus GmbH (26,23 v.H.)
- Rheinhafen Breisach GmbH (23,2 v.H.), über diese an der Lagerhaus Breisach GmbH (mittelbare Beteiligung)
- Photovoltaik GmbH (100 v.H.)
- Regionales Rechenzentrum Südlicher Oberrhein GmbH (12 v.H.)
- Naturgarten Kaiserstuhl GmbH (0,8 v.H.)
- Regio-Verkehrsverbund Freiburg GmbH (20 v.H.)
- Breisgau Kompost GmbH (50,8 v.H., eingelegt im Eigenbetrieb ALB)
- Gesellschaft Abfallwirtschaft mbH (50,1 v.H., eingelegt im Eigenbetrieb ALB)

Das vom Landkreis in die unmittelbaren Beteiligungen eingebrachte Stammkapital beläuft sich per 31.12.2025 auf 1,805 Mio. EUR.

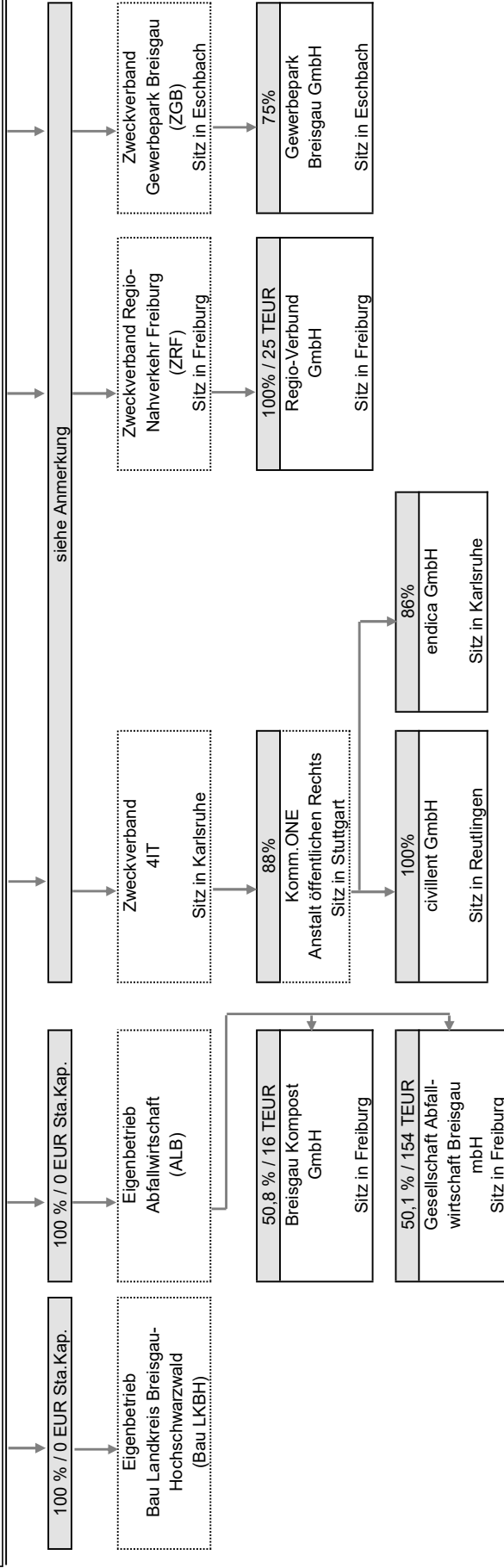
Alle Unternehmen und Betriebe haben in den vorgegebenen Fristen und Formen Rechenschaft darüber abzulegen, auf welche Weise und mit welchen Ergebnissen sie ihre Zwecke verfolgt haben. Der vorliegende Beteiligungsbericht gibt für das Berichtsjahr 2025 eine Übersicht über die betriebswirtschaftlichen Unternehmensdaten, die Unternehmensaufgaben und die Aufgabenerfüllung der Beteiligungsunternehmen des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald. Er umfasst Angaben und Daten aller unmittelbaren Beteiligungen.

Neben den Beteiligungen an Unternehmen in einer privaten Rechtsform enthält der Beteiligungsbericht eine Übersicht über die Zweckverbände, bei denen der Landkreis Mitglied ist (Anlage 1) sowie eine Übersicht über die weiteren Mitgliedschaften in eingetragenen Vereinen und sonstigen Organisationen (Anlage 2).

Die Beteiligungen des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald sind in der folgenden Übersicht dargestellt:



Mittelbare Beteiligungen des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald Stand 31.12.2025



Anmerkung:

Deckung des Finanzbedarfs:
Die Aufwendungen der Zweckverbände werden, soweit sie nicht durch Zuschüsse oder sonstige Einnahmen gedeckt werden können, durch Umlagen finanziert. Die Höhe der Umlagen wird in den Haushaltsplänen für jedes Haushaltsjahr getrennt für den Ergebnishaushalt (Verwaltungs- und Betriebskostenumlage) und den Finanzhaushalt (Kapitalumlage, Investitionsumlage) festgesetzt.

1. Helios KLINIKEN BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD GMBH, MÜLLHEIM

A. GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Gegenstand des Unternehmens ist die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen, wirtschaftlich gesicherten Krankenhäusern mindestens mit der Grundversorgung sowie die medizinisch zweckmäßige und ausreichende Versorgung der behandelten Patienten. Die Helios Kliniken Breisgau-Hochschwarzwald GmbH ist an den Betriebsstätten Breisach, Müllheim und Titisee-Neustadt tätig. Alle drei Kliniken gehören zur Unternehmensgruppe der Helios Kliniken GmbH.

Die Erfüllung des Versorgungsauftrags wird nach der Maßgabe des Baden-Württembergischen Krankenhausplanes gewährleistet. Stetiges Ziel ist es, die Leistungen zu sozial tragbaren Preisen zu erbringen. Gegenstand der Gesellschaft sind alle mit dem Betrieb von Krankenhäusern in Verbindung stehenden Geschäfte, auch die Weiterführung der Krankenpflegeausbildung und anteilige Teilnahme am Notarztsystem.

In seiner 21. Sitzung am 21.05.2010 hat der Aufsichtsrat unter Anwendung des § 264 Abs. 3 HGB der Befreiung der GmbH von der gesetzlichen Pflichtprüfung zugestimmt, da eine Ergebnisabführung an die Konzernmutter erfolgt und der Abschluss in den Konzernabschluss eingeht. Dieser, für jedes Geschäftsjahr erneut zu fassende Beschluss (für das Jahr 2025 Beschlussfassung am 31.07.2025), führt zu einem vereinfachten Jahresabschluss nach HGB (ohne Anhang und Lagebericht) und dieser muss nicht mehr im Bundesanzeiger offengelegt werden. Im Rahmen des Aufsichtsrates wird selbstverständlich weiterhin über die Ergebnisse berichtet.

B. BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Gesellschafter sind mit folgenden Geschäftsanteilen:

Gesellschafter	EUR	v. H.
HELIOS Kliniken GmbH, Berlin	3.783.600	74
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	1.329.400	26
Summe	5.113.000	100

Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag mit der HELIOS Kliniken GmbH. Die Gesellschaft ist verbundenes Unternehmen zur Fresenius SE, Bad Homburg v. d. Höhe, und deren verbundenen Unternehmen. Sie wird in den Konzernabschluss der Fresenius SE & Co. KGaA, Bad Homburg v. d. Höhe, die den Konzernabschluss erstellt, einbezogen. Der Konzernabschluss wird beim elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht.

C. BESETZUNG DER ORGANE

a) Gesellschafterversammlung

siehe Aufstellung unter B.

b) Aufsichtsrat

Arbeitgeberseite:

Ordentliche Vertreter:

Dr. Christian Ante	Landrat, Vorsitzender
Oliver Rein	Kreisrat / Bürgermeister Stadt Breisach
Josef Matt	Kreisrat / Bürgermeister Gemeinde Friedenweiler
Nazli, Emre	Klinikgeschäftsführer

Arbeitnehmerseite:

Ordentliche Vertreter:

Dr. Silke Hinkelmann	Klinik Titisee-Neustadt
Dr. Christian Apenburg	Klinik Breisach

c) Geschäftsführung

Thorsten Sleifir
Moritz Lang

Zur Vertretung der Gesellschaft sind zwei Geschäftsführer gemeinsam oder ein Geschäftsführer mit einem Prokuristen berechtigt. Eine Prokura wurde nicht erteilt.

D. BETEILIGUNGEN DES UNTERNEHMENS

Die Gesellschaft hält 100 % der Anteile an der Helios Servicegesellschaft Süd GmbH, Müllheim sowie 100 % der Anteile an der MVZ Markgräflerland GmbH, Müllheim.

E. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Die drei Kliniken der Helios Breisgau-Hochschwarzwald GmbH haben einen wesentlichen Beitrag zur hervorragenden medizinischen Versorgung der Menschen im Landkreis geleistet. Im Jahr 2025 konnten 16.000 stationäre, 750 Hybride und 40.000 ambulante Patienten versorgt werden. Es kamen rd. 450 Neugeborene in der Klinik Titisee-Neustadt.

Der Versorgungsauftrag des Landkreises gemäß dem KHG Baden-Württemberg war in den drei Kliniken Breisach, Müllheim und Titisee-Neustadt im vergangenen Jahr stets gewährleistet. Die Krankenhäuser sind mit insgesamt 424 Planbetten in den Krankenhausbedarfsplan des Landes Baden-Württemberg aufgenommen. Alle drei Krankenhäuser

werden als Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung geführt. Die Helios Klinik Titisee-Neustadt ist als Akademisches Lehrkrankenhaus der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg anerkannt. Die Helios Klinik Müllheim ist Akademisches Lehrkrankenhaus der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg für das Wahlfach Gynäkologie und Chirurgie. Die Helios Rosmann Klinik Breisach ist Akademisches Lehrkrankenhaus der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg für das Wahlfach Orthopädie.

	Breisach ¹⁾	Müllheim ¹⁾	Titisee-Neustadt ¹⁾
Innere Medizin	X	X	X
Chirurgie	X	X	X
Frauenheilkunde und Geburtshilfe		X	X
Urologie		X	
Hals-Nasen-Ohrenheilkunde		X	
Orthopädie	X	X	X
Planbetten Gesamt	123	150	151

1) Mit dem Zeichen "X" sind die Fachrichtungen der einzelnen Kliniken markiert.

Die Helios Rosmann Klinik Breisach verzeichnete im Berichtsjahr 2025 eine Verschlechterung sowohl im stationären als auch im hybriden Bereich, wobei der Rückgang bei den stationären Fällen besonders deutlich ausfiel. Nach der starken Belastung durch die ersten Corona-Wellen 2020–2021 und der anschließenden Erholung in den Folgejahren konnte die positive Entwicklung damit nicht fortgesetzt werden.

Die Kliniken Müllheim und Titisee-Neustadt hingegen entwickelten sich in beiden Bereichen erfreulich und konnten ihr chirurgisches Spektrum in der Allgemein- und Viszeralchirurgie, Unfallchirurgie sowie Gynäkologie weiter ausbauen. Der 2024 gesetzte Schwerpunkt auf die Ambulantisierung – mit dem Ziel, Patientinnen und Patienten ohne stationären Aufenthalt am Klinikum zu versorgen – wurde 2025 konsequent weitergeführt und spiegelt sich in der positiven Entwicklung der hybriden Fallzahlen wieder. Die Finanzierung erfolgt dabei weiterhin über die neu geschaffenen Hybrid-DRGs.

Das Ende 2024 am Standort Müllheim zertifizierte Hernien-Zentrum – als regional einziges seiner Art – etablierte sich 2025 erfolgreich und trägt zur positiven Fallzahlenentwicklung bei. Gemeinsam mit der Klinik Titisee-Neustadt wurden die neu definierten Patientenpfade, insbesondere im Bereich der Allgemein- und Viszeralchirurgie, weiter gestärkt und umgesetzt.

Entwicklung stationäre Fälle

Klinik:	Ist 2025	Ist 2024	Veränderung
Breisach	2.355	2.982	- 627
Müllheim	6.603	6.287	+ 316
Titisee-Neustadt	6.911	6.663	+ 248
Gesamt	15.869	15.932	- 63

Entwicklung Hybride Fälle

Klinik:	Ist 2025	Ist 2024	Veränderung
Breisach	6	15	- 9
Müllheim	364	249	+ 115
Titisee-Neustadt	380	316	+ 64
Gesamt	750	580	+ 170

F. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmensa) Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

B I L A N Z							
Aktivseite		31.12.2025 TEUR	31.12.2024 TEUR	Passivseite		31.12.2025 TEUR	31.12.2024 TEUR
A.	Anlagenvermögen			A.	Eigenkapital		
I.	Immaterielle Vermögens- ge- genstände	57	139	I.	Gezeichnetes Kapital	5.113	5.113
II.	Sachanlagen	34.721	42.077	II.	Kapitalrücklage	21.055	21.055
III.	Finanzanlagen	52	52	III.	Gewinnrücklage	173	173
		34.830	42.268			26.341	26.341
B.	Umlaufvermögen			B.	Sonderposten aus Zuwendungen zur Fi- nanzierung des Anla- gevermögens	13.214	12.769
I.	Vorräte	2.455	2.664	C.	Rückstellungen	17.595	6.803
II.	Forderungen u. sonstige Ver- mögensgegenstände	67.580	42.322	D.	Verbindlichkeiten	49.163	43.682
III.	Sonstige Wertpapiere	0	0	E.	Rechnungsabgren- zungsposten	0	0
IV.	Flüssige Mittel	1.414	1.318				
		71.449	46.304				
C.	Ausgleichsposten nach d. KHG	0	1.022				
C.	Rechnungsabgren- zung- sposten	34	1				
Bilanzsumme		106.313	89.595	Bilanzsumme		106.313	89.595

Gewinn- und Verlustrechnung		
Bezeichnung	2025 TEUR	2024 TEUR
Erlöse aus Krankenhausleistungen u. ä.	95.395	88.627
Bestandsveränderung unfertige Erzeugnisse	-206	58
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0
Zuweisungen und Zuschüsse der öff.	0	1.047
	3.383	4.41
Summe der betrieblichen Erträge	98.572	94.150
Materialaufwand / Fremddienstleistungen Personalaufwand	22.360	22.603
Abschreibungen	64.571	59.907
Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.409	3.872
	22.375	10.572
Summe der betrieblichen Aufwendungen	118.715	96.954
Betriebsergebnis	-20.143	-2.804
Ergebnis Sonder- und Ausgleichsposten Finanzergebnis	587	1.334
Außerordentliche Aufwendungen	-453	-1.926
	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-20.009	-3.396
Sonstige Steuern	28	25
Aufwendungen aus Ergebnisabführung	0	0
Erträge aus Verlustübernahme	20.037	3.421
Jahresfehlbetrag	0	0

b) Lage des Unternehmens, Entwicklung und Ausblick

In der HELIOS Kliniken Breisgau-Hochschwarzwald GmbH befinden sich als einzelne Betriebsstätten die drei ehemaligen Kreiskrankenhäuser des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald mit den Standorten Breisach, Müllheim und Titisee-Neustadt.

Im Unternehmensgeschäftsjahr 2025 konnten Umsatzerlöse in Höhe von 98.572 TEUR erzielt werden. Diesen stehen Personalkosten in Höhe von 64.571 TEUR, Materialaufwendungen in Höhe von 22.360 TEUR, Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen in Höhe von 9.409 TEUR sowie sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 22.375 TEUR gegenüber.

Das Jahresergebnis vor Ergebnisabführung ist mit -20.037 TEUR um 16.616 TEUR weniger negativ als im Vorjahr.

Die Ergebnisverschlechterung in den Häusern resultiert aus den gestiegenen Erlösen (+4,7 %) bei deutlich gestiegenen Aufwendungen (+12,2 %). Neben den allgemeinen gestiegenen Kosten (Energie, Infrastruktur, EDV und Tarifsteigerungen) ist der zusätzliche Auswand durch Einmaleffekte aus der Schließung des Standortes Breisach begründet.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2025 die Entscheidung zur dauerhaften Schließung des Standorts Breisach im Laufe des Jahres 2026 getroffen.

Vor dem Hintergrund dieser Beschlusslage und der hieraus resultierenden Beendigung der operativen Aktivitäten wurde von der bisherigen Fortführungsannahme Abstand genommen. Die Vermögensgegenstände sowie Schulden werden erstmals auf Basis einer Bewertung nach Aufgabe der Fortführungsannahme angesetzt. Infolge der notwendigen Anpassungen wurden Sachanlagen in erheblichem Umfang außerplanmäßig abgeschrieben und Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen gebildet. Aus der daraus resultierenden Neubewertung ergab sich ein außerordentlicher Ergebniseffekt in Höhe von insgesamt -16.662 TEUR.

Sachverhalt

Betrag in TEUR

Abwertung Gebäude	-5.368
Ausgleichsposten KHG	-1.022
Personalrückstellung	-9.474
Beendigung Verträge	-498
Rechtsanwaltsgebühren	-300

Bei bereits erhaltenen Zuschüssen wird nicht davon ausgegangen, dass diese zurückgezahlt werden müssen. Fördergelder für die Schließung des Standortes sind zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht zugesagt und daher auch nicht aktiviert worden.

Darstellung des Geschäftsverlaufs:

Auch 2025 bauen alle drei Standorte der Helios Kliniken Breisgau-Hochschwarzwald ihr medizinisches Angebot gezielt aus – orientiert an den jeweiligen standortspezifischen Gegebenheiten und dem Bedarf der Patientinnen und Patienten. Gleichzeitig fließen Mittel in zeitgemäße Medizintechnik sowie in die Weiterentwicklung der Klinikgebäude.

Die Helios Kliniken Gruppe verfolgt seit vielen Jahren konsequent das Ziel, die medizinische Qualität in ihren Häusern zu steigern. Die drei Helios Standorte im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald stechen innerhalb des Konzerns besonders hervor: Gemeinsam übertreffen sie auch 2025 den konzerneigenen Durchschnitt bei den erreichten Qualitätszielen. Dies verdient besondere Anerkennung, da die Helios- Mortalitätsraten – eine zentrale Kennzahl im Qualitätsmanagementsystem des Konzerns – konzernweit bereits unter dem bundesweiten Durchschnitt liegen.

Investitionen:

Im Geschäftsjahr 2025 wurden in den drei Kliniken Gesamtinvestitionen von 1.763 TEUR (2024: 515 TEUR) getätigt. Diese verteilen sich wie folgt auf die Standorte: Titisee-Neustadt 693 TEUR (2024: 215 TEUR), Müllheim 699 TEUR (2024: 254 TEUR) und Breisach 371 TEUR (2024: 46). Wesentliche Investitionen in Titisee-Neustadt erfolgten in die Neuanschaffung von Geschäfts- und Betriebsausstattungen (246 TEUR) sowie der EDV (368 TEUR) und die bauliche Sanierung insbesondere den Brandschutz (63 TEUR), am Standort Müllheim wurde ebenfalls in die Brandschutzsanierung (135 TEUR) sowie in die Neuanschaffung von Geschäfts- und Betriebsausstattung (74 TEUR), die Medizintechnik (49 TEUR) sowie die EDV (370 TEUR) investiert.

Auf bauliche Investitionsmaßnahmen entfielen 69 TEUR. Am Standort Breisach erfolgten Investitionen in die Betriebs- und Geschäftsausstattung (76 TEUR), der Medizintechnik (14 TEUR) sowie die EDV (261 TEUR).

Weiterhin wurde in allen drei Kliniken in die bauliche und medizintechnische sowie IT-Ausstattung investiert, um das hohe und in Teilen überdurchschnittliche Niveau in diesen Bereichen aufrecht zu erhalten bzw. fortzuentwickeln.

Entwicklung:

Die Standorte Müllheim und Titisee-Neustadt der Helios Breisgau-Kliniken werden weiterhin als stabil und mit Entwicklungspotenzial bewertet. Für die Helios Rosmann Klinik hingegen zeichnet sich eine rückläufige Tendenz ab. Angesichts dieser Entwicklung werden für den Standort Breisach aktiv Handlungsoptionen geprüft und die weitere Entwicklung kritisch beobachtet.

Der strategische Schwerpunkt lag 2025 auf dem Ausbau der endoprothetischen Versorgung in Müllheim – insbesondere durch die planmäßige Einbindung des MVZ – sowie auf der weiteren Stärkung der geriatrischen Angebote in Titisee und Breisach.

An allen drei Standorten wurden die regelmäßigen Zuweisergespräche, die während der Pandemie pausiert hatten, wieder aufgenommen und in Titisee-Neustadt in einem neu entwickelten Format erprobt. Die frühzeitige Einbindung relevanter Stakeholder in die medizinische Angebotsstrategie der Breisgau-Hochschwarzwald GmbH bleibt dabei ein wichtiges Anliegen.

Ein weiterer zentraler Schwerpunkt war und ist die Gewinnung und Fachkräften. Die Personalgewinnung stützte sich dabei auf drei Säulen:

1. Mitarbeitergewinnung durch erhöhte Marketingmaßnahmen
2. Mitarbeitergewinnung durch ausländischen Kooperationspartner
3. Mitarbeitergewinnung durch Ausbildung mit einem zweiten Schulstandort Müllheim

Darüber hinaus wurden die konzernweiten Schwerpunktthemen Digitalisierung Nachhaltigkeit durch mehrere Projekte an den Standorten umgesetzt.

Insgesamt verzeichneten Müllheim und Titisee-Neustadt 2025 sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich ein gestiegenes Patientenaufkommen.

Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung:

Die mittelfristigen Ziele und Entwicklungsperspektiven der drei Kliniken – insbesondere in den Bereichen Qualitätssicherung und -verbesserung, Personalgewinnung und -bindung, Weiterentwicklung des medizinischen Leistungsspektrums sowie Digitalisierung – sind mit erheblichen Herausforderungen und Risiken verbunden. Diese resultieren unter anderem

aus dem sich rasch wandelnden gesetzlichen Rahmen, einem zunehmend wettbewerbsintensiven gesundheitspolitischen Umfeld, dem demografischen Wandel hin zu einer älteren Bevölkerungsstruktur sowie dem anhaltenden Fachkräftemangel auf Bundesebene.

c) Personalentwicklung

Die Zahl der am 31.12.2025 des Geschäftsjahrs beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter setzt sich getrennt nach Gruppen im Vergleich zum Vorjahr wie folgt zusammen:

	Tarif MA	m	w	TZ	VZ
2024	877	171	706	467	305
2025	891	171	720	561	330

	ohne Tarifbezug	m	w
2024	56	36	20
2025	77	43	34

	Azubi	m	w
2024	110	36	74
2025	109	31	78

Stichtag 31.12.2025

In der Helios Kliniken Breisgau Hochschwarzwald GmbH wurden im Berichtszeitraum 1.077 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Hiervon waren 832 Frauen (77 %) und 245 Männer (23 %). 561 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren in diesem Zeitraum teilzeitbeschäftigt. Der Anteil der tariflichen Teilzeitbeschäftigung an der Gesamtzahl der Beschäftigten betrug somit 63 %. Von den Beschäftigten in Teilzeit waren 504 Frauen (90%) und 57 Männer (10 %). Der leichte Mitarbeiterzuwachs ist vor allem aus den Ausbildungsberufen erzeugt worden. Zudem konnten vermehrt examinierte Pflegekräfte gewonnen werden.

Die Helios Kliniken Breisgau Hochschwarzwald GmbH ist tarifgebunden und wendete auch im Berichtszeitraum den TV Helios bzw. TV Ärzte Helios an. Durch eine Vergütung auf Basis der tarifvertraglichen Bestimmungen wurde die Beachtung des Gebots eines gleichen Entgeltes für gleiche Arbeit bestmöglich gewährleistet, da die Berechnung der Vergütungshöhe bei Anwendung eines Tarifvertrages stets tätigkeitsbezogen durch die individuelle Eingruppierung der Beschäftigten erfolgt und eine Differenzierung nach dem Geschlecht selbstverständlich unzulässig ist.

Die Helios Kliniken Breisgau Hochschwarzwald GmbH verfolgte auch im Berichtszeitraum das Ziel, die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern. Zu diesem Zweck ergriff sie folgende Maßnahmen: Innerbetriebliche Förderung von Frauen durch gezielte Fortbildungsmaßnahmen.

d) Kapitalzuführungen und –entnahmen

Die Liquidität der Helios Kliniken Breisgau Hochschwarzwald GmbH ist durch die Teilnahme am Cash-Pooling der Helios-Gruppe jederzeit gesichert.

e) Kennzahlen der Vermögens- Finanz- und Ertragslage**Vermögens- und Finanzkennzahlen**

	<u>2025</u>		<u>2024</u>		Veränderungen	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Vermögen						
Immaterielle Vermögensgegenstände	57	0,1	139	0,2	-82	-59,0
Sachanlagevermögen	34.721	37,3	42.077	55,5	-7.356	-17,5
Sonderposten	-13.214	-14,3	-12.769	-16,8	-446	3,5
	21.564	23,2	29.447	38,9	-7.884	-26,7
Finanzanlagen	52	0,1	52	0,1	0	0,0
	21.616	23,2	29.499	39,0	-7.884	-26,7
Langfristige Forderungen	0	-	0	0,0	0	0,0
Langfristiges Vermögen	21.616	23,2	29.499	39,0	-7.884	-26,7
Vorräte	2.455	2,6	2.664	3,5	-209	-7,8
Kurzfristige Forderungen	67.580	72,7	42.322	55,8	25.258	59,7
Flüssige Mittel	1.414	1,5	1.318	1,7	96	7,3
Übrige Aktiva	34	0,0	1	0,0	33	>100
	-	-	-	-		
Kurzfristiges Vermögen	71.483	76,8	46.305	61,0	25.179	54,4
	93.099	100,0	75.804	100,0	17.294	22,8
Kapital						
Eigenkapital	26.341	28,3	26.341	34,7	0	0,0
Ausgleichsposten	0		-1.022	-1,3	1.022	-100,0
	26.341	28,3	25.319	33,4	1.022	4,0
Langfristige Rückstellungen	688	0,7	741	1,0	-73	-9,8
Langfristige Verbindlichkeiten	0	-	0	-	0	0,0
Langfristiges Fremdkapital	688	0,7	741	1,0	-73	-9,8
	-	-	-	-		
Langfristiges Kapital	27.009	29,0	26.060	34,4	949	3,6
Kurzfristige Rückstellungen	16.927	18,2	6.062	8,0	10.865	179,2
Kurzfristige Verbindlichkeiten	49.163	52,8	43.682	57,6	5.481	12,5
Kurzfristiges Fremdkapital	66.090	71,0	49.744	65,6	16.346	32,9
Sonstige Passiva	0	0,0	0	0,0	0	0,0
	-	-	-	-		
Kurzfristiges Kapital	66.090	71,0	49.744	65,6	16.346	32,9
	75.804	100,0	75.804	100,0	17.294	22,8

Ertragslage

	<u>2025</u>		<u>2024</u>		Veränderungen	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Erlöse aus Krankenhausleistungen	87.701	89,0	84.069	89,3	3.632	4,3
Erlöse aus Wahlleistungen	1.857	1,9	1.709	1,8	148	8,6
Erlöse aus ambulanten Leistungen	2.877	2,9	3.116	3,3	-239	-7,7
Nutzungsentgelte der Ärzte	2	0,0	3	0,0	-1	-33,3
Erlöse Forensik	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Aufwendungen aus der Zuführung MDK-Rückstellungen	-278	-0,3	-626	-0,7	348	-55,6
Erlöse aus Rehabilitation und Anschlussheilbehandlung	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Erlöse aus Pflegeleistungen	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Aufwend. Aus Ausgleichsbetr. für frühere GJ	-562	-0,6	-2.786	-3,0	2.224	-79,8
Erlöse aus Ausgleich frühere Geschäftsjahre	130	0,1	39	0,0	91	233,3
Bestandsveränderungen	-206	-0,2	58	0,1	-264	-456,1
Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	0	0,0	1.047	1,1	-1.047	-100
4a / Umsatzerlöse HGB	3.669	3,7	3.103	3,3	566	18,2
Sonstige betriebliche Erträge	3.383	3,4	4.418	4,7	-1.035	-23,4
Betriebsleistung	98.572	100,0	94.150	100,0	4.422	4,7
Personalaufwand	64.571	65,5	59.907	63,6	4.663	7,8
Materialaufwand	22.360	22,7	22.603	24,0	-243	-1,1
Abschreibungen auf nicht gefördertes Anlagevermögen	7.802	7,9	2.430	2,6	5.372	221,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	22.403	22,7	10.597	11,3	11.805	111,4
Betriebsaufwand	117.135	118,8	95.538	101,5	21.597	22,6
Betriebsergebnis	-18.563	-18,8	-1.388	-1,5	-17.175	>1000
Ergebnis Investitionsförderung	--1.0228	-1,0	-108	-0,1	-914	845,3
Finanzergebnis	-453	-0,5	-1.925	-2,0	1.473	-76,5
Ergebnis vor Ertragssteuern	-20.037	-20,3	-3.421	-3,6	-16.616	485,7
Steuern	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Ergebnis nach Ertragssteuern	-20.037	-20,3	-3.421	-3,6	-16.616	485,7
Ergebnisabführung	-20.037	-20,3	-3.421	-3,6	-16.616	485,7

Personalkennzahlen		2025	2024
Personalkosten je Mitarbeiter	Personalaufwand / Anzahl der Mitarbeiter	91.460 EUR	89.632 EUR

2. SCHWARZWALD TOURISMUS GMBH

A. GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Die Gesellschaft fördert und unterstützt die naturnahe, ökologische, nachhaltige und zukunftsgerichtete Entwicklung des Tourismus und des Kurwesens im Schwarzwald und trägt zur positiven Imagebildung des Schwarzwaldes als Dachmarke national und international bei. Sie sorgt für die Bekanntheit und die Verbreitung des touristischen Angebotes des Schwarzwaldes und trägt zu einem optimierten Informationsservice für potentielle Gäste und Interessenten bei.

Die Gesellschaft entwickelt, betreibt und aktualisiert ein eindeutiges und unverwechselbares Erscheinungsbild des Schwarzwaldes als Urlaubs- und Erholungsregion und fördert dadurch den Bekanntheitsgrad des Schwarzwaldes. Ferner koordiniert und fördert sie die Vermarktung des touristischen Angebotes unter dem Dach des touristischen Markenbegriffs und betreibt das operative touristische Marketinggeschäft für den gesamten Schwarzwald. Dabei bezieht sie privatwirtschaftliche Unternehmen in ihre Marketingaktivitäten ein und koordiniert gemeinsame Werbung für die Marke Schwarzwald.

Die Gesellschaft fördert Maßnahmen zur qualitativen und quantitativen Verbesserung des touristischen Angebotes. Zur Erledigung ihrer Aufgaben bedient sie sich eines Marketingkonzeptes, schreibt dieses fort und setzt es um. Dabei nimmt sie ihre Aufgaben im gemeinsamen Interesse der Tourismusbranche und aller sonstiger vom Tourismus profitierenden Betriebe im Schwarzwald wahr.

Die Gesellschaft verfolgt öffentliche Zwecke im Sinne der Gemeindeordnung Baden-Württemberg. Die tourismuspolitischen Aufgaben werden als Klammerfunktion für den gesamten Schwarzwald gegenüber dem Bund, dem Land und den Fach- und Dachverbänden vertreten.

Die Gesellschaft anerkennt die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit den Institutionen und Verbänden des Schwarzwaldes, die sich ebenfalls um die Förderung des Tourismus bemühen. Diese Institutionen und Verbände können ihre Interessen in einem Fachbeirat einbringen, welcher durch die Gesellschaft eingerichtet wird. Der Fachbeirat ist aus dem Landkreis-Tourismusausschuss zu entwickeln. Das Unternehmen wird in gemieteten Räumen betrieben.

B. BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Gesellschafter sind mit folgenden Geschäftsanteilen:

Gesellschafter	EUR	v. H.
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	26.600,00	26,23
Ortenaukreis	17.150,00	16,91
Landkreis Freudenstadt	10.700,00	10,55
Landkreis Schwarzwald-Baar	9.550,00	9,42
Landkreis Waldshut	8.450,00	8,33
Landkreis Calw	8.300,00	8,19
Landkreis Lörrach	6.850,00	6,75
Landkreis Rastatt	3.400,00	3,35
Landkreis Emmendingen	3.100,00	3,06
Landkreis Rottweil	1.700,00	1,68
Landkreis Karlsruhe	1.400,00	1,38
Freiburg Wirtschaft, Touristik und Messe GmbH & Co. KG	1.250,00	1,23
Karlsruhe Tourismus GmbH	1.000,00	0,99
Baden-Baden Kur & Tourismus GmbH	900,00	0,89
Enzkreis	800,00	0,79
Stadt Pforzheim	250,00	0,25
Summe	<u>101.400,00</u>	<u>100,00</u>

C. BESETZUNG DER ORGANE SOWIE GEWÄHRTE GESAMTBEZÜGE

a) Gesellschafterversammlung

siehe Aufstellung unter B.

b) Aufsichtsrat

Dem Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald stehen 5 von 35 Aufsichtsratssitzen zu.

Dr. Christian Ante	(Vorsitzender)	Landrat
Andreas Junt	(stv. Vorsitzender)	Landrat
Sven Hinterseh	(stv. Vorsitzender)	Landrat
Pascal Rastetter		Geschäftsführer
Michael Kreft von Byern	(stv. Vorsitzender)	Direktor der Wasserwelten Rulantica
Thorsten Erny		Landrat
Hanna Böhme		Geschäftsführerin
Nora Waggershauser		Geschäftsführerin
Oliver Reitz		Geschäftsführer
Jürgen Kaiser		Bürgermeister
Bernhard Andris		Kreisrat
Norbert Brugger		Bürgermeister a.D., Kreisrat
Leopold Winterhalder		Kreisrat
Helmut Riegger		Landrat
Klaus Mack		Mitglied des Deutschen Bundestages
Hanno Hurth		Landrat

Bastian Rosenau	Landrat
Michael Ruf	Bürgermeister
Dr. Christoph Schnaudigel	Landrat
Marion Dammann	Landrätin
Oliver Fiedel	Bürgermeister
Benjamin Rösch	Kreisrat
Joachim Prinzbach	Kreisrat
Hans-Jürgen Decker	Bürgermeister
Prof. Dr. Christian Dusch	Landrat
Dr. Wolf-Rüdiger Michel	Landrat
Fritz Link	Bürgermeister
Dr. Martin Kistler	Landrat
Alexander Guhl	Bürgermeister
Klaus Bähr	Geschäftsführer
Ralf Müller	Geschäftsführender Gesellschafter
Markus Knoll	Geschäftsführer
Tanja Traub	Geschäftsführerin
René Skiba	Geschäftsführer
Günter Lehmann	Geschäftsführer

c) Geschäftsführung

Hansjörg Mair

D. BETEILIGUNGEN DES UNTERNEHMENS

Die STG ist Gesellschafter der Tourismus Marketing GmbH Baden-Württemberg (TMBW).

E. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Kommunales Tourismusmarketing auf der überörtlichen Ebene ist ähnlich wie die allgemeine Wirtschaftsförderung als öffentliche Aufgabe anerkannt. Die Regierungspräsidien Freiburg und Karlsruhe haben die Rechtmäßigkeit aller erfolgten Gremienbeschlüsse zur Neuorganisation der Tourismusarbeit im Schwarzwald bestätigt.

F. GRUNDZÜGE DES GESCHÄFTSVERLAUFS UND LAGE DES UNTERNEHMENS

Der Jahresabschluss 2025 wird in der am 08.07.2026 stattfindenden Gesellschafterversammlung festgestellt.

a) Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

B I L A N Z						
Aktivseite		31.12.2025 TEUR	31.12.2024 TEUR	Passivseite		31.12.2025 TEUR
						31.12.2024 TEUR
A.	Anlagenvermögen			A.	Eigenkapital	
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	14	23	I.	Gezeichnetes Kapital	101
II.	Sachanlagen	87	86	II.	Gewinnrücklagen	0
III.	Finanzanlagen	23	23	III.	Gewinnvortrag	166
				IV.	Jahresüberschuss	5
		124	132			272
B.	Umlaufvermögen			B.	Rückstellungen	68
I.	Vorräte	8	6	C.	Verbindlichkeiten	838
II.	Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	708	416			
III.	Sonstige Wertpapiere	0	0			
IV.	Flüssige Mittel	217	609			
		933	1.031			
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	121	48			
Bilanzsumme		1.178	1.211	Bilanzsumme		1.178
						1.211

Gewinn- und Verlustrechnung		
Bezeichnung	2025 TEUR	2024 TEUR
Umsatzerlöse	2.244	1.380
Sonstige betriebliche Erträge	3.406	3.513
Summe der betrieblichen Erträge	5.650	4.893
Materialaufwand	3.242	2.574
Personalaufwand	1.737	1.720
Abschreibungen	30	30
Sonstige betriebliche Aufwendungen	649	592
Summe der betrieblichen Aufwendungen	5.658	4.916
Betriebsergebnis	-8	-23
Finanzergebnis	13	29
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5	6
Steuern von Einkommen und Ertrag	0	0
Sonstige Steuern	0	0
Jahresüberschuss / - fehlbetrag	5	6

b) Lage des Unternehmens, Entwicklung und Ausblick

Die STG wurde am 18.10.2001 gegründet und hat Ihren Sitz in Freiburg. Die rechtliche Unternehmensstruktur hat sich im Geschäftsjahr 2025 nicht verändert. Der Entwicklung des Tourismus im Schwarzwald diente auch im Jahr 2025 die Bearbeitung verschiedener Themenbereiche. Unterstützt wurde dies durch die Organisation und finanzwirtschaftliche Abwicklung der KONUS-Gästekarte und der SchwarzwaldCard.

Durch Werbekampagnen, Social Media Aktivitäten und Wirtschaftskooperationen, ausdrucksstarke und informative Printmedien, den Schwarzwaldkatalog, zahlreiche Messebeteiligungen und Aktivitäten in der Presse/Medien- und PR-Arbeit und schließlich auch durch die Präsentation des Internetauftritts wurde das Markenversprechen „herz.erfrischend.echt.“ weiter transportiert.

Die Ertrags-, Finanz und Vermögenslage der Schwarzwald Tourismus GmbH hat sich im Geschäftsjahr 2025 positiv entwickelt. Die Gewinn- und Verlustrechnung der Schwarzwald Tourismus GmbH schließt mit einem Jahresüberschuss von 5.251,32 EUR (Vorjahr Überschuss 6.291,03 EUR) ab. Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2025, der durch den Aufsichtsrat beschlossen wurde, ging von Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 5.584 TEUR aus. Tatsächlich wurden Umsatzerlöse und Erträge in Höhe von 5.665 TEUR (Vorjahr 4.927 TEUR) und Aufwendungen und Abschreibungen in Höhe von 5.660 TEUR (Vorjahr 4.921 TEUR) getätigt. Durch eigene Maßnahmen generierte die Schwarzwald Tourismus GmbH Erlöse von 2.623 TEUR (Vorjahr 2.283 TEUR). Die Defizitausgleichszahlung der Gesellschafter betrug 2.166 TEUR und die Marketingzahlung des Landes 876 TEUR.

Die Personalkosten fallen mit 212 TEUR rund 11 % geringer aus als geplant. Der Cashflow betrug im Berichtszeitraum 35 TEUR. Die Finanzlage ist ausgeglichen. Es bestehen noch ausreichend liquide Mittel. Mit einer geordneten Vermögens- und Finanzlage ist eine wesentliche Voraussetzung erfüllt, um auch in Zukunft erfolgreich arbeiten zu können. Die Bilanzsumme der Schwarzwald Tourismus GmbH belief sich zum Bilanzstichtag auf 1.178 TEUR. Sie hat sich gegenüber dem Vorjahr 2024 (1.211 TEUR) um 2,7 % verringert.

Mit dem im Jahr 2025 erzielten Jahresüberschuss von 5.251,32 EUR erhöhte sich das Eigenkapital auf nun 272 TEUR. Die bilanzielle Eigenkapitalquote der Gesellschaft beträgt damit zum Abschlussstichtag 23,09 % des Gesamtkapitals gegenüber 22,03 % im Vorjahr. Die Prognose der zukünftigen Geschäftsentwicklung vor dem Hintergrund der konjunkturellen und krisenbedingten Situation ist ungewiss. Nicht zuletzt wegen der auf Gesellschafterbeiträge ausgerichteten Finanzierung der Gesellschaft erscheint die Umsetzung der Unternehmensziele auch im Jahr 2026 gesichert.

c) Personalentwicklung

Die STG beschäftigte im Jahresdurchschnitt 27 Mitarbeiter/-innen und 2 Auszubildende.

d) Kapitalzuführung und –entnahmen

Das Stammkapital blieb im Berichtsjahr unverändert.

e) Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögens- und Finanzkennzahlen		2025	2024
Anlagenintensität	$AV \cdot 100 / \text{GesamtV}$	10,6 %	10,9 %
Eigenkapitalquote	$EK \cdot 100 / \text{GesamtK}$	23,1 %	22,0 %
Anlagendeckung	$(EK + \text{langfr. FK}) \cdot 100 / AV$	218,7 %	203,3 %
Ertragskennzahlen			
Umsatzrentabilität	$(\text{Jahresüberschuss nach Steuern} + \text{Ertragssteuern}) \cdot 100 / \text{Umsatz}$	0,2 %	0,5 %
Eigenkapitalrentabilität	$\text{Jahresüberschuss nach Steuern} \cdot 100 / EK$	1,9 %	2,4 %
Gesamtkapitalrentabilität	$(\text{Jahresüberschuss nach Steuern} + \text{Zinsen}) \cdot 100 / GK$	0,5 %	0,56 %
Cash flow	Jahresüberschuss nach Steuern + Abschreibungen Zugänge – Zuschreibungen – Erhöhung langfr. Rückstellungen – Verminderung langfr. Rückstellungen	35.154 €	36.757 €
Personalkennzahlen			
Personalkosten je Mitarbeiter	Personalaufwand / Anzahl der Mitarbeiter	59.907 €	63.705 €

3. RHEINHAFEN BREISACH GMBH

A. GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit des Unternehmens liegt im Betrieb eines Hafens. Hierzu gehören insbesondere das Be- und Entladen sowie die Lagerung von Gütern, die Organisation von Transporten, die Verpachtung von Grundstücken, die Vermietung von Lagerhallen sowie der Betrieb einer öffentlichen Brückenwaage und alle damit verbundenen Dienstleistungen.

Daneben obliegen der Gesellschaft die Verwaltung von Grundstücken und die Gestaltung von Personal für die LAGERHAUS BREISACH GMBH.

Das Einzugsgebiet des Breisacher Rheinhafens umfasst den südbadischen Raum bis zum Bodensee.

B. BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Gesellschafter sind mit folgenden Geschäftsanteilen:

Gesellschafter	EUR	v. H.
Stadt Breisach am Rhein	248.040,00	31,80
BAVARIA Schifffahrts- und Speditions-AG Bamberg	210.600,00	27,00
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	180.960,00	23,20
Stadt Freiburg im Breisgau	87.880,00	11,26
Birkenmeier Stein+Design GmbH + Co KG, Breisach-Niederrimsingen	13.000,00	1,67
Kies- und Splittverladegesellschaft mbH, Breisach a. R.	13.000,00	1,67
Erismann & Cie. GmbH, Breisach	7.800,00	1,00
Industrie- und Handelskammer Südl. Oberrhein, Freiburg i. Br.	7.800,00	1,00
KLEYLING GmbH, Breisach a. Rhein	7.800,00	1,00
Spedition Bäumle GmbH, Murg	3.120,00	0,40
Summe	<u>780.000,00</u>	<u>100,00</u>

C. BESETZUNG DER ORGANE

a) Gesellschafterversammlung

siehe Aufstellung unter B.

b) Aufsichtsrat

Oliver Rein	Vorsitzender, Bürgermeister
Andreas Dicke	stellvertretender Vorsitzender
Maximilian Bercher	Geschäftsführer
Thomas Birkenmeier	Geschäftsführer
Alexander Hackenjos	Geschäftsführer
Dr. Dieter Salomon	Hauptgeschäftsführer
Stefan Breiter	Bürgermeister
Dr. Christian Ante	Landrat
Carsten Müller	1. Beigeordneter der Stadt Breisach

c) Geschäftsführung

Martin Kuttler	Diplom-Volkswirt (bis September 2025)
Christian Alfons Ott	ab Oktober 2025

D. BETEILIGUNGEN DES UNTERNEHMENS

Die Gesellschaft ist an der am 12.03.1969 gegründeten Firma LAGERHAUS BREISACH GMBH, deren Stammkapital seit 01.08.2009 820.000,00 EUR beträgt, mit 66 % beteiligt. Die Beteiligung ist mit 426.593,31 EUR bilanziert.

Außerdem besteht ein Genossenschaftsanteil bei der Volksbank Breisgau Süd eG über 320,00 EUR.

E. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Mit dem Rheinhafen Breisach wird die Infrastruktur des Landkreises deutlich verbessert. Allen Nutzern wird die Möglichkeit eröffnet, ihre Güter und Waren verkehrspolitisch und ökologisch sinnvoll auf der Wasserstraße zu transportieren.

F. GRUNDZÜGE DES GESCHÄFTSVERLAUFS UND LAGE DES UNTERNEHMENS

Der Jahresabschluss 2025 wurde in der Gesellschafterversammlung am 21. Mai 2026 beschlossen und festgestellt. Bei den nachfolgend aufgeführten Zahlen handelt es sich um testierte Zahlen. Sie wurden einem endgültigen Prüfbericht des Wirtschaftsprüfers entnommen.

a) Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

B I L A N Z							
Aktivseite		31.12.2025	31.12.2024	Passivseite		31.12.2025	31.12.2024
		TEUR	TEUR			TEUR	TEUR
A.	Anlagenvermögen			A.	Eigenkapital		
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	59	0	I.	Gezeichnetes Kapital	780	780
II.	Sachanlagen	981	594	II.	Kapitalrücklage	600	600
III.	Finanzanlage	427	427	III.	Gewinnrücklage	498	498
				IV.	Bilanzgewinn	1.454	1.576
		1.467	1.021			3.332	3.454
B.	Umlaufvermögen			B.	Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0
I.	Vorräte	8	7	C.	Rückstellungen	1.061	749
II.	Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	1.224	1.466				
III.	Sonstige Wertpapiere	0	0	D.	Verbindlichkeiten	92	142
IV.	Flüssige Mittel	1.772	1.851				
		3.004	3.324				
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	14	0	E.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	
Bilanzsumme		4.485	4.345	Bilanzsumme		4.485	4.345

Gewinn- und Verlustrechnung		
	2025 TEUR	2024 TEUR
Umsatzerlöse	1.744	1.729
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0
Betriebsleistung	1.744	1.729
Materialaufwand	73	85
Personalaufwand	1.160	842
Abschreibungen	99	76
Sonstige betriebliche Aufwendungen	455	337
Sonstige Steuern	1	10
Betriebsaufwand	1.788	1.350
Sonstige betriebliche Erträge	19	29
Betriebsergebnis	-25	408
Finanz- und Beteiligungsergebnis	182	183
Neutrales Ergebnis	-42	27
Ergebnis vor Ertragssteuern	115	618
Ertragsteuern	42	94
Jahresergebnis	73	524

b) Lage des Unternehmens, Entwicklung und Ausblick

Das Jahr 2025 war von einem weiterhin verhaltenen wirtschaftlichen Umfeld geprägt. Insbesondere die Bauwirtschaft entwickelte sich schwach. Dies wirkte sich spürbar auf die Nachfrage nach Transport- und Umschlagsleistungen im Bereich der Massengüter aus. Für die Rheinhafen Breisach GmbH zeigten sich diese Rahmenbedingungen vor allem im Bereich der baustoffnahen Verkehre. Die anhaltende Verlagerung von Transporten auf den Straßengüterverkehr führte zu einer geringeren Umschlagsleistung im Binnenschiffsverkehr. Gleichzeitig blieb die Nachfrage nach Lager- und Umschlagskapazitäten im regionalen Umfeld grundsätzlich stabil.

Die Geschäftsentwicklung der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2025 durch deutliche Rückgänge im klassischen Baustoffbereich, zugleich aber auch durch positive Entwicklungen in einzelnen Gütergruppen sowie eine sehr positive Entwicklung der Fahrgastschifffahrt geprägt. Der gesamte Güterumschlag verringerte sich von 447.527 t auf 369.357 t und lag damit um 17,5 % unter dem Vorjahreswert. Wesentlicher Treiber dieser Entwicklung war der Rückgang bei Sand, Kies und Splitt um 102.418 t bzw. 26,3 %. Positiv entwickelten sich dagegen Getreide und Mais, Dünger, Holzpellets sowie erstmals Zellulose. Diese Zuwächse konnten den Rückgang im Baustoffbereich mengenmäßig jedoch nicht vollständig ausgleichen.

Der Kranumschlag belief sich auf 103.098 t nach 144.285 t im Vorjahr und lag damit um 28,5 % unter dem Vorjahreswert. Ein wesentlicher Einflussfaktor auf die Entwicklung der Umsatzerlöse ist die Menge der über die Krananlagen der Gesellschaft umgeschlagenen Güter. Erdaushub wurde im Jahr 2025 landseitig in Höhe von 36.640,36 t angeliefert. Hiervon wurden 23.550 t wieder per Lkw abgefahren; 9.743 t wurden wasserseitig umgeschlagen. Im Vorjahr belief sich die landseitige Anlieferung auf insgesamt 27.287,439 t. Davon wurden 12.801,659 t auf das Schiff verladen und weitere 14.485 t per Lkw abgefahren.

Im Geschäftsjahr 2025 legten 684 Fahrgastschiffe an, nach 442 im Vorjahr. Damit hat sich der Bereich der Fahrgastschifffahrt erneut deutlich positiv entwickelt und die Bedeutung des Standorts im touristischen Verkehr weiter erhöht. Bei den Güterschiffen wurden im Berichtsjahr 61 ankommende und 140 abgehende Schiffe gezählt, insgesamt somit 201 Güterschiffsbewegungen. Im Vorjahr lag die Zahl der Güterschiffsbewegungen bei insgesamt 209.

Im Lagebericht des Vorjahres war für das Geschäftsjahr 2025 eine Ergebnisentwicklung im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre erwartet worden. Diese Prognose hat sich im Berichtsjahr insbesondere aufgrund negativer Einmaleffekte im Personalbereich sowie höherer sonstiger betrieblicher Aufwendungen nicht erfüllt. Das Geschäftsjahr 2025 war für die Rheinhafen Breisach GmbH trotz des rückläufigen Gesamtumschlags insgesamt durch eine im Vorjahresvergleich stabile Umsatzentwicklung geprägt. Die Umsatzerlöse erhöhten sich im Berichtsjahr leicht von 1.729,1 TEUR auf 1.743,9 TEUR und lagen damit um 15 TEUR bzw. 0,9 % über dem Vorjahresniveau. Innerhalb der Umsatzerlöse waren rückläufige Entgelte aus dem Warenumschlag zu verzeichnen. Demgegenüber standen gestiegene Erlöse aus der Kaibenutzung durch

Personengastschiffe sowie höhere Lagerentgelte. Die hinzugewonnenen Umschlagsgüter, insbesondere Holzpellets, Zellulose sowie Getreide und Mais, haben zusammen mit der deutlich höheren Zahl an Fahrgastschiffanläufen die Mengenrückgänge bei Sand, Kies und Splitt zwar nicht vollständig kompensiert. Gleichwohl wirkten sich diese Gütergruppen und die positiven Entwicklungen in der Fahrgastschiffahrt insgesamt positiv auf die Umsatzentwicklung aus.

Die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren der Gesellschaft sind die Umsatzerlöse, das operative Ergebnis und die Eigenkapitalquote. Die Umsatzerlöse sind für die Gesellschaft von besonderer Bedeutung, weil sie die wirtschaftliche Entwicklung in den Bereichen Umschlag, Lagerung, Kaibenutzung und sonstige hafenbezogene Leistungen unmittelbar abbilden. Das operative Ergebnis ist ein wesentlicher Leistungsindikator, weil es die operative Ertragskraft des Hafenbetriebs zeigt. Ergänzend wird die Eigenkapitalquote zur internen Steuerung herangezogen, da sie die finanzielle Stabilität und die Fähigkeit zur Finanzierung künftiger Investitionen widerspiegelt. Im Geschäftsjahr 2025 erhöhten sich die Umsatzerlöse auf 1.743,9 TEUR, während sich das operative Ergebnis deutlich abschwächte; die Eigenkapitalquote belief sich zum Bilanzstichtag auf 74,4 %.

Die Ertragslage der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2025 gegenüber dem Vorjahr deutlich abgeschwächt. Das operative Ergebnis lag deutlich unter dem Vorjahresniveau, während der Jahresüberschuss von 523,7 TEUR auf 84,2 TEUR zurückging. Die wesentlichen Einflussfaktoren werden nachfolgend dargestellt. Ein wesentlicher Einflussfaktor auf die Entwicklung der Umsatzerlöse war der deutliche Rückgang des Kranumschlags. Das Finanz- und Beteiligungsergebnis lag mit 182,1 TEUR nahezu auf Vorjahresniveau. Es setzt sich im Wesentlichen aus der Gewinnausschüttung der Lagerhaus Breisach GmbH abzüglich der Abzinsung von Pensionsrückstellungen zusammen.

Das Ergebnis wäre deutlich besser ausgefallen, wenn im Geschäftsjahr keine Sonderzuführung zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von rund 280 TEUR für Pensionsansprüche hätte gebildet werden müssen. Unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der weiterhin soliden Vermögens- und Finanzlage beurteilt die Geschäftsführung das Jahresergebnis insgesamt als zufriedenstellend.

Der Materialaufwand verringerte sich von 84,7 TEUR auf 73,1 TEUR. Er umfasst insbesondere Kosten für Kraftstoffe und Energie sowie Frachtkosten. Insgesamt ergab sich damit ein Rückgang um rund 14 %, der im Wesentlichen auf den Wegfall von Frachtkosten zurückzuführen ist. Der Personalaufwand erhöhte sich von 841,6 TEUR auf 1.157,5 TEUR. Die Zunahme ist im Wesentlichen auf die Zuführung zur Pensionsrückstellung infolge der Neuberechnung der Rückstellung für einen ausgeschiedenen Geschäftsführer zurückzuführen. Darüber hinaus wirkten sich im Berichtsjahr weitere personalbezogene Sondereffekte sowie zeitlich befristete zusätzliche Belastungen aufwandssteigernd aus. Die Abschreibungen stiegen von 76,0 TEUR auf 99,5 TEUR. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich deutlich. Ursächlich hierfür waren insbesondere höhere Kosten im Zusammenhang mit Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen sowie der laufenden Betriebsführung.

Die Finanzlage der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2025 geordnet. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit verbesserte sich deutlich auf 463 TEUR nach 91 TEUR im Vorjahr. Dem standen insbesondere investitionsbedingte Mittelabflüsse aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 347 TEUR sowie Mittelabflüsse aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von 195 TEUR gegenüber. Insgesamt verringerte sich der Finanzmittelfonds zum Bilanzstichtag leicht auf 1.772 TEUR nach 1.851 TEUR im Vorjahr.

Die Kapitalstruktur blieb trotz des Rückgangs des Eigenkapitals weiterhin solide. Das Eigenkapital verringerte sich von 3.454,3 TEUR auf 3.343,5 TEUR. Die Entwicklung des Eigenkapitals setzt sich aus dem Jahresüberschuss 2025 in Höhe von 84,2 TEUR abzüglich der Gewinnausschüttung für 2024 in Höhe von 195,0 TEUR zusammen. Die Eigenkapitalquote ging hierdurch von 79,6 % auf 74,4 % zurück, liegt damit aber weiterhin auf einem hohen Niveau. Das langfristige Fremdkapital erhöhte sich insbesondere infolge höherer Pensionsrückstellungen. Auch das kurzfristige Fremdkapital wurde vor allem durch höhere sonstige Rückstellungen beeinflusst. Die Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestanden zum Bilanzstichtag nicht. Insgesamt ist die Finanzlage weiterhin als geordnet und solide zu beurteilen.

Die Bilanzsumme erhöhte sich zum 31.12.2025 auf 4.494,1 TEUR nach 4.345,0 TEUR im Vorjahr. Auf der Aktivseite stieg das langfristig gebundene Vermögen von 1.022 TEUR auf 1.467 TEUR. Die Zunahme des Anlagevermögens ist auf einen positiven Saldo aus deutlich gestiegenen Investitionen und den planmäßigen Abschreibungen zurückzuführen. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen verringerten sich im Wesentlichen infolge einer vorgenommenen Wertberichtigung auf zweifelhafte Forderungen aus Vorjahren. Die Forderungen im Verbundbereich betreffen die Lagerhaus Breisach GmbH; der Anstieg resultiert vorwiegend aus Forderungen im Rahmen der umsatzsteuerlichen Organschaft. Der Rückgang der sonstigen Vermögensgegenstände ist insbesondere durch die Rückzahlung eines Kundendarlehens begründet.

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist insgesamt weiterhin als geordnet und solide zu beurteilen.

Im Geschäftsjahr 2025 wurden zur Sicherung und Modernisierung der Hafeninfrastruktur Investitionen in die Sanierung einer Lagerhalle in Höhe von 10 TEUR, in die Anschaffung eines Gabelstaplers in Höhe von 50 TEUR sowie in die IT-Infrastruktur vorgenommen.

Chancen für die weitere Entwicklung der Gesellschaft ergeben sich insbesondere aus einer Stabilisierung oder Belebung der Baukonjunktur, zusätzlichen Umschlägen im Bereich Zementklinker, dem neu gewonnenen Umschlag von Scherenschrott, höheren Mengen in der Kies- und Splittverladung, der positiven Entwicklung der Fahrgastschiffahrt sowie der Weiterentwicklung bestehender Kundenbeziehungen und der Auslastung der vorhandenen Flächen und Anlagen.

Risiken, die den Bestand des Unternehmens gefährden, sind derzeit nicht erkennbar.

Die bisherige wasserrechtliche Erlaubnis für den wasserseitigen Umschlag ist zum 31.12.2023 ausgelaufen; seit dem 01.01.2024 verfügt die Gesellschaft insoweit über keine gültige Erlaubnis. Im Zuge der weiteren Abstimmung hat sich seit dem letzten Gespräch im April ergeben, dass noch zwei zusätzliche Gutachten zu erstellen sind. Der vollständige Antrag soll dem Regierungspräsidium Freiburg zur Prüfung spätestens Ende Mai bzw. Anfang Juni 2026 vorgelegt werden. Sofern die Unterlagen einschließlich der noch zu erstellenden Gutachten vollständig vorgelegt werden können, ist nach derzeitiger Einschätzung mit einer Erlaubnis bis Ende 2026 zu rechnen.

Risiken für die weitere Geschäftsentwicklung bestehen insbesondere in einer anhaltend schwachen Baukonjunktur, weiteren Verlagerungen von Baustofftransporten auf den Lkw, Schwankungen bei Rohstoffverfügbarkeit und Lieferketten, Hoch- und Niedrigwasserereignissen, steigenden Instandhaltungs-, Energie- und Personalkosten sowie regulatorischen oder genehmigungsrechtlichen Anforderungen. Die Gesellschaft verfügt über einen solventen Kundenstamm. Forderungsausfälle sind bislang nicht in wesentlichem Umfang aufgetreten. Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsziele beglichen. Geldanlagen erfolgen ausschließlich in sicheren und kurzfristig verfügbaren Anlageformen.

Der neu gewonnene Umschlag im Bereich Scherenschrott ist vertraglich für einen Zeitraum von fünf Jahren gesichert und schafft damit eine erhöhte Planungssicherheit für die mittelfristige Unternehmensplanung. Zusammen mit den erwarteten Zusatzmengen im Bereich Zementklinker sowie der wieder ansteigenden Kies- und Splittverladung sind aus heutiger Sicht stabile Ergebnisse zu erwarten; das unternehmerische Risiko in den neu aufgebauten Umschlagsegmenten wird hierdurch spürbar reduziert.

Die weitere Entwicklung der Gesellschaft hängt wesentlich von der konjunkturellen Entwicklung der Branchen ab, deren Güter in Breisach umgeschlagen, gelagert oder weiterverarbeitet werden. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Entwicklung in der Bauwirtschaft, die Nachfrage nach Baustoffen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen sowie die allgemeinen Rahmenbedingungen des Güterverkehrs auf Wasser, Schiene und Straße.

Für das Geschäftsjahr 2026 erwartet die Geschäftsführung eine moderat verbesserte Entwicklung der Umsatzerlöse sowie ein gegenüber 2025 verbessertes Betriebsergebnis und einen höheren Jahresüberschuss. Die Eigenkapitalquote dürfte trotz geplanter Investitionen auf einem weiterhin hohen Niveau verbleiben. Die erwartete Entwicklung stützt sich insbesondere auf zusätzliche Umschlagsmöglichkeiten im Bereich Zementklinker, den neu gewonnenen Umschlag von Scherenschrott, höhere Mengen in der Kies- und Splittverladung sowie die weiterhin positive Entwicklung der Fahrgastschifffahrt.

Zur weiteren Stärkung der betrieblichen Leistungsfähigkeit wurde die Anschaffung eines Umschlagbaggers mit einem Investitionsvolumen von 1.340.000 EUR bereits beauftragt. Darüber hinaus wurde auch die Anschaffung eines Radladers mit einem Investitionsvolumen von rund 339.000 EUR bereits beauftragt. Beide Maßnahmen dienen der langfristigen Sicherung der Umschlagleistung und der Modernisierung der technischen Infrastruktur. Aufgrund der dargestellten Sachverhalte und der Tatsache,

dass das Berichtsjahr 2025 durch negative Einmaleffekte – insbesondere im Personalbereich – geprägt war, geht die Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2026 von einer verbesserten Ergebnisentwicklung aus.

c) Personalentwicklung

Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich beschäftigt:

Bezeichnung	2025	2024
Angestellte	3,0	3,0
Arbeiter	13,0	13,0
Arbeitnehmer Gesamt	16,0	16,0

d) Kapitalzuführung und -entnahmen

Das Stammkapital wurde zuletzt am 01.08.2006 um 13.062,18 EUR auf 780.000 EUR erhöht.

e) Kennzahlen der Vermögens- Finanz- und Ertragslage

Vermögens- und Finanzkennzahlen		2025	2024
Anlagenintensität	$AV * 100 / \text{GesamtV}$	32,7 %	23,5 %
Eigenkapitalquote	$EK * 100 / \text{GesamtK}$	74,3%	79,5 %
Nettoinvestition	Anlagenzugänge - <u>Abschr. Zugänge</u> – Anlagenabgänge + Abschreibungen Abgänge + Zuschreibungen	k.A.	k.A.
Ertragskennzahlen			
Umsatzrentabilität	$(\text{Jahresüberschuss nach Steuern} + \text{Ertragssteuern}) * 100 / \text{Umsatz}$	4,2 %	30,3 %
Eigenkapitalrentabilität	$\text{Jahresüberschuss nach Steuern} * 100 / EK$	2,2 %	15,2 %
Gesamtkapitalrentabilität	$(\text{Jahresüberschuss nach Steuern} + FK - \text{Zinsen}) * 100 / GK$	2,9 %	14,5 %
Cashflow	Jahresüberschuss nach Steuern + Abschreibungen Zugänge – Zuschreibungen + Erhöhung langfr. Rückstellungen – Verminderung langfr. Rückstellungen	463 €	91 €
Personalkennzahlen			
Personalkosten je Mitarbeiter	Personalaufwand / Anzahl der Mitarbeiter	72.477 €	52.625 €

4. PHOTOVOLTAIK LKBH GMBH

A. GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Die Photovoltaik LKBH GmbH hat die Aufgabe, den Ausbau von PV-Anlagen auf Liegenschaften des Landkreises zu forcieren und anschließend eine effiziente Bewirtschaftung mit einheitlichen technischen, organisatorischen und finanziellen Standards zu ermöglichen.

Die Photovoltaik LKBH GmbH fungiert als reine Dienstleistungsgesellschaft und handelt im Auftrag des Landkreises. Die Vertragsabschlüsse (im Wesentlichen Kauf und Installation der PV-Anlagen, Verträge mit Nutzern etc.) werden vollständig beim Landkreis abgebildet, d.h. Investitionen, Aufwendungen und Nutzungserträge werden im Kernhaushalt des Landkreises im Produkt 5310 Elektrizitätsversorgung als Betrieb gewerblicher Art (BgA „Energie“) veranschlagt und abgerechnet.

Das operative Geschäft der Photovoltaik LKBH GmbH beschränkt sich folglich auf die Personal- und Sachkosten, um diese Dienstleistungen für den Landkreis zu erbringen. Diese Dienstleistungen werden dem Landkreis projektbezogen in Rechnung gestellt.

B. BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Die Geschäftsanteile hält zu 100% der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald, vertreten durch den Landrat Dr. Christian Ante.

C. BESETZUNG DER ORGANE

a) Gesellschafterversammlung

siehe Aufstellung unter B. Beteiligungsverhältnisse.

b) Aufsichtsrat

Es ist kein Aufsichtsrat bestellt.

c) Geschäftsführung

Hartmut Klein

D. BETEILIGUNGEN DES UNTERNEHMENS

Die Gesellschaft hält keine weiteren Beteiligungen.

E. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Gemäß Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg müssen bei Neubauten (seit dem 01.01.2022) bzw. bei grundlegenden Dachsanierungen (seit dem 01.01.2023) die Dächer mit Photovoltaik-Anlagen ausgestattet werden. Dies gilt auch bei Anbauten an bestehende Gebäude und Parkplätzen mit einer Kapazität von mehr als 35 Plätzen.

Mit der Entscheidung des Kreistags, Gebäude des Landkreises (d.h. Verwaltungsgebäude, Schulen, Flüchtlingsunterkünfte, Straßenmeistereien etc.) künftig selbst mit Photovoltaik-Anlagen auszustatten, anstatt – wie bisher geschehen – die Dachflächen für externe Anlagenbetreiber zu verpachten, wurde die Geschäftsgrundlage für die Erbringung technischer und kaufmännischer Beratungsleistungen zu Wirtschaftlichkeit und technischer Umsetzung dieser Strategie geschaffen.

Die Gesellschaft handelt im Auftrag des Landkreises und verfolgt öffentliche Zwecke im Sinne der Gemeindeordnung Baden-Württemberg

F. GRUNDZÜGE DES GESCHÄFTSVERLAUFS UND LAGE DES UNTERNEHMENS

Der Jahresabschluss 2025 wurde von der Gesellschafterversammlung noch nicht beschlossen. Bei den nachfolgend aufgeführten Zahlen handelt es sich um noch nicht endgültig testierte Zahlen. Sie wurden vom aufgestellten Jahresabschluss übernommen.

a) Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

B I L A N Z					
Aktivseite		31.12.2025 TEUR	31.12.2024 TEUR	Passivseite	
31.12.2025 TEUR	31.12.2024 TEUR			31.12.2025 TEUR	31.12.2024 TEUR
A. Umlaufvermögen				A. Eigenkapital	
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	11	11	I. Gezeichnetes Kapital	25	25
II. Flüssige Mittel	22	21	II. Gewinnvortrag	1	0
			III. Jahresüberschuss	1	1
	33	32		27	26
			B. Rückstellungen	5	5
			C. Verbindlichkeiten	1	1
Bilanzsumme	33	32	Bilanzsumme	33	32

Gewinn- und Verlustrechnung		
	2025 TEUR	2024 TEUR
Umsatzerlöse	43	51
Betriebsleistung	43	51
Personalaufwand	33	37
Sonstige betriebliche Aufwendungen	8	12
Sonstige Steuern	0	0
Betriebsaufwand	2	49
Sonstige betriebliche Erträge	1	0
Betriebsergebnis	3	2
Finanz- und Beteiligungsergebnis	0	0
Neutrales Ergebnis	0	0
Ergebnis vor Ertragssteuern	3	2
Ertragsteuern	1	1
Jahresergebnis	2	1

b) Lage des Unternehmens, Entwicklung und Ausblick

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland war im Jahr 2025 nicht zufriedenstellend: das Bruttoinlandsprodukt ist um 0,2% gestiegen. Die jüngste Steuerschätzung vom Mai 2026 geht von niedrigeren Steuereinnahmen gegenüber der letzten Schätzung aus. So werden für die Kommunen – gemessen am Ist 2025 – nur noch +1 Mrd. EUR (bzw. 0,6 %) höhere Einnahmen erwartet. Dadurch werden die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Kommunen in 2026 nochmals schwieriger werden als erwartet. Aufgrund der nicht auskömmlichen Finanzierung der Ausgabenstruktur der Kommunen (insbes. Sozialausgaben) ist die finanzielle Situation der Kommunen (Gemeinden und Landkreise) als nochmals schlechter als im Vorjahr zu qualifizieren. Das Umfeld für Investitionen ist aufgrund der relativ konstanten Zinsen unverändert. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen und die Forderung nach Klimaneutralität öffentlicher Gebäude sprechen für weitere Investitionen in erneuerbare Energien, insbesondere Photovoltaik.

Die im Wirtschaftsplan 2025 vorgesehenen Projekte konnten aufgrund personeller Engpässe nicht ganz planmäßig abgearbeitet werden, was sich in einem etwas geringeren Umsatzvolumen widerspiegelt: Der Plan-Umsatz 2025 betrug 48.000 EUR bei bis zu sieben geringfügig Beschäftigten, die tatsächlichen Umsatzerlöse betrugen 42.988 EUR bei bis zu fünf geringfügig Beschäftigten. Die Umsätze wurden ausschließlich mit dem Alleingesellschafter Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald getätigt. Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen die Kosten der laufenden Buchhaltung und Prüfungskosten.

Die Gesellschaft weist im Geschäftsjahr 2025 einen Jahresüberschuss in Höhe von 1.689,14 EUR aus. Dies entspricht einer Verzinsung des Eigenkapitals in Höhe von rund 6,8 %.

Die Vermögenslage ist bei einer Eigenkapitalquote von 77,4 % als sehr gut zu bezeichnen. Der Cashflow entspricht dem Jahresergebnis. Die Liquidität der Gesellschaft war aufgrund der voll einbezahlten Gesellschaftereinlage jederzeit gesichert. Die Gesellschaft finanziert sich zu 100% selbst, es waren in 2025 keine Kredite erforderlich.

Zusammenfassend kann die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage aufgrund des Geschäftsmodells der Gesellschaft als geordnet und sehr gut bezeichnet werden.

Risiken, die den Bestand des Unternehmens gefährden oder die wirtschaftliche Lage wesentlich beeinträchtigen können, bestehen derzeit nicht. Die Liquidität ist sehr gut, sodass hier keine Engpässe zu erwarten sind. Es ist nicht mit Forderungsausfällen zu rechnen. Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen bezahlt. Bankverbindlichkeiten bestehen keine.

Die aktuell schwierige Haushaltssituation des Landkreises hat Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit des Landkreises. Gleichwohl ist von einer Fortsetzung der Investitionen in die Erzeugung erneuerbarer Energien mittels Photovoltaikanlagen auszugehen. Diese Investitionen leisten einen sehr großen Beitrag, das übergeordnete Ziel, im Gebäudesektor bis 2030 49 Prozent der Treibhausgas-Mengen einsparen (gem. Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg), zu erreichen.

Zudem kann mit der Auswahl der zugrundeliegenden Immobilien durch einen hohen Grad an Eigenstromnutzung die Wirtschaftlichkeit der PV-Anlagen auf Landkreis-eigenen Gebäuden erreicht werden.

Die weitere Entwicklung der Gesellschaft ist vor allem von der finanziellen Situation des Landkreises sowie der Priorisierung der Investitionsprojekte abhängig. Wenn sich die gesetzlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht wesentlich ändern, erwartet die Gesellschaft für die nähere Zukunft gleichbleibende Ergebnisse in der Größenordnung des Berichtsjahres.

c) Personalentwicklung

Die Gesellschaft hatte im Berichtsjahr geringfügige Beschäftigungsverhältnisse mit fünf Personen (inkl. dem Geschäftsführer) vereinbart.

d) Kapitalzuführung und -entnahmen

Das Stammkapital bleibt im Berichtsjahr unverändert.

e) Kennzahlen der Vermögens- Finanz- und Ertragslage

Vermögens- und Finanzkennzahlen		2025	2024
Anlagenintensität	$AV * 100 / \text{GesamtV}$	NV	NV
Eigenkapitalquote	$EK * 100 / \text{GesamtK}$	84,3%	77,4 %
Nettoinvestition	Anlagenzugänge - <u>Abschr. Zugänge</u> – Anlagenabgänge + Abschreibungen Abgänge + Zuschreibungen	NV	NV
Ertragskennzahlen			
Umsatzrentabilität	$(\text{Jahresüberschuss nach Steuern} + \text{Ertragssteuern}) * 100 / \text{Umsatz}$	5,7%	3,7 %
Eigenkapitalrentabilität	$\text{Jahresüberschuss nach Steuern} * 100 / EK$	6,0%	5,3 %
Gesamtkapitalrentabilität	$(\text{Jahresüberschuss nach Steuern} + \text{FK -Zinsen}) * 100 / GK$	5,1%	4,1 %
Cash flow	Jahresüberschuss nach Steuern + Abschreibungen Zugänge – Zuschreibungen + Erhöhung langfr. Rückstellungen – Verminderung langfr. Rückstellungen	1.689 €	1.323 €

5. REGIONALES RECHENZENTRUM SÜDLICHER OBERRHEIN GMBH (RRSO), FREIBURG IM BREISGAU

A. GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Gegenstand des Unternehmens ist die Vermietung eines jederzeit betriebsbereiten Betriebs- und Verwaltungsgebäudes in Freiburg, Auwaldstr. 11. Die Gesellschaft ist darüber hinaus zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern.

B. BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Gesellschafter sind mit folgenden Geschäftsanteilen:

Gesellschafter	EUR	v. H.
Stadt Freiburg i. Br.	140.000	28
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	60.000	12
Landkreis Waldshut	60.000	12
Landkreis Emmendingen	60.000	12
Landkreis Lörrach	60.000	12
Ortenaukreis	60.000	12
Landkreis Konstanz	60.000	12
Summe	<u>500.000</u>	<u>100</u>

C. BESETZUNG DER ORGANE

- a) Gesellschafterversammlung
siehe Aufstellung unter B. Beteiligungsverhältnisse.
- b) Aufsichtsrat
Es ist kein Aufsichtsrat bestellt.
- c) Geschäftsführung
Frank Schuckelt bis 19.02.2025
Jörg Wörther
Michèl Elstè seit 28.11.2025

D. BETEILIGUNGEN DES UNTERNEHMENS

Die Gesellschaft bilanziert einen Genossenschaftsanteil in Höhe von 260 EURO an der Volksbank Freiburg eG. Die Volksbank hat im Berichtsjahr eine Dividende in Höhe von 4,0 % ausgeschüttet.

E. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Die Gesellschaft erbringt seit dem 01.01.2002 ausschließlich Vermietungsleistungen durch die Vermietung der Betriebsimmobilie Auwaldstraße 11, 79110 Freiburg.

Die Vermietung erfolgt seit dem 01.01.2021 zu einer Marktmiete.

F. GRUNDZÜGE DES GESCHÄFTSVERLAUFS UND LAGE DES UNTERNEHMENS

Der Jahresabschluss 2025 wurde von der Gesellschafterversammlung noch nicht beschlossen. Bei den nachfolgend aufgeführten Zahlen handelt es sich um noch nicht endgültig testierte Zahlen. Sie wurden dem Jahresabschluss des Steuerberaters entnommen.

a) Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

B I L A N Z						
Aktivseite		31.12.2025 TEUR	31.12.2024 TEUR	Passivseite		31.12.2025 TEUR
A. Anlagenvermögen				A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			0	I. Gezeichnetes Kapital	500	500
II. Sachanlagen		3.927	4.086	II. Kapitalrücklage	1.070	1.070
III. Finanzanlagen		0,3	0,3	III. Gewinnrücklage	2.840	2.655
				IV. Bilanzgewinn	11	11
		3.927	4.086		4.421	4.236
B. Umlaufvermögen				B. Rückstellungen	490	495
I. Vorräte		0	0	C. Verbindlichkeiten	35	725
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände		51	28			
III. Sonstige Wertpapiere		0	0			
IV. Flüssige Mittel		965	1.339			
		1.016	1.368			
C. Rechnungsabgrenzungsposten		3	3			
Bilanzsumme		4.946	5.456	Bilanzsumme	4.946	5.456

Gewinn- und Verlustrechnung		
Bezeichnung	2025 TEUR	2024 TEUR
Umsatzerlöse	586	578
Sonstige betriebliche Erträge	0	0
Summe der betrieblichen Erträge	586	578
Materialaufwand	84	69
Personalaufwand	36	7
Abschreibungen	175	175
Sonstige betriebliche Aufwendungen	72	58
Summe der betrieblichen Aufwendungen	367	309
Betriebsergebnis	219	269
Finanzergebnis	1	-7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	220	262
Außerordentliche Aufwendungen	0	0
Steuern von Einkommen und Ertrag	35	38
Sonstige Steuern	0	0
Jahresüberschuss	185	224

b) Lage des Unternehmens, Entwicklung und Ausblick

Die Gesellschaft weist im Geschäftsjahr 2025 einen Jahresüberschuss in Höhe von 196 TEUR (Vorjahr 224 TEUR) aus. Die Umsatzerlöse der Gesellschaft sind im Geschäftsjahr 2025 leicht gestiegen.

Die Liquidität der Gesellschaft war in 2025 jederzeit gesichert. Aufgrund des Jahresüberschusses 2025 und einer gestiegenen Bilanzsumme hat sich die Eigenkapitalquote um 11,7 %-Punkte auf 89,4 % erhöht.

In 2021 wurde das Mietmodell von Kostenmiete auf Marktmiete umgestellt. Derzeit sind für die Gesellschaft hier keine hohen Risiken ersichtlich. Aufgrund der vorherrschenden Kapital- und Finanzausstattung sowie unserem Finanzmanagement werden derzeit keine finanzwirtschaftlichen Risiken gesehen. In den Mietverträgen ist eine Indexierung anhand der Verbraucherpreise vereinbart, so dass man auf entsprechende Preisentwicklungen reagieren kann. Durch die konsequente Sanierung und Instandhaltung der Immobilie in den letzten Jahren bestehen und angesichts der guten Kapital- und Finanzausstattung sehr gute Chancen für die Zukunft der Gesellschaft.

Für das Geschäftsjahr 2026 sind Investitionen für den Ausbau einer Dachterrasse mit Workspace-Charakter, die Optimierung eines Fluchtweges sowie eine PV-Anlage geplant. Wie bereits im Jahr 2025 ist auch für das Jahr 2026 ist ansonsten mit keinen sehr kostenintensiven Instandhaltungsaufwendungen zu rechnen, da in den letzten Jahren umfangreiche Sanierungsmaßnahmen durchgeführt wurden. Dadurch wird mit einem geringerem Planergebnis als im Vorjahr in Höhe von TEUR 178 gerechnet (Vorjahr: TEUR 188).

c) Personalentwicklung

Die Geschäftsführer waren im Berichtszeitraum die einzigen Arbeitnehmer der Gesellschaft.

d) Kapitalzuführungen und –entnahmen

Das Stammkapital blieb im Berichtsjahr unverändert.

e) Kennzahlen der Vermögens- Finanz- und Ertragslage

Vermögens- und Finanzkennzahlen		2025	2024
Anlagenintensität	$AV * 100 / \text{GesamtV}$	80,0 %	80,0 %
Eigenkapitalquote	$EK * 100 / \text{GesamtK}$	89,4 %	77,6 %
Ertragskennzahlen			
Umsatzrentabilität	$(\text{Jahresüberschuss nach Steuern} + \text{Ertragssteuern}) * 100 / \text{Umsatz}$	37,5 %	45,4 %
Eigenkapitalrentabilität	$\text{Jahresüberschuss nach Steuern} * 100 / EK$	4,2 %	5,3 %
Gesamtkapitalrentabilität	$(\text{Jahresüberschuss nach Steuern} + \text{FK -Zinsen}) * 100 / GK$	3,9 %	4,4 %
Cash flow (aus laufender Geschäftstätigkeit)	Jahresüberschuss nach Steuern + Abschreibungen Zugänge – Zuschreibungen + Erhöhung langfr. Rückstellungen – Verminderung langfr. Rückstellungen	360 TEUR	399 TEUR

6. NATURGARTEN KAISERSTUHL GMBH

A. GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Maßnahmen, die dem Zweck der Gesellschaft dienen.

Dazu zählen insbesondere folgende Tätigkeiten gemäß Satzung:

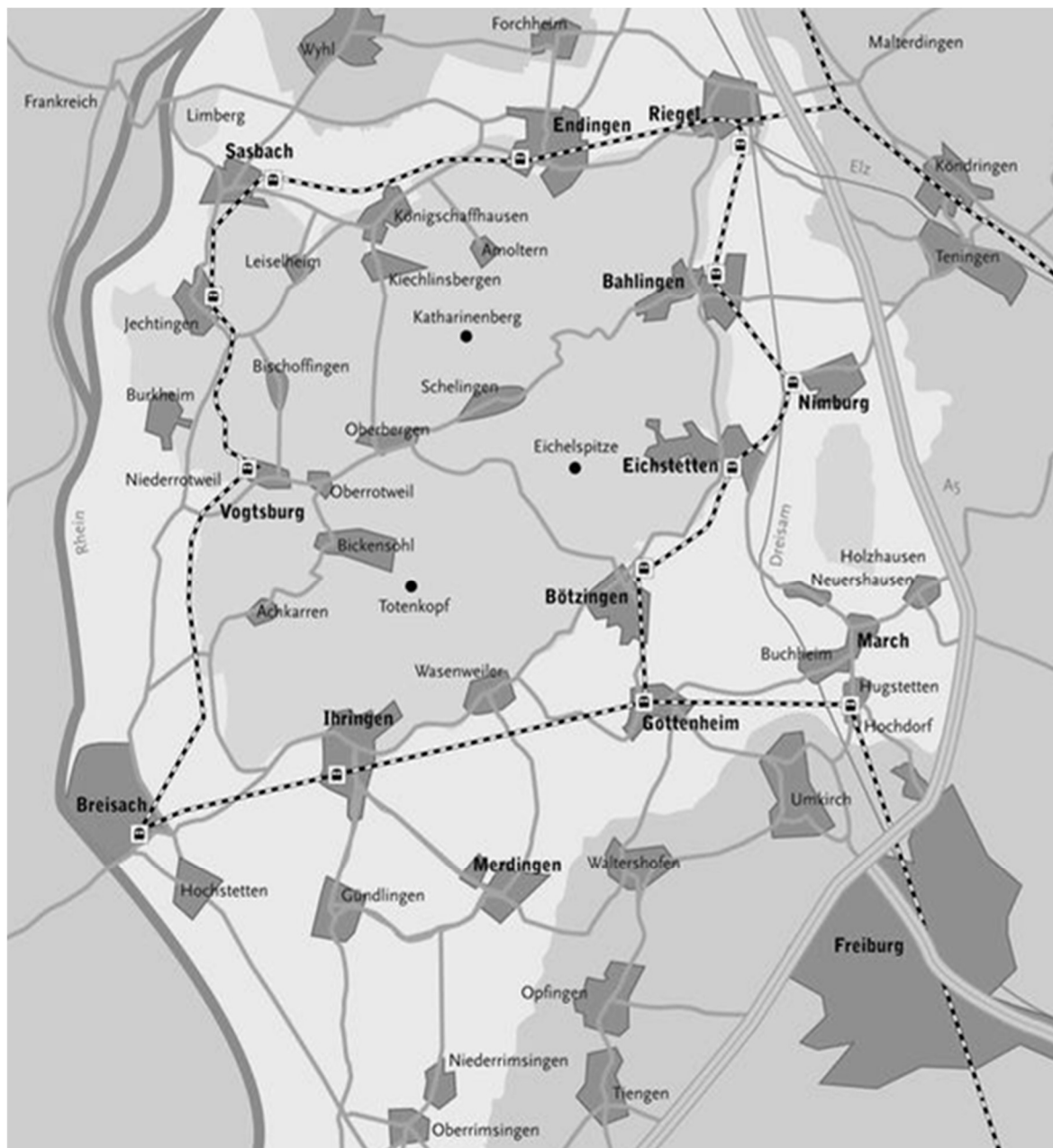
- Trägerschaft für Gemeinschaftsprojekte, die dem Gesellschaftszweck dienen
- Entwicklung und Umsetzung eines gemeinsamen Leitbilds aller wirtschaftlich und ehrenamtlich tätigen Akteure in der Region zum Erhalt und der Entwicklung des *Naturgartens Kaiserstuhl*
- Aufbau einer regionalen Gemeinschaftsmarke für Produkte und Dienstleistungen, die dem Zweck der Gesellschaft dienen, inklusive Definition der Marke, Halten der Markenrechte, Durchführung von Maßnahmen des Gemeinschaftsmarketings für die Marke und Sicherstellung der Kontrollen für die Einhaltung der für die Nutzung der Marke definierten Kriterien
- Koordination der regionalen Aktivitäten in den Bereichen Tourismus, Weinbau etc., insbesondere solcher Angebote, die sich mit der Präsentation des *Naturgartens Kaiserstuhl* beschäftigen
- Gründung von Organisationen für spezifische Zwecke im Rahmen der Zweckbestimmung der Gesellschaft, ggf. als Komplementärin für eine GmbH und Co.KG
- Vorbereitung und Durchführung von Gemeinschaftsveranstaltungen in der Region (z. B. Kaiserstuhltage), insbesondere solcher Veranstaltungen, die einen Schwerpunkt im Sanften Tourismus haben
- Stärkung der überregionalen Marktpräsenz der Region u. a. durch Entwicklung von Strategien und Konzepten sowie Bereitstellung von Marketingmaterialien zur gemeinsamen Nutzung durch alle Akteure des Kaiserstuhls
- Bereitstellung von Materialien für das regionale und überregionale Kaiserstuhl-Marketing im Sinne des Gesellschaftszwecks
- Beratung von Einrichtungen und Akteuren in der Region beim Aufbau überbetrieblicher Kooperationen und im Bereich des PPP (Public Private Partnership)
- Vorbereitung und Durchführung bzw. Teilnahme an Veranstaltungen außerhalb der Region (z. B. Tourismus- oder Weinmessen), um die besondere naturräumliche Ausstattung des Kaiserstuhls zu präsentieren
- Analysen über die Erwerbs- und Wirtschaftsstruktur der Region
- Information über Fördermaßnahmen von EU, Bund und Land und Beantragung von Fördermitteln
- Beratung und Betreuung in Fragen des Standortmarketings unter Nutzung des besonderen Standortvorteils „Natur“
- Weiterbildungsmaßnahmen in Form von Ausstellungen, Vorträgen und Seminaren
- Gründung und Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an noch zu gründenden Kommanditgesellschaften, welche dem Zweck der Gesellschaft dienen

- Planung, Errichtung, Finanzierung, Betrieb und Verwaltung von umweltfreundlichen Einrichtungen zur regenerativen Energieerzeugung und zur Steigerung der Energieeffizienz
- Entwicklung, Aufbau und Betrieb von Einrichtungen für eine Ressourcenschonende Mobilität im Kaiserstuhl

Mit Beschluss vom 15.05.2006 ist der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald der „Naturgarten Kaiserstuhl GmbH“ (Regionalmarketinggesellschaft für den Kaiserstuhl) als Gründungsgesellschafter beigetreten.

Das Unternehmen hat seinen Sitz in Breisach am Rhein.

Das Einzugsgebiet der Naturgarten Kaiserstuhl GmbH ist nachfolgend dargestellt:



Quelle: Naturgarten Kaiserstuhl GmbH

B. BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Gesellschafter sind mit folgenden Geschäftsanteilen:

Gesellschafter	EUR	v.H.
Gruppe Kommunen		
Gemeinde Bahlingen am Kaiserstuhl	4.607,00	3,90
Gemeinde Bötzingen	5.178,00	4,30
Stadt Breisach am Rhein	16.976,00	14,10
Gemeinde Eichstetten am Kaiserstuhl	3.788,00	3,20
Stadt Endingen am Kaiserstuhl	10.131,00	8,40
Gemeinde Gottenheim	3.683,00	3,10
Gemeinde Ihringen	10.847,00	9,00
Gemeinde March	6.258,00	5,20
Gemeinde Merdingen	3.748,00	3,10
Gemeinde Riegel am Kaiserstuhl	5.146,00	4,30
Gemeinde Sasbach am Kaiserstuhl	6.186,00	5,20
Gemeinde Teningen	3.449,00	2,90
Stadt Vogtsburg im Kaiserstuhl	11.003,00	9,20
	91.000,00	75,90
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	1.000,00	0,80
Gruppe Weinwirtschaft		
Wein Marketing GmbH	16.800,00	14,00
Verein der Weingüter	4.200,00	3,50
Tuniberg-Wein e. V.	1.000,00	0,80
	22.000,00	18,30
Gruppe Landwirtschaft		
Badischer Landwirtschaftlicher Hauptverband e.V.	2.000,00	1,70
Gruppe Gastronomie		
Kulinarischer Kaiserstuhl e. V.	4.000,00	3,30
Gesamt	120.000,00	100,00

C. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Die Gesellschaft verfolgt satzungsgemäß die unter A. aufgeführten Zwecke.

Um auf die weiteren Vorzüge der Region Naturgarten Kaiserstuhl aufmerksam zu machen und den Bekanntheitsgrad der Region insgesamt zu steigern, wurde die Regionalgesellschaft Naturgarten Kaiserstuhl GmbH (NGK) im Jahr 2006 gegründet. Sie ist die zentrale Stelle für das Regionalmarketing des Kaiserstuhls. Seit 2014 übernimmt die NGK außerdem Projekte von PLENUM Naturgarten Kaiserstuhl, einer Förderkulisse des Landes Baden-Württemberg, welche mittlerweile aufgelöst wurde. Beispiele hierfür sind die Betreuung des Kaiserstühler Themenpfadenetzes sowie die Vermarktung der Regionalmarke „Kaiserlich genießen“. In der Markengemeinschaft „Kaiserlich genießen“ haben sich Winzer, Gastgeber, Gastronomen, Edelbrenner und andere Erzeuger und Dienstleister des Kaiserstuhls und des Tunibergs zusammengeschlossen, um hochwertige Produkte und Dienstleistungen unter einer Dachmarke zu vertreiben. Mittlerweile liegt ein weiterer Schwerpunkt auf der Förderung und Entwicklung von regionalen Tourismusaktivitäten. Neben dem Online-Marketing und Prospektversand vertritt die Naturgarten Kaiserstuhl GmbH mit Unterstützung der Tourist Infos Breisach, Endingen, Ihringen und Vogtsburg die Region Kaiserstuhl/Tuniberg auf regionalen, nationalen und internationalen Messen und Märkten. Neben einem regionalen Gastgeberverzeichnis wirbt die NGK mit einer Vielzahl von Informationen, die für die Zielgruppen der Region aufbereitet wurden.

Um die Partnerschaften innerhalb der Region zu stärken und eine regionale Identität zu schaffen, organisiert die NGK-Veranstaltungen wie zum Beispiel einen gemeinsamen Stand mit regionalen Partnern auf div. Messen und Regionalmärkten.

Als Grundlage für den langfristigen und nachhaltigen Erfolg in der touristischen Vermarktung der Destination Naturgarten Kaiserstuhl erfolgte im Jahr 2022 eine Ausarbeitung und Definierung der Positionierung. Darauf aufbauend wurde ein an den erarbeiteten Zielgruppen orientiertes Designkonzept entwickelt. Als Basis dient das Tourismusentwicklungskonzept der FH Westküste.

Im Geschäftsjahr 2025 wurden die bestehenden Aufgabenfelder weitergeführt und gezielt ausgebaut. Ein besonderer Schwerpunkt lag auf der Weiterentwicklung gemeinsamer Formate sowie der strategischen Stärkung der touristischen Infrastruktur.

Mit dem **KaiserHerbst** wurde die im Jahr 2024 gestartete Veranstaltungsreihe erfolgreich in die zweite Durchführung geführt und weiter etabliert. Das Format bündelt Akteurinnen und Akteure aus den Bereichen Wein, Genuss, Kultur und Natur und leistet einen wichtigen Beitrag zur überregionalen Sichtbarkeit der Region in der Herbstsaison.

Im Bereich der Infrastruktur wurde die **Überarbeitung des Freizeitwegenetzes** angestoßen. Im Jahr 2025 fand hierzu ein erster Workshop statt, in dem grundlegende Ansätze zur Weiterentwicklung des Wander- und Radwegenetzes erarbeitet wurden. Ziel ist eine zukunftsfähige, abgestimmte und qualitativ hochwertige Weiterentwicklung des Angebots unter Einbindung aller beteiligten Kommunen.

Darüber hinaus wurden die Aktivitäten im Bereich **Kooperation und Vernetzung** weiter intensiviert. Die Zusammenarbeit mit regionalen Partnern sowie übergeordneten Institutionen wurde fortgeführt und punktuell ausgebaut.

Im Bereich **Tourismus und Digitalisierung** wurden vorbereitende Maßnahmen für die Weiterentwicklung zentraler Systeme (u. a. im Bereich Gastgeberdarstellung und Buchbarkeit) sowie für neue Serviceangebote für Gäste und Leistungsträger umgesetzt.

Insgesamt trägt die Arbeit der Gesellschaft weiterhin dazu bei, die regionale Zusammenarbeit zu stärken, die touristische Entwicklung voranzutreiben und die Marke „Naturgarten Kaiserstuhl“ nachhaltig zu positionieren.

Der handelsrechtlich ausgewiesene Jahresüberschuss beträgt im Geschäftsjahr 2025: **4.837,29 €**.

Auf Grund der geringfügigen Beteiligung (0,8 %) sind weitere Ausführungen nicht erforderlich (§ 48 Landkreisordnung i. V. m. § 105 Abs. 2 Gemeindeordnung – unmittelbare Beteiligung mit weniger als 25 v. H.).

7. REGIO-VERKEHRSVERBUND FREIBURG GMBH

A. GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Die RVF GmbH wurde zum 1.1.1994 als Unternehmensverbund gegründet.

Zum 1.1.2024 erfolgte eine Anpassung der Gesellschafterstruktur, u.a. aufgrund des geänderten Aufgabenspektrums nach dem ÖPNVG BW. Die Stadt Freiburg, der Landkreis Emmendingen, der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und das Land Baden-Württemberg wurden neue Gesellschafter. Die Stadt Freiburg gab die Hälfte ihre Geschäftsanteile an in ihrem Besitz befindliche Freiburger Verkehrs AG ab. Die gesellschaftsrechtliche Beteiligung der Verkehrsunternehmen und der Einfluss der Verkehrsunternehmen auf die Gestaltung der Tarife und die Einnahmenaufteilung setzt die Erlösverantwortung im Geltungsbereich der Anwendung der Einnahmenaufteilungsregelung zum RVF-Tarif voraus.

Der Regio-Verkehrsverbund Freiburg entwickelt und vernetzt nachhaltige Mobilität in den Landkreisen Emmendingen, Breisgau-Hochschwarzwald und in der Stadt Freiburg. Es ist das Ziel, dass alle Menschen in der Region einfach und umweltfreundlich von Tür zu Tür kommen - egal mit welchem unserer Verbundpartner.

B. BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Gesellschafter sind mit folgenden Geschäftsanteilen:

Gesellschafter	EUR	v. H.
Stadt Freiburg im Breisgau	12.400,00	20,00
Landkreis Emmendingen	12.400,00	20,00
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	12.400,00	20,00
Land Baden-Württemberg	12.400,00	20,00
Freiburger Verkehrs AG	12.400,00	20,00
Summe	<u>62.000,00</u>	<u>100,00</u>

C. BESETZUNG DER ORGANE

a) Gesellschafterversammlung

siehe Aufstellung unter B.

b) Aufsichtsrat

Dr. Martin Horn	Vorsitzender, Oberbürgermeister
Dr. Christian Ante	Landrat, stellvertretender Vorsitzender
Hanno Hurth	Landrat
Stefan Breiter	Bürgermeister
Oliver Benz	Vorstand
Stephan Bartosch	Vorstand
Thomas Wisser	Dezernent
Hinrich Ohlenroth	Erster Landesbeamter
Nadine Kimak (bis 31.12.2025)	Referentin
Maximilian Hirn	Referent

c) Geschäftsführung

Simone Stahl	Diplom-Betriebswirtin
Timm Anders	Diplom-Ingenieur

D. BETEILIGUNGEN DES UNTERNEHMENS

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

E. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Der Regio-Verkehrsverbund Freiburg entwickelt und vernetzt nachhaltige Mobilität in den Landkreisen Emmendingen, Breisgau-Hochschwarzwald und in der Stadt Freiburg. Unser Ziel ist, dass alle Menschen in der Region einfach und umweltfreundlich von Tür zu Tür kommen. Ohne nachzudenken und egal mit welchem unserer Verbundpartner.

F. GRUNDZÜGE DES GESCHÄFTSVERLAUFS UND LAGE DES UNTERNEHMENS

Der Jahresabschluss 2025 wird in der Gesellschafterversammlung am 13.07.2026 beschlossen und festgestellt. Bei den nachfolgend aufgeführten Zahlen handelt es sich um vorläufige Zahlen. Sie wurden dem Entwurf des Prüfberichts der Wirtschaftsprüfer entnommen.

a) Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

B I L A N Z							
Aktivseite		31.12.2025 TEUR	31.12.2024 TEUR	Passivseite		31.12.2025 TEUR	31.12.2024 TEUR
A.	Anlagenvermögen			A.	Eigenkapital		
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	254	231	I.	Gezeichnetes Kapital	62	62
II.	Sachanlagen	33	42	II.	Gewinnvortrag	232	233
				III.	Jahresüberschüsse	-38	-1
		287	273			256	294
B.	Umlaufvermögen			B.	Rückstellungen	102	93
I.	Vorräte	0	0	C.	Verbindlichkeiten	15.496	7.318
II.	Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	2.202	2.554				
III.	Sonstige Wertpapiere	0	0				
IV.	Flüssige Mittel	13.355	4.876				
		15.557	7.431				
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	10	1				
Bilanzsumme		15.854	7.705	Bilanzsumme		15.854	7.705

Gewinn- und Verlustrechnung		
	2025 TEUR	2024 TEUR
Umsatzerlöse	1.475	1.424
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0
Betriebsleistung	1.475	1.424
Materialaufwand	0	0
Personalaufwand	947	902
Abschreibungen	70	25
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.358	2.270
Sonstige Steuern	0	0
Betriebsaufwand	2.375	3.197
Sonstige betriebliche Erträge	824	1.667
Betriebsergebnis	-76	-107
Finanz- und Beteiligungsergebnis	38	106
Neutrales Ergebnis	0	0
Ergebnis vor Ertragssteuern	-38	-1
Ertragsteuern	0	0
Jahresergebnis	-38	-1

b) Lage des Unternehmens, Entwicklung und Ausblick

Im Jahr 2025 kam es im Tarifverbund aufgrund der Einführung des Deutschland-Tickets weiterhin zu Verschiebungen innerhalb der einzelnen Marktsegmente.

Die gesunkenen Erlöse der Verkehrsunternehmen aufgrund abgesenkter Preise für das D-Ticket JugendBW bzw. D-Ticket wurden durch Zuwendungen der öffentlichen Hand kompensiert. Die Höhe des Ausgleichsbetrags wird nach dem Soll-Verfahren ermittelt. Grundlage sind die Stückzahlen des Jahres 2019 und die aktuelle Tariffhöhe; hieraus wurden Solleinnahmen 2025 als „Umsatzdeckel“ für 2025 berechnet. Diesen Einnahmen werden die tatsächlich realisierten Tarifeinnahmen gegenübergestellt; die daraus resultierende Differenz entspricht den ausgleichsfähigen Mindereinnahmen.

Zum 1.1.2025 wurde das Deutschland-Ticket um 9 Euro deutlich erhöht. Auch die RVF-Produkte wurden auf Grund der sehr starken Kostensteigerungen insbesondere im Bereich Personal (Basis war der BW-Index 2024) zum 01.08.2025 erhöht. Die umsatzgewichtete Preissteigerung um +5,07 % wurde bei allen Fahrscheinarten im RVF-Tarif umgesetzt.

Die üblichen Vorjahresvergleiche der Verkaufszahlen und Stückzahlen sind auf Grund der umfassenden Verwerfungen im Markt mit Einführung des Deutschland-Tickets (s. auch Punkt 1.1) und der erst seit September 2025 vorhandenen Verkaufszahlen (nach PLZ) von Drittanbietern (z.B. DB Navigator) im RVF-Gebiet nicht mehr aussagefähig.

Fahrgeldumsatz				
Fahrausweisgruppe	2024		2025	
Zeitkarten Erwachsene	44,9 %	43.901.914 €	45,9 %	50.495.670 €
Ausbildungsverkehr	30,5 %	29.842.374 €	32,3 %	35.496.667 €
Barverkehr	21,7 %	21.257.583 €	19,0 %	20.862.091 €
<i>davon digital verkauft</i>	29,3 %	6.226.062 €	35,9 %	7.483.892 €
Sonstiges	2,8 %	2.782.340 €	2,8 %	3.094.332 €
Gesamt	100 %	97.784.211 €	100 %	109.948.760 €

Im Vergleich zum Vorjahr (97,8 Mio. Euro) konnten die Verkehrsunternehmen im RVF im Jahr 2025 einen Umsatz in Höhe von ca. 109,9 Mio. Euro ausweisen. Wirtschaftlich ausschlaggebend für die Verkehrsunternehmen sind die Solleinnahmen, die die Gesamteinnahmen darstellen. Die Brutto-Solleinnahmen für den Nachteilsausgleich 2025 betrugen 130 Mio. Euro.

Zum Stichtag 31.12.2025 hatten fast 119 Tsd. Kundinnen und Kunden (+7,3 % im Vergleich zu 2024) einen Abo-Vertrag bei der VAG abgeschlossen.

Vertragsart	per 31.12.2024	per 31.12.2025	Entwicklung
Deutschland-Ticket	31.174	34.467	+10,6 %
Deutschland-Ticket Job	26.817	29.637	+10,5 %
RegioKarte Abo inkl. Job	6.063	4.794	-20,9 %
<i>Zwischensumme Erwachsene</i>	<i>64.054</i>	<i>68.898</i>	<i>+7,6 %</i>
D-Ticket JugendBW (seit Dez. 23)	46.422	49.610	+6,9 %
SchülerAbo	142	153	+7,7 %
<i>Zwischensumme Ausbildung</i>	<i>46.564</i>	<i>49.763</i>	<i>+6,9 %</i>
Summe Vertragskunden	110.618	118.661	+7,3 %

Bei sämtlichen Bindungsprodukten konnte eine positive Entwicklung verzeichnet werden. Ausschlaggebend hierfür waren neben den D-Tickets und den D-Tickets JugendBW auch die Marketingmaßnahmen (s. u.).

Angesichts des starken Umbruchs im Mobilitätsmarkt erwarten die Kundinnen und Kunden zunehmend eine Digitalisierung des klassischen Betätigungsfeldes des ÖPNV sowie dessen Erweiterung durch multimodale Sharing-Angebote. Deshalb werden neue unternehmensnahe und auf den Kundenmarkt ausgerichtete Aufgaben – bspw. die Entwicklung und Digitalisierung von Mobilitätsprodukten und Vertriebsprozessen oder die Sicherstellung der Anschlussmobilität – in der restrukturierten RVF GmbH gebündelt. 2025 lag der Schwerpunkt im Aufbau des Kompetenzcenters (KC) Mobilitätsmanagement in enger Zusammenarbeit mit der VAG und die Vorbereitungen für den Start des Fahrradverleihsystems Frelö in den beiden Landkreisen.

Auch das für die Digitalisierung der Kundenprozesse wichtige und im ÖPNVG vorgesehenen Thema Datenmanagement inkl. des Projekts Automatische Fahrgastzählsysteme im Stadt- und Regionalbusverkehr wurde beim RVF im Rahmen des Kompetenzcenter AFZS mit der VAG bearbeitet. Ein besonderer Schwerpunkt lag hierbei auf der Erarbeitung und Implementierung standardisierter Fahrplandatenlieferprozesse. Diese dienen der Verbesserung der individuellen Kundeninformation, insbesondere durch die Bereitstellung von Echtzeitdaten für die Anschlussinformation über digitale Fahrplanmedien. Gleichzeitig bilden diese Prozesse eine wesentliche Grundlage für die Vorbereitung und den zukünftigen Einsatz des AFZS.

Die für die Zähldatenerzeugung benötigte Ausstattung der Fahrzeuge mit Zählgeräten wurde im Jahr 2025 stark vorangetrieben. Auf der organisatorischen Ebene haben die beteiligten zehn Aufgabenträger im Rahmen eines öffentlich-rechtlichen Vertrages eine Teilnahmevereinbarung mit Wirkung zum 01.09.2025 abgeschlossen. Hierbei wird der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald als „Leit-Aufgabenträger“ definiert, um den Aufbau und Betrieb des Regionalen Hintergrundsystems (RHGS) Südbaden zu orga-

nisieren. In einem Dienstleistungsvertrag mit dem Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald übernimmt der RVF diese operativen Aufgaben. Dabei unterstützt die Freiburger VAG den RVF bei der Bereitstellung der benötigten Server, der Systembetreuung der Hintergrundsoftware und der technischen Leitung. Beide Parteien haben die gegenseitigen Rechte und Pflichten vertraglich geregelt.

Die drei kommunalen Gesellschafter Stadt Freiburg, Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen haben mit dem Landkreis Waldshut eine Zusammenarbeit als regionaler Mandant zur Übermittlung der Daten aus AFZS an das Land Baden-Württemberg getroffen. Mit Hilfe des RVF wollen diese vier kommunalen Aufgabenträger die vorhandenen Ressourcen effizienter und kostengünstiger nutzen, um ihren Pflichten nach § 15 ÖPNVG nachzukommen.

Im Jahr 2025 lagen die Schwerpunkte im Marketing auf der Entwicklung der neuen Homepage und dem Aufbau des Angebotsmarketing für die Vermarktung des Regionalbusangebots in der Region. Zur Verkaufsförderung wurden umfassende Kampagnen zum D-Ticket und den mobilen Fahrscheinen (Vertriebskanal App) durchgeführt.

Der Verkauf digitaler Tickets über die Vertriebskanäle RVF mobil, VAG mobil, DB Navigator so-wie des Luftlinientarifs über die Fairtq-App verzeichnete auch im Jahr 2025 eine erfreuliche Zunahme.

Als wesentliche Treiber dieses Nachfrageschubs sind insbesondere der weiterhin konsequent beworbene Digitalrabatt für digitale Tarife – sowohl durch gezielte Kampagnen als auch durch kontinuierliches Grundrauschen-Marketing – sowie die zunehmende Digitalisierung im Alltag der Kundinnen und Kunden zu nennen. Im Barverkehr wurde ein Anteil per App gekaufter Fahrscheine von über 35 % erreicht.

Die Geschäftsstelle des RVF wird durch Umlage-Zahlungen der Gesellschafter finanziert. Die Eigenkapitalquote sank zum Jahresende 2025 von 3,8 % (Vorjahr) auf 1,6%.

Die Verlagerung hin zum Deutschlandticket hat sich in den ersten beiden Monaten des Jahres 2026 weiter verstetigt – trotz der zum 01.01.2026 in Kraft getretenen Tarifanpassung bei allen Tickets. Für das D-Ticket wird es im Jahr 2026 einen pauschalierten Nachteilsausgleich auf Basis des Ausgleichsbedarfs 2025 geben. Für die Ermittlung des Betrags wird die EAV-Stufe 2 (nach PLZ) für das komplette Jahr 2025 unterstellt. Auf Grund der sehr starken Kostensteigerungen, besonders im Personalbereich, die sich auch im BW-Index 2025 von über +2,8 % widergespiegelt hat, ist die nächste Tarifanpassung zum 01.01.2027 geplant.

c) Personalentwicklung

Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich beschäftigt:

Bezeichnung	2025	2024
Vollzeit	7,0	9,0
Teilzeit	3,0	1,0
Arbeitnehmer Gesamt	10,0	10,0

d) Kapitalzuführung und -entnahmen

Das Stammkapital wurde zuletzt am 20.02.2003 um 644,97 EUR auf 62.000 EUR erhöht.

e) Kennzahlen der Vermögens- Finanz- und Ertragslage

Vermögens- und Finanzkennzahlen		2025	2024
Anlagenintensität	$AV * 100 / \text{GesamtV}$	1,8 %	3,5 %
Eigenkapitalquote	$EK * 100 / \text{GesamtK}$	1,6 %	3,8 %
Nettoinvestition	Anlagenzugänge - <u>Abschr. Zugänge</u> – Anlagenabgänge + Abschreibungen Abgänge + Zuschreibungen	k.A.	k.A.
Ertragskennzahlen			
Umsatzrentabilität	$(\text{Jahresüberschuss nach Steuern} + \text{Ertragssteuern}) * 100 / \text{Umsatz}$	-2,6 %	-0,1 %
Eigenkapitalrentabilität	$\text{Jahresüberschuss nach Steuern} * 100 / EK$	-14,8 %	-0,3 %
Gesamtkapitalrentabilität	$(\text{Jahresüberschuss nach Steuern} + FK - \text{Zinsen}) * 100 / GK$	-0,2 %	1,4 %
Cashflow	Jahresüberschuss nach Steuern + Abschreibungen Zugänge – Zuschreibungen + Erhöhung langfr. Rückstellungen – Verminderung langfr. Rückstellungen	31.770 €	-5.311 €
Personalkennzahlen			
Personalkosten je Mitarbeiter	Personalaufwand / Anzahl der Mitarbeiter	94.658 €	90.240 €

8. BREISGAU KOMPOST GMBH

A. GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Gegenstand der Gesellschaft ist die Sammlung, Beförderung, Behandlung und Verwertung aller in privaten, gewerblichen und öffentlichen Anlagen, Betrieben oder Haushalten im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald anfallenden pflanzlichen und sonstigen Abfälle, die für die Herstellung von Kompost und als Zusatzstoffe dafür geeignet sind, und zwar zur Erfüllung der dem Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald obliegenden Pflichtaufgabe gem. § 20 Kreislaufwirtschaftsgesetz i. V. m. § 6 Landes-Kreislaufwirtschaftsgesetz.

B. BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Gesellschafter sind mit folgenden Geschäftsanteilen:

Gesellschafter	EUR	v. H.
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	15.850	50,83
Maschinenring Schwarzwald - Baar GmbH	5.113	16,39
Maschinen- und Betriebshilfering Breisgau e. V.	5.113	16,39
Maschinen- und Betriebshilfering Markgräflerland e. V.	5.113	16,39
Summe	<u>31.189</u>	<u>100,00</u>

C. BESETZUNG DER ORGANE

a) Gesellschafterversammlung

siehe Aufstellung unter B.

b) Aufsichtsrat

Es ist kein Aufsichtsrat bestellt.

c) Geschäftsführung

Sebastian Rozanowske, Alleinvertretung
Karsten Schalich, Alleinvertretung (ab 01.06.2025)

D. BETEILIGUNGEN DES UNTERNEHMENS

Die Gesellschaft ist an keinen weiteren Unternehmen beteiligt.

E. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Die GmbH betreibt auf einem vom Landkreis entsprechend eingerichteten Gelände in Müllheim eine Grünabfallkompostierungsanlage. Mit Wirkung vom 01.04.1996 hat die Gesellschaft mit dem Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald einen Nutzungs- und Betriebsführungsvertrag abgeschlossen.

Zum 01.01.2004 wurde der Vertrag neu gefasst. Die Gesellschaft ist verpflichtet, das auf der Anlage Müllheim angelieferte Grüngut der Privathaushalte der näheren Umgebung und nach Absprache auch des restlichen Kreisgebietes zu verarbeiten. Die Vergütung erfolgt auf Basis der Selbstkosten nach LSP (Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten) zuzüglich eines angemessenen Zuschlags für Wagnis und Gewinn in Höhe von 4 % der Fremderlöse. Weiterhin ist für die Nutzung der Anlage eine Jahrespacht in Höhe von 36.200 EUR an den Landkreis zu entrichten.

F. GRUNDZÜGE DES GESCHÄFTSVERLAUFS UND LAGE DES UNTERNEHMENS

Der Jahresabschluss 2025 wird in der Gesellschafterversammlung im November 2026 beschlossen und festgestellt. Bei den nachfolgend aufgeführten Zahlen handelt es sich um noch nicht endgültig testierte Zahlen. Sie wurden einem vorläufigen Jahresabschluss entnommen

a) Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

B I L A N Z						
Aktivseite		31.12.2025 TEUR	31.12.2024 TEUR	Passivseite		31.12.2025 TEUR
						31.12.2024 TEUR
A.	Anlagenvermögen			A.	Eigenkapital	
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	I.	Gezeichnetes Kapital	31
II.	Sachanlagen	320	413	II.	Gewinnrücklagen	0
III.	Finanzanlagen	0	0	III.	Gewinnvortrag	432
				IV.	Jahresüberschüsse	16
		320	413			479
B.	Umlaufvermögen			B.	Sonderposten mit Rücklagenanteil	0
I.	Vorräte	30	29			0
II.	Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	64	32	C.	Rückstellungen	595
III.	Sonstige Wertpapiere	0	0			576
IV.	Flüssige Mittel	805	722	D.	Verbindlichkeiten	145
		899	783			157
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	E.	Rechnungsabgrenzungsposten	0
						0
Bilanzsumme		1.219	1.196	Bilanzsumme		1.219
						1.196

Gewinn- und Verlustrechnung		
Bezeichnung	2025 TEUR	2024 TEUR
Umsatzerlöse	654	593
Veränderung des Bestandes an fertigen Erzeugnissen	-1	-2
Sonstige betriebliche Erträge	5	13
Summe der betrieblichen Erträge	658	604
Materialaufwand	185	194
Personalaufwand	176	163
Abschreibungen	95	68
Sonstige betriebliche Aufwendungen	186	177
Summe der betrieblichen Aufwendungen	642	602
Betriebsergebnis	16	2
Finanzergebnis	4	4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	20	6
Steuern vom Einkommen und Ertrag	4	1
Ergebnis nach Steuern	16	5
Sonstige Steuern	0	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	16	5

b) Lage des Unternehmens, Entwicklung und Ausblick

Das Geschäftsjahr 2025 schließt mit einem Gewinn von 16 TEUR nach Steuern ab. Schwankungen im Ergebnis werden u. a. durch die jährliche Mengenabgrenzung hervorgerufen. Hierbei werden Grüngutmengen, die ab August anfallen, anteilig mit steigendem Anteil ins nächste Jahr „abgegrenzt“, da der daraus entstehende Kompost auf Grund der Dauer des Kompostierungsprozesses von über sechs Monaten erst im Folgejahr vermarktet werden kann. Die Mengenabgrenzung entwickelt sich somit jährlich in Abhängigkeit von der Verarbeitungsmenge und der Verarbeitungszeit.

In das Jahr 2025 wurden von 2024 insgesamt 73 TEUR abgegrenzt. Die Mengenabgrenzung von 2025 nach 2026 beläuft sich auf 72 TEUR. Die Differenz von rd. 1 TEUR (Vorjahr 11 TEUR) schlägt sich somit im Jahresabschluss 2025 nieder und wird dort entsprechend dargestellt.

Das Jahresergebnis ist jedoch kein geeigneter Maßstab für den wirtschaftlichen Erfolg der Gesellschaft. Dieser wird vielmehr über die Entwicklung der Selbstkosten und der Verkaufserlöse deutlich. Die Gesellschaft erzielte im Berichtsjahr einen Umsatz aus dem Verkauf von Kompost und Kompostprodukten in einer Größenordnung von 357 TEUR. Dieser liegt 16 % über dem Vorjahresumsatz (306 TEUR) und stellt das beste Umsatzergebnis in der Geschichte der Gesellschaft dar.

Jahr:	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Verkaufserlöse in TEUR:	256	274	266	299	306	357

Die Umsätze im Bereich der Privatkunden (Barzahler) liegen mit 193 TEUR um 13 TEUR über dem Vorjahresergebnis (179 TEUR). Auch der Umsatz der gewerblichen Kunden ist im Vergleich zum Vorjahr um rd. 37 TEUR auf 164 TEUR gestiegen. Diese Umsatzsteigerung lässt sich u. a. auf zwei Großprojekte (Neubauten mit Außenanlagen) und auf die erforderliche Preiserhöhung von durchschnittlich 3 % zu Beginn der Saison zurückführen.

Das für 2025 angestrebte Ziel der Gesellschaft, ihre Umsatzerlöse wieder zum größten Teil aus Verkaufserlösen zu erzielen, konnte realisiert werden.

Die Selbstkosten liegen im Abschlussjahr bei 295 TEUR netto und somit auf dem Niveau des Vorjahres (297 TEUR).

Jahr:	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Selbstkosten in TEUR:	313	446	353	275	297	295

Wesentlicher Faktor für den Verkaufserfolg war und ist die marktgerechte Produktpalette, die sich an den Bedürfnissen der privaten wie auch der gewerblichen Kunden orientiert in Verbindung mit dem hohen Qualitätsniveau.

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist nach wie vor komfortabel. Mit kurzfristigen verfügbaren liquiden Mitteln von 805 TEUR per 31.12.2025 werden auch in den nächsten Jahren alle anstehenden Investitionen ohne Fremdmittel finanziert werden.

Die Umsatzerlöse können für das Jahr 2026 bislang lediglich auf Basis der Monate Januar und Februar im Vergleich zum Vorjahr beurteilt werden. Da diese Monate außerhalb der Hauptsaison liegen, besitzen sie nur eine eingeschränkte Aussagekraft. Die weitere Entwicklung für das Jahr 2026 ist u. a. abhängig von der Witterung und die Konjunkturlage in der Garten- und Landschaftsbaubranche. Vor dem Hintergrund, dass derzeit keine größeren Projekte geplant sind, ist davon auszugehen, dass das Ergebnisniveau des Jahres 2025 im Jahr 2026 voraussichtlich nicht erreicht werden kann.

Unter Berücksichtigung der Dynamisierung der Löhne und Gehälter wird mit steigenden Personalkosten gerechnet. Für den Bezug von Zuschlagsstoffen wird aufgrund der aktuellen Preis- und Kostenentwicklungen eine spürbare Steigerung der Material- und Transportkosten erwartet. Die Bezugskosten für die Roh- und Hilfsstoffe sind in den letzten Jahren insgesamt gestiegen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen bewegen sich im Januar und Februar rd. 5 TEUR unter dem Vorjahr (Minderkosten im Bereich Fahrzeugkosten und beim Reparaturbedarf). In Anbetracht der diesjährigen zu erwartenden Kostensteigerungen wurden die Verkaufspreise 2026 im Schnitt um rd. 3% erhöht.

Der Verkauf von Kompost wird auch in Zukunft einen spürbaren Marktanteil einnehmen, wenn auch in veränderter Form. In Anbetracht der inflationsbedingten Preis- und Kostensteigerungen in vielen Lebensbereichen zeichnet sich seit 2022 eine

steigende Tendenz zum Nutzgarten ab. Weiterhin gibt es einige Nachfragen beispielsweise zur Anlage von Hochbeeten aufgrund des gesteigerten Bedürfnisses zur Selbstversorgung.

Generell wird auch der Standort Müllheim als positiv bewertet, da dieser sowohl den städtischen wie auch ländlichen Bereich abdeckt.

Nach wie vor ist die Produktion von qualitätsgesichertem Kompost aus Grünabfällen das Kerngeschäft der Gesellschaft. In Folge der Energiewende wird zunehmend der energetische Einsatz von Biomassen gefordert. Die Nachfrage nach geeigneten Rohstoffen wird mittel- bis langfristig steigen.

Die kurz- und mittelfristigen Ziele der Gesellschaft sind:

- Personalgewinnung in Anbetracht der Altersstruktur des Betriebspersonals vor Ort
- Optimierung der Produktions- und Geschäftsprozesse
- Sicherung des Qualitätsniveaus, der Marktanteile und des Kundenstamms
- Konsolidierung der zweiten Produktlinie (Ersatzbrennstoffe bzw. deren Vorprodukte).

c) Personalentwicklung

Bezeichnung	2025	2024
Angestellte	2	2
Gewerbliche Arbeitnehmer	8	8
Arbeitnehmer Gesamt	10	10

d) Kapitalzuführungen und –entnahmen

Das Stammkapital in Höhe von 31.189 EUR blieb unverändert.

e) Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögens- und Finanzkennzahlen		2025	2024
Anlagenintensität	$AV \cdot 100 / \text{GesamtV}$	26,21 %	34,50 %
Eigenkapitalquote	$EK \cdot 100 / \text{GesamtK}$	39,33 %	38,72 %
Anlagendeckung	$(EK + \text{langfr. FK}) \cdot 100 / AV$	150,06 %	112,25 %
Nettoinvestition	Anlagenzugänge - Abschr. Zugänge – Anlagenabgänge + Abschreibungen Abgänge + Zuschreibungen	-93.173 €	135.827 €
Ertragskennzahlen			
Umsatzrentabilität	$(\text{Jahresüberschuss nach Steuern} + \text{Ertragsteuern}) \cdot 100 / \text{Umsatz}$	3,06 %	0,99 %
Eigenkapitalrentabilität	$\text{Jahresüberschuss nach Steuern} \cdot 100 / EK (\text{Vorjahr})$	3,51 %	1,08 %
Gesamtkapitalrentabilität	$(\text{Jahresüberschuss nach Steuern} + \text{FK -Zinsen}) \cdot 100 / GK (\text{Vorjahr})$	1,67 %	0,50 %
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	Jahresergebnis + Abschreibungen Zugänge – Zuschreibungen +/- Veränderung Rückstellungen +/- Veränderung Forderungen/Verbindl.	84.710 €	138.954 €
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	Dividende	0 €	0 €
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	Einzahlungen aus Abgängen - Auszahlungen für Investitionen	-1.980 €	-204.617 €
Personalkennzahlen			
Personalkosten je Mitarbeiter	Personalaufwand / Anzahl der Mitarbeiter	16.030 €	14.779 €

9. GESELLSCHAFT ABFALLWIRTSCHAFT BREISGAU MBH, FREIBURG IM BREISGAU

A. GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

Zweck des Unternehmens sind abfallwirtschaftliche Tätigkeiten, insbesondere Restabfallentsorgung und Energieerzeugung aus Abfall im Bereich des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald, der Stadt Freiburg im Breisgau und des Zweckverbands Abfallbehandlung Kahlenberg (ZAK). Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich öffentliche Zwecke i. S. der Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO).

Der Unternehmensgegenstand der GAB mbH ist auf eine direkte Beauftragung mit Entsorgung der Restabfälle ausgerichtet. Die entsprechenden Aufträge der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger datieren vom 16.05.2002 und haben eine Laufzeit bis zum 31.05.2030.

GAB mbH hat die Restabfallentsorgung für die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger nach Durchführung eines europaweiten Vergabeverfahrens an MVA TREA Breisgau GmbH & Co. KG vergeben. Der Entsorgungsvertrag zwischen GAB mbH und MVA TREA wurde am 17.05.2002 notariell beurkundet. Die Laufzeit dieses Vertrages endet ebenfalls am 31.05.2030.

Ein zusätzliches Tätigkeitsfeld ist die Koordination und Abwicklung der Abfallanlieferungen per Bahn, die im Rahmen des Bahnkonzeptes durchgeführt werden. Die erforderlichen Verträge zur Umsetzung der Abfallanlieferung per Bahn und der Bau der Entladeanlage im Gewerbepark Breisgau wurden in 2005 geschlossen und haben ebenfalls eine Laufzeit bis mindestens 31.05.2030.

B. BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Gesellschafter sind mit folgenden Geschäftsanteilen:

Gesellschafter	EUR	v. H.
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	154.200	50,12
Stadt Freiburg i. Br.	77.200	25,10
Zweckverband Abfallbehandlung Kahlenberg	61.800	20,10
ASF GmbH	8.300	2,70
Gemeinde Eschbach	1.000	0,33
Gemeinde Hartheim am Rhein	1.000	0,33
Stadt Heitersheim	1.000	0,33
Stadt Neuenburg am Rhein	1.000	0,33
Stadt Bad Krozingen	1.000	0,33
Gemeinde Ballrechten-Dottingen	1.000	0,33
Summe	<u>307.500</u>	<u>100,00</u>

C. BESETZUNG DER ORGANE**a) Gesellschafterversammlung**

siehe Aufstellung unter B.

Aufsichtsrat

Dr. Christian Ante	Landrat, Vorsitzender
Martin Horn	Oberbürgermeister, stellv. Vorsitzender
Hanno Hurth	Landrat, weiterer stellv. Vorsitzender
Thorsten Erny	Landrat
Bernhard Andris	Kreisrat
Martina Böswald	Kreisrätin
Thomas Breig	Kreisrat
Sebastian Kiss	Kreisrat
Peter Lob	Kreisrat
Sarah Michaelis	Bürgermeisterin
Wolfgang Mössner	Kreisrat
Stefan Ostermaier	Bürgermeister
Benjamin Rudiger	Kreisrat
Christine Buchheit	Bürgermeisterin
Christine Frank	Stadträtin
Emriye Gül	Stadträtin
Ismael Hares	Stadtrat
Bruno Metz	Kreisrat OG
Clemens Schätzle	Kreisrat EM

b) Geschäftsführung

Sven Kunz

D. BETEILIGUNGEN DES UNTERNEHMENS

Am 19.12.2003 erfolgte eine Beteiligung an der TREA Breisgau Energieverwertung GmbH (TBE) in Eschbach. Das Stammkapital der Beteiligungsgesellschaft betrug zum damaligen Zeitpunkt 150.000 Euro. Der Anteil der Berichtsgesellschaft hieran lag bei 25 % (von denen mit Stimmbindungsvertrag 1 % an den Gewerbepark Breisgau abgetreten waren), dies entsprach 36.000 Euro. Mit Abschluss des ersten Wärmeliefervertrages in 2007 war die TBE den geänderten Anforderungen – insbesondere was Stammkapitalausstattung und Beteiligungsverhältnisse betrifft – anzupassen. Im August 2007 wurde das Stammkapital der TBE auf 200.000 Euro erhöht. Der Anteil der Berichtsgesellschaft liegt nunmehr bei 19.200 Euro bzw. 10 %, von denen mit Stimmbindungsvertrag 0,4 % an den Gewerbepark Breisgau abgetreten sind. Gemäß Gesellschafterbeschluss vom 23.11.2011 der TBE wurden 131.000 Euro in die Kapitalrücklage zugeführt. Auf die Berichtsgesellschaft fielen 13.000 Euro.

E. STAND DER ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Im Geschäftsjahr 2025 ergaben sich für die Gesellschaft Abfallwirtschaft Breisgau mbH (GAB) im Wesentlichen folgende Aufgabenschwerpunkte:

- Koordination und Abwicklung der Abfallanlieferungen im Rahmen der Aufträge der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger
- Abrechnung der Entsorgungsdienstleistungen mit der MVA TREA Breisgau GmbH & Co. KG gemäß Entsorgungsvertrag bzw. mit den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern gemäß den jeweiligen Aufträgen
- Umsetzung der Abfallanlieferungen per Bahn
- Abrechnung der Bahntransportleistung mit den Beteiligten
- Kaufm. Geschäftsbesorgung für TREA Breisgau Energieverwertung GmbH (TBE)
- Umbau der Gesellschaft im Hinblick auf die EU-weite öffentliche Ausschreibung der Abfallentsorgung ab 01.06.2030
- Vorbereitung der EU-weiten öffentlichen Ausschreibung der Abfallentsorgung ab 01.06.2030
- Überwachung der Vorgaben des Entsorgungsvertrages und der bau- und immissionsschutzrechtlichen Genehmigungen der TREA Breisgau
- Überwachung des Regelbetriebs der TREA Breisgau
- Öffentlichkeitsarbeit zum Erhalt der Akzeptanz der TREA Breisgau in der Bevölkerung

F. GRUNDZÜGE DES GESCHÄFTSVERLAUFS UND LAGE DES UNTERNEHMENS

Der Jahresabschluss 2025 wird vom Aufsichtsrat bzw. von der Gesellschafterversammlung am 22.07.2026 beschlossen und festgestellt.

Die nachfolgend aufgeführten Zahlen für 2025 stammen aus dem vorläufigen Jahresabschluss 2025 und sind noch nicht endgültig testiert. Änderungen sind möglich.

a) Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

B I L A N Z							
Aktivseite		31.12.2025 TEUR	31.12.2024 TEUR	Passivseite		31.12.2025 TEUR	31.12.2024 TEUR
A.	Anlagenvermögen			A.	Eigenkapital		
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	I.	Gezeichnetes Kapital	308	308
II.	Sachanlagen	820	847	II.	Gewinnvortrag	0	0
III.	Finanzanlagen	32	32	III.	Jahresüberschüsse		
				IV.	Bilanzgewinn	417	370
		852	879			725	678
B.	Umlaufvermögen			B.	Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0
I.	Vorräte	83	0	C.	Rückstellungen	18	28
II.	Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	196	398				
III.	Sonstige Wertpapiere	0	0	D.	Verbindlichkeiten	809	702
IV.	Flüssige Mittel	420	131				
		699	529				
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	E.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	1
Bilanzsumme		1.552	1.409	Bilanzsumme		1.552	1.409

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG		
Bezeichnung	2025 TEUR	2024 TEUR
Umsatzerlöse	16.366	16.109
Sonstige betriebliche Erträge	50	15
Summe der betrieblichen Erträge	16.416	16.124
Materialaufwand	16.023	15.796
Personalaufwand	18	18
Abschreibungen	28	38
Sonstige betriebliche Aufwendungen	276	207
Summe der betrieblichen Aufwendungen	16.345	16.059
Betriebsergebnis	71	65
Finanzergebnis	-2	-4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	69	61
Steuern von Einkommen und Ertrag	19	18
Sonstige Steuern	4	1
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	46	42

b) Lage des Unternehmens, Entwicklung und Ausblick

Die wirtschaftliche Lage der GAB ist aufgrund der ausgewogenen, langfristigen vertraglichen Beziehungen zu den Partnern sehr solide. Die Liquidität der Gesellschaft ist durch kurzfristig angelegte Geldmittel gesichert.

Aufwendungen für bezogene Leistungen ergeben sich vorwiegend aus dem für die Abfallbehandlung an die MVA TREA Breisgau GmbH zu leistenden Entsorgungsentgelt, ferner aus den für die Abwicklung des Bahntransports zu leistenden Entgelten.

Umsatzerlöse wurden im Wirtschaftsjahr 2025 hauptsächlich aus den von den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern erhobenen Entgelten für die Abfallbehandlung in der TREA bzw. für den Bahntransport erzielt.

Aufgrund der ausgewogenen Verträge mit den öffentlich-rechtlichen Auftraggebern bzgl. Abfallentsorgung und Bahntransport sind die Erlöse langfristig gesichert. Dementsprechend ist das wirtschaftliche Risiko der GAB für die Laufzeit der Verträge als gering anzusehen.

Ein gewisses Auslastungsrisiko liegt auf der bis zum 31.12.2028 gepachteten „Solargleis“-Anlage. Hier ist die GAB bemüht, z.B. durch Untervermietung und das Angebot von Logistikleistungen Erlöse zu erzielen, die den Aufwand für den Betrieb der gesamten Gleisanlagen der GAB im Gewerbepark wirtschaftlicher machen. Ein Teilbereich der Entladegleisanlage der GAB wird seit Oktober 2022 extern verpachtet.

c) Personalentwicklung

Die Gesellschaft hat kein eigenes festangestelltes Personal. Personalleistungen werden im Rahmen der Personalleihe entgeltlich von der ALB bezogen. Dadurch deckt die GAB im Berichtsjahr 2025 Personal- und Sachkosten der ALB in Höhe von rd. 149 TEUR.

d) Kapitalzuführungen und –entnahmen

Das Stammkapital in Höhe von 307,5 TEUR blieb unverändert.

e) Kennzahlen der Vermögens- Finanz- und Ertragslage

Vermögens- und Finanzkennzahlen		2025	2024
Anlagenintensität	$AV \cdot 100 / \text{GesamtV}$	54,9 %	62,4 %
Eigenkapitalquote	$EK \cdot 100 / \text{GesamtK}$	46,7 %	48,1 %
Anlagendeckung	$(EK + \text{langfr. FK}) \cdot 100 / AV$	94,0 %	94,2 %
Nettoinvestition	Anlagenzugänge - Abschr. Zugänge – Anlagenabgänge + Abschreibungen Abgänge + Zuschreibungen	-27.541 €	-35.812 €
Ertragskennzahlen			
Umsatzrentabilität	$(\text{Jahresüberschuss nach Steuern} + \text{Ertragssteuern}) \cdot 100 / \text{Umsatz}$	0,3 %	0,4 %
Eigenkapitalrentabilität	$\text{Jahresüberschuss nach Steuern} \cdot 100 / EK$	6,3 %	6,2 %
Gesamtkapitalrentabilität	$(\text{Jahresüberschuss nach Steuern} + FK - \text{Zinsen}) \cdot 100 / GK$	3,1 %	3,3 %
Cash flow	Jahresüberschuss nach Steuern + Abschreibungen Zugänge – Zuschreibungen + Erhöhung langfr. Rückstellungen – Verminderung langfr. Rückstellungen	74.020 €	80.506 €

**Übersicht über die Zweckverbände
an denen der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald beteiligt ist
Stand 31.12.2025**

Name des Zweckverbandes	Verbandszweck	Weitere Verbandsmitglieder	Verbandsvorsitzender
Zweckverband "4IT", Sitz in Karlsruhe	Der Verband ist einer der Träger der Komm.ONE, Anstalt öffentlichen Rechts, mit dem Sitz in Stuttgart (§ 2 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die Zusammenarbeit bei der automatisierten Datenverarbeitung (ADV-Zusammenarbeitsgesetz). Er hat die Trägerschaft in der Komm.ONE unter Berücksichtigung der Interessen seiner Mitglieder auszuüben, insbesondere die Geschäftsführung des Vorstandes zu überwachen, über grundlegende Angelegenheiten der Komm.ONE zu beschließen, deren Ausführung und Aufgabenerfüllung zu überwachen, die Verwendung des in die Komm.ONE als Stammkapital eingebrachten Vermögens zu kontrollieren und die Vertreter des Verbands in den Verwaltungsrat der Komm.ONE zu bestellen.	Landkreise: Alb-Donau-Kreis, Biberach, Bodenseekreis, Breisgau-Hochschwarzwald-Kreis, Böblingen, Calw, Emmendingen, Enzkreis, Esslingen, Freudenstadt, Göppingen, Heidenheim, Heilbronn, Hohenlohekreis, Karlsruhe, Konstanz, Lörrach, Ludwigsburg, Main-Tauber-Kreis, Neckar-Odenwald-Kreis, Ortenaukreis, Ostalbkreis, Rastatt, Ravensburg, Rems-Murr-Kreis, Reutlingen, Rhein-Neckar-Kreis, Rottweil, Schwäbisch Hall, Schwarzwald-Baar-Kreis, Sigmaringen, Tübingen, Tuttlingen, Waldshut, Zollernalbkreis mit kreisangehörigen Städten, Gemeinden und Gemeindeverwaltungsverbänden Stadtkreise: Baden-Baden, Freiburg im Breisgau, Heidelberg, Heilbronn, Karlsruhe, Mannheim, Pforzheim, Stuttgart, Ulm verschiedene Zweckverbände und Verwaltungen (vollständige Mitgliederliste liegt vor)	Landrat Stefan Dallinger, Rhein-Neckar-Kreis
Zweckverband "Tierische Nebenprodukte Süd-Baden- Württemberg" (ZTN Süd)	Der ZTN Süd erfüllt in seinem Verbandsgebiet unter Beachtung der Gesichtspunkte des Umweltschutzes die Aufgaben der beseitigungspflichtigen Körperschaften i.S. von § 1 des Gesetzes zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes vom 14.12.2004 (GBl. S. 914).	Landkreise: Alb-Donau-Kreis, Biberach, Bodenseekreis, Böblingen, Calw, Emmendingen, Esslingen, Freudenstadt, Göppingen, Heidenheim, Konstanz, Lörrach, Ortenaukreis, Ravensburg, Reutlingen, Rottweil, Schwarzwald-Baar-Kreis, Sigmaringen, Tübingen, Tuttlingen, Waldshut, Zollern-Alb-Kreis Stadtkreise: Freiburg im Breisgau, Ulm	Landrat Mario Glaser, Landkreis Biberach
Zweckverband "Gewerbepark Breisgau", Sitz in Eschbach	Planung und Erschließung des Verbandsgebietes, Erwerb und Veräußerung von Grundstücken, Ansiedlung der Betriebe, Errichtung und Unterhaltung der öffentlichen Einrichtungen	Gemeinden Bad Krozingen, Ballrechten-Dottingen, Ehrenkirchen, Eschbach, Freiburg i.Br., Hartheim, Heitersheim, Müstertal, Neuenburg am Rhein, Staufeu, GVV Mühlheim-Badenweiler	Bürgermeister Joachim Schuster, Stadt Neuenburg
Zweckverband "Regio-Nahverkehr Freiburg" (ZRF), Sitz in Freiburg i.Br.	Er entwickelt auf der Grundlage des ÖPNVG BW die maßgeblichen verkehrspolitischen Leitlinien. Er fördert, unterstützt und koordiniert den regionalen öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und dessen Ausbau.	Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald, Stadt Freiburg i. Br., Landkreis Emmendingen	Oberbürgermeister Martin W.W. Horn, Stadt Freiburg
Zweckverband Breitband Breisgau- Hochschwarzwald	Sicherstellung der Breitbandversorgung im Zweckverbandsgebiet, Planung, Bau, Unterhaltung und Verwaltung der erforderlichen Infrastruktur (Backbone-Netz und Ortsnetze) und der dazugehörigen Anlagen, Koordination der bestehenden und künftigen Planungen zum Netzausbau.	Gemeinden Au, Auggen, Bollschweil, Bötzingen, Breisach am Rhein, Breithau, Buchenbach, Ebringen, Ehrenkirchen, Eisenbach (Hochschwarzwald), Eschbach, Feldberg (Schwarzwald), Friedenweiler, Glottertal, Gottenheim, Gundelfingen, Hartheim am Rhein, Heitersheim, Heuweiler, Hinterzarten, Horben, Ihringen, Kirchzarten, Lenzkirch, Löfingen, March, Merdingen, Merzhausen, Mühlheim, Neuenburg am Rhein, Oberried, Pfaffenweiler, Schallscheid, St. Märgen, St. Peter, Stegen, Tlisse-Neustadt, Umkirch, Vogtsburg im Kaiserstuhl, Wittrau	Landrat Dr. Christian Antle, Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald

Übersicht über die Mitgliedschaften des Landkreises bei eingetragenen Vereinen (e.V.), Genossenschaften und sonstigen Organisationen
- Stand 31.12.2025 -

Dezernat	Fachbereich	Name und Sitz des Vereins	Satzungszweck/Aufgaben	Vorstandsvorsitzender	Mitglied seit	Produktgruppe	Jahresbeitrag (EUR)
Stabsbereiche	Koordination / Presse	Region Freiburg, Sitz: Freiburg	Kommunal- und Regionalentwicklung	wechselt	1994	entfällt	entfällt
	Koordination / Presse	CIMAB (Verein franz. Rechts), Sitz: Colmar	Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	(Vereinsarbeit ruht seit 1995)	1973	entfällt	entfällt
	Koordination / Presse	Regio Tri Rhena e.V. (D-F-CH-Verein nach deutschem Recht)	Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	Dr. Bernd Dallmann Präsident RegioTriRhena	1995	1114	400
	Koordination / Presse	Infobest Vogelgrun-Breisach (ohne Rechtsstatus) Deutsch-Französische Kooperationsvereinbarung, Sitz: Vogelgrun, F	Informations- und Beratungsstelle für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit	wechselt alle 2 Jahre zwischen Landrat und Präsident CCPdB	1995	1114	35.990
	Koordination / Presse	Oberheinrat (D,F,CH, ohne Rechtsstatus)	Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf der Ebene der Gewählten	jährlich wechselnd zwischen D-F-CH	1997	entfällt	entfällt
	Koordination / Presse	TRAS Trinationaler Atomschutzverband (Verein nach schweizerischem Recht), Sitz: Basel	Führt Klage gegen KKW Fessenheim	Balthasar Glättli (CH)	2012	1114	entfällt
	Koordination / Presse	RegioGesellschaft Schwarzwald-Oberhein e. V., Sitz: Freiburg ab 2021 mit Regio Tri Rhena e.V. fusioniert	Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	Dr. Bernd Dallmann	1977	1114	entfällt
	Personal & Organisation	Kommunaler Arbeitgeberverband, Sitz: Stuttgart	Interessenvertretung der Arbeitgeber	Landrat Dr. Wolf-Rüdiger Michel, Rottweil bis 12/27	1972	1121	6.977
	Personal & Organisation	Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Freiburg, Sitz: Freiburg	Fortbildung für die öffentliche Verwaltung	Klemens Ficht	1972	1121	102
	Personal & Organisation	Badische Gemeindeverwaltungsschule, Sitz: Offenburg	Ausbildung für den Nachwuchs in der öffentlichen Verwaltung	Prof. Dr. Jürgen Kientz	Gründung	1121	600
Finanzen und Schulen	Personal & Organisation	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGS), Sitz: Köln	Unterstützung in allen Fragen des kommunalen Managements	Dr. Klaus Effing	2017	1121	7.077
	Personal & Organisation	Kommunaler Versorgungsverband Baden-Württemberg, Sitz: Karlsruhe	Pflichtmitgliedschaft Beamtenversorgung	Dietmar Bank	1965		10.260.090
	Personal & Organisation	Kommunaler Versorgungsverband Baden-Württemberg, Sitz: Karlsruhe	Freiwillige Mitgliedschaft Beihilfe	Dietmar Bank	1981		1.591.700
	Finanzen	Bauverein Breisgau e.G., Sitz: Freiburg	Errichtung, Erwerb, Bewirtschaftung, Betreuung, Verwaltung und Vermittlung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen	Marc Ullrich	1996	entfällt	entfällt
	Finanzen	Badischer Gemeindeversicherungsverband, Sitz: Karlsruhe	Versicherungen im kommunalen und privaten Bereich	Prof. Edgar Bohn	1983	entfällt	entfällt

Dezernat	Fachbereich	Name und Sitz des Vereins	Satzungszweck/Aufgaben	Vorstandsvorsitzender	Mitglied seit	Produktgruppe	Jahresbeitrag (EUR)
	Finanzen	Erzeugergrößmarkt Südbaden e.G., Sitz: Vogtsburg	Vertrieb landwirtschaftlicher Erzeugnisse	Fritz Hemmer	1983	entfällt	entfällt
	Finanzen	Fachverband der Kommunalkassenverwalter e.V., Landesverband	Fachliche Beratung, Fortbildung und Interessenvertretung	Dietmar Liese	2008	1122	80
	Finanzen	Kommunale Gemeinschaftsstelle f. Verwaltungsmanagement (KGST), Sitz Köln hier: Vergleichsring Kommunales Rechnungswesen	Unterstützung in allen Fragen des kommunalen Managements	Dr. Klaus Effing	01.01.2017	1112-1	1.785
Finanzen und Schulen	Zentrale Dienste & Vergabemanagement	Landkreistag Baden-Württemberg, Sitz: Stuttgart	Interessenvertretung der Landkreise	Präsident: Landrat Dr. Achim Brötel, Neckar-Odenwald-Kreis	Gründung	1112-1	132.525
	Zentrale Dienste & Vergabemanagement	vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.	Fortbildung und Forschung in den Handlungsfeldern Wohnen und Stadtentwicklung für die Leistungsfähigkeit der Kommunen, eine vielfältige Bürgergesellschaft und die Stärkung der lokalen Demokratie	Prof. Dr. Jürgen Aring	2012	1112-1/5210	300
	Zentrale Dienste & Vergabemanagement	Sprengeerversammlung	Informationsforum der Landräte	Landrat Hanno Hurth, Emmendingen	1956	1112-1	0
	Schulen & Bildung	VdA - Verein deutscher Archivarinnen und Archivare, Sitz: Fulda	Verbandsarbeit für Archive	Dr. Michael Ruprecht	1990	2521	90
	Schulen & Bildung	Freundeskreis "Ehemalige Synagoge Sulzburg", Sitz: Sulzburg	Erhaltung der ehem. Synagoge	Nikolaus Cybinski	1989	2810	0
	Schulen & Bildung	Förderkreis Keramikmuseum Staufeu e.V., Sitz: Staufeu	Kunstförderung	Elmar Bernauer & Dr. Joanna Flawia Figiel	1994	2810	60
	Schulen & Bildung	Förderkreis Archäologie in Baden e.V., Sitz: Heidelberg ->wurde im Mai 2025 aufgelöst und fusionierte mit dem Nachfolgeverein: Gesellschaft für Archäologie in Baden-Württemberg e.V.	Archäologie des Landes	Prof. Dr. Claus Wolf	1974	2810	100
	Schulen & Bildung	Bund "Heimat und Volksleben" e.V., Sitz: Denzlingen	Trachten- und Brauchtumpflege	Siegfried Eckert	1973	2810	767
	Schulen & Bildung	Muettersproch Gsellschaft, Verein für alemannische Sprache e.V. Sitz: Freiburg	Mundart	Uschi Isele, Jürgen Hack, Heidi Zöllner	1974	2810	50
	Schulen & Bildung	Breisgau Geschichtsverein e.V., Sitz: Freiburg	Landeskunde	Dr. Florian Hoffmann	1974	2810	500
	Schulen & Bildung	Geschichtsverein Markgräflerland e. V., Sitz: Schopfheim	Landeskunde	Karl-Heinz Rotzler	1974	2810	0
	Schulen & Bildung	Landesverein Badische Heimat e. V., Sitz: Freiburg	Landesverein für Heimat-, Volks- und Landeskunde, Natur- und Umweltschutz, Denkmal- und Kulturpflege, Mundart und Familienforschung	Dr. Sven von Ungem-Sternberg	1973	2810	130

Dezernat	Fachbereich	Name und Sitz des Vereins	Satzungszweck/Aufgaben	Vorstandsvorsitzender	Mitglied seit	Produktgruppe	Jahresbeitrag (EUR)
	Schulen & Bildung	Heimatpfad Hochschwarzwald e.V., Sitz: Breinau	Pflege von Heimatgeschichte u. alten Schwarzw. Handwerk	Markus Kleiser	1987	2810	2.994
	Schulen & Bildung	Freiburger Münsterbauverein e.V., Sitz: Freiburg	Unterhaltung des Münsters	Martina Feierling-Rombach	1973	2810	600
	Schulen & Bildung	Münsterbauverein Breisach e.V., Sitz: Freiburg	Unterhaltung des Münsters	Werner Bauer	1981	2810	600
	Schulen & Bildung	Heimatverein Hansmeyerhof e.V., Sitz: Buchenbach	Heimatgeschichtliche Forschung	Wendelin Drescher	2002	2810	0
	Schulen & Bildung	Gesellschaft der Freunde und Förderer des Alten Friedhofs in Freiburg i. Br. e.V.	Pflege und Erhalt des alten Friedhofs	Dr. Corinna Zimber	2001	2810	102
	Schulen & Bildung	Bundesverband Jugend u. Film e.V., Sitz Frankfurt a. Main	Engagement für die Filminteressen von Kindern und Jugendlichen	Günther Kinstler	2012	2150	200
	Schulen & Bildung	Trägerverein Schülerforschungszentrum Region Freiburg e.V.	Förderung von Wissenschaft und Technik sowie Bildung junger Menschen	Eberhard Schad	2018	2150	1.000
Soziales und Jugend	Sozialhilfe	Deutscher Verein f. Öffentliche u. Priv. Fürsorge, Sitz: Berlin	Mittelpunkt f. alle Bestrebungen auf dem Gebiet der sozialen Arbeit in Deutschland	Michael Löher	1964	3110 u.a.	1.170
	Sozialhilfe	Frauen- und Kinderschutzhaus Freiburg, Sitz: Freiburg	Hilfe und Beratung für misshandelte Frauen und deren Kinder	Dr. Ellen Breckwoldt	1991	3110 u.a.	0
	Sozialhilfe	Blinden- und Sehbehindertenverein Südbaden, Sitz: Freiburg	Beratung und Betreuung der Mitglieder, Förderung aller Wohlfahrtsbestrebungen für Blinde	Mischa Knebel	1954	entfällt	0
	Planung, Qualitätsentwicklung und Bildung	AG Netzwerk Familie Baden-Württemberg, Sitz: Rechberghausen	Netzwerknoten der lokalen Bündnisse Baden-Württemberg	Iris Fahle	2013	3630	0
	Leistungen für Familien und Vormundschaften	Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht, Sitz: Heidelberg	Förderung der Jugendhilfe, Beratung und Unterstützung der fachlichen Arbeit der Jugendämter u.v.m.	Bernd Mix und Beate Schiffer	1983	3630 u.a.	4.118
	Planung, Qualitätsentwicklung und Bildung	Deutsches Jugendherbergswerk, Landesverband Baden-Württemberg, Sitz: Stuttgart	Förderung der Jugendhilfe, Völkerverständigung	Dr. Susanne Pacher	1990	3620	36
Gesundheit und Versorgung	Gesundheitsschutz	Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW), Sitz: Bonn	Technisch-Wissenschaftlicher Verein	Prof. Dr. Gerald Linke	2004	4140	250
	Kinder- & Jugendärztlicher Dienst	Landesärztliche Gemeinschaft für Zahnmedizin Baden-Württemberg e.V. Regionale Arbeitsgemeinschaft Zahnmedizinischer Stadtkreis Freiburg und Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	Maßnahmen zur Verhütung von Zahnkrankungen gem. § 21 Sozialgesetzbuch V (Gruppenprophylaxe)	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald (Gesundheitsamt)	1990	entfällt	entfällt
Bau, Umwelt und ländlicher Raum	Naturschutz	Bergwacht Schwarzwald e.V., Sitz: Freiburg	Naturschutzdienst, Rettungsdienst	Adrian Probst	1990	5540	511

Dezernat	Fachbereich	Name und Sitz des Vereins	Satzungszweck/Aufgaben	Vorstandsvorsitzender	Mitglied seit	Produktgruppe	Jahresbeitrag (EUR)
	Naturschutz	Schwarzwaldverein, Sitz: Freiburg	Pflege von Natur und Landschaft	Anett Vonglatsamy	1976	5540	511
	Naturschutz	Badischer Landesverein für Naturschutz u.Naturkunde, Sitz: Freiburg	Pflege von Natur und Landschaft	Prof. Dr. Albert Reif	1973	5540	51
	Naturschutz	Interessengemeinschaft Feldberg, Sitz: Freiburg	Pflege von Natur und Landschaft	Bürgermeister Johannes Albrecht, Feldberg	1993	5540	0
	Naturschutz	Interessengemeinschaft Schauinsland, Sitz: Freiburg	Pflege von Natur und Landschaft	Bürgermeister Klaus Vosberg, Oberried	1993	5540	3.750
	Wasser und Boden	Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA), Sitz: Hennef	Förderung einer nachhaltigen Wasser- und Abfallwirtschaft sowie der Berufsbildung	Prof. Dr. Uli Paetzel	2017	5520	523
	Forst	Naturpark Südschwarzwald e.V., Sitz: Feldberg	Pflege von Natur und Landschaft	Landrätin Dammann	1998	5550	7.515
	Forst	Gesellschaft zur Förderung der forst- und holzwirtschaftlichen Forschung an der Univ. Freiburg	Förderung Holz- und Forstwirtschaft	Prof. Dr. Becker	2005	5550	0
	Forst	Holzketten Schwarzwald e.V., Sitz: Titisee-Neustadt	Förderung Holz- und Forstwirtschaft	Peter Bläsi	2005	5550	75
Bau, Umwelt und ländlicher Raum	Wirtschaft und Klima	Grüne Straße / Route Verte (Verein franz. Rechts), Sitz der Geschäftsstelle: Colmar bei Alsace Tourisme	Förderung der deutsch-französischen Freundschaft und des grenzüberschreitenden Tourismus.	Bürgermeister Oliver Rein Breisch am Rhein	1973	5750	250
	Wirtschaft und Klima	Wirtschaftsförderung Region Freiburg e.V., Sitz: Freiburg	Förderung der Wirtschaftsentwicklung in der Region	Landrat Hamo Hurth, Emmendingen	1994	5710	15.000
	Wirtschaft und Klima	Nordic-Arena-Notschrei e.V., Todtnau	Übernahme der Trägerschaft und des Betriebs des Schwarzwald Nordic-Centers mit Biathlonanlage am Notschrei	Bürgermeister Klaus Vosberg, Oberried	2008	5110-5	0
	Wirtschaft und Klima	Klimapartner Südbaden e.V., Freiburg	Förderung von Energieeffizienz und Klimaschutz	Wolfgang Brucker	2010	5610	0
	Wirtschaft und Klima	Netzwerk "Fachkräfteallianz Südlicher Oberrhein", Offenburg	Langfristige Sicherung der Fachkräftebasis in der Region	Federführende Institution: Agentur für Arbeit Offenburg	2013	5710	0
	Wirtschaft und Klima	ddn - Das Demografie Netzwerk e.V., Sitz: Berlin	Netzwerk von Firmen zum demographischen Wandel	Corinna Vogt	2014	5710	0
	Wirtschaft und Klima	Stiftung Naturschutzzentrum Südschwarzwald, Sitz: Freiburg	Pflege von Natur und Landschaft	Landrat Dr. Christian Ante	1998	5710	29.720
	Wirtschaft und Klima	Biosphärengebiet Schwarzwald beim Regierungspräsidium Freiburg	Erhalt und Entwicklung von Kulturlandschaften im Großschutzgebiet Biosphärengebiet Südschwarzwald	Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer	ca. 2017	5110-5	12.777

Dezernat	Fachbereich	Name und Sitz des Vereins	Satzungszweck/Aufgaben	Vorstandsvorsitzender	Mitglied seit	Produktgruppe	Jahresbeitrag (EUR)
	Wirtschaft und Klima	Schluchtensteigfonds (Landratsamt Waldshut)	Der Schluchtensteig-Fonds ist ein Instrument zur Teilfinanzierung von Maßnahmen im Rahmen der Qualitätsinitiative des Premium Fernwanderweges "Schluchtensteig".	Landrat Dr. Martin Kistler Landkreis Waldshut	informell seit 2015, offiziell seit 2018 mit Fond-Beitrag	5750	1.500
	Wirtschaft und Klima	Naturgarten Kaiserstuhl GmbH; Sitz der Geschäftsstelle: Breisach am Rhein	Regionales Unternehmen zur Bündelung regionaler Interessen von Gemeinden, Weinbau, Tourismus, Landwirtschaft und Gastronomie. Ganzheitliche Entwicklung des Wirtschafts-, Natur- und Kulturlandes Kaiserstuhl-Tuniberg.	BM Benjamin Bohn Vogtsburg	2014	5110-5	1.190
	Wirtschaft und Klima	LEADER Aktionsgruppe Südschwarzwald GbR, Waldshut	Entwicklung im LEADER-Gebiet Südschwarzwald durch die Akquirierung von Fördermitteln hierfür aus dem LEADER-Programm der EU sowie dem GAK-Regionalbudget.	Landrat Dr. Martin Kistler, Waldshut	2021	5110-4N	23.551
	Landwirtschaft	Arbeitsgemeinschaft für Höhenlandwirtschaft e.V., Sitz: 79100 Freiburg, Merzhauserstr. 111	Fachzusammenschluss für Fragen der Landwirtschaft im Höhengebiet	Bernhard Bolkart	nicht bekannt	5551	256
	Landwirtschaft	Obstregion Süd e.V., Sitz Freiburg	Fachzusammenschluss für Fragen der Obsterzeugung und -vermarktung	May Hagin, Lk LÖ	ca. 1964	5551	180
	Landwirtschaft	Badischer Landwirtschaftlicher Hauptverband e.V., Sitz: Freiburg	Vertretung der berufsständischen Interessen der Landwirtschaft	Werner Rappke	ca. 1990	5551	1.030
	Landwirtschaft	Landschaftserhaltungsverband Breisgau-Hochschwarzwald e.V.	Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege	Landrat Dr. Christian Ante	2012	5551	24.000
	Landwirtschaft	Maschinen- und Betriebshilfsring Breisgau e.V., Sitz: 79312 Emmendingen-Kollmarsreute	Hilfe für einen ungestörten Betriebsablauf in landwirtschaftlichen Betrieben durch Vermittlung von Maschinen und Arbeitskräften	Dieter Zimmermann	2007	5551	90
Verkehr und öffentliche Ordnung	Ordnungsrecht & Staatsbürgerschaft	Fachverband der Standesbeamtinnen und Standesbeamten Baden-Württemberg e.V., Stuttgart	u.a. Aus- und Fortbildung der Verbandsmitglieder	Ralf Kriz	1992	1223	230
	Verkehrslenkung & Straßenverwaltung	Verkehrswacht Freiburg-Mülheim e.V., Sitz: Freiburg-Kappel	Verkehrsaufklärung, Verkehrserziehung	Frank Stratz	1971	1221-6	75